Russland verstehen





Film

Die Sehnsucht nach der Ordentlichkeit des Kalten Krieges scheint ungebrochen

Wirtschaft

Chinas größte Probleme: Überschuldung, ineffiziente Staatsbetriebe und Kapitalflucht

Demokratie

Die Arabische Welt will sie, doch in der Praxis ist sie schwer zu etablieren

Russland verstehen

Wo Ratlosigkeit herrscht, wird das entstandene analytische Vakuum häufig mit Plattitüden gefüllt: Die ehemalige Supermacht hätte man eben nicht demütigen dürfen. Als ob eine wirkliche oder vermeintliche Demütigung schon dazu ermächtigte, einen Krieg anzuzetteln und einen Teil des Nachbarlands zu annektieren. Oder: Man hätte Russland zum Teil einer europäischen Sicherheitsarchitektur machen sollen. Was nach wie vor wünschenswert wäre, aber außer Acht lässt, dass eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur auch auf gemeinsamen Werten beruhen muss. Warum sehen wir ein Auseinanderdriften gerade unter Wladimir Putin? Ist Russland in seiner Geschichte mit Reformen in Richtung rechtsstaatlicher Demokratie immer wieder tragisch gescheitert, oder will es gar keine eigene Variante der "Westintegration"?

Die hilfloseste aller Leerformeln ist, dass man "miteinander reden müsse". Niemand, der noch bei klarem Verstand ist, kann daran zweifeln, dass es in allererster Linie gilt, dieses feinste Mittel der Diplomatie auszuschöpfen. Die Frage ist vielmehr: Heißt miteinander reden schon einander verstehen, wobei "verstehen" etwas ganz Anderes ist als "Verständnis"? Und sollte die schwierige Aufgabe gelingen, die Beweggründe, Perspektiven oder gar Absichten des Anderen zu verstehen, heißt das noch lange nicht, dass man auch zu einem Einverständnis kommt.

Ohne Russland, auch das ist häufig zu hören, werde es keine Lösung schwieriger Probleme geben. (Wobei es, siehe Ukraine, ja durchaus Verursacher dieser Probleme ist.) Ohne aber auch das zu verstehen, was uns trennt, wird es kaum möglich sein, Bereiche zu identifizieren, in denen Zusammenarbeit zu einem gemeinsamen Ziel wirklich möglich ist. "Russland verstehen", das ist es, was wir in der Titelstrecke dieses Heftes versuchen wollen.

Wenn für Russland schon schwer auszumachen ist, ob Demokratie wirklich gewollt oder "nur" schwer zu etablieren ist, dann gilt dies für die komplexe Welt unserer südlichen Nachbarschaft umso mehr. Klar ist, so zeigt eine Befragung der Carnegie Foundation unter arabischen Experten, dass der Unmut über die mangelnde Legitimität arabischer Autokratien tief sitzt. In unserer Reportage über oberägyptische Wahlkämpfer zeigt sich aber auch: Traditionen sind tief

verankert. In Ägypten ist es nicht der "tiefe Staat", es ist die Macht des Clans, die Demokratie als Garant der Freiheit des Individuums verhindert.

DR. SYLKE TEMPEL Chefredakteurin

Fotos Titel: © REUTERS/Sergei Karpukhin

Bild nur in Printausgabe verfügbar

20 Falsche Signale

Ein Ende der Wirtschaftssanktionen wäre nicht die richtige Botschaft an Moskau

Bild nur in Printausgabe verfügbar

102 Echte Reformen

Was Chinas Regierung tun müsste, um die Wirtschaft des Landes wieder anzukurbeln

Inhalt

5 IP-Forsa-Frage: Sanktionen gegen Russland

SCHWERPUNKT

Russland verstehen

8 Kadri Liik

Mit Russland reden, aber wie?

Der Westen sollte sich mit Moskau vor allem über das Trennende verständigen

16 Karen Dawisha

"Es könnte durchaus schlimmer werden"

Interview mit der Russland-Expertin Karen Dawisha über das Putin-Regime

20 Vladislav Inozemtsev

Zeit für eine moralische Entscheidung

Die EU sollte Sanktionen gegen Moskau nicht aufheben, sondern verschärfen

26 Gabriele Woidelko

Annäherung oder Abschottung

Wie sehen Deutsche und Russen die Rolle Moskaus in Europa?

30 Andrei Kolesnikov

Schema des Scheiterns

Kleine Historie der russischen Reformunfähigkeit

38 Yulia Zhuchkova

Auf dem Weg zu Neu-Moskowien

Die Westorientierung der Ukraine ist für Russland eine geopolitische Tragödie

Arabien aufbauen

46 Perry Cammack und Marwan Muasher **Keine Demokratie in Sicht**

Arabische Stimmen zur Legitimitätskrise der Staaten im Nahen Osten

52 Peter Hessler

Wahlkampf im Wohnzimmer

Im ländlichen Ägypten ist in Wahrheit der Clan der tiefe Staat

Bild nur in Printausgabe verfügbar

122 Seltsame Sehnsüchte

Wer den Kalten Krieg in den Achtzigern miterlebt hat, weiß: Spaß gemacht hat das nicht. Woher also die Nostalgiewelle von "Deutschland 83" bis "Bridge of Spies"?

Gegen den Strich

62 Thomas Straubhaar

Zuwanderung

Sechs Thesen auf dem Prüfstand

US-Außenpolitik

68 Jeremy Shapiro

Per Salami-Taktik in den Sumpf

Präsident Barack Obama hat in Syrien seine eigene Doktrin untergraben

Iran

73 Meir Javedanfar

Die große Dürre

Trockenheit und Wassermangel setzen die iranische Regierung unter Druck

Radikalismus

78 Alexander Ritzmann

Entzauberung durch Fakten

Wer den IS bekämpfen will, muss dessen Propaganda aushebeln

Abschreckung

84 Julia Berghofer

Die Hemmschwelle sinkt

Moderne Mini-Atombomben bedrohen die internationale Stabilität

Taiwan

88 Martin Wagener

Kalter Frieden in der Taiwan-Straße

Der Machtwechsel in der "abtrünnigen Provinz" beunruhigt Chinas Machthaber

China

96 Jessica Batke

Potentat oder Produkt

Wie mächtig ist Chinas Partei- und Staatschef Xi Jinping?

102 Patrick Hess

Zwischen Markt und Kontrolle

Langsameres Wachstum verlangt echte Reformen von Chinas Machthabern

Arktis

109 Helga Haftendorn

Rüstungswettlauf in der Arktis

Welche Gefahren bestehen für Sicherheit und Stabilität im Hohen Norden?

Wirtschaftsmetropolen

116 Gerd Braune

Toronto, die Bunte

Kanadas Finanz- und Wirtschaftszentrum zieht die ganze Welt an

Essav

122 Constanze Stelzenmüller

Kalter Krieg, mon amour

Film und Fernsehen zelebrieren die Sehnsucht nach der Zeit vor 1989

130 Brief aus ... Beirut I Theresa Breuer

Manche nennen es Nächstenliebe

132 Internationale Presse | Henning Hoff

Großbritannien: Unschlagbar in Selbstzerfleischung

136 Buchkritik | T. Speckmann, N. Godehardt

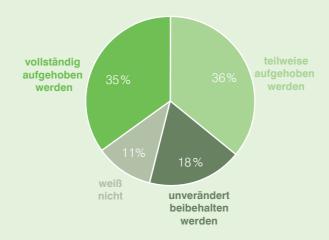
Reise ins Ungewisse

144 Schlusspunkt | Sylke Tempel

Witz und Würde

142 Impressum

Die Sanktionen gegen Russland sollten...



	vollständig aufgehoben werden	teilweise aufgehoben werden	unverändert beibehalten werden	weiß nicht
CDU/CSU	19%	45%	23%	13%
SPD	40%	30%	24%	6%
Linke	66%	17%	2%	15%
Grüne	22%	42%	24%	12%
AfD	65%	26%	7%	2%
FDP	33%	51%	16%	0%

Datenbasis: 1001 Befragte in Deutschland. Erhebungszeitraum: 11. und 12. April 2016.

Statistische Fehlertoleranz: + / - 3 Prozentpunkte. Quelle: Forsa.

Ist es Zeit für einen "Neuanfang" in den Beziehungen zu Russland, wie es zum Beispiel SPD-Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gefordert hat? Sollte die EU die Sanktionen gegen Moskau überdenken? Dies bejahen mehr als drei Viertel der Bundesbürger: 36 Prozent der Befragten wollen die Sanktionen zumindest teilweise aufgehoben sehen, die die EU vor zwei Jahren nach der gewaltsamen Annexion der Krim und Russlands Aggression im Osten der Ukraine verhängte. 35 Prozent befürworten eine vollständige Aufhebung (in Ostdeutschland sind es sogar 49 Prozent). Nur 18 Prozent sprechen sich für eine Beibehaltung der bisherigen Sanktionspolitik aus. Besonders populär ist die Forderung nach einer völligen Aufhebung der Sanktionen unter den Anhängern der Linkspartei (66 Prozent) und denen der AfD (65 Prozent).

Bild r Printausgab

Präsident Wladimir Putin und Premierminister Dmitri Medwedew vor der Kranzniederlegung am Grab des Unbekannten Soldaten. Moskau. 23. Februar 2016

nur in e verfügbar

Russland verstehen

Im Westen, gerade in Deutschland, sehnen sich viele nach einem besseren Verhältnis zu Russland. Doch im Umgang mit Wladimir Putins Regime hilft kein Wunschdenken – es wäre sogar gefährlich.

Mit Russland reden, aber wie?

Der Westen sollte sich mit Moskau vor allem über das Trennende verständigen

Kadri Liik | Die Differenzen mit Wladimir Putins Russland sind heute so tiefgreifend, dass jeder Versuch, über "Gemeinsamkeiten" oder gemeinsame Interessen zu reden, nicht nur nutzlos, sondern gefährlich wäre. Sinnvoller wäre ein Dialog über die Unterschiede – bis hinauf zum Präsidenten –, ohne sofort auf einen "großen Ausgleich" zu hoffen.

Nach der Annexion der Krim meinten viele europäische Politiker, man habe Moskau den Georgien-Krieg von 2008 zu leicht durchgehen lassen, weshalb Russland sich an die Ukraine gewagt habe. In Russland, wo man ein westliches Ausgreifen sah, diskutierte man ganz umgekehrt, dass man in Georgien wohl nicht deutlich genug gewesen wäre, weshalb man "in die Ukraine gegangen sei".

Dieses Beispiel illustriert das Problem, vor dem Russland und der Westen heute stehen. Es gibt nicht nur grundsätzlich unterschiedliche Ansichten, was akzeptables internationales Verhalten ausmacht, sondern auch, welche Ziele und "natürliche" Beweggründe es untermauern. In Russland, wo die Entscheidungsgewalt auf eine kleine Gruppe Gleichgesinnter konzentriert ist, hat sich ein kohärentes antiwestliches Narrativ festgesetzt, in das einzudringen unmöglich erscheint. Ist es angesichts dieser kulturellen Entfremdung noch möglich, mit Russland zu reden? Und was wäre dazu notwendig?

Mit diesen Fragen beschäftigen sich heute NATO wie EU. Innerhalb der NATO werden die Gefahren einer Misskommunikation gelegentlich erkannt. In der eher bürokratisch-politisch geprägten EU hingegen wünscht man sich flankierend zu den Sanktionen (oder an deren Stelle) einen "positiven Dialog" zu führen, der, so hofft man, Russland weich werden und einen "neuen Deal" in greifbare Nähe rücken ließe, mit dessen Hilfe man Moskau zurück auf den Pfad der Kooperation führen könne. Als potenziellen Initiator hat man dafür oft eine Zusammenarbeit von EU und Eurasischer Wirtschaftsunion (EEU) im Sinn.

Der Wunsch, einen "positiven Dialog" zu führen, ist nachvollziehbar. Unsere Differenzen sind jedoch so tiefgreifend, dass sie nicht von einer weiteren, noch so gut gemeinten bürokratischen Initiative überbrückt werden könnten. Schlimmer noch: In Anbetracht der wechselseitigen Misskommunikation würde es zu noch größerer Enttäuschung führen, weckte man Hoffnungen, die auf falschen Annahmen beruhen.

Die Erfahrung der amerikanischen "Reset"-Politik ist ein erhellendes Beispiel. Für Washington war der "Reset" genau solch ein "positiver Dialog": ein pragmatischer Versuch, mit Russland in Bereichen gemeinsamer Interessen zusammenzuarbeiten. In Russland aber wurde der "Reset" so kurz nach dem Ge-

orgien-Krieg als Eingeständnis der USA interpretiert, sich zu weit in den Bereich vorgewagt zu haben, den Russland als Einflusszone betrachtet. Man hat die Initiative als Versprechen auf eine Kursänderung verstanden. Das bestätigte auch ein ehemaliger russischer Diplomat: "Russland dachte, es sei endlich als Großmacht akzeptiert worden, doch der 'Reset' entpuppte sich als etwas, das sich auf eine

Russland fühlt sich nicht als ebenbürtig anerkannt

begrenzte Anzahl von Themen bezog. Das war eine große Enttäuschung. Das Konzept taktischer Kooperation ist der russischen Elite fremd. Beziehungen zu anderen Ländern sind immer emotional aufgeladen. Anerkennung ist ein wichtiges Konzept, und Russland will ebenbürtig behandelt werden."

Das Wesen der Auseinandersetzung

Dass Russland "ebenbürtig behandelt" werden will, taucht in Gesprächen mit russischen Politikern und Experten häufig auf. Was das bedeutet, bleibt hingegen schwammig. Institutionell betrachtet ist Russland gewiss ebenbürtig behandelt worden: Dem Land wurde Zugang zu allen westlichen Organisationen gewährt, denen es beitreten wollte, ohne in jedem Fall die Voraussetzungen dafür zu erfüllen. Der Westen hat zudem sein Äußerstes getan, Russland als gleichgesinnten "strategischen Partner" an EU und NATO zu binden. Warum fühlt sich Russland dennoch nicht als gleichwertig anerkannt?

Eine "ebenbürtige Partnerschaft" innerhalb des westlichen, OSZE-basierten Systems scheint Russland nie im Sinn gehabt zu haben. Moskaus "Ebenbürtigkeit" bedeutet nämlich, selbst Regeln setzen und modifizieren zu können anstatt die eigenen Interessen nur innerhalb des nach 1989 entstandenen, regelbasierten europäischen Systems zu verfolgen. Man geht auch davon aus, dass man über geopolitische Vetorechte verfüge und die Natur und Praktiken des eigenen Systems kritiklos akzeptiert würden. Beides ist mit den OSZE-Prinzipien nicht zu vereinbaren.

Dabei ist Russland keine expansionistische Macht, die die Welt dominieren, Europa erobern oder die Sowjetunion wiedererrichten will. Aber es möchte Einflusszonen in dem Raum, den die EU "Östliche Nachbarschaft" nennt, und es möchte diese Einflusszonen als Organisationsprinzip internationaler Politik anerkannt wissen. Russland hat keine ambitionierte globale Agenda: Sein Ansatz im asiatisch-pazifischen Raum ist viel stärker von den Beziehungen zum Westen und zu den Großmächten geprägt als von lokalen Kontexten. Auch das Vorgehen im Nahen Osten hat weniger mit der Region zu tun, als mit Moskaus konterrevolutionärer Haltung und dem "Prinzip der Unverletzlichkeit von Regimen". Diese Punkte sind für Russland von enormer Bedeutung, denn aus russischer Sicht hat der Westen die meisten Revolutionen "von unten" der vergangenen Jahrzehnte ins Werk gesetzt. Moskaus Handeln mag den Westen nicht global herausfordern wie im Kalten Krieg. Aber es geraten verschiedene Paradigmen vermutlich auch in Zukunft immer wieder hart aneinander.

Solche Kollisionen werden durch Missverständnisse noch vergrößert. Entscheidungsträger in Russland scheinen fest zu glauben, dass der Westen die Farbrevolutionen gesteuert hat, um die russische Einflusssphäre zurückzudrängen, die eigene auszubauen und am Ende einen Regimewechsel in Russland herbeizuführen. Der Westen hat lange nicht erkannt, wie sehr die russische Sicht auf die Welt und ihre Funktionsprinzipien von der eigenen abweicht. Er hat russisches Handeln als Ausdruck von Anomalien, Missverständnissen oder als von innenpolitischen Kalkulationen geleitet verstanden. Lange glaubte man fest daran, dass Russland mit positiven Erfahrungen einer Kooperation schon zum überzeugten Mitglied der OSZE-Ordnung werden würde.

Das Wesen der Misskommunikation

Dass sich der Abgrund zwischen diesen Weltsichten mit der Konsolidierung des autoritären Regimes in Russland weiter vertieft, ist völlig normal. Nur hat die Fähigkeit des Westens, die Tiefe der Differenzen zu erkennen, nicht damit Schritt gehalten, jedenfalls bis zum Weckruf der Krim-Annexion. Das liegt nicht nur an intellektueller Faulheit und Wunschdenken. Es hat auch mit einer Verschlechterung der Kommunikation zu tun – und das liegt wiederum am Wesen der beteiligten Persönlichkeiten, vor allem Wladimir Putins.

Ein russischer Experte, der lange Zeit das Außenministerium beraten hat, ist der Überzeugung, dass Russland die ersten beiden NATO-Erweiterungsrunden hingenommen hat, weil sie mit Moskau so diskutiert wurden, dass sie für die russischen Entscheidungsträger auch hinnehmbar waren: "Sie moch-

Putin ist immer noch von sowjetischer Heuchelei geprägt ten die Erweiterung nicht, aber sie erkannten, dass der Versuch, sie zu stoppen, einen inakzeptablen Preis mit sich gebracht hätte, und deshalb handelten sie Kompensationen aus. Alle russischen Wünsche, die Moskau vorbringen konnte, wurden erfüllt – ob Russland davon profitieren konnte, steht auf einem anderen Blatt. Aber es war ein Deal, von dem Russland bewusst war, dass es ihn akzep-

tiert hatte." Diese Gespräche hatten allerdings größtenteils zwischen den Regierungen Boris Jelzins und Bill Clintons stattgefunden. Mit Beginn der Präsidentschaften Wladimir Putins und George W. Bushs war Moskau immer weniger fähig, seine Wünsche einzubringen, und der Westen konnte diese immer weniger verstehen. An diesem Punkt kommt Putins Persönlichkeit ins Spiel. Putins Weltsicht und sein Modus Operandi sind viel stärker von sowjetischen Normen und Hagiographie geprägt, als es unter Russen heute üblich ist, selbst innerhalb seiner eigenen Generation. Sein Kommunikationsverhalten trägt untrügliche sowjetische Züge, die, wenn sie gegenüber dem Westen zur Anwendung kommen, häufig missverstanden werden und ihn als Täuscher erscheinen lassen. Das ist nicht unbedingt beabsichtigt.

In der sowjetischen Lebenswelt war Heuchelei die Norm, nach dem bekannten sowjetischen Motto: "Wir tun so, als würden wir arbeiten, und sie tun so, als würden sie uns bezahlen." Diese Bekräftigung der nominalen Gegebenheiten war eine soziale Pflichtübung, von der aber jeder wusste, dass sie nur vorgetäuscht war. Unter diesen Umständen gab es nur zwei Möglichkeiten, die wahren Zustände zu diskutieren: zwischen den Zeilen, wobei man die offizielle

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Rhetorik benutzte. Oder in einer vertrauenswürdigen Umgebung, in der man das Vortäuschen ablegte. In seiner Kommunikation mit dem Westen hat Putin sowohl westlich-liberale Rhetorik benutzt, um seine oft ziemlich illiberalen Botschaften zu transportieren. Er hat aber auch die primitive, nackte Wahrheit ausgesprochen, zum Beispiel in Äußerungen wie: "Die Ukraine ist nicht einmal ein Land." Der Westen neigt jedoch dazu, seine Botschaften nicht zu erfassen: In "politisch korrekten" Statements hören wir den Doublespeak nicht heraus und die "ungeschminkten" Botschaften können so krude sein, dass sie grotesk wirken oder als Versuch der Einschüchterung und der Erpressung verstanden werden, unwürdig, auf sie einzugehen. Auch der Westen nutzt Doublespeak nur anders. Im Westen wird er eingesetzt, um etwas auszublenden oder hartnäckige praktische Probleme zu lösen. Aber er wurde nie zur Norm, noch hat er dazu geführt, eine doppelte Realität am Leben zu halten. Die Regeln können gebrochen werden, aber sie bleiben Regeln, selbst für die, die sie brechen. Im Sowjetsystem war es genau umgekehrt: Man wusste, dass die Regeln sogar für jene fiktiv waren, die sie befolgten. Diese Logik mag auch erklären, warum Russland so unglücklich ist mit internationalen Regeln und Werten, denen es sich freiwillig unterworfen hat: Es hat nie geglaubt, dass diese sowohl den Buchstaben als auch dem Geist nach befolgt werden sollten.

Russland weist ein interessantes, doppelgleisiges Verhalten auf, wenn es um die Einhaltung von Regeln und Normen geht. Es kann starr und legalistisch sein, wenn es an den Buchstaben von Gesetzen festhält. Es kann aber auch den Geist dieser Gesetze mit Leichtigkeit übergehen oder sogar den Gesetzestext benutzen, um dessen Geist auszuhebeln. In der russischen Auffassung geht man damit auf die "eigentliche Unterhaltung" unterhalb der Oberfläche öffentlicher Normen ein.

Die Sonderoperation auf der Krim trägt all die Kennzeichen einer solchen Logik. Es war wichtig, "den Buchstaben der Gesetze" treu zu bleiben, also den Anschein zu erwecken, das Krim-Referendum sei lokalen Wurzeln entsprungen, um zumindest eine "unplausible Bestreitbarkeit" russischer Beteiligung aufrechtzuerhalten. Viele Europäer kamen zu dem Schluss, dass "Putin lügt".

Man sollte niemals einen Mächtigeren um etwas bitten

Aber seinen Lügen wohnt eine gewisse Logik inne. Sie sind nicht allein darauf angelegt zu täuschen, sondern auch, zu kommunizieren. Die Krim-Operation signalisierte, dass Russland willens und in der Lage ist, die Regeln in seiner Nachbarschaft zu setzen. Es war nicht nur eine physische, sondern auch eine mentale Machtdemonstration, mit folgender Botschaft für den Westen: "Ihr mögt

wissen, dass wir da sind, aber ihr könnt es nicht beweisen, könnt also nichts tun und akzeptiert besser unsere Bedingungen."

Oft heißt es, Putin sei ein guter Taktiker ohne Strategie. Das mag sein. Aber er weiß sehr genau, wo er etwas erreichen will, erkennt Chancen und nutzt Eskalation oft als Einladung zu Verhandlungen oder um zu verlangen, dass seine Wünsche ernst genommen werden. Solches Handeln ist häufig sein Ersatz für direkte Gespräche. So räumte ein Brüsseler Beamter ein: "Russland hat nie gesagt, dass es eine Einflusssphäre in der Ukraine beansprucht! Hätte es das gesagt, wären wir die Angelegenheit anders angegangen." Putin oder die russische Regierung haben das aber nicht gesagt, weil sie glaubten, dies wäre zu augenfällig, um überhaupt ein Wort darüber zu verlieren.

Vor einigen Jahren bezeichnete ein in Russland erschienener Artikel Putins Außenpolitik als "bulgakowesk", in Anspielung auf den berühmten Satz aus Michail Bulgakows Roman "Der Meister und Margarita": "Man sollte nie jemanden um etwas bitten. Schon gar nicht jemanden, der mächtiger ist als man selbst." Wider Erwarten brach Putin wegen des NATO-Beitritts der baltischen Staaten keinen Streit vom Zaun, verlangte kein Geld oder eine Einflusszone. Nach 9/11 stellte er sich auf die Seite der USA, ohne eine Gegenleistung zu fordern. Dass er aber keine Forderungen artikulierte, bedeutet nicht, dass er keinerlei Erwartungen hegt. Schließlich lautet Bulgakows folgender Satz: "Sie werden ein Angebot unterbreiten und dir von sich aus geben." Zu diesem Angebot ist es aber nie gekommen. Was für Putin große Konzessionen seinerseits waren, hielt der Westen für gemeinsame Interessen, und statt sie entsprechend zu vergelten oder zu erklären, warum man nichts anbieten könne, sagte der Westen schlicht: "Danke." Damit begann der Zirkel der Misskommunikation.

Die nächsten Schritte: Politikoptionen und deren Probleme

Seit die Annexion der Krim die Tiefe der Differenzen offenbart hat, hat der Westen drei Politikoptionen erwogen. Die erste konzentriert sich darauf, Russland in Zaum zu halten, die Verteidigungspläne für das NATO-Territorium zu stärken, Russlands Einflussmöglichkeiten in nicht zur NATO gehörenden Nachbarstaaten zu begrenzen und die Wirtschaftssanktionen aufrechtzuerhalten, die das immer zerbrechlichere Regime in Moskau angeblich zu Fall bringen werden. Der zweite, unter anderem von Zbigniew Brzezinski und Henry Kissinger befürwortete Ansatz ist im Grunde ein geopolitischer Deal mit

Russland. Dessen Kern wäre die dauerhafte Festschreibung eines ungebundenen Status für die Ukraine. Die dritte, in Europa häufig zu hörende Option ist eine Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche: Wir müssen bei den Sanktionen hart bleiben und sie nutzen, um die Situation in der Ukraine zu regeln. Gleichzeitig sollten wir Russland Angebote machen, neuerlich Teilhaber der europäischen Ordnung zu werden. Dies könnte durch die Legitimierung der Eurasischen Wirtschaftsunion bewerkstelligt werden, indem man ihr die Zusammenarbeit mit der EU ermöglicht. All diese Vorschläge sind mit besten Absichten unterbreitet worden, aber ihre Protagonisten sind sich nicht im Klaren, was es wirklich bedeuten würde, diese Konzepte in die Tat umzusetzen.

Ganz offensichtlich ist es notwendig, Russland Grenzen aufzuzeigen. Aber es ist ebenso notwendig, der Versuchung zu widerstehen, allzu starke Parallelen zum Kalten Krieg zu ziehen. Damit würde man alte Lösungen auf neue Probleme anwenden. Tatsächlich dürfte einer neuen Containment-Politik nicht so

ein glatter Erfolg beschieden sein. Im Vergleich zu früher ist Russland heute viel schwächer als der Westen, aber der Westen ist auch viel stärker abgelenkt. Ein neuer Kalter Krieg wäre damit "asymmetrisch" – und der Westen hat in asymmetrischen Kriegen stets viel schlechter abgeschnitten als in symmetrischen. Ein regelrechter, öffentlich ausgetragener Kalter Krieg passte dem russischen Regime

Ein neuer Kalter Krieg würde Moskau gut ins Konzept passen

gut ins Konzept, denn das würde seine Lebenserwartung verlängern, weil es das Volk gegen den äußeren Feind in Stellung bringen kann. Der Sturz des Regimes ist für sich genommen auch keine Lösung. Damit eine gute Entwicklung Wurzeln schlagen kann, müsste sich das Regime erst in den Augen der Bevölkerung diskreditieren und dann von ihr selbst verändert werden.

Ein geopolitischer Deal mit Russland wäre nicht weniger problematisch. Eine solche Einigung würde nicht nur einer ganzen Reihe von Verträgen zuwiderlaufen, die das internationale Verhalten europäischer Staaten regelt, sondern wäre auch in der Praxis nicht umsetzbar. Im Kalten Krieg konnten Einflusszonen durch Zwang zusammengehalten werden; heute ist Attraktivität gefragt. Moskau mag eine Einflusszone beanspruchen, aber es kann sie nicht wirklich aufrechterhalten, ohne von den Gesellschaften der betroffenen Länder akzeptiert zu werden. Diese Gesellschaften beginnen ihrerseits, sich zu emanzipieren und von ihren oft korrupten Eliten größere Rechenschaft zu verlangen.

Dies manifestiert sich in dem holprigen, aber evolutionären Prozess, den die EU nicht losgetreten hat noch kontrollieren kann, bei dem ihr aber nichts bleibt, als ihn zu unterstützen. Moskau hingegen ist auf die Eliten konzentriert, die es kontrollieren kann und wird sich deshalb dem Wandel widersetzen. Jede Schwierigkeit mit den Gesellschaften würde es als aus Europa kommende Subversion ansehen. Deshalb würde der Westen, selbst wenn er Russland eine Einflusszone zugestände, keine größere Stabilität herstellen können, hätte dafür aber die OSZE-basierten Prinzipien der europäischen Ordnung aufgegeben.

Die dritte Option schließlich – die Kombination aus Standhaftigkeit und einem attraktiven Projekt – könnte von Russland ebenso missverstanden werden wie der "Reset". Insbesondere die EU-EEU-Kooperation hat natürliche Grenzen, die nicht ignoriert werden können. Die EEU-Kommission hat ledig-

lich ein Mandat für Handelsfragen, aber ein Mitglied der Union – Weißrussland – ist nicht Mitglied der WTO. Für die EU gründen alle Handelsgespräche auf WTO-Regeln. Schon deshalb ist eine Agenda für Verhandlungen mit der EEU schwer zu erkennen: Sie sind eigentlich nur für nachrangige technische Fragen wie Standards und Zollabwicklungsprozeduren denkbar. Solche niederrangigen Interaktionen mit der Erwartung eines großen Durchbruchs zu befrachten, wäre nicht nur sinnlos, sondern auch gefährlich.

Es ist möglich, dass Russland das Angebot nicht zu schätzen weiß. Im schlechtesten Fall würde Moskau es fehlinterpretieren in der Hoffnung, der Westen habe die eigenen geopolitischen Ansprüche akzeptiert und nehme auch anderes bedingungslos hin. Aber das wäre nicht der Fall. Bedingungslose Hin-

Mit Gesten kann man russische Einwilligung nicht erkaufen

nahme praktiziert die EU selbst ihren Mitgliedstaaten gegenüber nicht. Die EU mag auch hoffen, dass begrenzte Zusammenarbeit Russland zu einem kooperativen Partner im westlichen System machen könnte. Auch das ist nicht der Fall. Eine halbsymbolische Geste guten Willens könnte russische Einwilligung nicht "erkaufen". Sieht man sich die Angebote an, die Moskau unterbreitet – sei es zur

geopolitischen Ordnung oder selbst die vertiefte und umfassende Freihandelszone mit der Ukraine –, stellt man schnell fest, dass es nötig wäre, eine grundlegende Umwälzung der Prinzipien der meisten seit Ende des Kalten Krieges entstandenen Institutionen zu akzeptieren, um russische Erwartungen zu erfüllen. Nicht nur NATO und OSZE müssten ihre Prinzipien ändern, sondern auch die WTO oder das Bretton-Woods-System.

Fokussieren auf die Unterschiede

Solange es keine operablen Politiken mit akzeptablem Preis gibt, wie sollte ein westlicher Dialog mit Russland aussehen? Es sollte ein Dialog sein, der sich nicht auf die Gemeinsamkeiten konzentriert, sondern auf die Unterschiede.

Vorrangiges Ziel wäre es, Einigkeit über das Wesen der Differenzen zu erzielen. Erreichte man dies, würden die Differenzen weiterbestehen, aber sie wären weniger gefährlich. Wäre Moskau erst überzeugt, dass der Westen seine Prinzipien in der Ukraine zu verteidigen versucht, aber keinen Angriff auf Moskau vorbereitet, würde die Gefahr eines präemptiven Schlages gegen westliche Verbündete deutlich reduziert. Und wäre Russland überzeugt, dass der Westen trotz seiner verzweifelten Suche nach Kooperationsmöglichkeiten mit Russland zu Härte bei der Verteidigung grundlegender Prinzipien bereit ist, würde so schnell auch keine "neue Ukraine" drohen.

Ein solcher Dialog sollte auf verschiedenen Ebenen und in diversen Formaten stattfinden. Es ist wichtig, Putin im Gespräch zu halten und ihn wissen zu lassen, dass sein Handeln vom Westen verstanden wird. Um die Gefahren zu reduzieren, die von Missverständnissen auf politischer Ebene ausgehen, müssten Arbeitskontakte zwischen den Militärs aufrechterhalten werden. Russland darf nicht in der Lage sein, militärische oder andere Gespräche zur Legitimierung seines Handelns in der Ukraine zu nutzen; es sollte aber genau erkennen, dass der Westen zur Verteidigung von NATO-Territorium bereit ist, jedoch keinen Angriff auf russisches Territorium vorbereitet.

An diplomatischer Front sollte der Westen seine Vorstellungen der Minsk-Abkommen deutlich machen: Nur die vollständige Umsetzung schafft die Voraussetzung für die Aufhebung der Sanktionen. Bislang hat der Westen versucht, Russland einen gesichtswahrenden Abzug aus dem Donbass aufzuzwingen, während Moskau weiter darauf besteht, die Kontrolle über die Entscheidungsprozesse in Kiew zu erlangen. Die EU sollte klar machen, dass Moskau hier keinen Erfolg haben darf. Sollte Russland eines Tages einen gesichtswahrenden Ausweg suchen, sollte dieser ermöglicht werden – aber auch hier in voller Klarheit, dass es sich nicht um eine Lösung zu russischen Bedingungen handelt.

Auf institutioneller Ebene müsste man nach Möglichkeiten suchen, bestehende Gesprächsformate den heutigen Notwendigkeiten anzupassen. Die

meisten Formate, die Russland und den Westen zusammenbringen, basieren auf der Annahme, dass wir Interessen oder sogar Werte teilen. Das hat auf beiden Seiten zu großen Frustrationen geführt. Russland fühlte sich permanent an den Pranger gestellt, während westliche Verbündete sich vor der Wahl zwischen guten Beziehungen zu Russland und ihrem Sinn für die Wahrheit sehen. Dem lie-

Der NATO-Russland-Rat müsste umgestaltet werden

ße sich abhelfen, indem die Gespräche so umgestaltet werden, dass sie nicht länger Gleichgesinntheit implizieren. Der NATO-Russland-Rat wäre ein erster Kandidat für eine solche Umgestaltung, aber es gäbe weitere.

Wir sollten außerdem versuchen, mit Russlands Zivilgesellschaft in Kontakt zu bleiben, auch wenn der Kreml das erschwert hat. Einige russische NGOs sind bemerkenswert aktiv, gut organisiert und offensichtlich Inkubatoren einer zukünftigen russischen Elite. Ihre Aktivitäten werden in Russland behindert, aber einige haben auch im Westen Fuß gefasst, ohne ihren Einfluss in Russland zu verlieren. Europa sollte solche Organisationen unterstützen und ihre Aktivisten in europäische Diskussionen einbinden. Zurzeit ist es unmöglich, ein größeres russisches Publikum zu erreichen, das nur Informationen rezipiert, die der Kreml auswählt. Aber NGO-Aktivisten sind für gewöhnlich daran interessiert, Kontakte zu unterhalten. Sie werden mit großer Sicherheit Meinungsführer in Russland werden, wenn die Fernsehdiktatur endet.

Wir sollten auch den Dialog mit russischen Experten fortsetzen. Manche fungieren zweifelsohne als Sprachrohr des Regimes, andere wollen weiterhin die Ereignisse wirklich verstehen, manche lavieren zwischen beiden Positionen. Es mag schwierig sein, sie zu überzeugen, aber gute zwischenmenschliche Beziehungen können trotzdem entstehen, die in Krisenzeiten nützlich sein können, um die andere Seite besser zu verstehen. Kurz: Europa sollte auf vielen Ebe-

nen das Gespräch mit Russland über unsere Differenzen suchen, ohne das Ziel eines großen Ausgleichs zu verfolgen. Ein positives Projekt im Rahmen bestehender Missverständnisse zu beginnen, wäre gefährlich, denn die geweckten Erwartungen würden nur immer gefährlichere Gegenreaktionen heraufbeschwören.



Kadri Liik ist Senior Policy Fellow des European Council on Foreign Relations (ECFR).

"Es könnte durchaus schlimmer werden"

Interview mit der Russland-Expertin Karen Dawisha über das Putin-Regime

In ihrem Buch "Putin's Kleptocracy" hat Karen Dawisha den unglaublichen Aufstieg Wladimir Putins nachrecherchiert und den Zirkel beschrieben, der ihn an die Macht brachte und bis heute Russland ausplündert. Wie funktioniert Putins Herrschaft? Haben Sanktionen gegen Personen aus seinem Umfeld einen Effekt? Und was wäre die beste Antwort des Westens?

IP: Finanztransaktionen im Umfeld Wladimir Putins gehören zu den interessantesten Enthüllungen der "Panama Papers". Was daran war Ihnen neu?

Karen Dawisha: Zum einem haben wir nun mehr Belege, was Putins Freunde so tun. Aber was ich wirklich interessant finde, ist Folgendes: Mossack Fonseca hat diese Briefkastenfirmen kreiert, mit Geld gefüllt wurden sie aber auf den Britischen Jungferninseln, von einer Tochterfirma einer der großen russischen Staatsbanken – der Russian Commercial Bank (Cyprus) Ltd. Das zeigt uns, dass jemand die Überweisung russischer Staatsgelder auf das Konto von Sergej Roldugin, dem Cellisten, autorisiert hat. Natürlich – wer kann schon alle Konten seiner Freunde im Blick behalten? Das kann selbst Putin nicht. Aber zwei Milliarden Dollar an russischen Staatsgeldern, die sollte man schon nicht aus den Augen verlieren, zumal in Zeiten, in denen große russische Banken vor der Pleite gerettet werden müssen mit Geldern, die dann fehlen, um die Gehälter von Staatsbediensteten pünktlich zu zahlen. Das sieht einfach nicht gut aus – und war für mich die größte Bestätigung meiner Recherchen.

IP: Ist es in einem so stark hierarchischen Regime denkbar, dass Putin davon nichts wusste? Oder geht so etwas nur auf Anordnung des Präsidenten?

Dawisha: Für mich stellt sich die Sache so dar – und ich habe die Originaldokumente bislang nicht gesehen, aber mit einigen Journalisten gesprochen,
die an den Stories gearbeitet haben: Roldugin war ein unwilliger oder aber
unwissender Kontoinhaber. Es gibt E-Mails und Dokumente, die nahelegen,
dass man verzweifelt versuchte, ihn für diese oder jene Unterschrift zu finden; dass er nicht ganz so begeistert mitspielte – und das wiederum signalisiert, dass die große Freundschaft zwischen Putin und Roldugin vielleicht
doch etwas komplizierter ist. Aber sicher: Roldugin bekommt seine Akademie, er erhält staatliche Unterstützung, Putin kommt zu seinen Konzerten;

und im Gegenzug schaut Sergej Roldugin nicht allzu genau auf das, was er da unterzeichnet.

IP: Wofür braucht man denn die zwei Milliarden Dollar?

Dawisha: Offensichtlich braucht Roldugin sie nicht, um Instrumente zu kaufen – auch wenn er das nun behauptet. Und es wäre falsch zu sagen, Putin brauche das Geld; Geld ist nicht die Währung, die ihn interessiert. Ihm geht es um das, was die Fähigkeit mit sich bringt, solche Zahlungen zu autorisieren oder

solche Geschäfte durchgehen zu lassen. Er erlaubt den Geschäftsleuten, die in den "Panama Papers" auftauchen, Gelder zu verschieben, Villen in Südfrankreich, London, Miami oder Los Angeles zu kaufen, und wenn sie sich aus welchen Gründen auch immer illoyal verhalten, kann er sie kompromittieren mit der Behauptung, die Transaktionen seien illegal gewesen. So ist es jüngst mit Wladimir Jakunin geschehen, dem mächtigen Chef der russischen Eisenbahnen, der im Sommer 2015 zurücktrat; sein Sohn und sein Enkel besitzen teure Immobilien in der britischen Hauptstadt.

IP: Kurz: Russlands Präsident erkauft sich Loyalität?

Dawisha: Genau. Es geht darum, unbedingte Loyalität herzustellen. Und verstehen Sie mich nicht falsch, wenn ich hinzufüge: Gott sei Dank, dass es Gier und Korruption sind, die sie zusammenschweißen, und nicht Ideologie. Sonst wäre das Regime für den Westen noch viel gefährlicher.

IP: Putin hat eine erstaunliche Karriere hingelegt – vom Ex-KGBler in der St. Petersburger Stadtverwaltung zum Präsidenten des mächtigen Russland. Im Westen hat man seinen Aufstieg oft mit dem Scheitern der Reformen in den neunziger Jahren erklärt, dabei zeigen Sie in Ihrem Buch, wie planmäßig aus dem Land ein Mafiastaat wurde ...



PROF. KAREN DAWISHA lehrt Politikwissenschaften an der Miami University in Oxford, Ohio, und ist Direktorin des dortigen Havighurst Center for Russian and Post-Soviet Studies. Ihr Buch *Putin's Kleptocracy* erschien 2014.

Dawisha: ..., Mafiastaat" würde ich nicht sagen, wenn damit gemeint ist, dass Putin vom organisierten Verbrechen kontrolliert würde oder mit ihm unter einer Decke steckte, wenngleich es Verbindungen gibt. Entscheidend waren die KGB-Leute, die sahen, wie korrupt die Parteielite in den achtziger Jahren war und wie heuchlerisch die sowjetische Ideologie. Sie wandten sich schon früh dem Westen zu, um seine Schwächen zu verstehen und für sich zu nutzen, und die größte Schwäche des Westens ist Korruption. Zugleich waren sie aber immer für Privatisierung; sie hielten nicht viel von der angeblichen Stärke des Sowjetsystems. Sie gingen in die Wirtschaft und kontrollierten bald den Privatisierungsprozess. Ihr Hauptziel war es zu verhindern, dass Demokraten bzw. die prowestliche Intelligenzija die Kontrolle über die Privatisierung erlangte; und letztere hatte oft keine Ahnung ...

IP: ... während die KGBler das westliche System schon kannten?

Dawisha: Ja. Denken Sie an Jegor Gaidar, der ein Freund von mir war. Er lernte den westlichen Kapitalismus kennen, indem er die Werke Milton Friedmans unter der Bettdecke las. Da unterhielt der KGB bereits jede Menge Offshore-Konten in aller Welt.

IP: Ging es von Anfang an darum, ein autoritäres Regime aufzubauen, in dem Putin unbegrenzt herrscht?

Dawisha: Das gehört zu den großen Entdeckungen, die ich während des Schreibens an meinem Buch gemacht habe. Zunächst hatte ich angenommen, man hätte den Gedanken einfach nicht ertragen, dass Putin wieder abtreten könnte, und habe sich deshalb alles Mögliche einfallen lassen. Doch erstens konnte ich zeigen, dass die Präsidentschaftswahlen von 2000, die Putin knapp mit gerade einmal 52 Prozent der Stimmen gewann, ganz klar manipuliert waren. Und zweitens bin ich auf ein sehr detailliertes Dokument gestoßen, das aus Putins Lager stammt und klar ausführt, dass nach der "Wahl" jede einzelne Abteilung der Präsidialverwaltung eine öffentliche und eine geheime Funktion erhalten solle. Was für ein Plan!

IP: *Um einen starken Staat zu schaffen, der all die schützt, die sich bereichern?* **Dawisha:** Ja, und die Überzeugung: Ohne einen stark zentralisierten Staat bricht ein Land mit elf Zeitzonen auseinander. Das war ihre Ideologie.

IP: Untergräbt der kleptokratische Charakter des Regimes aber nicht genau diese Behauptung?

Dawisha: Völlig richtig. Und es gibt immer häufiger Berichte über Proteste, weil Löhne und Gehälter nicht mehr pünktlich ausgezahlt werden. Selbst ein großer Betrieb wie der Automobilhersteller AvtoVAZ hängt drei Monate hinterher. So kann es nicht weitergehen. Die Frage ist allerdings: Was wird das Regime unternehmen? In dieser Hinsicht ist die kürzlich verkündete Aufstellung einer Nationalgarde von 400 000 Mann eine schlechte Nachricht. Deren Arm soll offenbar bis ins kleinste Dorf reichen und jede Unruhe ersticken. Die Opposition wird ja bereits unterdrückt; das aber zielt auf Leute, die eigentlich den Kern der Putin-Wähler bilden sollten. Zum Oberbefehlshaber wurde übrigens Viktor Zolotow ernannt, der mit Putin seit St. Petersburger Tagen verbunden ist und als sein Leibwächter fungiert hat. Es kursieren Videos von der Ausbildung der Nationalgardisten, an Wasserwerfern, an gepanzerten Fahrzeugen mit aufgesetzten Maschinengewehren. Es hieß, sie dürften ohne Vorwarnung schießen, nur nicht auf Schwangere.

IP: Wie sollte der Westen mit dem Regime umgehen? Viele US-Sanktionen richten sich gegen Personen in Putins Umfeld – zeigen diese überhaupt Wirkung?

Dawisha: Ich persönlich zumindest bevorzuge Sanktionen gegenüber der Stationierung weiterer Truppen in den baltischen Staaten. Wir können ja nicht so tun, als wäre nichts; wir müssen eine Antwort geben, und es ist wichtig zu verstehen, auf welche Weise uns das Putin-Regime bedroht. Ich will nicht

sagen, dass das russische Vorgehen in der Ukraine nicht gefährlich ist, aber ich glaube, die größte Bedrohung für den Westen ist die Korruption des eigenen Systems. Und wir hätten diese große Diskussion über Briefkastenfirmen, Steueroasen und so weiter nicht, wenn nicht die Personen, die das Rückgrat des Regimes bilden, mit Sanktionen belegt worden wären. Die signalisieren zugleich: Die US-Regierung weiß eine Menge über Putin. Eine ganze Menge.

IP: Brauchen wir also schärfere Gesetze gegen Korruption und Geldwäsche?

Dawisha: Man muss wissen: Es besteht ein Unterschied zwischen US- und EU-Sanktionen. Letztere müssen an eine bestimmte Handlung geknüpft sein – zum Beispiel als Strafe für das russische Vorgehen in der Ukraine. US-Sanktionen hingegen unterliegen keinerlei Aufsicht durch Gerichte oder den Kongress. Sie können deshalb viel schärfer und intransparenter sein. Wenn mit Sanktionen belegte Leute ihr Konto bei der internationalen Großbank XY aufrufen, kann es sein, dass ihr Geld einfach verschwunden ist. Weil das US-Finanzministerium zugegriffen hat, als die Gelder durch die USA wanderten. Für die Betroffenen gibt es keine Bestätigung der Beschlagnahmung, keine Versicherung, dass sie das Geld vielleicht wiedersehen werden. Und ja: Solange der Westen insgesamt nicht seine eigenen Regeln und Gesetze verschärft, werden wir dem Regime nicht beikommen. Aber bis dahin sind die US-Sanktionen ein Mittel, das durchaus Biss hat.

IP: Wie, denken Sie, wird sich das Putin-Regime weiterentwickeln?

Dawisha: Es könnte durchaus schlimmer werden. Es liegt in der Logik eines solchen Regimes, dass es keinerlei tiefergehende Legitimität hat. Solange die Leute glauben, ihr Wohlstand würde sich weiter verbessern, wird es sich halten können. Selbst wenn Putins Zustimmungsraten um 10 oder 20 Prozent geschönt sind, sie sind immer noch beeindruckend. Die Werte sagen aber wenig über die Unterstützung für den Staat aus. Im Gegenteil: 83 Prozent mögen Putin unterstützen, aber ebenso viele sagen auch, dass Korruption das größte gesellschaftliche Problem ist.

IP: Wird Putin also von Korruptionsvorwürfen ausgenommen?

Dawisha: Man muss Umfragen in autoritären Staaten immer mit Vorsicht genießen. Wenn Oppositionelle auf offener Straße ermordet werden, sagt man vielleicht Meinungsforschern nicht ganz so offen seine Meinung. Angst spielt da hinein und eine andere kulturelle Komponente, die Putins langjähriger PR-Chef Gleb Pawlowski schon 1999 mit dem Satz beschrieben hat, seine Aufgabe bestehe darin, dem russischen Volk wieder Gehorsamkeit einzuimpfen. Dieses Untertanentum wird auch von der orthodoxen Kirche befördert. Es geht die ganze Zeit darum, der russischen Bevölkerung einzubläuen, dass Putin die Macht verkörpert. Wer ihn kritisiert, kritisiert etwas Gutes, Göttliches, jemanden, der dich liebt. Und so kann Putin ins Fernsehen gehen und über die "Panama Papers" sagen: "Ich komme darin gar nicht vor."

Die Fragen stellten Henning Hoff und Sylke Tempel

Zeit für eine moralische Entscheidung

Die EU sollte Sanktionen gegen Moskau nicht aufheben, sondern verschärfen

Vladislav Inozemtsev | Im Osten der Ukraine gibt es kaum Fortschritte, und doch mehren sich die Stimmen, die eine Lockerung der westlichen Sanktionen gegen Moskau fordern. Dabei sind Hoffnungen auf einen wiederbelebten Russland-Handel völlig irrig. Angemessener wäre eine Verschärfung. Denn wir erleben die Demontage der europäischen Friedensordnung.

Seit zwei Jahren werden die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland von Sanktionen bestimmt. Die ersten verhängte die EU nach Moskaus Krim-Annexion (am 17. und 21. März 2014), später folgten weitere als Antwort auf Russlands Unterstützung für die Separatisten in der Ostukraine (29.–31. Juli 2014). Schließlich belegte Russland Europa als Vergeltung seinerseits mit Sanktionen (6. August 2014). Die europäischen Maßnahmen (wie auch jene der USA und einiger anderer Staaten) hatten ein Ziel: Der Westen protestierte so gegen Moskaus Aggression, vermied zugleich aber jede direkte militärische Auseinandersetzung mit der Russischen Föderation.

Seitdem stellt sich die Frage: Führen die Sanktionen zu einer entscheidenden Veränderung der russischen Ukraine-Politik (wenn Moskau schon nicht die Krim an Kiew zurückgibt, zieht es sich zumindest aus dem Donbass zurück)? Kaum vorstellbar, lautet darauf die stereotype Antwort. Präsident Wladimir Putin habe die "Russische Welt"-Agenda zum Eckpfeiler seiner neuen Politik gemacht; jedes Abrücken hiervon käme ihn teuer zu stehen. Und Russland sei stark genug, um den Sanktionen standzuhalten.

Ich bin anderer Ansicht. Wie sich in der Rückschau erweist, hatten die westlichen Sanktionen ein gutes Timing. Anfang September 2014 fiel der Ölpreis unter 100 Dollar pro Barrel. Die russische Wirtschaft, der es mindestens seit 2012 nicht mehr gut ging, brach dramatisch ein. Seitdem steht der Kreml spürbar unter Druck. Das prognostizierte Haushaltsdefizit lässt sich mit den Reserven von mindestens 175 Milliarden Dollar vier Jahre lang decken. Deshalb ist es zu früh, die Frage nach der Effektivität der Sanktionen zu beantworten, die zudem unverzeihlich sanft sind, verglichen mit denen gegenüber dem Iran oder Nordkorea. Sie umfassten das Einfrieren von Auslandsvermögen (im Falle des Iran laut US-Außenminister John Kerry rund 55 Milliarden Dollar), ein Verbot von Ölexporten und der Ausschluss vom SWIFT- und vom Bank-Clearing-

Verfahren. Könnte Russland ähnlich breit angelegte Sanktionen überstehen? Vermutlich würde Putin würde nicht einmal ein Jahr durchhalten.

Warum aber hat der Westen nicht allumfassende Sanktionen gegen Russland verhängt? 2014 hielten die Europäer ihre Wirtschaftsbeziehungen zu

Russland für ungleich wichtiger als ihre Verbindungen zum Iran oder Nordkorea. 2013 exportierte die EU Güter und Leistungen im Wert von 119,5 Milliarden Euro nach Russland; ihre Importe aus Russland beliefen sich auf 206,9 Milliarden Euro – alles in allem stand Russland für ein knappes Zehntel des EU-Außenhandels. Zudem war Europa von der Versorgung mit russischem Öl und Erdgas

Heute ist klar: Die "Putinomics" haben sich erschöpft

abhängig. Kurz: Wirtschaftsinteressen spielten die entscheidende Rolle. Moskau wiederum versuchte, mit dem Einfuhrverbot von Agrarerzeugnissen einer großen Gruppe europäischer Landwirte zu schaden und so Druck auf die EU-Regierungen auszuüben.

Heute ist klar: Die "Putinomics", die darauf beruhen, den Ölreichtum des Landes zu plündern, während man die Wirtschaft unter strikte Staatskontrolle stellt, haben sich erschöpft. Das Land steht am Beginn einer tiefgreifenden Rezession, das Bankensystem ist angeschlagen. 2015 schrumpfte der Gesamtgewinn der russischen Finanzindustrie um 67,5 Prozent. Dabei hat die Regierung alles in ihrer Macht stehende unternommen, um die betroffenen Institute zu stützen. Inwieweit die Sanktionen, die u.a. auf die Banken zielen, zur Wirtschaftsmisere beitragen, ist umstritten; aber die unmittelbaren Verluste machen wohl etwa 2 bis 3 Prozent des russischen BIP aus.

Moskaus Warten auf Europas Kursänderung

Wie werden die Europäer im Juni entscheiden, wenn die nächste Verlängerung ansteht? Die Stimmen, die eine Aufhebung verlangen, mehren sich. Bundeskanzlerin Angela Merkel hingegen hat am 1. Februar 2016 erklärt: "Die Sanktionen gegen Russland werden aufrechterhalten, bis Russland das Minsker Abkommen vollständig umgesetzt hat" und die ukrainische Souveränität über den Donbass wiederhergestellt sei (die Krim wurde nicht erwähnt). Die Frist für die Umsetzung wurde bis Ende 2016 verlängert, Fortschritte sind offenbar kaum zu verzeichnen. Die Russen warten offensichtlich darauf, dass die Europäer ihren Kurs ändern, weil die Sanktionen der EU-Wirtschaft schaden.

Warum aber glauben Länder wie Frankreich, Italien, Österreich oder Griechenland, dass die Aufhebung der Sanktionen dazu führen wird, dass die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland wieder den Stand erreichen werden, den sie vor zwei Jahren hatten? Schauen wir auf die naheliegendsten Zahlen – jene, die die Handelsströme widerspiegeln: 2015 gingen die russischen Importe aus der EU um 40,8 Prozent zurück. Doch die Importe aus Südkorea fielen zur gleichen Zeit um 49,4 Prozent, die aus der damals noch freundlich gesinnten Türkei um 39,4 Prozent, die aus Kasachstan um 35,5 Prozent und die aus China um 31,3 Prozent. Wie soll da der Handel auf einmal explodieren? Hier unterschätzen die Befürworter einer Aufhebung mindestens drei Faktoren.

Erstens: Der Ölpreisverfall macht das EU-Exportverbot von Erdöl- und Gasfördertechnik sinnlos, die vor allem für Offshore- und Arktis-Bohrungen ver-

wendet werden. Solche Projekte wären kaum noch profitabel – nicht einmal der russische Staat würde noch in sie investieren. Vielmehr suchen Russen und Saudis gerade nach Möglichkeiten, die Ölproduktion zu drosseln.

Zweitens: Der Rubel hat fast die Hälfte seines Wertes verloren, während die Inflation 2015 gebremst wurde – sie lag bei etwa 13 Prozent. Folglich wären importierte Lebensmittel in russischen Geschäften doppelt so teuer als vor den Gegensanktionen. Wenn man noch die sinkenden Löhne berücksichtigt, ist es alles andere als gewiss, dass die EU-Lieferanten auch nur einen Bruchteil des Anteils wiedererlangen werden, den sie vor 2014 am russischen Nahrungsmittelmarkt hielten. Das Gleiche gilt für viele andere Industrien wie der Automobile oder Elektronik: Der Markt schrumpft schnell (im ersten Quartal 2016 wurden in Russland 45 Prozent weniger Pkws verkauft als im ersten Quartal 2014), und die Sanktionen haben damit nichts zu tun.

Drittens: Russische Unternehmen haben heute weit weniger Projekte vorzuweisen, die ausländische Kredite anziehen können. Führende Ratingagenturen haben Russlands Bonität in kurzer Folge drei Mal herabgestuft, und ich bezweifle, dass westliche Banken sofort nach Moskau eilen würden, sollten die Sanktionen aufgehoben werden. Es gibt attraktivere Märkte als ein autokratischer Petrostaat, der sich gegenüber dem Westen immer feindseliger verhält. Und selbst wenn die EU beschließen sollte, die Finanzsanktionen gegen Russland zu beenden, werden sich die USA kaum anschließen. Das wiederum würde den europäischen Schritt praktisch bedeutungslos machen, bedenkt man die Abhängigkeit europäischer Banken vom US-Markt. Kein Institut würde es riskieren, gegen bestehende amerikanische Sanktionen zu verstoßen.

Kurz: Das Hauptargument europäischer Politiker, die sich für die Aufhebung der Sanktionen stark machen, führt in die Irre. Das Versprechen, der europäisch-russische Handel werde wieder aufblühen, ist reine Illusion, die üb-

In Russland schrumpfen die Märkte rapide rigens von der Kremlpropaganda sorgfältig genährt wird. Natürlich könnten einige Unternehmen und Staaten von einer wirtschaftlichen Normalisierung profitieren, zum Beispiel die baltischen Staaten, Finnland oder Polen. Aber Zufall oder nicht, gerade ihre Regierungen sind die härtesten Verfechter der Sanktionen. Ihre Bereitschaft, den benachbarten Aggressor zu bestrafen, ist immer noch

größer als ihr Wunsch, vom Handel mit ihm zu profitieren. Unverblümt ausgedrückt: Die Europäer stehen nicht vor einer wirtschaftlichen, sondern einer moralischen Frage. Das macht die Entscheidung nicht einfacher.

Einerseits könnte die Erkenntnis, dass die russische Wirtschaft durch die neue Lage am Energiemarkt und das unverantwortliche Handeln der politischen Elite des Landes bereits entgleist (wenn auch nicht zerstört) ist, zu dem Schluss führen, dass die Sanktionen nicht mehr erforderlich seien. Wenn die Grundannahmen stimmen, dass die russische Wirtschaft für Investoren nicht mehr attraktiv ist, die russische Ölindustrie keine Expansionspläne hat und der russische Markt europäische Lebensmittel und Industriegüter gar nicht mehr absorbieren könnte, wären die Maßnahmen überholt, nach dem Motto: 2014 waren Sanktionen sinnvoll, sie kamen zur rechten Zeit und haben der russischen Wirtschaft einen zusätzlichen Schlag versetzt. Nun ist das Land genug gestraft.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Andererseits ließen sich dieselben Argumente auch umdrehen. Wenn es der russischen Wirtschaft schlecht geht, brächte den Europäern die Aufhebung der Sanktionen nichts. Sie wären – anders als 2008 – nicht in der Lage, eine halbe Million Fahrzeuge in Russland zu verkaufen (und schon damals lag ihr Anteil am Absatz ausländischer Unternehmen bei gerade einmal 24,3 Prozent). Sie könnten auch nicht darauf hoffen, einen Riesenmarkt für Finanzdienstleistungen zu finden oder gar ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse wieder zu verkaufen. Russland ist inzwischen wirtschaftlich unabhängiger geworden und weit weniger marktorientiert als noch vor ein paar Jahren. Die Russland-Geschäfte werden nicht mehr so laufen wie früher. Jetzt wird klar, dass Russlands Hauptexportgüter seit geraumer Zeit nicht Erdöl und -gas sind, sondern korrupte Praktiken. Warum also die Sanktionen aufheben?

Von Werten und Interessen geleitet

Solche Abwägungen zeigen vor allem eins: Die Europäer sollten auf Kosten-Nutzen-Rhetorik lieber verzichten. Die Sanktionsentscheidung sollte von Werten und Interessen geleitet sein; was zählt, sind politische und keine wirtschaftlichen Gründe. Denn bestenfalls könnte die EU mit einer Steigerung ihrer Ausfuhren von 5 bis 10 Prozent rechnen, das wäre ein Zuwachs für den gesamten EU-Export von vier bis sieben Milliarden Euro (oder 0,3 bis 0,5 Prozent) – und auch nur dann, wenn Russland die Gegensanktionen beendet. Dies würde die wirtschaftliche Lage in Europa nicht sonderlich verändern.

Zugleich würde das Ende der Sanktionen ein Zeichen der Aussöhnung zwischen Europa und Russland senden – just in dem Moment, in dem die antieuropäische Propaganda in Russland auf dem Höhepunkt ist und die Politik der Untergrabung der europäischen Einheit für den Kreml höchste Priorität

hat. Moskau würde es als klares Zeichen europäischer Schwäche werten und als Ermutigung, seine Aggression gegen die Ukraine fortzusetzen. Europa würde sein moralisches Ansehen verlieren und nichts gewinnen.

Aber die neuen wirtschaftlichen Realitäten eröffnen neue Möglichkeiten. Während Russland vom dritten auf den vierten Platz der wichtigsten Handelspartner der EU rutscht und in den kommenden Jahren vermutlich weiter zu-

Es gibt gute Gründe, den Druck auf Moskau zu erhöhen rückfallen wird, könnten die Europäer ohne Angst vor übergroßem wirtschaftlichen Schaden für sie selbst den Druck auf Moskau erhöhen. Dafür gibt es gute Gründe: Moskau unterstützt die Separatisten im Donbass weiter und unternimmt alles, um die Regierung in Kiew zu unterminieren und die Ukraine zu destabilisieren. Hat der Kreml damit Erfolg, wird Europa noch größere Probleme bekom-

men, als es sie aufgrund der Lage in Syrien schon hat, und eine schwere außenpolitische Niederlage einstecken. Daher plädiere ich für einen konfrontativeren Kurs und dafür, den Druck auf die Führung dramatisch zu erhöhen.

Für ein verschärftes Sanktionsregime

Ein Haken der bisherigen EU-Sanktionen ist, dass sie eine eher kleine Gruppe treffen und ihre Wirkung von der allgemeinen Konjunkturabschwächung kaum unterscheidbar ist. Gleichzeitig haben sie Putin geholfen, die russische Öffentlichkeit zu einen, die sehr empfindlich reagiert, wenn es Druck aus dem Ausland gibt. Deshalb sollte man jetzt die Taktik ändern. Es muss klar gesagt werden, dass die Sanktionen erst beendet werden, wenn die Ukraine vollständige Souveränität über die von den Rebellen kontrollierten Gebiete wiedererlangt hat. So lange gibt es auch keinen Grund für Europas Regierungschefs, alle sechs Monate zusammenzukommen und eine Frage zu erörtern, in der es keinerlei Fortschritte gibt. Zudem ließe sich das Sanktionsregime verschärfen, indem man europäischen Banken vorschreibt, sich von Portfolio-Investments in Russland zu trennen. Noch heute sind westliche Finanzunternehmen an 60 Prozent aller Transaktionen der Moskauer Börse RTS beteiligt; die Folge dürfte ein Ausverkauf russischer Aktien sein, den viele Investoren zu spüren bekämen.

Ein weiterer Schritt könnte ein europäisches Memorandum sein, wonach die EU-Staaten Jahr für Jahr 10 bis 20 Prozent weniger russisches Gas importieren. Wenn das Ganze professionell orchestriert wird, wird es Europas Wirtschaftsinteressen nicht schädigen.¹ Ein solcher Schritt käme heute gerade richtig, da Russland vor 2020 kaum in der Lage sein wird, seine Gaslieferungen zu diversifizieren. Gazproms Probleme würden sich auf viele Bereiche der russischen Wirtschaft auswirken.

Außerdem gibt es zahlreiche Maßnahmen, die man gegen die herrschende russische Elite ergreifen könnte. Heute verbieten russische Behörden bereits Offizieren aus den Reihen des Militärs, der Sicherheitsdienste und der Polizei Auslandsreisen; die EU könnte ihrerseits Visaverbote für alle russischen Staatsbediensteten erteilen (was immer noch weniger drastisch wäre als die

Vladislav Inozemtsev: Can Europe Survive without Russia's Natural Gas?, GMFUS Europe Program Policy Brief, März 2015.

Reisesperren gegen den Iran). Eine andere Möglichkeit ist, die Politik gegenüber russisch kontrollierten Vermögen in Europa zu ändern: Man müsste diese nicht gleich beschlagnahmen oder einfrieren; die Ankündigung würde reichen, dass zum Beispiel Immobilien in russischer Hand bis zum 1. Januar 2018 veräußert werden müssten. Russischen Bürgern könnte untersagt werden, innerhalb der EU Unternehmen zu gründen oder sich an Unternehmen zu beteiligen, und man könnte ihnen die Verfügungsgewalt über Bankkonten mit mehr als 10 000 Euro Einlagekapital entziehen.

Warum schlage ich solche Maßnahmen vor? Weil Appeasement selten gute Ergebnisse zeitigt. Der Westen ist schon einmal "weich" mit Moskau umge-

gangen, nämlich nach dem Konflikt mit Georgien (als die Russen meines Erachtens allen Grund hatten, einzugreifen). Und weil sich niemand wirklich um die Einhaltung des "Sarkozy-Plans" kümmerte, konnte der Kreml nach der Krim und dem Donbass greifen. Wenn Europa und die USA Russland seine formelle und informelle Besatzung weiter Teile ukrainischen Territoriums nachsieht, wird

Appeasement zeitigt selten gute Ergebnisse

Moskau das als Freibrief für weitere geopolitische Abenteuer verstehen. Daher ist der Druck auf Russland entscheidender als jede aktuelle wirtschaftliche Erwägung.

Die Sanktionen müssen außerdem so ausgestaltet sein, dass sie Millionen russischer Staatsbürger treffen und nicht nur einige Freunde Putins. Nur dann gibt es Hoffnung, dass die Russen den Druck auf ihre Regierung erhöhen werden. Andernfalls kann Putin die Betroffenen einfach entschädigen. So geschehen, als Steuerfahnder die italienische Villa des Putin-Freundes Arkady Rotenberg beschlagnahmten. Dessen Unternehmen bekam den umgerechnet fast drei Milliarden Euro schweren Auftrag, eine Brücke zur Krim zu bauen. Wenn die russische Mittelklasse ihre Probleme dann auf Putins Politik der neuen Grenzziehung in Europa zurückführt, könnte in Russland alles anders werden. Eine Protestbewegung könnte entstehen, der Wunsch nach Veränderungen um sich greifen. So funktionieren Sanktionen normalerweise, und so haben sie im Iran gewirkt, wo die Bevölkerung begann, eine größere Öffnung des Landes zu unterstützen, selbst auf Kosten des eigenen Atomprogramms.

Um es nochmals klar zu sagen: Was wir seit 2008 erleben, ist die Demontage der europäischen Friedensordnung. Es geht dabei nicht allein um die Ukraine, es geht um Europa. Es ist nicht die Aufgabe der europäischen Entscheidungsträger, die Ukraine zu verteidigen, sondern Europa vor Russlands offener Aggression und seiner Politik der Untergrabung europäischer Institutionen

zu schützen. Deshalb muss ein neues Sanktionspaket so geschnürt werden, dass es geeignet ist, Moskaus Führung auf den Boden der Tatsachen zu bringen. Jeder Versuch, Scheuklappen und Ohrschützer anzulegen, um nicht zu sehen und nicht zu hören, was im Kreml getan und gesagt wird, wäre Europas unverzeihlicher Fehler.



Prof. Dr. Vladislav Inozemtsev ist Direktor des Center for Post-Industrial Studies in Moskau und Non-Resident Senior Fellow des Atlantic Council, Washington, DC.

Annäherung oder Abschottung

Wie sehen Deutsche und Russen die Rolle Moskaus in Europa?

Gabriele Woidelko | Es bleibt schwierig: In absehbarer Zeit kann der große Vertrauensverlust nicht überwunden werden, der zwischen Russland und seinen europäischen Nachbarn herrscht. Trotz des generellen Wunsches nach Wiederannäherung gibt es auf politischer Ebene und im Werteverständnis erhebliche Differenzen, die sich nicht wegdiskutieren lassen.

Die Beziehungen zwischen Russland und den meisten seiner europäischen Nachbarn stecken in einer tiefen Krise. Beim politischen Dialog zwischen der EU und Russland gibt es kaum Fortschritte. Die Wirtschaftssanktionen, die von beiden Seiten im Zuge des Konflikts um die Ukraine verhängt wurden, bestehen fort. Auf politischer Ebene herrscht ein tiefgreifender gegenseitiger Vertrauensverlust. Doch wie ist es um die Beziehungen der Menschen in Russland und seinen europäischen Nachbarländern bestellt? Wie beantworten sie die Frage nach der Zugehörigkeit Russlands zu Europa? Wie stehen sie zu einer möglichen Wiederannäherung zwischen Russland und der Europäischen Union? Und wo liegen ihrer Meinung nach die größten Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Bereich der Werteordnung?

Antworten auf diese Fragen lassen sich aus den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage ableiten, die die Körber-Stiftung von TNS Infratest Politikforschung zeitgleich in Russland und Deutschland durchführen ließ. Sie geben interessante Einblicke in die Gegenwart und Zukunft der Beziehungen zwischen Russland und seinen europäischen Nachbarn aus Sicht der russischen und der deutschen Bevölkerung.

Russland als Teil Europas? Eher nicht, sagen die Jüngeren

In der Frage, ob Russland zu Europa gehöre, sind die Bevölkerungen beider Länder zutiefst gespalten. 50 Prozent der Deutschen und 51 Prozent der Russen sehen Russland inzwischen nicht mehr als Teil Europas. Die niedrigste Zustimmungsrate gibt es dazu in beiden Ländern unter den 30- bis 44-Jährigen. Geboren zwischen Anfang der siebziger und Mitte der achtziger Jahre, wurden sie in der Zeit von Perestroika und Glasnost beziehungsweise in der Jelzin-Ära der neunziger Jahre sozialisiert. Sie erlebten die ausgehende Sowjetunion und die Russische Föderation als einen ihrer Nachfolgestaaten in Zeiten

des Umbruchs, Aufbruchs und im Zeichen der Krise. Von dieser Generation sind heute gerade einmal 31 Prozent in Deutschland und 39 Prozent in Russland davon überzeugt, dass Russland ein Teil Europas sei.

Insgesamt ist in Russland die Zahl derjenigen, die die Zugehörigkeit ihres Heimatlands zu Europa ablehnen, stark gestiegen. Dies zeigt eine vergleichbare Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem Jahr 2008. Damals waren nur etwas mehr als ein Drittel der Russen der Meinung, Russland gehöre nicht zu Europa. Die Tendenz zur Abschottung steigt also.

Gemeinsame Werte zwischen Russland und Europa? Nur in Teilen

Unterschiedliche Werte werden sowohl in Deutschland als auch in Russland am häufigsten als Gründe dafür angeführt, warum Russland alles in allem nicht zu Europa gehöre. In beiden Ländern gibt es grundsätzlich eine große Einigkeit darüber, welche Werte allgemein mit Europa verbunden werden: Meinungsfreiheit, Demokratie und Menschenrechte zählen sowohl für die deutschen als auch für die russischen Befragten dazu. Im Hinblick darauf, wie diese Werte in den jeweiligen Gesellschaften verwirklicht werden sollten, werden aber erhebliche Unterschiede deutlich. Während in Russland mehr als drei Viertel der Befragten der Meinung sind, die Medien sollten die Arbeit der Regierung unterstützen, sieht das in Deutschland ein gutes Drittel der Befragten so.

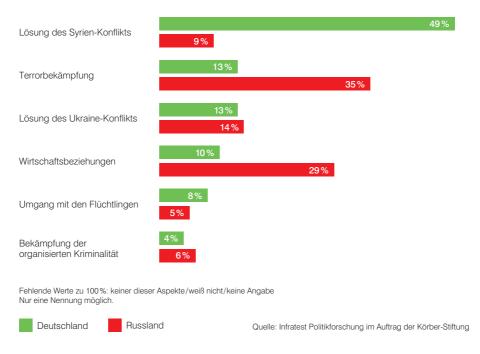
Deutliche Unterschiede in den Mehrheitsmeinungen gibt es auch bei der Beurteilung von Streiks und Demonstrationen sowie in der Haltung gegenüber Homosexualität: Mehr als die Hälfte der Russen spricht sich dafür aus, Streiks und Demonstrationen zu verbieten, weil sie die öffentliche Ordnung gefährden; in Deutschland teilen nur 11 Prozent diese Meinung. Während in Deutschland jeder Fünfte der Meinung ist, Partnerschaft und Liebe dürfe es nur zwischen Mann und Frau geben, bejahen das in Russland 94 Prozent der Befragten. Es ist nicht auszuschließen, dass sich in Russland zumindest ein kleinerer Teil der Befragten bei als heikel empfundenen Fragen nach sexueller Orientierung, Werten und Demokratie dem offiziell vorherrschenden Meinungsbild angeschlossen hat. Dennoch zeigen die Umfrageergebnisse, wie weit Russen und ihre europäischen Nachbarn derzeit von einer Wertegemeinschaft entfernt sind.

Unterschiedliche Sichtweisen auf die Wendejahre

Einen Paradigmenwechsel fördert die Umfrage in der Bedeutung der Vergangenheit für die Gegenwart der Beziehungen zwischen Russland und dem übrigen Europa zutage. Die Zeitenwende zwischen 1989 und 1991 spielt im historischen Bewusstsein in Deutschland und Russland eine zentrale Rolle und hat in beiden Ländern den Zweiten Weltkrieg als das bis heute am meisten prägende historische Ereignis abgelöst.

Allerdings weichen die Sichtweisen auf die Wendejahre voneinander ab: Für 38 Prozent der Deutschen stehen dabei die Wiedervereinigung und der Fall des Eisernen Vorhangs an erster Stelle, bei 53 Prozent der Russen rangiert der Zusammenbruch der Sowjetunion auf Platz eins. Der Zweite Weltkrieg hat





eher eine Funktion als gemeinsamer europäischer Erinnerungsort: Rund zwei Drittel der Deutschen und mehr als drei Viertel der Russen wünschen sich gemeinsame Feierlichkeiten Russlands und der restlichen europäischen Länder zum Gedenken an das Kriegsende 1945.

Eine Rückkehr zur Zusammenarbeit ist gewünscht ...

In der Analyse der jüngsten Vergangenheit herrscht bei den Befragten in beiden Ländern ebenfalls Einigkeit. Als Grund für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und der EU wird die Auseinandersetzung um die Krim und die Ostukraine an erster Stelle, die EU-bzw. die NATO-Osterweiterung an zweiter Stelle genannt. In der Frage, ob die Ukraine sich weiter an die Europäische Union annähern sollte, offenbaren sich allerdings Differenzen: Während sich 60 Prozent der deutschen Bevölkerung dafür aussprechen, lehnen knapp zwei Drittel der Russen eine solche Annäherung ab. Gegensätzlich fällt in beiden Ländern auch das Urteil über die Politik der EU gegenüber Russland bzw. Russlands gegenüber der EU aus: Mehr als die Hälfte der Deutschen hält das Vorgehen der Europäischen Union gegenüber Russland für sehr oder eher angemessen; in Russland stimmen sogar 81 Prozent der Bevölkerung der Politik ihrer Regierung gegenüber der EU zu.

Dennoch zeigt die Umfrage eindeutig, dass die Beziehungen zwischen Russland und seinen europäischen Nachbarn nach Meinung der Bevölkerung in Deutschland und Russland nicht von der Ukraine-Frage abhängig gemacht werden sollten. 69 Prozent der Deutschen und 79 Prozent der Russen sprechen

sich dafür aus, die gegenseitigen Wirtschaftssanktionen, die 2014 erst von der EU und dann von Russland verhängt wurden, aufzuheben.

Eindeutig ist das Meinungsbild auch mit Blick auf die politische Wiederannäherung zwischen der EU und Russland: 84 Prozent der Russen und sogar 95 Prozent der Deutschen ist es sehr wichtig oder wichtig, dass sich beide Parteien in den nächsten Jahren politisch wieder näher kommen.

... aber wie sie aussehen soll, ist derzeit unklar

Weniger deutlich sind die Übereinstimmungen, wenn es um die konkreten Bereiche einer möglichen Zusammenarbeit geht. In beiden Ländern werden die Ergebnisse von den tagespolitischen Ereignissen zum Zeitpunkt der Umfrage bestimmt. In Deutschland sprechen sich – Anfang März, also noch unter dem Eindruck der hohen Zahl syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge, die sich auf dem Weg in die EU oder bereits dort befanden – 49 Prozent für eine Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Russland bei der Bekämpfung des Syrien-Konflikts aus. Auf russischer Seite ist nur 9 Prozent der Befragten dieses Thema wichtig.

Stattdessen steht in Russland die Terrorbekämpfung bei 35 Prozent der Befragten an erster Stelle, wohingegen nur 13 Prozent der Deutschen glauben, dass in diesem Bereich eine Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland vordringlich sei. Diese Differenzen zeigen, dass zumindest aus Sicht der Bevölkerungen beider Länder noch erheblicher politischer Diskussions- und Abstimmungsbedarf darüber besteht, welches die Themen für die in Zukunft gewünschte intensivere Zusammenarbeit zwischen Russland und seinen EU-Nachbarn sein könnten.

Was tun?

Umfragen sind immer nur Momentaufnahmen. Dennoch verdeutlichen die Ergebnisse der hier skizzierten "Tiefenbohrung" in Russland und Deutschland, wie schwierig es in absehbarer Zeit bleiben wird, die große Entfremdung und den Vertrauensverlust zu überwinden, der zwischen Russland und seinen europäischen Nachbarn herrscht. Trotz des generellen Wunsches nach Wiederannäherung gibt es auf politischer Ebene und im Werteverständnis erhebliche Differenzen, die sich nicht leugnen oder wegdiskutieren lassen.

Um die Tendenzen zur Abschottung nicht noch weiter zu verstärken, ist es aber wichtig, dass sich Russland und seine europäischen Nachbarn offen und kritisch mit ihren Differenzen auseinandersetzen. Mit Blick auf die

kommenden Jahre ist es eine zentrale Aufgabe, den politischen Dialog
zwischen Russland und seinen europäischen Partnern wiederzubeleben,
den Austausch auf gesellschaftlicher
Ebene zu intensivieren und diejenigen zu identifizieren und zu stärken,
die bereit sind, sich als Brückenbauer zu engagieren.



Gabriele Woidelko leitet bei der Körber-Stiftung das Fokusthema "Russland in Europa". Download des Tabellenbands zur Umfrage: www.koerber-stiftung.de/umfrage-russland-in-europa.

Schema des Scheiterns

Kleine Historie der russischen Reformunfähigkeit

Andrei Kolesnikov | Die Geschichte Russlands ist eine Geschichte der missglückten Reformen. Das Muster ist stets das gleiche: Reformen folgen auf Krisen, die einen Wandel unvermeidlich machen. Sie werden "von oben" durchgeführt und stoßen bei wichtigen Eliten auf Widerstand. Ganz umgesetzt werden sie nie – was dann zu Gegenreform und Stagnation führt.

Wenn das jüngste Scheitern von "Top down"-Reformen in Russland eines gezeigt hat, dann das: Im Rahmen eines autoritären Regimes und ohne Demokratisierung können Reformen nicht erfolgreich sein.

Derzeit nähert sich das Land wieder einem Punkt, an dem Reformen unausweichlich werden könnten. Dabei wird ironischerweise jegliches politisches Reformprogramm, wenn es erfolgreich sein soll, eine Rückkehr des Systems zu den Rahmenbedingungen erfordern, die in der Verfassung festgelegt sind. Offensichtlich repressive und nicht verfassungskonforme Gesetze der Putin-Ära müssen rückgängig gemacht, Eigentumsrechte gesichert werden. Der Staat wird Rahmenbedingungen schaffen müssen, die allen Bevölkerungsgruppen freie Meinungsäußerung und politische Repräsentation ermöglichen.

Herzstück jeder vernünftigen wirtschaftlichen Agenda werden Maßnahmen sein, die schon vor zwei Jahrzehnten zur Debatte standen: Reformen im Bildungs-, Gesundheits- und Militärsektor, eine Neuaufstellung der Altersvorsorge und der sozialen Systeme sowie, last not least, eine Reduzierung der staatlichen Kontrolle über die Wirtschaft. Doch wirtschaftliche Reformen, die den Namen wirklich verdienen, werden sich in Russland erst dann umsetzen lassen, wenn das politische Klima und die Institutionen sich so verändern, dass sie die individuelle Freiheit fördern.

Auf den Sanktnimmerleinstag verschoben

Bevor wir mit der Diskussion über Reformen in Russland beginnen können, müssen wir zwei grundsätzliche Fragen beantworten: Warum werden Reformen notwendig? Und was bedeutet der Begriff im russischen Kontext?

Ich würde Reformen als politische Wende definieren; eine Wende, die größere politische und wirtschaftliche Freiheiten mit sich bringt und dazu beiträgt, dass politische, wirtschaftliche und soziale Schlüsselinstitutionen effektiver

arbeiten. Wenn eine Regierung kein Interesse mehr daran hat, besser zu werden, wenn ein Land hinter seinen Nachbarn zurückbleibt, wenn das menschliche Kapital erschöpft ist und eine Gesellschaft immer isolierter und wirtschaftlich rückständiger wird – dann werden Reformen unabdingbar.

In Russland beginnen Reformen normalerweise mit geheimen und nur quasilegalen Treffen. Doch die Entscheidungen werden letztlich "ganz oben" getroffen; ihre Umsetzung beginnt ebenfalls dort. Das Ganze scheitert dann fast immer daran, dass die Visionen mutiger Reformbefürworter in beständigen Kompromissen mit Machtinteressen zerrieben oder die Handelnden durch die Angst vor persönlichen Nachteilen gelähmt werden.

Nehmen wir einmal eine der Schlüsselreformen vom Beginn des 19. Jahrhunderts: die Bauernreform. Sie ist quasi das Modell für zahlreiche gescheiterte Reformen, die folgen sollten. Im Dezember 1826 wies Zar Nikolaus I. das so genannte "Private Komitee" an, sich der Bauernfrage anzunehmen. Im April

1827 übergab er dem Komitee ein Memo über das Verbot des Verkaufs von landlosen Leibeigenen – vermutlich der erste Schritt zur Emanzipierung der Bauern. Im August 1827 begann eine detaillierte Diskussion über die Reformen mit dem Ziel, bis zum Dezember des Jahres ein Gesetz zu verabschieden. Das zog sich bis zum Jahre 1830 hin. An diesem Punkt übergab Nikolaus das Projekt an sei-

Der Vision folgt der Kompromiss und am Ende das Scheitern

nen Bruder Konstantin, der vorschlug, die Zeit darüber urteilen zu lassen – oder, anders formuliert: es auf den Sanktnimmerleinstag zu verschieben. Während seiner Herrschaft berief Nikolaus elf Komitees ein, um die Bauernfrage zu diskutieren; nicht ein einziges brachte irgendwelche Resultate hervor. Und das war das Werk eines Regenten, den Alexander Puschkin einmal "Russlands einzigen Europäer" nannte.

Die Frage, warum Reformen in Russland nie zu Ende gebracht werden und wie sich daran etwas ändern ließe, ist nicht nur von historischem Interesse. Auch derzeit sind Russlands Wirtschaftsexperten und Gesetzgeber angeblich dabei, eine Strategie für die Entwicklung des Landes bis 2030 zu entwerfen.

Ökonomen ernst nehmen

Ein Meilenstein, der die Grundlage dafür schuf, politische und ökonomische Reformen überhaupt möglich zu machen, war die Entstalinisierung unter Nikita Chruschtschow in den fünfziger und sechziger Jahren. Die Diskussionen über wirtschaftliche Reformen – und darüber, wie man die öffentliche Meinung darauf vorbereiten könnte – begannen ebenfalls unter Chruschtschow. Die Chance, derartige Reformen auch tatsächlich umzusetzen, bot sich, als Leonid Breschnew 1964 die Macht übernahm und Alexei Kossygin für seine Steigbügelhalter-Dienste mit einem Mandat für eine Neuaufstellung der Wirtschaft bedachte.

Begonnen hatte die Debatte mit einem Artikel des Ökonomen Evsei Liberman, der am 9. September 1962 in der *Prawda* veröffentlicht wurde. Höhepunkt der Diskussion war ein Bericht von Ministerpräsident Alexei Kossygin vor dem Plenum des KPdSU-Zentralkomitees im September 1965. Die Öffentlichkeit nahm diese Reformen nicht sonderlich ernst, was sich an dem Spitznamen "Libermanisierung" ablesen lässt. Nichtsdestotrotz erlebten Begriffe wie "Wirt-

schaft" und "Ökonom" in den sechziger Jahren ihre Rehabilitierung. Ökonomen wurden nun als ernst zu nehmende Wissenschaftler gesehen, die versuchten, komplexen Prozessen auf den Grund zu gehen. Im Mai 1968 verfasste Kossygin eine Notiz an sich selbst: "Womöglich zum ersten Mal sind die Ergebnisse wirtschaftlicher Forschung relevant für die nationale Ökonomie. Im Grunde wer-

Die politische Erstarrung lähmte auch die Wirtschaftsreformen den wir erst jetzt zu echten Ökonomen." Woran scheiterte dieser Reformversuch? Im Anschluss an das Plenum des KPdSU-Zentralkomitees im September 1965 führten 43 Betriebe in 17 Wirtschaftssektoren neue Verwaltungsprinzipien ein, die ihnen ein gewisses Maß an individueller Freiheit eröffneten. Zuvor als geradezu blasphemisch geltende Ideen wie "Profit" oder "Bonuszahlungen" nahmen ihren

Platz neben dem geheiligten Konzept des "Plans" ein, während das allmächtige Prinzip der "schieren Masse" vom "Verkaufsvolumen" abgelöst wurde. Es reichte nicht mehr aus zu produzieren, das Produkt musste auch verkauft werden.

Aus heutiger Sicht scheint es offensichtlich, dass Kossygins Reformen zum Scheitern verurteilt waren, da sie die Führungskräfte der Unternehmen dazu zwangen, nach den Regeln des Marktes zu handeln, obwohl es diesen Markt gar nicht gab. Zwar wuchs die Wirtschaft in der ersten Hälfte der sechziger Jahre tatsächlich – jedenfalls laut offiziellen Statistiken. Doch Ökonomen wie Jewgeni Jasin gehen davon aus, dass dieser Wachstumsschub nicht so sehr den Reformen geschuldet war, sondern eher dem latenten Inflationsdruck. Das Minimalmaß an Freiheit, das der Staat Unternehmen einräumte, führte dazu, dass diese ihre Angebotspalette erweiterten und die Preise anhoben. Hinzu kam, dass Kossygins Wirtschaftsreformen vor dem Hintergrund einer politischen Erstarrung durchgeführt wurden, für die insbesondere die Invasion der Tschechoslowakei im August 1968 steht. Das nahm den Reformen die nötige Dynamik.

Unvollendete Revolution

Das Konzept der Perestroika hat tiefe historische Wurzeln und geht auf die Zeit der Großen Reform in den 1860er Jahren zurück. Michail Gorbatschows Erscheinen auf der politischen Bühne im Jahre 1985 und sein Aufgreifen des Konzepts erscheinen geschichtlich betrachtet fast zwangsläufig, wenn man die Anforderungen der Zeit betrachtet. Fast jeder im Lande hungerte nach Wandel, auch wenn niemand so recht wusste, was für eine Art Wandel das sein sollte.

Eines der wichtigsten Ergebnisse der Perestroika war die Einführung von Wahlen als demokratisches Werkzeug und allgemein geteilter Wert. Zum ersten Mal in der Geschichte der Sowjetunion konnte sich eine breitere Bevölkerung als Quelle konstitutioneller Macht erleben. Die führenden Vertreter der Perestroika versuchten, westliche, demokratische Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit oder die Rechenschaftspflicht der Regierung zum Teil des Systems zu machen, auch wenn sie diese nicht immer als westliche Werte erkannten.

Die Architekten der Perestroika erklärten diese zur Revolution. Sie versuchten sie mit positiven Bildern in Verbindung zu bringen – etwa mit denen der Oktober-Revolution. Und es war in der Tat weit mehr als Propaganda, als Gorbatschow 1987 zum Jahrestag der Revolution erklärte: "Oktober und Perestroika: die Revolution geht weiter."

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Die Perestroika war aber auch gleichzeitig eine Revolution der Erwartungen. Gorbatschow war ausgesprochen populär, und gerade deshalb erwarteten viele ein Wunder von ihm. Vielleicht dachten sie, dass sie nicht mehr zur Arbeit gehen müssten oder dass die Regale der Supermärkte unter dem Gewicht neuer Waren ächzen würden. Oder dass das Leben so gut werden würde wie in der DDR, in Ungarn oder gar in Westeuropa. Diese Hoffnungen sollten sich nicht erfüllen; viele Menschen mussten sich ganz schön abstrampeln, um mit den neuen Realitäten Schritt zu halten. Bis heute können das viele Gorbatschow nicht verzeihen.

Hinzu kommt, dass die Schöpfer der Perestroika nie vorhatten, den Sozialismus abzuschaffen. Sie wollten den Leninismus mit Marktorientierung und Demokratie versöhnen. Diese Vereinigung von Dingen, die nicht miteinander vereinbar sind, konnte nicht funktionieren; aber die Idee einer Übereinstimmung von russischen mit westlichen Werten wurde nicht aufgegeben und 1993 sogar in der russischen Verfassung verankert. Doch in der Praxis haben wir es heute mit einer kompletten Neubewertung des Perestroika-Erbes und der damit verbundenen Reformen zu tun.

Aus einem Omelett ein Ei machen

Radikale liberale Reformen im postsowjetischen Russland wurden von Anfang an dadurch erschwert, dass die sowjetische Regierung unumgängliche Maßnahmen wie die Preisliberalisierung beständig vor sich herschob. Wirtschaftliche Reformen, einschließlich Privatisierungen, mussten zeitgleich mit der Aufgabe begonnen werden, die institutionellen Grundlagen für einen neuen Staat zu schaffen. Dieser Prozess ist oft als Versuch, ein Ei aus einem Omelett zu machen, beschrieben worden – also auf den Ruinen des sowjetischen Systems eine Marktwirtschaft zu errichten.

Für den Durchschnittsrussen war der Preis der Reformen enorm hoch – zumal man nicht vergessen darf, dass der Zerfall der Sowjetunion ein ausgesprochenes psychologisches Trauma bedeutete. Ob es Alternativen zur wirtschaftlichen Schocktherapie gegeben hätte? Vielleicht. Wahrscheinlicher ist, dass jede reformwillige Regierung sich genauso verhalten hätte – sei es, weil sie es so wollte oder sei es, weil die Umstände sie dazu gezwungen hätten.

Zudem wurde der Reformprozess immer wieder durch Streitereien gebremst – und durch die Notwendigkeit, Kompromisse zu schließen. Der Übergang zur Marktwirtschaft stieß auf eine entschlossene Gegenbewegung in Gestalt der mächtigsten industriellen und politischen Lobbys: der Energie-, Agrar- und Militärindustrie auf der einen und bestimmter parlamentarischer Fraktionen auf der anderen Seite. Tiefpunkt war der Showdown zwischen Präsident Boris Jelzin und dem Parlament im Oktober 1993, der damit endete, dass Truppen der Armee das Parlamentsgebäude mit Panzergranaten unter Beschuss nahmen.

Der hohe Preis, den die Öffentlichkeit für Reformen bezahlte, kostete die Reformbefürworter ihre Popularität, und eine Reihe von Hindernissen – die teils in der Natur der Sache lagen und teils von Menschen verursacht wurden

Am Ende nahm die Armee das Parlament unter Beschuss

- sorgten dafür, dass Reformen oft nicht vollständig umgesetzt wurden. Budgetdefizite, die sozialen Auswirkungen der eher unangenehmen Seiten des "Wilden Kapitalismus" und die Suche nach politischer Unterstützung gerade nach Ausbruch des Krieges in Tschetschenien sorgten dafür, dass die Regierung mehr und mehr auf eine Zusammenarbeit mit den aufstrebenden Oligarchen setzte. Bis Mit-

te der neunziger Jahre entwickelten die Regierung und führende Unternehmer eine Art oligarchischen Kapitalismus, der nach den Wahlen 1996 fest verankert wurde. Reformen im engeren Sinne wurden nur partiell umgesetzt. Es gab ein paar halbherzige Versuche einer wirtschaftlichen Liberalisierung, einer Privatisierung, einer finanziellen Stabilisierung. Doch es mangelte an politischen Ressourcen und öffentlicher Unterstützung für weitreichende strukturelle Reformen. Diese Maßnahmen hätten als eine Art Ticket in die postindustrielle Welt wirken können, doch leider sind sie bis heute ausgeblieben.

Prognosen von erschreckender Hellsicht

Die Wirtschaftskrise von 1998 bedeutete das Ende der liberalen Reformära. Zwar ist "Ende" in diesem Fall nicht mit "Vollendung" zu verwechseln, doch zumindest das Hauptziel der Reformen – die Schaffung einer Marktwirtschaft – wurde erreicht. Zu dieser Zeit begann der so genannte "Club 2015", ein Think Tank, in dem sich einige der fortschrittlichsten Denker und Unternehmer Russlands zusammengefunden hatten, sein Projekt "Szenarien für Russland".

Der Auftrag war ambitioniert. Man wollte in Gestalt verschiedener Szenarien eine brauchbare Chancen-Risiken-Analyse entwickeln und damit die Grundlage dafür schaffen, aus dem scheinbar endlosen russischen Kreislauf Reform-Gegenreform auszubrechen. Kein Wunder, dass der spätere Minister für Wirtschaftsentwicklung Herman Oskarowitsch Gref, der 1999 den Auftrag erhielt, eine Wirtschaftsstrategie für den späteren Präsidenten Wladimir Putin zu entwickeln, sich mit Mitgliedern des Club 2015 traf.

Das pessimistischste der entwickelten Szenarien, das man vielleicht mit "Vergifteter eiserner Besen"-Szenario übersetzen könnte, dürfte kaum eines gewesen sein, das die Autoren als sonderlich wünschenswert bezeichnet hätten. Und doch war es mit seiner Skizzierung eines Putin-ähnlichen autoritären Anführers von erschreckender Hellsicht. Später zeigte sich, dass die Realitäten im Land autoritäre Tendenzen begünstigten. Es wäre zu einfach, Putin allein dafür verantwortlich zu machen. Schuld daran waren, in unterschiedlichem Maße, die politischen wie wirtschaftlichen Eliten und die breite Bevölkerung.

Unter den anderen Szenarien stechen die "Geschichte der verlorenen Zeit" und das "Renaissance"-Szenario hervor. Geht es in der "Geschichte der verlorenen Zeit" um den typischen Zustand der Trägheit und des mangelnden Enthusiasmus, der das Land immer wieder in die Krise stürzt, dürfte sich das op-

timistische "Renaissance"-Szenario für Augenzeugen der Straßenproteste von 2011 bis 2012 bekannt anhören. Doch die Menschen, die sich auf dem Bolotnaja-Platz versammelt hatten, wurden letzten Endes von einer Putin-Mehrheit vertrieben – eben jener Mehrheit, die später zur Krim-Mehrheit wurde. 2003 begann zunächst das Szenario "Geschichte der verlorenen Zeit" Gestalt anzunehmen.

2003 begann Russlands "Geschichte der verlorenen Zeit"

In jenem Jahr wurde der Oligarch und Kreml-Gegner Michail Chodorkowski verhaftet, und die liberalen Parteien mussten bei den Duma-Wahlen massive Verluste hinnehmen. Außerdem bildeten sich neue politische Eliten heraus, die aus Veteranen der Sicherheitsdienste und den etablierten Gruppen aus Finanzwirtschaft und Industrie bestanden. Der Staat begann, wieder verstärkt in die Wirtschaft einzugreifen, und der Reichtum wurde wieder im Sinne der Eliten (mit anderen Worten: im Sinne der Kumpane Putins) verteilt.

Dank der Annexion der Krim ist Russland heute wieder in einer Ära der Konterreformen angelangt. Wie im "Vergifteter eiserner Besen"-Szenario prognostiziert, kam es "zunächst zu einem BIP-Wachstum von vielleicht bis zu 4 Prozent, da die Mobilisierung von Seiten der Regierung ausgesprochen wirkungsvoll sein kann. Doch dann wird es einen lang anhaltenden und schmerzlichen Niedergang geben, möglicherweise sogar hinter einem "Eisernen Vorhang", der Russland und seine Regierung von der internationalen Gemeinschaft trennt."

Heute im Rückblick nicht mehr als ein Intermezzo, war die Modernisierungskampagne unter Dmitri Medwedew (2008 bis 2012) seinerzeit von großen Hoffnungen begleitet. Entwickelt hatten sie Wissenschaftler vom Institut für zeitgenössische Entwicklung (INSOR), das eigens für diesen Zweck gegründet worden war. Eine Studie des INSOR aus dem Jahr 2010 sagte präzise voraus, wie sich das Land unter einer erneuten Präsidentschaft Putins 2012 politisch, sozial und psychologisch verändern würde: "Schon wieder sehen wir der Gefahr ins Auge, dass wir zu hilflosen Zeugen werden, wie eine große Macht in sich zusammenfällt. Russland kann sich nicht schon wieder eine Zeit der Stagnation erlauben". Die Kapitelüberschriften der Studie beschreiben eine durchaus ambitionierte Modernisierungsagenda: "Werte und Prinzipien: Von einer ressourcenbasierten Moral zur Ethik der Freiheit", "Die politische Zukunft des Landes: Rückkehr zur Verfassung" und "Das Herrschaftssystem: Der Weg aus der bürokratischen Kontrolle der Wirtschaft".

Doch der Modernisierungssprung blieb aus. Ein abschließender Bericht des INSOR wurde vom Präsidenten schon nicht mehr eingefordert. Wenige Monate vor der "großen Rochade" hatte Medwedew sein Interesse an Reformen verloren. Er wusste wohl, dass ihm keine zweite Amtszeit vergönnt sein würde.

Krise - Reform - Gegenreform

Am Ablauf russischer Reformzyklen hat sich über die Jahrhunderte nicht viel geändert. Stets wurden Reformen irgendwann unausweichlich: Die Situation des Landes ist unhaltbar geworden, und somit müssen die Eliten, wenn sie an der Macht bleiben wollen, in irgendeiner Form reagieren. Zu ihren Antworten gehört normalerweise auch eine Verschärfung der Repression – doch das schließt eine spätere Rückbesinnung auf Reformideen nicht unbedingt aus. Allerdings kann diese erste Phase der Stagnation und Repression Jahrzehnte dauern. In dieser Zeit haben die Eliten die Möglichkeit, mit Modernisierungsinitiativen die Wahrscheinlichkeit zu reduzieren, dass sie sich selbst in Gefahr bringen.

Wenn zu diesem Zeitpunkt Forderungen nach Wandel in der Gesellschaft kursieren und wenn es den am oberen und am unteren Ende der Gesellschaftspyramide Stehenden gelingt, sich auf Ziele zu einigen oder Kompromisse zu schließen, dann beginnen die Reformen. Gestartet werden sie von den Eliten, da Modernisierung nur von Menschen mit einer gewissen Machtfülle begonnen werden kann. Gleichzeitig ist es wichtig, mithilfe politischer, staatlicher und sozialer Gruppen, die von den Reformen profitieren könnten, so genannte "Koalitionen für Modernisierung" zu bilden.

Hemmnisse in Gestalt politischer oder ideologischer Grenzziehungen sind ständige Begleiter russischer Reformen. Während der Perestroika wagte es die

Vor der Reform kommt häufig die Repression Regierung nicht, das sozialistische System an sich infrage zu stellen. Unter Alexander I., dem Vorgänger Nikolaus I., galten die Prinzipien der Leibeigenschaft und der absolutistischen Macht des Monarchen als rote Linien. Im heutigen Russland ist es der unbedingte Wille der etablierten Elite, an der Macht zu bleiben, die ihren Widerwillen erklärt, etwas am Status quo zu ändern. Jedweder ernsthafte

Reformversuch wird zu viele Opfer und radikale Veränderungen erfordern, als dass er reibunglos ablaufen könnte. Das hilft zu verstehen, warum die Umsetzung normalerweise mehr oder weniger im Sande verläuft.

Inzwischen begegnen viele Russen Reformen mit der fatalistischen Ansicht, dass sie wohl für immer Nachzügler im Entwicklungsprozess bleiben werden. Unter bestimmten Umständen sind sie, wie Jürgen Habermas es nennt, dazu verdammt, "nachholende Revolutionen" zu starten, um wettzumachen, was sie verloren haben. Ein Beispiel einer solchen "nachholenden Revolution" war die Protestbewegung von 2011 und 2012, in der die fortschrittlichsten Teile der Gesellschaft politischen Wandel einforderten, da sie der Meinung waren, dass rückständige Eliten und unvollendete Regierungsreformen die Entwicklung Russlands hemmten.

Der russische Demograf Anatoly Vishnevsky hat die widersprüchliche Logik von Reformen folgendermaßen auf den Punkt gebracht: "Egal, welchen As-

pekt der Reform wir betrachten, nach einer kurzen Phase des Erfolgs stehen die Ziele der Modernisierung irgendwann im Widerspruch zur konservativen Gesellschaftsordnung, und weiterer Wandel wird blockiert. Die Reformen geraten ins Stocken und enden in einer Sackgasse. Am Ende mündet das in eine Systemkrise, die seine komplette Neuerfindung erforderlich macht."

In einer perfekten Welt hätte jeder etwas von Reformen, und sie würden von einem Großteil der Bevölkerung unterstützt werden. Doch selbst dann ist ihr Erfolg nicht ausgemacht – siehe Gorbatschows Perestroika. Der Moskauer Reformökonom Jegor Gaidar schrieb dazu vor rund 20 Jahren: "Objektiv betrachtet, gibt es vornehmlich zwei Gruppen in unserer Gesellschaft,

trachtet, gibt es vornehmlich zwei Gruppen in unserer Gesellschaft, die an einer liberalen Wirtschaftspolitik interessiert sind, die Russland den Weg in eine stabile freie Marktwirtschaft ebnen könnte. Das ist zum einen die neue Mittelschicht, die gleiche Regeln für alle braucht, effektiven Schutz von Privatbesitz und eine Regierung, die keine allzu große Last ist. Und dann die Intellektuellen aus Wissen-

In einer perfekten Welt hätte jeder etwas von Reformen

schaft, Bildung, Medizin und Kultur – Bereiche, in denen der Zustrom von Geld die Bedürfnisse der Bevölkerung objektiv widerspiegelt. Werden diese Gruppen es schaffen, herauszufinden, was sie wirklich brauchen und wie man dafür kämpft? Die Antwort auf diese Fragen wird die Zukunft Russlands im 21. Jahrhundert maßgeblich beeinflussen."

Die progressiven Gruppen, die Gaidar beschreibt, hätten das Kernstück einer Koalition für Reformen sein können, hätten sie sich für eine Modernisierung des Systems eingesetzt. Doch im heutigen Russland findet man selten Koalitionen, die aufgrund einer gemeinsamen Klassen- oder Berufsgruppenzugehörigkeit für Reformen kämpfen. Enthusiastischer Patriotismus trifft auf soziale Apathie, und das vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise. Kein Wunder, dass auf Regierungsebene die Bereitschaft überschaubar ist, eine Reform zu unterstützen, und dass auch von der Bevölkerung kein klares Zeichen kommt, dass eine solche erwünscht ist. Es mangelt an einer klaren Zukunftsvision.

Die russische Regierung steht auf dem Weg zu den Präsidentschaftswahlen 2018 vor einem Dilemma. Entweder wählt Russland den Weg der Demokratie und Liberalisierung oder den der Repression, der Isolierung und Rückständigkeit. Es gäbe noch eine dritte Option: Stillstand – doch auch das wird zu Entwicklungsrückstand führen, vielleicht ohne verschärfte Unterdrückung. Erfolgreiche Reformen erfordern nicht nur den politischen Willen, sondern auch eine eindeutige Bereitschaft vonseiten der Elite, Macht für Fortschritt zu opfern und das autoritäre System abzuschaffen. Autoritär geführte Modernisierungs-

versuche hatten bisher keinen Erfolg im postsowjetischen Russland, und es ist wenig wahrscheinlich, dass sich das in Zukunft ändern wird. Für die nächste Welle erfolgreicher Reformen wird Demokratisierung vonnöten sein – was bedeutet, dass die Demokratisierung an sich das Hauptziel der Reformen sein muss.



Andrei Kolesnikov ist Senior Associate und Vorsitzender des Programms für Russische Innenpolitik und Politische Institutionen am Carnegie Center Moskau.

Auf dem Weg zu Neu-Moskowien

Die Westorientierung der Ukraine ist für Russland eine geopolitische Tragödie

Yulia Zhuchkova | Der Verlust von Kiew, das seinen Teil zur nationalen Gründungsgeschichte Russlands beitrug, bedeutet für Moskau alles andere als den Verlust einer "Kolonie": Das Land merkt, dass es stirbt, und versucht, mit fast schon wahnsinnigen Schritten, seine Identität zu retten. Die endgültige Abkehr vom Westen führt zurück in ein Moskowiter Kleinreich.

Als "erste postkoloniale Revolution" hat Ilja Gerasimow in seinem provokanten gleichnamigen Essay (*Aspen Review Central Europe*, 3/2015) den Kiewer Maidan von 2014 und seine Folgen bezeichnet, um damit die Einzigartigkeit der Geschehnisse jener Tage in dem großen postsowjetischen Staat zu betonen. Zwar pflichte ich vielen seiner Argumente bei, halte aber zugleich den Begriff "postkolonial" für extrem irreführend.

Für den Autor scheint "postkolonial" etwas von Grund auf anderes als "antikolonial" zu sein: Während letzterer Begriff den Kampf unterdrückter Völker um Befreiung und Unabhängigkeit – vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – meint, wird mit ersterem eine soziale Bewegung beschrieben, die in einem bereits souveränen oder quasisouveränen Land entstanden ist. So oder so geht es um "Kolonialismus". Aber war die Ukraine eine Kolonie?

Hier ist man bereits am strittigsten Punkt der gesamten postsowjetischen Geschichte angelangt: Nach Auflösung der Sowjetunion bedauerten die Russen natürlich das Verschwinden des gigantischen Landes, hegten aber ganz unterschiedliche Gefühle, was die verschiedenen Teile des früheren Imperiums betraf. Soweit ich erinnere, weinte niemand um den Verlust unserer tadschikischen oder kirgisischen "Brüder", die sich von Russland abspalteten und plötzlich unabhängige Nationen wurden. Man versuchte auch nicht, die Balten zurückzuholen, die ihre souveränen, in den frühen vierziger Jahren von den Sowjets einverleibten Staaten wiederherstellten.

Sogar als das neue, "unabhängige" Russland 1994 den Krieg mit Tschetschenien – seiner Splitterrepublik – begann, schien das Gros der Russen eher bereit, den Tschetschenen Autonomie zu gewähren, anstatt ihren Verbleib innerhalb der neuen Russischen Föderation zu erzwingen. Zugleich glaubte aber der Großteil der Bevölkerung immer noch an eine Art Einheit sowohl mit Weißrussland als auch der Ukraine – mit zwei Republiken also, deren Bewohner

nicht so sehr als Teil des sowjetischen, sondern als Teil des russischen Volkes angesehen wurden.

Das Problem wurde 1996 teilweise gelöst, als Moskau und Minsk den Vertrag zur Schaffung der "Russisch-Weißrussischen Union" unterzeichneten, den Bürgern beider Länder gleiche Rechte gewährten und alle Grenzkontrollen und Zollschranken abschafften. Im Fall der Ukraine liefen die Dinge aber in eine

ganz andere Richtung: Die Republik – regiert nicht vom "letzten Diktator Europas", sondern von demokratisch gewählten Führungen – versuchte, näher an die Europäische Union heranzurücken. Der proeuropäische Schwenk der Ukraine wurde 2004 überdeutlich sichtbar, als Tausende Menschen zum Maidan strömten, um gegen manipulierte Wahlen zu protestieren, die einen Moskau ge-

Seit 2004 galt Moskaus größte Sorge Kiew

nehmen Präsidenten ins Amt bringen sollten. Seitdem war offensichtlich, dass Moskaus größte Sorge Kiew galt: Für die Russen war die Ukraine ein Teil von Russland, während die Ukrainer bereit waren zu beweisen, dass sie das nicht waren. Bis heute spricht die russische Politikelite von der Ukraine als souveränem, aber nicht als unabhängigem Land.

Warum führte der Zusammenbruch der Sowjetunion zu so unterschiedlichen Haltungen zu verschiedenen Teilen des früheren Imperiums? Um das zu beantworten, ist ein tieferer Blick in die Geschichte und Eigenart des russischen Staates nötig. Dieser war definitiv Mutterland eines gewaltigen kolonialen Imperiums. Doch es gibt große Unterschiede zu den anderen europäischen Kolonialmächten.

Kein Ableger in Übersee

Russlands Kolonie Sibirien, ein unermessliches Land, das den ganzen Raum östlich des Urals bis hin zum Pazifik umfasst, entstand als integraler Teil des Landes und nicht als Ableger für Siedler in Übersee. Wie die europäischen Mächte erlebte Russland zwei Phasen der Expansion. Die erste war ähnlich derer, die die Briten und Franzosen im 17. Jahrhundert in Nordamerika vollzogen, und führte zu einer Siedlerkolonie im östlichen Eurasien. Im 19. Jahrhundert, während die anderen Europäer über Seelinien nach Afrika und Asien ausgriffen, begannen die Russen mit ihrem Vorstoß nach Süden ihrerseits eine zweite, stärker militärisch geprägte expansionistische Welle. Zu dieser Zeit eroberten sie den Nordkaukasus und die meisten Teile Zentralasiens.

Der Unterschied zwischen den Unternehmungen war klar: Während es die Russen in Sibirien (genauso wie die Briten und Franzosen in Nordamerika) bald schafften, eine dominante ethnische Gruppe in den eroberten Gebieten zu bilden, geschah das weder im Kaukasus noch in Zentralasien – so wie die Europäer auch nie zur ethnischen Mehrheit in ihren afrikanischen und asiatischen Kolonien wurden. Am Ende verband das russische Imperium als einziges der Welt koloniale Expansionen des 16./17. Jahrhunderts und des 19. Jahrhunderts in einem einzigen Staatsgebiet.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion blieb die größte Siedlerkolonie intakt. Verloren wurden die "Eroberungen ohne russische Mehrheit", was erklären mag, warum sich der Schmerz darüber in Grenzen hielt. Natürlich

erlebte Russland einen immensen Migrationsstrom aus den früheren sowjetischen Republiken im Kaukasus und in Zentralasien. Doch dies trug noch zum Gefühl der Russen bei, dass diese Länder für Russland unbedeutend wären. Das ähnelt dem Beispiel Frankreichs und Algeriens nach den sechziger Jahren: Russen würden heute keinen der zentralasiatischen Staaten als historischen Teil ihres Landes bezeichnen, so wie nur wenige Franzosen sich wieder mit Algerien vereinigen wollten.

Hinzu kommt: Historisch gesehen ist das russische Mutterland Ergebnis einer langen Serie von Kriegen und politischen Auseinandersetzungen. Eigentlich bestand dieses aus drei unverkennbaren Teilen: Der erste war die nord-

Russland behielt 1991 seine einzige Kolonie: Sibirien westliche Rus, die als Staat der Wikinger im 9. Jahrhundert etabliert wurde. Sie wurde im 13. Jahrhundert von mongolischer Eroberung verschont und tatsächlich für eine lange Zeit als Republik regiert. Der zweite Bestandteil war die Kiewer Rus, die zum politischen und spirituellen Zentrum der russischen Kultur wurde. Dort wurden im Jahr 988 die ersten Russen getauft, dort entstand auch

das Kiewer Erzbistum, das sich später zur russisch-orthodoxen Kirche entwickelte. Erst an dritter Stelle folgte die Wladimirer Rus, die sich als Besitztum jüngerer Prinzen ausbildete und im 13. Jahrhundert – einhergehend mit dem Abstieg Kiews – seine Unabhängigkeit erlangte.

Nach dem Einfall der Mongolen gingen diese drei Teile Prä-Russlands verschiedene Wege: Das Großfürstentum Moskau entwickelte sich zum hoch zentralisierten Staat, der es schaffte, gegen Ende des 14. Jahrhunderts das mongolische Joch abzuwerfen. Der Hauptteil des im Verfall begriffenen Kiewer Teils ging an Polen und das Herzogtum von Litauen über, während Nowgorod und Pskow ihre republikanische Regierung beibehielten. Nachdem der Moskauer Zar Iwan III. Nowgorod 1478 erobert hatte und die Kosaken von Saporischschja 1654 baten, unter Moskauer Souveränität gestellt zu werden, waren alle drei Zentren Russlands historischer Staatlichkeit vereint. Es ist kein Zufall, dass das Wort "Russland" ab dem 16. Jahrhundert Einzug in den Sprachgebrauch hielt, als die "Rückeroberung" begann; mit der Errichtung des Russischen Reiches 1721 wurde es dann offiziell eingeführt.

Der Verlust der "Mutter aller russischen Städte"

Die "ukrainische Frage" ist für das heutige Russland deshalb so wichtig, weil die Ukraine als struktureller Bestandteil Russlands gilt – als "natürlicher" Teil des Mutterlands und eben nicht als Kolonie. Dass die Ukraine mit ihrer Unabhängigkeit einen viel prowestlicheren Kurs einschlug als erwartet, liegt wiederum daran, dass bestimmte Teile des Landes unterschiedliche Identitäten haben. Manche Landesteile sind von russischen Oblasten nicht zu unterschieden, andere fußen dagegen auf den gleichen historischen Fundamenten wie Polen oder die Slowakei. So "natürlich" vor diesem Hintergrund die proeuropäische Wende der Ukraine erscheinen mag, so darf man doch nicht vergessen, wie gewöhnungsbedürftig es für viele Russen ist, dass Kiew als "die Mutter aller russischen Städte" nun eine europäische Hauptstadt sein soll. Somit waren die Kiewer Geschehnisse schwerlich eine "postkoloniale Revolution":

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Russland verlor in den neunziger Jahren "Besitzungen", aber keine Kolonien, und weinte ihnen kaum eine Träne nach. Viele Russen meinten sogar, es sei von Vorteil, die Bezuschussung der Ränder der früheren Union aufzugeben (und der wirtschaftliche Absturz vieler ehemaliger Sowjetrepubliken in der Zeit danach gab ihnen recht). Nach 1991 behielt Russland seine einzige Kolonie, nämlich Sibirien. Und man war überzeugt, dass es auch seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Einheit mit der Ukraine und mit Weißrussland würde fortsetzen können. Dass die Ukraine sich dem Westen zuwendet, wird von vielen Russen als Verrat verstanden. Wie sehr man die Ukraine als kulturell-historischen Bestandteil Russlands sieht, zeigt sich in der Antwort, die Wladimir Putin 2011 auf die Frage gab, was denn die Sowjetunion gewesen sei: "Das Gleiche wie Russland, nur anders genannt."

Der Aufbruch der Ukraine bringt für Russland zwei gewaltige Probleme mit sich: Die Rus war seit ihrem Anfang ein europäischer Staat; gegründet durch die Wikinger, christianisiert durch die Byzantiner und einbezogen in den Handel Europas. Sie wurde weniger europäisch, als sich ihr Zentrum vom Dnepr zur Kljasma verlagerte und noch viel weniger, nachdem sie durch die Mongolen unterworfen wurde. Aber seit dem 14. Jahrhundert versuchte Russland, seinen Zugang zu Europa wiederzuerlangen. Am Ende des 20. Jahrhunderts verlor ein Russland, das europäisierter und "verwestlichter" als je zuvor in seiner Geschichte war, all seine westlichen Gebiete – und nicht nur relativ fremde Länder wie die baltischen Staaten oder Moldawien, sondern auch die Ukraine. Es hatte einen Grund, warum Russland nach der orangenen Revolution in der Ukraine isolierter und konservativer wurde. Ohne die Ukraine führt der Weg zurück in die Zeit vor 1654: in ein entlegenes, insgesamt eher nichteuropäisches Zarentum.

Heute besitzt Russland mehr Landmassen im Osten als im frühen 17. Jahrhundert und es hängt von diesen auch viel stärker ab. Ein von Europa abgewandtes Russland hätte eine Zukunft. Aber nur die eines Moskauer Großfürstentums. Hierin gründet sich wohl die russische Sorge: Sowohl die Führungsebenen als auch das Volk haben verstanden, dass ihnen mit dem Verlust der Ukraine ein maßgeblicher Teil ihrer Identität, ihrer historischen Einheit abhanden kommt. Das könnte Russlands gegenwärtige Verrücktheit erklären. Man hat plötzlich verstanden, dass man nicht eines ausländischen Besitztums, sondern des Landes beraubt wird. Deshalb versucht die Moskauer Elite heute, die Menschen um die "orthodoxen Werte" oder das "eurasische Projekt" zu versammeln. Beides verschließt den Überbleibseln des historischen Russlands die europäische Perspektive.

Der Aufbruch der Ukraine gen Westen birgt ein weiteres großes Problem. Russland steht vor ganz anderen Herausforderungen als früher. Im Zeitalter der Expansion eroberten die Russen weite Teile Sibiriens und Zentralasiens in dem Glauben, dass sie das eurasische "Herzland" kontrollierten, von dem

Die Ukraine war Brücke ins seewärts orientierte Europa

der Kurs der Geschichte abhing. Russland etablierte sich als kontinentale Macht; die Europäer gründeten ihre Imperien seewärts. Die Ukraine war, und ist es heute noch, eine Brücke zwischen dem landumschlossenen Moskauer Raum und dem seewärts orientierten Europa. Sieht man sich die so genannte "Eurasische Union" an, die Russland aufzubauen versucht, wird man feststellen, dass die-

se Union außer Russland nur Nationen umfasst, die keinen Meerzugang haben: Weißrussland, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Armenien. In den kommenden Jahrzehnten wird Moskau Milliarden investieren, um Kommunikationswege innerhalb dieser landumschlossenen Umgebung zu entwickeln und um Straßen oder Eisenbahnlinien zu bauen, die nie so konkurrenzfähig sein werden wie die großen modernen Seewege. Das Abrücken der Ukraine verwandelt also nicht nur Russland zurück in ein Moskauer Großfürstentum, sondern führt auch den Staat zurück ins Mittelalter, als Territorium als Hauptvermögenswert galt – obwohl es heute eigentlich als seine größte Belastung erscheint. In jedem Fall: Russland sieht immer rückwärtsgewandter und überholter aus.

Der Grund für verrückte Schachzüge

Meines Erachtens ist der Bruch zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine eine echte "geopolitische Tragödie", die Russlands historische Wurzeln untergräbt. Aus dieser Tragödie erklären sich Russlands unverantwortliche Schachzüge, nicht aus der Sorge über die auf der Krim oder in der östlichen Ukraine lebenden Russen. Russland spürt, dass es stirbt, und es wird deshalb verrückt und bricht alle internationalen Regeln und Gesetze in dem Versuch, seine in Auflösung begriffene Identität zu bewahren. Was entsteht, ist tatsächlich ein neues "Moskowien". Ein vollkommen neuer Staat, der für Jahrzehnte die eurasische Politik bestimmen wird.

Zugleich glaube ich nicht, dass Russland die ukrainische Hinwendung nach Europa wird stoppen können. Dafür müsste es wohl einen Krieg nicht nur mit der Ukraine, sondern auch mit NATO-Staaten beginnen. Deshalb wird es lieber Neu-Moskowien bleiben, mit eigenem Zugang zu den Weltmeeren, mit rückeroberter Krim, aber ostwärts ausgerichtet und mit China als Verbündetem.

Das neue Moskowien wird ein einzigartiges Konstrukt sein: Erstens wird das Mutterland zu einem gewaltigen Ausmaß von seiner Siedlerkolonie abhängen. 2014 stand Sibirien für 75 Prozent des Territoriums der Russischen Föde-

ration, für 20,5 Prozent seiner Bevölkerung und etwa 78 Prozent der Exporte (im Russischen Reich lagen die Werte 1897 bei 52, 7,5 und 19 Prozent). Vergleicht man das wirtschaftliche Gewicht Zentralrusslands und Sibiriens, so ließen sich Parallelen ziehen zum heutigen Portugal und Brasilien. Wären diese Länder immer noch vereint, als eine Art PortuBras, sähen sie so aus wie das heutige

Neu-Moskowien wird sich an China ausrichten

Russland. Niemand weiß (oder kann sich vorstellen), wie stabil ein Land im 21. Jahrhundert sein kann, in dem drei Viertel seiner Bevölkerung sich des natürlichen Wohlstands bedienen, den einige wenige in vor langer Zeit kolonisierten Gebieten ermöglichten.

Zweitens wird das neue Moskowien anders aussehen als das alte. Statt sich von Konstantinopel oder gar Rom abzuleiten, wird es das "Eurasische" seiner Identität betonen und sich damit auf die Unterschiede anstatt auf die Gemeinsamkeiten mit Europa konzentrieren. Neu-Moskowien, gestützt auf seine sibirischen Reichtümer, wird sich an China als Haupthandelspartner und politischen Unterstützer orientieren und auch an Zentralasien, wo es vielleicht einige Juniorpartner finden wird. In jedem Fall wird es noch autoritärer werden als das heutige Russland und die liberale Demokratie als lästigen Teil des europäischen Erbes betrachten. Die östlichen Grenzen der EU würden dann zur wesentlichen Trennlinie des neuen Jahrtausends.

Drittens wird eine solche Entwicklung alle Versuche, Russland zu modernisieren, im Keim ersticken. Modernisierung heißt Verwestlichung, und diese wird strikt abgelehnt. Zudem wird in einer Autokratie von liberaler Wirtschaft und privatem Unternehmertum nicht mehr viel übrig bleiben. Die staatsgelenkte Wirtschaft eines Landes dieser Größe kann nur noch eine Rohstoffwirtschaft sein. Mit dem Rückzug auf ein Neu-Moskowien wird Russland daher wohl seine Spezialisierung als Ressourcenwirtschaft ausbauen – womöglich samt Umorientierung seiner Lieferketten von Europa nach China und dem aufstrebenden Asien.

All dies klingt nicht erfreulich. Aber dies könnte der Preis dafür sein, sich nicht nach Westen orientiert zu haben, für den europäisch-russischen Kon-

flikt um die Ukraine, für das wiedererstarkte Gefühl russischer Einzigartigkeit. Russland wäre das erste europäische Land, das sich von Europa abwendet. Wäre dies unvermeidbar, sollten wir die europäische Wahl der Ukraine feiern und unseren ukrainischen Brüdern nur alles Gute für ihre Reise Richtung Westen wünschen.



Yulia Zhuchkova promoviert an der Universität Tomsk zu den Beziehungen zwischen der EU und Russland. 2014 war sie Egon Bahr Fellow der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bild r Printausgab

Anhänger des Kandidaten Ahmed al-Khatib hängen vor der Parlamentswahl in Ägypten in den Straßen von Gizeh Banner auf, September 2015

nur in e verfügbar

Arabien aufbauen

Der Arabische Frühling konnte sich kaum entfalten. Dennoch bleibt Demokratie die große Hoffnung. Wie aber lässt sie sich in Gesellschaften schaffen, in denen Stamm und Familie an erster Stelle stehen?

Keine Demokratie in Sicht

Arabische Stimmen zur Legitimitätskrise der Staaten im Nahen Osten

Perry Cammack und Marwan Muasher | Bei einer Umfrage der Carnegie Foundation in nahezu allen arabischen Ländern sprechen sich 80 Prozent der Befragten für die repräsentative Demokratie als Regierungsform aus. Doch fünf Jahre nach dem Arabischen Frühling ist die große Mehrheit immer noch unzufrieden mit dem Verhältnis zwischen Regierung und Bürgern.

Das Spektrum der Herausforderungen, mit denen sich der Nahe Osten derzeit konfrontiert sieht – Terrorismus, Extremismus, Bürgerkriege, ausländische Interventionen, Sekten, Korruption und Autoritarismus – ist erschreckend breit und entmutigend zugleich. Bei so vielen Problemen ist es nicht einfach zu entscheiden, wie diese angegangen werden können und welche Rolle externe Akteure wie die USA oder die EU dabei spielen sollen.

Vor diesem Hintergrund führte das Middle East Program der Carnegie Endowment for International Peace eine Meinungsumfrage durch, an der 105 Expertinnen und Experten aus nahezu allen arabischen Staaten teilnahmen. Die Befragten sind renommierte politische Denker aus der Region, darunter Führungspersönlichkeiten der Zivilgesellschaft, Aktivisten, Industrievertreter, Wissenschaftler, ehemalige Kabinettsmitglieder, Parlamentarier und Regierungsberater. Einige von ihnen traten erstmals während des Arabi-

schen Frühlings in Erscheinung, andere verfügen über jahrzehntelange Erfahrungen.

Die Umfrage hat eher qualitativen als quantitativen Charakter; die Teilnehmer sind nicht willkürlich ausgewählt und die Ergebnisse nicht unbedingt repräsentativ für das Meinungsbild in der arabischen Öffentlichkeit. Aber als Stimmen, die nachdrücklich Veränderungen und Reformen fordern, liefern die Befragten bemerkenswerte Einblicke in die politischen Dilemmata des Nahen Ostens. Drei Themenfelder ragen dabei hervor: die Legitimität von Regierungen, die Priorisierung lokaler Angelegenheiten und Perspektiven für die Demokratie.

Die Legitimitätskrise überwinden

Fünf Jahre nach dem Arabischen Frühling hat die Legitimitätskrise, die die Aufstände überhaupt erst ausgelöst hat, weder an Resonanz noch an Dringlichkeit verloren. Die Experten sind weitestgehend geeint in ihrer Unzufriedenheit mit den Antworten, die ihre jeweiligen Regierungen auf die zahlreichen Herausforderungen ihrer Länder anzubieten haben. Die Gründe für ihren Unmut sind vielfältig: Autoritarismus und Militarismus, Korruption und Vetternwirtschaft sowie die Intervention externer Akteure gehören dazu. Diese Gründe für die vorherrschende Unzufriedenheit sind daraus entstanden, dass es in den meisten Ländern des Nahen Ostens nicht wirklich Gesellschaftsverträge zwischen Staat und Bürgern gibt dass überhaupt ein allgemeines Verständnis für deren Bedeutung fehlt.

Hoffnungslosigkeit ist das vorherrschende Gefühl in den zusammenbrechenden Staaten in der Region. Dabei beklagen vor allem Experten aus Libyen, Syrien und dem Jemen das Unvermögen, staatliche Aufgaben zu erfüllen, wenn es faktisch keine Regierung mehr gibt.

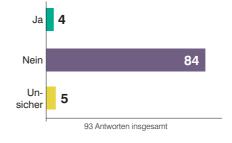
Probleme vor Ort lösen

Die befragten Experten richten trotz der vielen geopolitischen Herausforderungen ihre Aufmerksamkeit vor allem auf lokale Themen. Arabische wie westliche Medien berichten jedoch meistens über die akuten Krisen des Nahen und Mittleren Ostens, beispielsweise die Militärkampagne gegen den so genannten Islamischen Staat, den Konflikt im Jemen und die Rivalität zwischen dem Iran und Saudi-Arabien.

Während es unter den Befragten keinen Konsens darüber gibt, was die eigentlichen Ursachen für die weit verbreiteten Unruhen sind, legen sie alle jedoch ihr Augenmerk auf lokale Probleme wie Autoritarismus, Korruption und fehlendes Verantwortungsbewusstsein. Fünf Jahre nach Beginn der arabischen Revolutionen ruft dies in Erinnerung, dass die Legitimationskrise, mit der die arabischen Staaten konfrontiert sind, noch immer ein äußerst wichtiges Thema ist.

Ganz allgemein betrachten die Experten Demokratie nicht als Selbstzweck, sondern als ein Instrument, welches das Verantwortungsbewusstsein von Regierungen stärkt und sich gegen Korruption richtet. Obwohl sich die Befragten in der großen Mehrheit für die repräsentative Demokratie aussprechen, unterscheiden sie zwischen echten demokratischen Institutionen und eher oberflächlichem Agieren. Sie äußern erheblichen Unmut über die verpassten Chancen als Folge des Versagens auf Regierungsebene und sehen einen direkten Zusammenhang zwischen dem Fehlen von politischem Pluralismus und dem Aufstieg extremistischer Gruppierungen.

Sind Sie mit dem Verhältnis zwischen Ihrer Regierung und den Bürgern Ihres Landes zufrieden?



Die meisten der Befragten sind sehr unzufrieden mit ihren jeweiligen Regierungen. In der Umfrage gab es drei Fragen zu den Beziehungen zwischen Regierung und Bürgern. Obwohl einige Experten in leitenden Regierungsfunktionen tätig waren

beziehungsweise noch sind, zeigen sich nur vier von 93 Befragten (diese stammen aus Ägypten, Jordanien, dem Libanon und den Vereinigten Arabischen Emiraten) mit ihren Regierungen zufrieden. Vor allem Befragte aus Libyen, Syrien und dem Jemen sind sehr direkt, wenn sie das generelle Versagen staatlicher Institutionen und die fehlende Legitimität ihrer Regierungen beschreiben. Auf offen gestellte Fragen zu Kriterien, die sie gerne umgesetzt sähen, und zu möglichen Maßnahmen, die der Staat ergreifen müsste, um seine Regierungsfähigkeit zu verbessern, sind die Antworten der Experten eher skeptisch.

Ist repräsentative Demokratie eine angemessene Regierungsform für Ihr Land?



Wie bisherige Meinungsumfragen in der arabischen Welt bereits gezeigt haben, unterstützen auch die meisten der hier befragten Experten die Bedeutung der repräsentativen Demokratie als angemessene Regierungsform. Nur sechs von 101 Befragten sind der Ansicht, dass die repräsentative Demokratie nicht für ihr Land geeignet sei.

Arabische Gesellschaften haben viel Erfahrung mit autoritären Regimen, die demokratische Verfahren geschickt nutzen, um sich einen Anstrich von Legitimität zu geben. Nur wenige Experten idealisieren die Demokratie; die Mehrheit betont, dass demokratische Regierungsführung kein Selbstzweck sei, sondern vielmehr ein Mechanismus, um Verantwortungsbewusstsein zu stärken und der Korruption entgegenzuwirken.

Einige Experten äußern Besorgnis über die Gefahren, die von illiberalen Scheindemokratien ausgehen, sowie über die Herausforderungen, politische und ethnische Minderheiten zu schützen. Ein weiteres Problem sei die Tendenz autoritärer Regime, Wahlen zu manipulieren.

Obwohl die Befragten in vielen Bereichen unterschiedliche Ansichten haben, zeigt sich doch eine große Übereinstimmung darin, politische Herausforderungen vor Ort für wichtiger zu halten als regionale beziehungsweise geopolitische Themen. Die Expertinnen und Experten waren dazu angehalten, die dringlichsten Probleme, mit denen die arabischen Gesellschaften heute konfrontiert sind, zu reflektieren - zunächst in eigenen Worten, dann durch ein Ranking von zehn Problemen. Als Antwort auf die offen gestellte Frage nennen die Experten politische und wirtschaftliche Herausforderungen etwa doppelt so oft wie Kategorien in Bezug auf Ideologien und die Sicherheitslage. Regionale Angelegenheiten sind für sie hingegen weniger wichtig. Beim Ranking werden Autoritarismus und Korruption am häufigsten genannt.

Staat und Religion trennen

Befragte, die dem Liberalismus offener gegenüberstehen als weite Teile der arabischen Bevölkerungen, tendieren zu einer Trennung von religiösen und staatlichen Institutionen. Knapp mehr als die Hälfte von ihnen lehnt eine Regierungsfunktion für religiöse Würdenträger ab, während ein Viertel sich für eine beschränkte und ausschließlich beratende Funktion ausspricht. Einer von zehn Experten befürwortet eine begrenzte staatliche Funktion religiöser Autoritäten, beispielsweise in Bezug auf Gesetzesvorschläge, religiöse Ausbildung oder Familienhilfe. Keiner der Befragten spricht sich für eine direkte politische Funktion von religiösen Amtsinhabern aus.

Religion spielt eine zentrale Rolle in den Antworten dieser Studie. So stellt ungefähr die Hälfte der Experten, als sie nach den drei größten Herausforderungen im Nahen Osten gefragt wurden, einen direkten oder indirekten Bezug zur Religion her. Auch wenn in dieser Studie religiöse Faktoren eine wesentlich geringere Rolle spielen als politische Herausforderungen und autoritäre Regierungssysteme, äußern die Befragten den Wunsch, dass religiöse Institutionen sich mehr für religiöse Toleranz und Pluralismus einsetzen sollten; auch die Notwendigkeit der Reform von religiösen Institutionen wird immer wieder hervorgehoben.

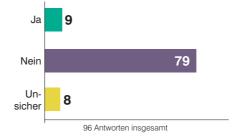
Bildungschancen verbessern

Die Arab Human Development Reports dokumentieren seit 2002 jährlich die Entwicklungen in Bildung und Wissenschaft in der arabischen Welt. Im Rahmen der hier beschriebenen Umfrage berichten manche Experten von Fehlern im Bildungssystem ihrer Länder. Dabei werden vor allem ungenügende Finanzierung, nicht geeignete Lehrpläne sowie man-

gelnde Vorbereitung der Studierenden auf die moderne Arbeitswelt als Probleme genannt.

Für die meisten arabischen Experten sind Bildung und Wissenschaft direkt mit den staatlichen Herausforderungen ihrer Länder verknüpft. Viele gehen in ihren Ausführungen sogar so weit zu behaupten, dass die Bildungssysteme ihrer Länder bewusst darauf ausgerichtet seien, kritisches Denken zu unterbinden und damit Unwissenheit zu verfestigen. Außerdem sei fehlende Bildung eine wesentliche Ursache für Radikalisierungstendenzen.

Sind Sie mit dem Bildungssystem Ihres Landes zufrieden?



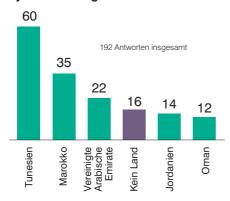
Die Wirtschaft entwickeln

Auch bei Wirtschaftsthemen beziehen sich die Experten hauptsächlich auf Regierungsverantwortung und Transparenz. Die Sichtweisen auf die wirtschaftliche Lage sind unterschiedlich, wobei sich eine Mehrheit der Befragten für eine Mischform der Wirtschaft ausspricht: Die Regierung soll eine dominante Rolle spielen und dabei entweder die freie Marktwirtschaft oder die Wohlfahrtsökonomie fördern.

Auch wenn die meisten der Befragten nicht über besondere Exper-

tise in Wirtschaftsfragen verfügen, lässt sich doch ein beachtlicher Konsens der Meinungen über Wirtschaft und Politik feststellen.

Welches arabische Land verfügt über das erfolgreichste Regierungssystem der Region?



Bei der Frage, wie die Regierungen die wirtschaftlichen Aussichten für ihre Bürger verbessern könnten, findet man in den Antworten der meisten Befragten keine konkreten Vorschläge für regulative Maßnahmen seitens des Staates, sondern viel grundsätzlichere Vorschläge. Diese betreffen die Bekämpfung von Korruption, die Eindämmung von Vetternwirtschaft sowie mehr Maßnahmen für Transparenz. Zumindest für diese Experten scheinen die Unterschiede in den verschiedenen Volkswirtschaften nicht vorrangig vom eigentlichen wirtschaftlichen System abzuhängen, sondern vielmehr von der Kompatibilität dieses Systems mit allgemein gültigen Normen zur Transparenz und zum internationalen Recht.

Die Experten wurden aufgefordert, die drei arabischen Staaten zu nennen, die ihrer Meinung nach die beste Regierungsleistung für ihr Volk bieten. Fast zwei Drittel der Befragten nennen hier Tunesien. In ihrer Wahrnehmung stellt dieses Land fünf Jahre nach der Revolution, trotz aller anhaltenden Herausforderungen, die politisch integrativste Gesellschaft in der arabischen Welt.

Marokko, das nach und nach politische Reformen umgesetzt hat, sowie die Vereinigten Arabischen Emirate, denen es nach wie vor an politischer Pluralität fehlt, genießen den Ruf moderner und globaler Wirtschaftszentren. Nicht genannt werden in diesem Zusammenhang Ägypten und Saudi-Arabien, trotz ihrer traditionellen Führungsrolle im Nahen und Mittleren Osten. Aufgrund ihrer repressiven politischen Systeme haben sie offensichtlich nur ein geringes Ansehen. Fast ein Fünftel der Experten geht davon aus, dass es überhaupt keine erfolgreichen arabischen Staaten gibt.

Die Rolle der USA

Die Teilnehmer der Meinungsumfrage sollten auch beschreiben, welche Rolle ihrer Meinung nach die USA in der Region spielen sollen. Viele der Antworten widersprechen einander und geben ein breites Meinungsspektrum wieder. Viele Befragte zeigen sich äußerst kritisch angesichts der amerikanischen Politik im Nahen und Mittleren Osten. Zusammengenommen können die Antworten in vier Kategorien unterteilt werden:

1. Vier von zehn Experten entwerfen ein Szenario, in dem die USA eine konstruktive Rolle in ihrem Land spielen würden. Besonders wünschen sich viele Unterstützung bei institutionellen Reformen, Vermittlung von technischem Know-how sowie Hilfe in Bildungsbelangen.

- 2. Zwei von zehn Befragten fordern eine Beendigung amerikanischer Einmischung und verlangen, dass die USA militärische Aktivitäten in der Region eindämmen oder ganz unterlassen.
- 3. Ein Sechstel der Befragten fordert, dass die amerikanische Regierung mehr Druck auf arabische Staaten ausüben solle. Aus dieser Gruppe verlangen sogar vier Experten eine direkte militärische Intervention zur Absetzung des syrischen Präsidenten, Baschar al-Assad.
- 4. Zwei von zehn Befragten beziehen sich auf den israelisch-palästinensischen Konflikt und fordern die USA auf, mehr Druck auf Israel auszuüben beziehungsweise die Palästinenser und ihren Weg zu einem eigenen Staat zu unterstützen.

Wenn man diese Antworten mit den relativ seltenen Bezugnahmen auf den arabisch-israelischen Konflikt an anderen Stellen dieser Studie in Zusammenhang setzt, kann man daraus schlussfolgern, dass dieser Konflikt ein zentrales Thema bleibt, wenn es um die Bewertung der amerikanischen Politik im Nahen Osten geht. Aber allgemein betrachtet zählt der "Nahost-Konflikt" für die meisten Experten nicht mehr zu den Hauptproblemen der Region.

Fazit

Die Ergebnisse dieser Studie bieten einen außergewöhnlich interessanten Einblick in die Ansichten zahlreicher führender arabischer Wissenschaftler und Experten. In Anbetracht der enormen Probleme, die in der Region zu bewältigen sind, ist es kaum verwunderlich, dass die Befragten keinen Konsens über die Hauptursachen für die Umbrüche in der Region anbieten können.

Dennoch ist der gewählte Schwerpunkt auf autoritäre Systeme, Regierungsverantwortung und Transparenz, selbst angesichts akuter terroristischer Bedrohungen und aufkeimender regionaler Konflikte, ein wichtiger Hinweis darauf, dass die Legitimitätskrise, mit der sich die arabische Welt konfrontiert sieht, eines der relevantesten Probleme ist. Mehr als fünf Jahre, nachdem der Funke der Revolution in einem kleinen Dorf in Tunesien entfacht wurde, ist die dramatische und turbulente Geschichte des arabischen Umbruchs noch lange nicht zu Ende.



Perry Cammack arbeitet im Nahost-Programm des Carnegie Endowment for International Peace.



Marwan Muasher ist stellvertretender Forschungsdirektor beim Carnegie Endowment for International Peace.

Wahlkampf im Wohnzimmer

Im ländlichen Ägypten ist in Wirklichkeit der Clan der tiefe Staat

Peter Hessler | Programme, Grundsatzfragen oder gar Parteien spielen keine Rolle für die Wahlkämpfer von El-Balyana im Süden Ägyptens. In Oberägypten, und nicht nur dort, sind es Traditionen und die Macht der alten Clan-Patriarchen, welche die Politik bestimmen. Daran hat auch der Aufstand der Jugendlichen vom Tahrir-Platz in Kairo nichts geändert.

In El-Balyana, einem entlegenen Bezirk in Oberägypten, bewarben sich im vergangenen Herbst 19 Kandidaten um zwei Sitze im neuen Nationalparlament. Keinem schien der Wahlkampf mehr Spaß zu bereiten als Yusuf Hasan Yusuf, einem groß gewachsenen Mittvierziger, Vater von neun Kindern und Besitzer eines Juweliergeschäfts sowie einer Landwirtschaft, auf der Weizen, Mais und Zuckerrohr angebaut wird. Seinen Wahlkampf bestritt Yusuf ausschließlich, indem er von Tür zu Tür zog. Politische Aktivität in der Öffentlichkeit fand er unnütz. Yusuf sprach nicht über Schlüsselthemen, Maßnahmenpakete oder Gesetzesvorhaben. Nie hat er auch nur ein einziges Wahlkampfversprechen gemacht und niemals wurde er von einer politischen Partei oder anderen Institutionen unterstützt. Dennoch gelang ihm eine erfolgreiche Karriere als Politiker.

Im Dezember 2010 errang Yusuf zum ersten Mal einen Sitz im ägyptischen Parlament. Als unabhängi-

ger Kandidat setzte er sich gegen den Kandidaten der Nationaldemokratischen Partei (NDP) durch, die den De-facto-Einparteienstaat Ägypten über 30 Jahre lang regiert hatte.

Knapp zwei Monate später begann auf dem Tahrir-Platz die Revolution. Präsident Hosni Mubarak trat zurück, das Parlament und die NDP wurden aufgelöst. Islamisten durften erstmals politische Parteien gründen und gewannen im Winter 2012 mehr als 70 Prozent der Sitze in den Parlamentswahlen. In El-Balvana allerdings erhielt Yusuf deutlich mehr Stimmen als sein Gegenkandidat von der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbruderschaft.

Erneut reiste Yusuf nach Kairo, um sein Amt anzutreten, doch wieder wurde das Parlament aufgelöst, diesmal per Gerichtsbeschluss. Nach landesweiten Protesten entfernte das Militär im Sommer 2013 Mohammed Mursi, den ersten demokratisch gewählten Präsidenten des Landes, aus dem Amt. Mursis Muslimbrüder wur-

den bald darauf als terroristische Organisation verboten.

Eine Antwort auf die Frage, was er aus diesen Ereignissen gelernt habe, fiel Yusuf schwer. Die Frage implizierte eine Logik, die nicht für Ägypten gilt. Aus Yusufs Sicht mussten sowohl die Verlierer wie die Gewinner einer Wahl damit rechnen, dass ihre Parteien verboten oder aufgelöst werden können. Nach der Auflösung des Parlaments verschob die Regierung wiederholt den Termin für Neuwahlen. Fast drei Jahre gab es keine Legislative in Ägypten. In der Zwischenzeit tat Yusuf weiter das, was er am besten kann. "Ich mache immer Wahlkampf", erzählte er Monate, bevor ein neuer Wahltermin feststand. Auch zwei andere Abgeordnete aus der Region hatten ihre Jobs ruhen lassen, um sich fast ausschließlich dem Wahlkampf zu widmen.

El-Balyana liegt am Westufer des Nils, etwa 300 Meilen flussaufwärts von Kairo. Oberägypten ist nur dünn besiedelt und der ärmste, am meisten vernachlässigte Teil des Landes. Als Antwort auf die Dysfunktionalität des Staates haben die hiesigen Bewohner über die Jahre ihr eigenes Wahlsystem entwickelt. Schon während der NDP-Herrschaft schufen sie lokale Ableger der Parteien und pflegten regionale Wahlkampftraditionen. Dieses informelle System überlebte den Arabischen Frühling und dessen Nachwirkungen. In gewisser Weise ist es genauso stabil wie andere politische Institutionen in Ägypten. Die Wahlkämpfe im Süden des Landes zeigen allerdings, dass in einem repressiven, aber schwachen Staat die Probleme nicht in der Beschneidung der politischen Freiheiten durch die Regierung liegen. Sie zeigen vielmehr, wie mangelhaft die Organisationen sind, die Menschen bilden, wenn sie völlig sich selbst überlassen werden.

Yusufs Hauptgegner in El-Balyana war Rafat Mohamed Mahmud, in allem das komplette Gegenteil Yusufs. Rafat hatte der NDP angehört und nach der Revolution trat er als unabhängiger Kandidat an. Bei der Wahl 2012 setzte er sich knapp gegen den Kandidaten der Muslimbrüder durch und sicherte sich hinter Yusuf den zweiten Sitz des Wahlbezirks. Für die nächste Wahl hatte Rafat erneut die Partei gewechselt: Er trat den Freien Ägyptern bei, der Partei Na-

guib Sawiris, einem koptischen Christen und einem der reichsten Männer des Landes. Auch Rafat stammt aus einem großen, wohlhabenden Clan, den

Im Dawar warteten die Familienältesten auf den Hausbesuch

Abul-Khair. Für seine Wahlkampftouren reiste er mit einer beeindruckenden Entourage von einem Dutzend Verwandten in einer Mercedes-Limousine, einem Jeep-Geländewagen und zwei weiteren Fahrzeugen von Tür zu Tür.

Ein Mann in Rafats Gefolge namens Abu Steit war dafür zuständig, die Hausbesuche nach gegebener Zeit zu beenden. Bei jedem Halt wurde die Gruppe in den Dawar eskortiert, den traditionellen Empfangsbereich im ländlichen Ägypten, wo die Familienältesten warteten. Am Eingang hatten sich die jungen Männer des Clans aufgereiht, um die Besucher zu begrüßen. Während des Besuchs boten sie den Älteren immer wieder Getränke an, doch Abu Steit winkte häufig ab und rief: "Halawa!" – Süßigkeiten.

In Oberägypten können sich soziale Aktivitäten hinziehen. Bis Mitter-

nacht hatte ich den Überblick verloren, wie viele Schokoriegel Abu Steit verputzt hatte. Mit seinem Blutzuckerspiegel stieg meine Faszination: Der kleine Mann mit dem Hitler-Bart konnte plötzlich mit seinem Gehstock auf den Boden stampfen und

Anstatt um Parteien geht es um die beiden Stämme vor Ort

rufen: "Al Fatiha! Al Fatiha!" Al Fatiha!" Al Fatiha ist die erste Sure des Korans und sie wird rezitiert, um Rafats Aufbruch zu segnen. Ein Hausbesuch konnte eine

halbe Stunde dauern oder nur eine Minute. Nur Abu Steit schien die angemessene Dauer zu kennen.

Während vieler Besuche gab es lange Phasen der Stille. Niemand hielt große Reden; niemand kümmerte sich um formelle Einführungen. Rafat, ein großer Mann mit einem Hang zu teuren, fein gestreiften Galabias, saß oft auf einem Ehrenplatz und starrte still in die Luft, bis Abu Steit ihn endlich mit dem Ruf nach der Fatiha erlöste. Rafats NDP-Vergangenheit oder seine derzeitige Parteizugehörigkeit, die ihm hauptsächlich finanziell nützte, wurde nie erwähnt.

In El-Balyana finanziert eine in Kairo ansässige Partei wie die Freien Ägypter vielleicht Plakate und andere Wahlkampfausgaben, aber sie hat kein lokales Netzwerk oder Büro. Es gibt keine funktionierende Lokalpresse, die es einer Partei ermöglichen würde, ihre Politik darzustellen. Das ist einer der Gründe, warum die Kandidaten ihren Wahlkampf ausschließlich per Hausbesuch führen. El-Balyana besteht aus zwei Kleinstädten und 33 Dörfern, in denen etwa 600 000 Menschen leben. Die Kandidaten konnten diese große Region abdecken, weil sie mit ihren Besuchen schon lange vor der offiziellen heißen Phase des Wahlkampfs begonnen hatten. An einem Tag des offiziellen Wahlkampfs traf ich jemanden, bei dem schon zehn Kandidaten aufgetaucht waren.

In diesem Wahlkampf geht es nicht um Parteien, sondern um Clans: die Hawwara, zu denen Yusuf gehörte, und die Araber, Rafats Stamm. Als ich El-Balyana im Frühjahr 2013 erstmals besuchte, erschienen mir die beiden Gruppen ununterscheidbar: Sie sprachen denselben arabischen Dialekt, lebten und kleideten sich ganz ähnlich, alle waren Muslime, die meisten Bauern. Ich hatte Ägypten nie als eine Stammesgesellschaft empfunden – im Gegensatz zu anderen Teilen des Nahen Ostens. Aber die meisten Menschen in El-Balvana insistierten auf einer Herkunft von nomadischen Stämmen.

Erfundene Stammesgeschichte

In Wahrheit ist die vermeintlich lange Geschichte einiger oberägyptischer Stämme eine eher neue Erfindung. Im Mittelalter wanderten nomadische Beduinen, einschließlich der Hawwara, aus Nordwest-Afrika ins heutige Ägypten ein. Sie vermischten sich mit der lokalen Bevölkerung und übernahmen deren Gebräuche. Einen Stamm namens "Araber" hat es nie gegeben; der Begriff wurde in den fünfziger Jahren mit dem Panarabismus Gamal Abdel Nassers populär. In Oberägypten ersetzte er den negativ konnotierten Begriff "Fellache" (Landarbeiter).

In den vergangenen 30 Jahren erfanden sich die Araber jedoch neu, genau wie andere Gruppen in der Region. "Noch in den Sechzigern und frühen Siebzigern waren die Stämme nicht sehr wichtig", erzählte mir

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Hans Christian Korsholm Nielsen, ein dänischer Anthropologe, der die Politik in Oberägypten untersucht. "Aber es gab ein Wahlsystem, das einen Gruppenzusammenhang brauchte, und da boten sich die Stämme an."

Mubarak hatte Parlamentswahlen abgehalten, um zu zeigen, dass Ägypten demokratisch verfasst sei, obgleich die Ergebnisse in den großen Städten häufig manipuliert wurden. Im vernachlässigten Süden waren die Wahlen laut Korsholm Nielsen tendenziell freier - die NDP rekrutierte einfach die Wahlsieger. In diesem unstrukturierten, aber konkurrenzbetonten Umfeld ohne institutionalisierte Politik wandten sich die Leute der Organisation zu, die sie am besten kannten: dem Clan. Sie weiteten das Konzept der Stammesidentität aus; manchmal indem sie eine ausführliche Geschichte erfanden.

Im Norden konnte ein siegreicher Politiker staatliche Gelder direkt an Projekte verteilen, von denen seine Unterstützer profitierten. In El-Balyana waren die Erwartungen bescheidener. Manchmal wurde ein Kandidat gebeten, einen Anruf zugunsten des potenziellen Wählers bei einer Behörde zu tätigen. Und das ist einer der Gründe, warum Wahlkampf in Oberägypten so persönlich ist: Man weiß, dass die Kandidaten keine institutionelle Unterstützung haben und dass man sie nur um kleine Gefallen bitten kann. Dennoch nehmen die Oberägypter Wahlen deutlich ernster als die Menschen in Kairo. Wahlen vermittlen ein Gefühl von Stolz und sie dienen der Stärkung von Familienbanden. In ägyptischen Clans gibt es strikte Hierarchien, besonders im Süden genießen es die Ältesten sichtlich, jungen Männern Befehle zuzubellen.

Die Alten bestimmen außerdem auch die Wahlentscheidung der Familienmitglieder. Ein Familienpatriarch erzählte mir, dass er im Rahmen seines ausgedehnten Clans etwa

600 Wahlberechtigten Anweisung erteilte. "Gebe ich am Wahltag den Befehl, dann müssen die Leute wählen", sagte er. "Es geht sie nichts an, ob das richtig oder falsch ist." Um den Ausgang schert er sich nicht wirklich. Ihm geht es um die Möglichkeit, Kontrolle über seine Sippe auszuüben.

Ein unabhängiger Salafist

Die Mehrheit der ägyptischen Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre. Wie autokratisch das Verhalten der Älteren ist, wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, dass Männer über 55 Jahren gerade einmal 5,7 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Der Großteil der jungen Ägypter ist unterbeschäftigt oder arbeitslos. Diese Gruppe dominierte die Tahrir-Proteste von 2011, bei denen unter anderem mehr

Mahmud kam als Jüngster über die Liste ins Parlament

Mitsprache für die Jüngeren gefordert wurde. Für die erste Parlamentswahl nach dem Arabischen Frühling waren zwei Drittel der Sitze für Listenkan-

didaten reserviert, die Parteizugehörigkeiten oder Mitgliedschaften in anderen Allianzen teilten und deren Programme Ägypter unter 35, Frauen, Christen und andere traditionell unterrepräsentierte Gruppen einbeziehen mussten.

Der jüngste Ägypter, der bei dieser Wahl über einen Listenplatz ins Parlament einzog, war der 26-jährige Mahmud Hamdy Ahmed aus El-Balyana, ein Vetter Rafats und Mitglied des Abul-Khair-Clans. Anders als Rafat, der sich in der NDP etabliert hatte, gelang Mahmud der Einstieg in die Politik durch das plötzliche Aufkommen der Post-Tahrir-Parteien. Er wurde Mitglied der den Salafisten nahestehenden Nour-Partei,

die landesweit knapp ein Viertel der Sitze gewann. Zusammen mit den Muslimbrüdern sah man sie als Vorreiterin eines neuen politischen Islams in Ägypten.

Allerdings gerieten die Abgeordneten der Nour-Partei im Parlament häufig mit Mitgliedern der Muslimbrüder aneinander; im Juli 2013 unterstützten sie sogar die Absetzung Mohammed Mursis, nicht aber die Gewalt, mit der Sicherheitskräfte danach gegen Mursi-Anhänger vorgingen. Nach der Festlegung neuer Regeln für die Parlamentswahlen wurde 2015 die Anzahl der Listenplätze drastisch reduziert – und die Nour-Partei immer schwächer.

Mahmud gab seine Mitgliedschaft auf und wurde unabhängig. Aber er behielt den Bart. Kein anderer Kandidat in El-Balyana war auf den Plakaten mit einer Salafi-Gesichtsbehaarung zu sehen, bei der nur der Oberlippenbart rasiert ist. Der Bart ist ein aussagekräftiges Symbol, aber was davon zu halten war, darüber waren sich die Leute von El-Balyana nicht einig: Manche hielten Mahmud für einen echten Fundamentalisten, manche für einen Opportunisten.

Der Abul-Khair-Clan war politisch nie sehr mächtig, bis einige Mitglieder in den achtziger Jahren als Gastarbeiter nach Kuwait gingen und dort reich genug wurden, um große Wahlkampagnen zu finanzieren. Mit seiner Kandidatur für die Salafisten hatte sich Mahmud von Rafat und dessen NDP-Vergangenheit distanziert. Einige Verschwörungstheoretiker im Dorf aber glaubten, dass die Vettern die Fassade der landesweiten Politik nur nutzten, um von einer anderen Tatsache abzulenken: Die Abul-Khair-Familie war auf dem

Weg zu beeindruckendem Reichtum und lokalem Ansehen.

Mahmud Dawar ist ein großer, dünner junger Mann, der gleichermaßen Scharfsinn und Argwohn ausstrahlt. Er hat eine Ausbildung zum Apotheker absolviert, was viele kluge ägyptische Studenten tun. Ich interviewte ihn mit einem Übersetzer. aber er schien nicht willig oder war außerstande, genauere Fragen zu politischen Maßnahmen oder potenziellen Gesetzesvorschlägen zu beantworten. Das ist nicht unüblich in El-Balvana, wo die Kandidaten nur selten Erfahrung im Umgang mit der Presse haben. Als ich Mahmud fragte, warum er die Nour-Partei verlassen hatte, war seine Antwort schlicht, dass die Leute unabhängige Kandidaten vorzögen. Er jedenfalls sei weder Salafist noch Islamist, denn hier, so sagte er, "gibt es die Hawwara und die Araber und sonst nichts. Keine Islamisten oder Nichtislamisten."

Mahmud nutzte im Wahlkampf eine Mercedes-Limousine, deren Rückscheibe mit seinem offiziellen Logo dekoriert war: einer Kanone und dem Slogan "Hand in Hand ... Wir bauen für deine Kinder und für meine". Seine Leute stellten Holzkanonen an vielbefahrenen Kreuzungen in El-Balyana auf und brachten weiße Plastikkanonen auf den Dächern der dreirädrigen Tuk-Tuk-Taxis an, die durch die Stadt fuhren wie eine winzige Kavallerie.

Wahlkampfsymbole sind ein Muss, weil mehr als ein Viertel der Ägypter Analphabeten sind. In einigen Wahllokalen in El-Balyana, so berichteten mir Wahlhelfer, könne die Mehrheit der Wähler nicht lesen. Dass aber ein reformierter Islamist wie Mahmud eine Kanone ge-

wählt hatte – und nicht ein anderes der 160 von der Regierung anerkannten Symbole – und sich mit Salafistenbart zeigte, schien mir angesichts der Sicherheitslage doch recht kühn.

Schwache Muslimbrüder

Im ersten Jahr nach der Revolution gewann Mursi in El-Balyana eine breite Mehrheit in den Präsidentschaftswahlen. Bei den Parlamentswahlen landete der Kandidat der Freiheitsund Gerechtigkeitspartei der Muslimbrüder hinter Rafat und verpasste damit knapp den zweiten Parlamentssitz des Bezirks.

Die Muslimbruderschaft war lange Zeit verboten, genoss aber hohes Ansehen wegen ihrer Wohltätigkeitsarbeit und der guten Organisation an der Basis. Bei den Wahlen schnitt

sie in Oberägypten sehr gut ab, weshalb die Region schnell als Hochburg der Muslimbrüder galt. In El-Balyana besaß die Organisation jedoch nur ein

160 Wahlkampfsymbole gibt es für die Analphabeten

kleines Büro. Wesentliche Hinweise auf ihre Wohltätigkeitsarbeit habe ich nicht finden können. Das galt auch für andere Regionen in Ägyptens Süden, die ich während der Amtszeit Mursis besuchte.

Die Muslimbrüder waren also gar nicht so präsent, und die Wahl hatten sie wohl nur gewonnen, weil es keine organisierte Konkurrenz gab. Im April 2013 hatte ich mich mit dem Arzt Ayman Abdel Hamis getroffen, der als führendes Mitglied der lokalen Bruderschaft für deren Kandidatur bei den nächsten Parlamentswahlen vorgesehen war. Damals sagte er mir, dass die Bruderschaft im Bezirk nur 150 Mitglieder zählte. Im vergangenen Sommer besuchte ich Ayman

erneut in seiner kleinen Privatklinik. Im Süden ist es einfacher. Muslimbrüder zu treffen als in Kairo, weil sie durch ihren Familienverband eher vor den Sicherheitskräften geschützt sind. Ob die Anzahl der Mitglieder in der Bruderschaft wirklich 150 betragen habe, fragte ich ihn nochmals. "Das war die Gruppe um die Bruderschaft, denen wir erlaubten, sich als Mitglieder auszugeben ", gab Ayman zu. "Als Wahlkampftaktik und um die anderen Parteien zu beeindrucken, haben wir die Zahlen aufgebauscht." In Wirklichkeit gäbe es nur zehn.

In einem Bezirk mit rund 600 000 Einwohnern hatte eine Organisation mit nur zehn ansässigen Mitgliedern bei den Präsidentschaftswahlen do-

Junge Leute haben die Nase voll von den lokalen Traditionen miniert und beinahe einen Sitz im Parlament gewonnen. Neben der Nour-Partei war die Bruderschaft in Oberägypten besonders bei jungen Männern be-

liebt gewesen. Das hatte weniger mit Sympathien für den politischen Islam zu tun. Junge Ägypter ergriffen einfach jede Alternative zu den lokalen Traditionen, nach denen ihre einzige Teilhabe darin bestand, alten Männern bei Wahlkampfveranstaltungen Schokoriegel zu reichen. Nachdem die Islamisten zerschlagen waren, konnte sich das traditionelle System wieder behaupten. In El-Balyana reduzierte der erste Wahlgang Mitte Oktober das Feld auf vier Finalisten: Yusuf, Rafat, Mahmud und einen ehemaligen Polizeigeneral namens Nour Abu Steit. In Sachen Stammeszugehörigkeit war die Teilung perfekt: zwei Hawwara und zwei Araber.

Einer der ausgeschiedenen Kandidaten war Mahmud Abu Mohasseb, ein Anwalt, der bei einer regionalen Wahl 2010 respektabel abgeschnitten hatte, aber diesmal nur 17. von 19 Kandidaten wurde. Nach dieser Schlappe zog er sich völlig zurück, zeigte sich nicht mehr im Dorf und nahm keine Anrufe mehr entgegen. In El-Balyana schien es sehr schwer zu sein, mit Anstand zu verlieren oder zu gewinnen. Manche vermuteten bei einem Sieg Bestechung, manche schlicht "schmutzige Politik". Ein verbitterter Verlierer rief sogar dazu auf, nun einen Kandidaten des konkurrierenden Stammes zu wählen.

Ahmad Diyab, Kinderpsychologe an einer örtlichen Grundschule, hatte für solch paradoxes Verhalten eine Erklärung: Manche, die ein Problem nicht ausdrücken könnten, wendeten eben Gewalt an. Das war ein erfrischender Gegensatz zu den vielen Erklärungen für die Mängel der ägyptischen Politik, die ich über Jahre hinweg von den Eliten Kairos gehört hatte. Dort machte man häufig den "tiefen Staat" verantwortlich, in dem militärische und finanzielle Interessen vermeintlich alles kontrollierten. Oder man ergeht sich in Verschwörungstheorien, in denen die USA, Katar, Israel und die Muslimbrüder irgendwie die Schuld tragen.

Unsichtbare Frauen

In einem isolierten Ort wie El-Balyana kann man recht deutlich erkennen, wie soziale Traditionen zu politischen Fehlfunktionen beitragen. Ich vermute aber, dass es sich in der Millionenmetropole Kairo nicht anders verhält. Auch dort sind die Institutionen schwach und familiäre Hierarchien prägen das Leben der Menschen. Die Muster ähneln sich, inklusive der Verschwörungstheorien und

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Beschuldigungen. Verlierer werden fallengelassen, die Alten kontrollieren die Jungen, die Männer kontrollieren die Frauen. Aber nichts davon kann der Bruderschaft, der NDP oder irgendeinem anderen politischen Akteur zur Last gelegt werden. In Ägypten ist der Clan der tiefe Staat.

Am alten Geschlechterverhältnis hat die Revolution nichts geändert. Während des gesamten Wahlkampfs sah ich niemals einen Kandidaten mit einer Frau sprechen, und in Dutzenden Hausbesuchen fragte nie jemand nach dem Wohl der dort lebenden weiblichen Familienmitglieder. In südägyptischen Dörfern behandeln Männer ihre Frauen, Töchter und Schwestern wie Besitz; manche Patriarchen verbieten den Frauen ihres Clans das Wählen. Sie bräuchten iemanden, der sie zu Hause erreicht; würden sie wählen gehen, müssten sie von Fahrern gebracht werden, was nur reicheren Kandidaten möglich ist. Nicht einmal Treffen zwischen den Frauen unterschiedlicher Familien sind üblich, weil es keinen "Frauen-Dawar" gibt.

Daware sind beeindruckende Innenhöfe unter freiem Himmel, wie sie wohlhabende Familien besitzen. An einem Abend kurz vor dem entscheidenden zweiten Wahlgang besuchte ich den Dawar von Nour Abu Steit, dem Viertplatzierten. Abu Steit ist ein kleiner, grimmig aussehender ehemaliger Polizist, der kurz zuvor pensioniert worden war. Selbst ein Hawwara, begann er die Unterhaltung mit der Behauptung, die Abul-Khair-Cousins seien in Wahlbetrug verwickelt. Solche Vorwürfe sind üblich, werden aber nie mit Beweisen untermauert. Nachdem er erfuhr, dass ich Amerikaner bin, führte er die Unterhaltung mit der Behauptung fort, dass die USA für die Armut in El-Balyana verantwortlich seien. "Ihr seid sauer auf uns, weil

wir eine 7000 Jahre alte Zivilisation besitzen", sagte er unter dem liebedienerischen Gelächter der umsitzenden Männer. Im Übrigen habe Amerika den Islamischen Staat erschaffen. "Gott soll euch dafür Erdbeben und Vulkane schicken!"

Angefeuert vom Gelächter der Männer erzählte Abu Steit unter genüsslicher Ausbreitung der Details von einer amerikanischen Diploma-

Ist die Männlichkeit der Macht schuld am Staatsversagen?

tin, die angeblich Iraks Diktator Saddam Hussein Sex anbot, um ihn zu manipulieren. Ich habe in Ägypten häufiger Situationen erlebt, in denen ein

Mann einen Ausländer oder Fremden verspottete, um sich vor seinen eigenen Leuten wichtig zu machen. Diese Macke schien mir viele der schlimmsten Aspekte ägyptischer Politik zu charakterisieren: Stolz gemischt mir Scham, Schonungslosigkeit, eine Neigung zu wiederkehrenden, wenngleich oft "nur" verbalen Gewaltausbrüchen. Zuweilen fragte ich mich, wie sehr die Dysfunktionalitäten des heutigen Ägyptens der unerbittlichen Männlichkeit der Macht geschuldet sind. Vielen Männern, die in der Öffentlichkeit stehen, hätte es recht gut getan, wenn sie ab und zu auf eine weibliche Stimme gehört hätten, die ihnen sagt: "Vielleicht solltest du jetzt aufhören zu reden."

Warten auf den Sieg

Der einladenste Dawar gehört Yusuf, wohl der einzig neutrale Politiker, dem ich begegnete. Viele Christen stimmten für ihn. Obwohl sie rund 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen, werden sie von den meisten Kandidaten ignoriert, weil sie nicht zum Stammessystem gehören.

Nach dem Schließen der Wahllokale wartete ich im Dawar von Yusuf, wo die Patriarchen versuchten, die vorläufigen Ergebnisse zu verfolgen, indem sie chaotisch Zahlen auf Schmierzettel schrieben. Dabei hätten einige computeraffine Youngster sicherlich ein Programm dafür entwickeln können. Nur warteten all die jungen Unterstützer Yusufs draußen, große Holzstäbe in den Händen, die sie für den traditionellen Tahtib-Tanz brauchten, der nach einem Sieg des Kandidaten aufgeführt wird. Oft kommt es an Wahltagen zu Schlägereien. Dass man während des Wartens auf die Wahlergebnisse eine Horde junger Männer mit Holzknüppeln ausstattete, schien mir keine sonderlich gute Idee.

Um Mitternacht rief mich jemand aus Rafats Dawar an, um Bescheid zu geben, dass dessen Unterstützer schon ihren Wahlsieg mit Pistolenschüssen feierten. Kurz darauf stürzte ein junger Mann in das Hauptquartier von Yusuf und rief jubelnd "Allahu akbar! Allahu akbar!" Alle rannten ins Freie. Auf der verstopften Straße begannen einige Männer, ihre Knüppel zu schwenken, andere gaben Schüsse aus Gewehren und Schrotflinten ab. Einige Minuten später tauchte ein Mob mit Knüppeln und Pistolen auf und skandierte den Namen von Nour Abu Steit. Das Gleiche passierte im Wahlbezirk von Mahmud: An verschiedenen Orten in El-Balvana beanspruchten Unterstützer aller vier Kandidaten den Sieg. Laut eines Fernsehsenders mit Sitz in Kairo waren Yusuf und Nour die Sieger. Wenig später kamen Gerüchte auf, dass die Meldung falsch sei. Um zwei Uhr morgens erreichte uns dann das offizielle Ergebnis:

Die Abul-Khair-Vettern hatten beide Sitze errungen. Der Gesamtsieger der Wahl war Mahmud. Er lag mit weniger als 500 Stimmen vor den anderen drei Kandidaten.

Später an diesem Abend besuchte ich Mahmuds Haus. Ich habe mich häufig gefragt, welche Lehren seine Generation aus den Ereignissen seit den Aufständen ziehen würde. Aktivisten behaupten, dass jungen Ägyptern nun bewusst sei, welche Macht sie hätten, schließlich hätten Proteste zur Absetzung zweier Präsidenten geführt. Ebensogut könnten sie aber auch zu dem Schluss kommen, dass politisches Engagement am Ende doch nichts ändert. Von Mahmud war an jenem Abend jedenfalls keine klare Aussage zu bekommen. Der ehemalige Salafist umging die Frage, ob es mehr Raum für den politischen Islam geben solle ("wir haben jetzt andere Themen"). Zu den Muslimbrüdern wollte er sich nicht äußern ("ich möchte nicht über alte Sachen reden"). Für Präsident Abdel Fattah al-Sisi, der die Kampagne zur Zerschlagung des politischen Islam initiierte hatte, hegte er nur Sympathie ("er ist respektvoll").

Landesweit war eine Koalition namens "Für die Liebe Ägyptens" der große Sieger. Das Bündnis unter dem ehemaligen Armeegeneral Sameh Seif el-Yazal gewann alle 120 Listenplätze und hoffte, im Parlament mit insgesamt 568 Sitzen eine mehrheitsfähige Allianz bilden zu können. Da es keine starken Parteien gab, war ein gewisses Chaos vorprogrammiert. Im Januar lehnte das Parlament einen Gesetzentwurf für den öffentlichen Dienst ab, mit dem al-Sisi den Bürokratieabbau voranbringen wollte. Dieses Parlament würde die Vorlagen wohl

nicht einfach durchwinken. Aber es ist auch nicht in der Lage, eine angemessene Kontrolle zu gewährleisten.

Ende einer Karriere

Nach der Meldung von Yusufs Niederlage standen alle Besucher seines Dawar für einen Moment unter Schock. Dann tauchte der Kandidat auf. Er schickte die jungen Männer mit ihren Holzstöcken nach Hau-

se und tröstete seine Anhänger. Sobald er alleine war, sackte er in sich zusammen. Wir saßen im stillsten und leersten Dawar der Welt. "Viel Glück

Weil die anderen mehr Geld hatten, hätten sie gewonnen

beim nächsten Mal", murmelte ich. "Es gibt kein nächstes Mal", antwortete Yusuf. "Das war mein politisches Ende. In diesen Wahlen ging es nicht um den Dienst am Land. Wäre es darum gegangen, hätte ich gewonnen." Gewonnen, so glaubte er, hatten die Abul-Khair-Cousins, weil sie wesentlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gehabt hätten.

Während wir uns unterhielten, näherte sich ein kleiner Junge und setzte sich mit Tränen in den Augen zu uns. Auf dem Weg nach draußen blieb Yusuf stehen, um den Jungen zu trösten. Ich fragte, ob er einer seiner Söhne sei. "Nein" antwortete Yusuf und lächelte – sein letzter Akt als Politiker. "Ich habe diesen Jungen noch nie gesehen."



Peter Hessler schreibt seit 2000 für den *New Yorker* und ist seit 2011 Korrespondent des Magazins in Kairo.

Zuwanderung

Thomas Straubhaar | Kaum ein Thema erhitzt die Gemüter so sehr wie das der Migration. Höchste Zeit, ein bisschen Druck vom Kessel zu nehmen und das Thema aus ökonomischer Sicht zu beleuchten. Und siehe da: Zuwanderung wirkt sich gesamtwirtschaftlich eher positiv aus. Doch sie braucht Integration und Perspektiven – und steuern lässt sie sich nur bedingt.

Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz

In der Tat – doch man sollte sich keine Illusionen machen. Eine nationale oder europaweite Steuerung der Zuwanderung ist nur für die Arbeitsmigration möglich. Flüchtlingsmigration entzieht sich aus humanitären Gründen einer einseitig von der Aufnahmegesellschaft getriebenen Interessenpolitik. Aufgabe einer pragmatischen Zuwanderungspolitik ist es, im Spannungsfeld von nationalen Interessen, internationalen Vereinbarungen und moralischen Verpflichtungen erstens die Arbeitsmigration, zweitens die Familienzusammenführung und drittens die Flüchtlingsbewegungen zu regeln. Diese Politik darf sich nicht von Interessengruppen für eigene Zwecke instrumentalisieren lassen.

Eine Steuerung der Arbeitsmigration muss so einfach wie möglich bleiben. Nur dann kann sie effektiv sein. Nicht nur, dass schwer zu prognostizieren ist, in welchem Ausmaß Arbeit durch Kapital ersetzbar wird und welche Innovationen wie viele Arbeitskräfte überflüssig machen werden. Die Makroökonomie offener Volkswirtschaften zeigt, dass eine wohlstandsfördernde, effiziente internationale Arbeitsteilung auf verschiedenen Wegen erreichbar ist. Internationaler Handel und grenzüberschreitende Wanderungen können sich in weiten Bereichen gegenseitig ersetzen.

In der Flüchtlingsdebatte ist Deutschland mehr Gelassenheit zu wünschen. Kurzfristig wird die zusätzliche Nachfrage der Flüchtlinge die Konjunktur positiv beeinflussen. Mittel- und längerfristig wird ein Land mit einer Bevölkerung von 81,5 Millionen und einer Geburtenquote von weniger als 150 Kindern pro 100 Frauen auch eine starke Zuwanderung ohne existenzielle Probleme verkraften. Eine Flüchtlingspolitik des nüchternen Pragmatismus müsste auf der globalen Ebene die Fluchtursachen in den Herkunftsregionen beseitigen. Das

Bild nur in Printausgabe verfügbar

ist aber eine Aufgabe für Jahrzehnte, und sie wird viel Geld kosten. Auf europäischer Ebene muss wieder geltendes Recht befolgt werden. Die EU-Außengrenzen sind zu sichern, an Ort und Stelle des Eintritts nach Europa müssen die Asylverfahren konzentriert und anerkannte Flüchtlinge mit klugen Anreizsystemen in der EU verteilt werden. Die auf dem EU-Gipfel Ende März gefundenen Lösungen und der starke Einbezug der Nachbarregionen der Flüchtlingsherkunftsländer, insbesondere der Türkei, bilden einen sehr guten Ansatz.

Auf deutscher Ebene ist das Anerkennungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Wer abgelehnt wird, muss schnell abgeschoben werden. Wer bleiben darf, muss rascher eine bessere Bleibeperspektive erhalten als bisher. Arbeit und Bildung sind dabei die Schlüssel zu mehr Wohlstand für alle. Alle drei Ebenen einer pragmatischen Zuwanderungspolitik sind gleichzeitig anzugehen. Das ist teuer. Versäumnisse würden aber teurer.

Zuwanderung wirkt sich für Deutschland gesamtwirtschaftlich ausgesprochen positiv aus

Positiv schon – jedoch eher schwach. Aber entscheidender ist etwas anderes: Zuwanderung wirkt sich nicht für alle gleichermaßen positiv aus. Sie kann zu Verdrängungseffekten führen. Wer selbst von staatlicher Hilfe lebt, fürchtet, dass die Integrationskosten für die Flüchtlinge die Staatskassen zusätzlich belasten und dass folglich weniger öffentliches Geld für anderes zur Verfügung steht – für Altenpflege, Arbeitslose oder strukturschwache Regionen. Es gibt viele Gründe, warum die Pegida-Bewegung im Osten Deutschlands

mehr Zulauf hat als im Westen. Offenbar ist die in Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland um mehrere Prozentpunkte höhere Arbeitslosigkeit eine Ursache für eine (gefühlte) Konkurrenzsituation zu den Flüchtlingen, obwohl im Osten der Anteil der Ausländer und der Muslime an der Bevölkerung dramatisch geringer ist. Nicht einmal 3 Prozent der 12,5 Millionen in Ostdeutschland (ohne Berlin) lebenden Menschen sind Ausländer – im übrigen Deutschland (mit Berlin) sind es fast viermal mehr, nämlich 10,5 Prozent; dennoch findet dort Pegida deutlich weniger Unterstützung.

Auf der anderen Seite lässt sich aus der Analyse der Betroffenheit erklären, wieso in den Villen der wohlhabenden Speckgürtel der Großstädte eher eine Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen zu finden ist als in den ärmeren Wohnsiedlungen der Großstädte selber. Die Oberschicht ist von den Verdrängungseffekten vergleichsweise weniger betroffen. Eher profitieren ihre Vertreter als Eigentümer von Unternehmen von der steigenden Nachfrage dank der Flüchtlinge. Und sie erzielen als vermögende Kapitalbesitzer einen Vorteil daraus, dass anerkannte Flüchtlinge früher oder später für ein zusätzliches Arbeitsangebot und damit für einen verstärkten Wettbewerb unter den Arbeitskräften sorgen.

Aus der Psychologie ist bekannt, dass sich Menschen als Verlierer sehen können, wenn sie ihre eigene Lebenssituation mit jener der Flüchtlinge vergleichen. Neid, auch Verzweiflung, Hilf- und Hoffnungslosigkeit oder das Gefühl, von Politik und Gesellschaft schlechter als andere behandelt zu werden, können in Ärger, Wut und Hass umschlagen. Die subjektive emotionale Betroffenheit jenseits ökonomischer Kalküle ist ein entscheidender Stimmungsmacher für oder gegen Zuwanderung. Persönliche Gefühle, die sich aus Bitterkeit, Frustration und Bösartigkeit speisen, sind offenbar stärkere Treiber für eine Stellungnahme für oder gegen Zuwanderung als der Bildungsgrad, die Arbeitssituation der Befragten oder die Angst vor Kriminalität. Ein Ergebnis, das unabhängig von Geschlecht, Alter und Schichtzugehörigkeit Gültigkeit hat. Wer in der Selbsteinschätzung nicht erreicht und erhalten hat, was er glaubt, verdient zu haben, und wer mit seinem eigenen Leben unzufrieden ist, überträgt seine Frustration auf andere und eben auch auf Zuwandernde, vielleicht auch, weil die Erfolge anderer einen eigenen Misserfolg noch schmerzlicher offenbaren.

Für eine Integration so vieler Zuwanderer gibt es in Deutschland kein Vorbild

Oh doch! Deutschland hat bereits in der Nachkriegszeit und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gelernt, wie sich Millionen von Weltkriegsflüchtlingen, Gastarbeiter, Rück- und Übersiedler erfolgreich integrieren lassen. Allein zwischen 1989 und 1995 kamen Jahr für Jahr mehr als eine Million Zuwanderer ins Land – insgesamt betrug die Bruttozuwanderung in dem Jahrzehnt zwischen 1988 und 1997 11,2 Millionen Menschen. In der Summe machte die Nettozuwanderung (also die Bruttozuwanderung, korrigiert um die Fortzüge

aus Deutschland) zwischen 1989 und 1995 3,8 Millionen aus. Entsprechend wuchs zwischen 1989 und 1995 die Bevölkerung in Deutschland um 2,7 Millionen, jene in Westdeutschland sogar um 3,7 Millionen Menschen.

Für Deutschland gibt es eine Reihe von Untersuchungen, die abschätzen, welche makroökonomischen Effekte Zuwanderung verursacht hat. Unterm Strich haben die Ergebnisse bei allen Unterschieden doch eine Gemeinsamkeit: Sie zeigen, dass sich die Zuwanderung für Deutschland gesamtwirtschaftlich leicht positiv ausgewirkt hat. Gerade die einheimischen Arbeitskräfte haben langfristig von der Zuwanderung profitiert. In allen Qualifikationsgruppen stiegen die Löhne, und die Arbeitslosigkeit ging zurück. Die Zuwanderung – auch von Flüchtlingen – nach (West-)Deutschland in der Nachkriegszeit oder am Ende des Kalten Krieges hat Deutschland nicht geschadet. Im Gegenteil: Sie war auch einer der Gründe, warum es den Deutschen heute so gut geht.

Wir müssen die Zuwanderung nach dem Bedarf des heimischen Arbeitsmarkts steuern

Was für eine Illusion! Mit dem Gastarbeitermodell der sechziger Jahre hat man schon einmal den Fehler einer Bedarfssteuerung gemacht. Mithilfe einer Zuwanderung, die nur als kurzfristige Übergangslösung gedacht war, wollte man Personalengpässe bei den Bau- und Industriebetrieben beseitigen und einen Arbeitskräftemangel beheben. Die Ergebnisse sind bekannt.

Was auf dem Reißbrett der Politik als temporäre Migration geplant war, erwies sich in der Realität als dauerhafte Zuwanderung. Was wie ein Königsweg aussah, war bestenfalls kurzfristig ein Weg des geringsten Widerstands. Längerfristig scheiterte der Versuch, mit massenhafter Zuwanderung zu billigen Arbeitskräften zu kommen. Der wesentliche Grund lag in den Worten von Max Frisch darin, "dass man Arbeitskräfte rief und dann erstaunt war, dass Menschen kamen", mit all ihren Erwartungen, Hoffnungen, Ansprüchen und Fehlern. Es waren junge Männer, die entgegen aller Pläne des Gastarbeitermodells ihre Familien mitbrachten, soziale Kontakte knüpften, politische Mitsprache suchten und in Deutschland dauerhaft sesshaft werden wollten.

Die Lehren aus dem Scheitern der Gastarbeiterpolitik sind einfach zu ziehen. Und sie dürften auch heute noch Gültigkeit haben. Wegen der komplexen Ursachen und Folgen von Migrationsprozessen sollte auf eine detaillierte Steuerung der Arbeitsmigration verzichtet werden. Abzuraten ist von einer Auswahl nach Berufen oder gar nach bestimmten Fachkräften. Es dürfte schlechterdings nicht möglich sein, mit moralisch vertretbaren Mitteln sicherzustellen, dass Zuwandernde dann auch wirklich ihrem Arbeitgeber treu bleiben. Und dann ist da noch die nicht zu unterschätzende Dynamik des Strukturwandels. Sie wird ohnehin eine ständige Anpassung von Berufen und Qualifikationen an eine neue Arbeitswirklichkeit erforderlich machen.

Ein weiteres kommt hinzu: Innerhalb der EU und gegenüber einigen weiteren europäischen Ländern besteht Freizügigkeit für Arbeitskräfte. Wenn sich

Menschen aus Süd- oder Osteuropa auf den Weg nach Deutschland machen, dann können sich hierzulande sehr rasch Bedarf und Knappheitsverhältnisse verändern. EU-Angehörige dürfen weitestgehend kommen und bleiben, wie sie wollen; das gilt auch für Personen aus Ländern, mit denen die EU Freizügigkeitsabkommen vereinbart hat – wie mit der Schweiz, Norwegen und Island.

Ohne dauerhafte Bleibeperspektive kann Integration nicht gelingen

In der Tat. Gerade aus der alles in allem erfolgreichen Zuwanderungserfahrung nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums lassen sich Lehren ziehen, die wir nutzen können, damit Integration auch in Zukunft gelingt.

Erstens erhielten die meisten Flüchtlinge aus der Sowjetunion entweder aus historischen Gründen (weil sie deutsche Wurzeln hatten) oder der Religion wegen (weil sie jüdischen Glaubens waren) sofort die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie waren vom ersten Tag an vollständig gleichgestellt – ja, in einem gewissen Sinne dank der Integrationshilfen sogar privilegiert. Die langfristige Bleibeperspektive machte es viel lohnender, die Sprache und die alltäglichen Verhaltensweisen zu erlernen, Netzwerke aufzubauen und sich in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren. Was am Anfang an Investitionen zu leisten war, versprach im weiteren Leben, die Perspektiven zu verbessern.

Auch ist es kein Zufall, dass sich ökonomische Unterschiede zwischen Zuwandernden aus der früheren Sowjetunion und den Deutschen ohne Migrationshintergrund in der zweiten und dritten Generation auszugleichen beginnen, während sie für Zuwandernde mit türkischen Wurzeln bestehen bleiben. Eine dauerhafte Bleibeperspektive oder ein Pass sind eben wichtige Erfolgsfaktoren. Konkret lautet die erste Erkenntnis: Gleichbehandlung mit allen Rechten und Pflichten! Also weg mit allen bürokratischen Hindernissen und "Vorrangprüfungen" für anerkannte Flüchtlinge.

Zweitens war bei den Zuwandernden aus der Sowjetunion vom ersten Tag an klar, dass sie wohl für immer in Deutschland bleiben würden. Entsprechend wurden Kinder und Jugendliche nicht in Lager auf die Wartebank geschoben oder als vorübergehende Problemfälle per Zwang und Dekret auf Schulen verteilt. Beide Seiten wussten, dass gute Bildung der Erfolgsfaktor für eine gelungene Integration ist. Das gilt auch heute für Kinder und Jugendliche anerkannter Flüchtlingsfamilien. Die zweite Erkenntnis lautet also: Flüchtlingskinder sollten lieber zu früh als zu spät und am besten vom ersten Tag an die gleichen Bildungs-, Aus- und Weiterbildungsangebote erhalten wie ihre deutschen Mitschüler. Dann lohnt es sich nämlich für die Betroffenen erst recht, alles für den Bildungserfolg zu tun. Mit dem dualen System könnten davon ganz besonders Handwerk und Gewerbe profitieren. Unter jungen Flüchtlingen ließen sich auf einfache und pragmatische Weise jene Nachwuchskräfte finden, nach denen händeringend gesucht wird. Ein mit Bundesmitteln großzügig ausgestalteter Flüchtlingsfonds sollte den Kommunen rasch und für einen mehrjährigen Pla-

nungshorizont zusätzliche Finanzmittel verschaffen. Damit sind Kindertagesstätten, Schulen und Schulmahlzeiten, Sport- und Kulturangebote, aber auch Sprachkurse und Integrationshilfen für Flüchtlingsfamilien zu finanzieren.

Natürlich werden ein rasches und großzügiges Asylverfahren, eine vollständige Integration anerkannter Flüchtlinge in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt und ein Flüchtlingsfonds nicht alle bestehenden Probleme lösen. Sie werden auch neue Probleme schaffen: Die Attraktivität Deutschlands als Ziel der Flüchtlingsströme wird steigen und damit der Druck auf die Kommunen. Dennoch ist derzeit wichtiger denn je, dass es bei der Flüchtlingsfrage nicht mehr um perfekte Antworten aus dem Lehrbuch alter Prinzipien gehen kann. Dafür ist es zu spät. Und für nachhaltige Grundsatzlösungen ist es zu früh. Die Flüchtlinge sind hier; sie werden nicht so rasch wieder gehen. Deshalb muss Deutschland jetzt viele Probleme ganz schnell und ganz konkret klug lösen.

Die Zuwanderung ist Deutschlands Schicksalsfrage

Nein. Die Nettoeffekte der Flüchtlingszuwanderung sind für Deutschland insgesamt weit bescheidener, als es die aufgeregte aktuelle Debatte glauben macht. Diese Auswirkungen werden von beiden Seiten – von Gegnern wie von Befürwortern relativ offener Grenzen – überschätzt. Weder sind die Asylsuchenden Verursacher unlösbarer Probleme, noch sind sie die Lösung für bestehende Probleme. Weder sind die Integrationskosten der Grund für Staatsverschuldung oder Probleme des Sozialstaats, noch werden sie in der Lage sein, die Kosten der demografischen Alterung der deutschen Bevölkerung zu finanzieren.

Es wäre angebracht, in der hitzigen Flüchtlingsdiskussion etwas Dampf vom emotional aufgeladenen Kessel zu nehmen. Viele Bewertungen spiegeln nicht objektive Effekte für die Gesamtwirtschaft wider, sondern die subjektive Betroffenheit Einzelner. Zuwanderung kann höchstens flankierend helfen, künftige Herausforderungen besser zu bewältigen. Sie kann aber nicht als grundsätzliche Problemlösung wirken, die einen Verzicht auf Strukturreformen erlauben würde. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass anerkannte Asylsuchende immer ohne Weiteres in der Lage wären, wirtschaftlich in Deutschland auf eigenen Füßen zu stehen – wenn sie denn dürften. Das kann im Einzelfall damit zu tun haben, dass sie die Sprache nicht sprechen, die verwendeten Technologien nicht

kennen oder mit den rechtlichen Spielregeln und den gesellschaftlichen wie politischen Umgangsformen nicht vertraut sind. Aber genauso wenig sind Flüchtlinge die Verursacher von Problemen des Sozialstaats oder der Finanzierungslücken bei den Renten. Insgesamt bleibt auch hier der direkte Nettoeinfluss der Zuwanderung gering.



Prof. Dr. Thomas Straubhaar lehrt an der Universität Hamburg und veröffentlichte jüngst: "Der Untergang ist abgesagt. Wider die Mythen des demografischen Wandels".

Per Salami-Taktik in den Sumpf

US-Präsident Barack Obama hat in Syrien seine eigene Doktrin untergraben

Jeremy Shapiro | Nun haben wir es in großer Ausführlichkeit schwarz auf weiß: US-Präsident Barack Obama lässt sich in der Außenpolitik von in sich schlüssigen Gedankengebäuden leiten. Doch die im Interview mit *The Atlantic* skizzierte Obama-Doktrin hat einen kleinen Schönheitsfehler: Der Präsident hält sich selbst nicht daran, zumindest im Fall Syrien.

Für Außenpolitik-Afficionados ist ein 20 Seiten langes Interview mit dem amtierenden Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika über dessen Konzeption und Verständnis von Außenpolitik, wie es Jeffrey Goldberg in *The Atlantic* veröffentlicht hat, ein seltener und köstlicher Genuss.¹ Von diesem raren Einblick in seiner ganzen herrlichen philosophischen Komplexität werden wir noch Monate, wenn nicht Jahre zehren.

Die Debatte, die dieses Interview in Washingtons außenpolitischer Community ausgelöst hat, reduzierte sich allerdings schnell auf einen Aspekt, der zur Gretchenfrage der Außenpolitik Obamas geworden ist: Lag der Präsident richtig oder falsch, als er sich gegen eine militärische Intervention in Syrien entschied?

Diese Frage hat allerdings einen Haken: Die USA haben sehr wohl in Syrien interveniert.

Die politische Doktrin des Präsidenten rät ganz klar von jeglicher Einmischung in die Bürgerkriege des Nahen Ostens ab. Und dennoch hat Obama einige eher halbherzige Maßnahmen ergriffen, die in ihrer Gesamtheit zu nichts Anderem geführt haben als einem deutlichen Engagement der USA in Syrien. Das hat wiederum Gegenreaktionen des Iran und Russlands hervorgerufen, und diese Gegenreaktionen bergen nun die Gefahr, die USA immer tiefer in den syrischen Bürgerkrieg hineinzuziehen. Mit anderen Worten: Obama hat seine eigene Doktrin kompromittiert.

Klar wird, dass die politische Philosophie eines Präsidenten nicht belanglos ist. Klar wird aber auch, dass die enorm polarisierte amerikanische Innenpolitik, der Druck des Regierungsapparats, das vom Präsidenten spöttisch als "Washington-Playbook" betitelte Set an Standardantworten

ser Beitrag erschien unter dem Titel "Obama's Syria failure is a perfect e study in how bad foreign policy is made" ursprünglich bei vox.com.

¹ Jeffrey Goldberg: The Obama Doctrine. The U.S. president talks through his hardest decisions about America's role in the world, The Atlantic, April 2016.

auf internationale Krisen nicht ohne Wirkung auf die Außenpolitik eines Präsidenten bleiben.

Die Lehre, die sich aus der verkorksten amerikanischen Syrien-Politik ziehen lässt, ist nicht, dass amerikanische Untätigkeit zu Chaos geführt oder dass eine Einmischung eine schlechte Situation noch verschlechtert hat. Vielmehr drängt sich die Erkenntnis auf, dass die Politikfabrik am Potomac dazu neigt, eine inkohärente Außenpolitik zu produzieren, die niemanden zufriedenstellt – gleich, was der Präsident denkt.

Endloses Klagen

Über die Tatsache einer US-Intervention in Syrien lässt sich nicht wirklich streiten – trotz der endlosen Klagen ob der angeblichen Untätigkeit Washingtons. Würde Russlands Präsident Wladimir Putin Milizen unterstützen, die im pazifischen Nordwesten agieren und die amerikanische Regierung stürzen wollten, dann gäbe es keine große Diskussion, ob dies als Intervention aufgefasst werden sollte oder nicht. Man würde ein solches Handeln ganz richtig als Kriegsakt verstehen.

Man kann darüber streiten, ob das Ausmaß der amerikanischen Intervention in Syrien zu klein oder zu groß war und ist oder ob sie gut oder schlecht ausgeführt wurde. Man kann sich nicht darüber streiten, ob es sie gegeben hat.

Fairerweise sei erwähnt, dass nicht nur Obamas Kritiker diesen Punkt ausblenden – der Präsident tut dies auch. Im *The Atlantic*-Interview skizziert Obama eine umfassende Philosophie der Nichteinmischung in Bürgerkriege des Nahen und Mittleren Ostens. Ganz offensichtlich ver-

sucht er damit eine schlüssige Antwort auf den Vorwurf der Untätigkeit in Syrien zu geben.

Dabei argumentiert er, dass eine Einmischung in Syrien nur dazu geführt hätte, dass sich die USA in einem weiteren nahöstlichen Sumpf festgefahren hätten und Amerikas Macht ausgehöhlt worden wäre – ohne

zugleich Stabilität herzustellen. Mit gutem Grund weist er die Kritik der Washingtoner außenpolitischen Community zurück, dass ein Versäumnis,

Eine umfassende Begründung meisterlicher Untätigkeit

in Syrien einzugreifen, die Glaubwürdigkeit der USA beschädigt und deren Gegnern Auftrieb gegeben hätte.

Aber die Tatsache, dass er tatsächlich interveniert hat, erwähnt er kaum. Und so erscheint seine Philosophie losgelöst von der wirklichen Politik seiner Regierung. Wenn es sich nicht lohnt, sich in den syrischen Bürgerkrieg einzumischen – weil, wie der Präsident im August 2014 erläuterte, Apotheker, Ärzte und Bibliothekare niemals eine professionelle, von Russland und dem Iran unterstützte Armee besiegen könnten –, warum unterstützen die Vereinigten Staaten dann eben jene Ärzte und Bibliothekare, um genau das zu erreichen?

Obama hat es sich schon seit einiger Zeit zur Gewohnheit gemacht, einen umfassenden Ansatz meisterlicher Untätigkeit in Syrien zu entwickeln, um sich dann gegen die eigene Strategie abzusichern. So kam im September 2015 heraus, dass das amerikanische Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramm ("train and equip") nur eine Handvoll kampftauglicher syrischer Rebellen hervorgebracht hat. Nach dem Beginn der russischen Luftschläge im gleichen Monat aber

Bild nur in Printausgabe verfügbar

stellte sich laut Wall Street Journal heraus, dass russische Piloten es doch geschafft hätten, "mehr als genug von der CIA unterstützte Rebellen zum Bombardieren" zu finden.

In Washington blieb das Ausmaß der amerikanischen Intervention in Syrien weitgehend unbemerkt. Aber definitiv nicht in Moskau – auch wenn es nicht zu den Stärken der russischen Regierung gehört, zwischen US-Interventionen und Interventionen von US-Verbündeten wie zum Beispiel Saudi-Arabien, Katar und der Türkei zu unterscheiden.

Als das Assad-Regime im vergangenen Sommer wegen des Vordringens der Rebellengruppen am Rand der Niederlage stand, taten Russland (und der Iran) genau das, was nach Obamas eigener Analyse eintreten würde: Sie eskalierten ihrerseits, und Russland begann Luftschläge mit dem Ziel, einen weiteren, von den USA unterstützten Regimewechsel im Nahen Osten zu verhindern.

In diesem Zusammenhang ist es sinnlos, endlos darüber zu debattieren, ob die USA in Syrien hätten intervenieren sollen. Sie haben interveniert. Die wichtigere Frage ist, warum der Präsident nicht den Mut aufbringen konnte, nach seinen eigenen Überzeugungen zu handeln. Warum hat er durchgängig halbherzige Maßnahmen in Syrien ergriffen, die keiner der besten Politikempfehlungen entsprachen und nicht einmal – nimmt man den Artikel in *The Atlantic* als Bewertungsgrundlage – seiner eigenen?

Das schmutzige kleine Geheimnis

Die Antwort darauf macht deutlich, wie schwierig es ist, in Washington eine in sich schlüssige außenpolitische Philosophie zu verfolgen. Das schmutzige kleine Geheimnis der US-Präsidentschaft lautet, dass sie schlicht nicht so mächtig ist, wie sie scheint – noch nicht einmal in außenpolitischen Angelegenheiten.

70

Der Hauptgrund ist, dass ein amerikanischer Präsident – im Unterschied zu vielen anderen Staats- und Regierungschefs – nicht einfach zugeben kann, dass die USA bei einem die Schlagzeilen dominierenden, dringenden internationalen Problem nichts tun können. Schließlich sind die Vereinigten Staaten eine "Can do"-Nation mit mehr militärischer Macht als strategischem Verstand. Dieser Tatendrang hat die USA zum reichsten und mächtigsten Land der Erde gemacht, sie aber zugleich in eine Menge dummer Kriege verstrickt.

Das "Washington-Playbook" hält eine Liste vorgefertigter Lösungen für solche Situationen bereit, von denen sich die meisten auf die beträchtlichen militärischen Kapazitäten der USA stützen. Sie reichen von Waffenlieferungen über die Ausbildung lokaler Armeen bis hin zum bloßen Erzwingen von Frieden durch die Anwendung weit überlegener Gewalt. Bloßes Danebenstehen ist nicht vorgesehen.

Der politischen Philosophie des Präsidenten zufolge ergab keine dieser Vorgaben im Fall Syriens viel Sinn. Aber für jede Option gab es ein Beispiel eines angeblichen Erfolgs, jede hatte Anhänger unter den ewig optimistischen Befürwortern des Einsatzes militärischer Gewalt in Washingtons Thinktanks, und jede fand einen Widerhall in den Medien. Nicht zu vergessen: Im Vergleich zur Option bloßen Nichtstuns schien jede dieser Lösungen einen geradezu unschlagbaren rhetorischen Vorteil zu haben.

Wenn derlei Ideen und Optionen die Schlagzeilen dominieren, ist es einem Präsidenten politisch unmöglich, zuzugeben, dass er machtlos ist. Nicht nur, weil es recht unschön ist, wenn der amerikanische Präsident jeden Tag von verbündeten Regierungschefs, von Oppositionspolitikern oder in den Medien zu hören

bekommt, dass er schwach und nutzlos sei. Solche Schlagzeilen tragen außerdem dazu bei, die Popularität eines Präsidenten auszuhöhlen, und sie

Mehr militärische Macht als strategischer Verstand

beeinträchtigen dessen Vermögen, andere politische Vorhaben durchzusetzen.

Noch schwieriger wird das Ganze, wenn Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung in die Presse durchsickern und der Vorstellung Nahrung liefern, dass das eigentliche Problem ein Mangel an Entschlossenheit oder Entscheidungsfreude des Präsidenten selbst sei.

Das erklärt auch, warum der politische Druck auf Präsident Obama, "etwas zu tun", mit jeder neuen Eskalationsstufe der Syrien-Krise stieg: Nachdem das Assad-Regime 2011 anfing, auf friedliche Demonstranten zu schießen; nach dem Beginn seiner brutalen Luftkampagne gegen syrische Rebellen 2012; mit dem Einsatz chemischer Waffen in den Vororten von Damaskus 2013; mit der Eroberung Mosuls durch den Islamischen Staat 2014 und schließlich mit der Intervention der Russen 2015.

Halbes Entgegenkommen

In jeder dieser Eskalationsstufen hat Obama gleich reagiert: Er versuchte, dem damit wachsenden Druck, "etwas zu tun", halbwegs zu begegnen und gleichzeitig seiner Philosophie treu zu bleiben und eine US-Intervention auf ein Minimum zu beschränken. Ich habe diese Praxis einmal etwas herb "salami-slicing the

baby" genannt: Stück für Stück fiel Obamas geliebte Doktrin der eigenen Salami-Taktik zum Opfer. Oder wie ein amerikanischer Regierungsan-

Eine Philosophie zu haben, heißt nicht, sich durchzusetzen gehöriger es während der Zeit formulierte, als die Obama-Regierung nach einer Antwort auf die syrischen Chemiewaffenattacken vom September

2013 suchte: Sie sollte "gerade muskulös genug sein, um nicht Gegenstand von Spott zu werden."

Am offensichtlichsten trat dieser Ansatz in der Reaktion des Weißen Hauses auf die Enthüllung vom September 2015 zutage, dass die "Train and equip"-Mission des amerikanischen Militärs ein kompletter Reinfall war. Mit dieser Mission hätten jährlich 5400 syrische Oppositionskämpfer ausgebildet werden sollen. Im ersten Jahr waren es jedoch gerade vier oder fünf. Josh Earnest, Pressechef des Weißen Hauses, erklärte nach diesen Enthüllungen, dass der Präsident dieses Programm ja nie unterstützt habe. Im Gegenteil habe es doch nur dazu gedient, die Kritiker von Obamas Syrien-Politik zu beschwichtigen. "Viele unserer Kritiker hatten diese Option immer als Allheilmittel für alle politischen Probleme in Syrien angepriesen", so Earnest. "Diese Regierung hat nie daran geglaubt; es sind unsere Kritiker, die jetzt Rede und Antwort stehen müssen."

Langsame Rutschpartie

Das Resultat dieser Salami-Taktik ist, dass sich die USA langsam, aber sicher immer tiefer in den syrischen Bürgerkrieg verstrickt haben. Sollte die gegenwärtige Waffenruhe nicht halten, dann werden die USA noch tiefer im syrischen Sumpf versinken und zwar auch unter einem Präsidenten, der vielleicht nicht so philosophisch veranlagt ist.

Das heißt: In der amerikanischen Syrien-Politik ging es nicht um einen Präsidenten, der, geleitet und inspiriert von einer Politik der Zurückhaltung, abseits stand, obwohl er auch hätte handeln können. Es geht im Gegenteil um einen Präsidenten, der sich wegen innenpolitischer Gegebenheiten und aufgrund überoptimistischer Pläne zu interventionistischen Halbmaßnahmen drängen ließ, an die er selbst nicht geglaubt hat und die niemanden zufriedengestellt haben.

Die Lehre ist also, dass sich sogar ein amerikanischer Präsident, der nur zu genau verstanden hat, dass das "Washington-Playbook" immer wieder unkluge Militärinterventionen vorsieht, sich doch immer wieder gezwungen sieht, seine eigene Politik zu kompromittieren. Eine außenpolitische Doktrin ist toll, und ein Artikel in *The Atlantic*, der diese so genau beschreibt, sogar noch toller.

Aber nur, weil ein Präsident eine Philosophie hat, heißt das nicht, dass er sie in die Tat umsetzen kann.



Jeremy Shapiro ist Research Director des European Council on Foreign Relations (ECFR) in London.

Die große Dürre

Trockenheit und Wassermangel setzen die iranische Regierung unter Druck

Meir Javedanfar | Die Zahlen sind dramatisch: Drei Viertel des Iran gelten als komplett trockene Regionen, 97 Prozent des Oberflächenwassers sind bereits versiegt. Landabsenkungen und Erdbeben belasten das Land zusätzlich. Auch die EU sollte nun helfen – denn Iraner, die ihr Land aufgrund der Dürre verlassen müssen, könnten gezwungen sein, nach Europa zu fliehen.

Bis heute ist Kyrus der Große für viele Iraner die am tiefsten verehrte Führungspersönlichkeit der persischen Geschichte. Dafür gibt es viele Gründe. Einer der wichtigsten ist, dass Kyros schon 539 vor Christus, wenige Jahre nach der Eroberung Babylons, als erster Herrscher eine Art Charta der Menschenrechte veröffentlichte. Zu den Legenden um Kyros II. gehört auch, dass er gebetet haben soll, sein Reich vor zwei großen Bedrohungen zu schützen: vor Lügen und vor Dürre. Heute scheint dieses Gebet wieder höchste Aktualität zu haben: Der Iran ist von einer massiven Dürre bedroht.

Auswandern, um zu überleben

"In unserer Natur gibt es kein Wasser mehr", warnte vor Kurzem Isa Kalantari, Chefberater des Ministerpräsidenten Eshagh Jahangiri für Wasser-, Agrar- und Umweltfragen. "Wenn wir am gegenwärtigen Zustand nichts ändern", so Kalantari, "dann werden etwa 70 Prozent der

iranischen Bevölkerung, also rund 50 Millionen Menschen auswandern müssen, um zu überleben."

Drei Viertel des Landes gelten als komplett trockene Regionen, in denen jährlich nur zwischen 50 und 100 Millimeter Regen fallen, so Ali Reza Daemi, stellvertretender Leiter der Abteilung für Wasser und Abwasser im Energieministerium. 75 Prozent der Bevölkerung leben in Städten, und die größten Ballungsräume liegen inmitten der trockensten Gebiete.

In sieben von den insgesamt 31 Provinzen des Iran herrscht eine Wasserkrise; elf Provinzen sind mit "Wasserstress" konfrontiert, wie die Europäische Umweltagentur es nennt, wenn der Bedarf an Wasser für einen bestimmten Zeitraum über dem der verfügbaren Ressourcen liegt oder Wasser wegen mangelhafter Qualität nicht mehr nutzbar ist. Die verbleibenden 13 Provinzen sind sogar von "erheblichem Wasserstress" bedroht.

Mit dem Wassermangel geht ein weiteres Problem einher. Wegen der

schwindenden Grundwasserreserven – auch aufgrund illegaler Brunnenbohrungen – ist der Iran mit Landabsenkungen konfrontiert. So hat sich die Ebene um die Millionenmetropole Teheran um 36 Zentimeter abgesenkt. Ein trauriger Weltrekord, sagt Javad Meybodi, Direktor für Wasser-, Abwassersysteme und Wasserschutz im iranischen Energieministerium.

Nicht nur die Region um Teheran ist davon betroffen. Landabsenkungen sind laut Angaben des Energieministeriums auch in anderen Landesteilen zu beobachten. In der Region um Kasvin, einer 1,2 Millionen-Stadt 150 Kilometer nordwestlich von Teheran, sind Absenkungen von 24 Zentimetern gemessen worden, in

Auch in Teheran hat sich das Land plötzlich abgesenkt der Wüste rund um das 2,7 Millionen Einwohner zählende Maschad im Nordosten des Landes liegt die Absenkung bei 25 Zentimetern und in der Wüste um

Kashan 250 Kilometer südlich von Teheran sogar bei 30 Zentimetern. Schätzungen zufolge sind 297 Felder und Wüstengebiete im Iran von Landabsenkungen betroffen. Die physische Instabilität und die dadurch entstehenden Sinklöcher machen die Nutzung dieser Gebiete für Landwirtschaft oder für eine Bebauung unmöglich.

Noch beunruhigender ist aber, dass Landabsenkungen bereits in einigen Teilen der Millionen-Metropole Teheran zu beobachten sind. So berichtete die Zeitung Shahrvand, dass einige Hausbesitzer in Shahr-e Rey im südlichen Teheran ihre Immobilien verkaufen mussten, weil sich Risse in den Wänden auftaten. Rund um den Navab-Safavi-Highway, der

die Stadt von Nord nach Süd durchkreuzt, hat sich der Boden so weit abgesenkt, dass es Anwohnern nicht mehr möglich ist, ihre Türen zu öffnen oder zu schließen.

Als wäre das noch nicht genug, ist der Iran ein Erdbebengebiet. Die Schäden eines Bebens würden sich aufgrund der Landabsenkungen sogar noch vergrößern – ein Beben der Stärke 5 auf der Richterskala hätte hier etwa die Auswirkungen eines Bebens mit der Stärke 7,5.

Kaum natürlicher Niederschlag

Dürren und Wassermangel sind keine Ausnahmeerscheinung im Iran. Etwa 65 Prozent des Landes gelten als klimatisch trocken oder sehr trocken. Die beiden größten Bergketten Zagros im Westen sowie Alborz im Norden verschlimmern dieses Problem, denn die meisten Regenwolken ziehen aus dem Westen herauf, bleiben aber in diesen Bergmassiven "hängen" und erreichen so nicht die zentralen, östlichen oder südlichen Gebiete des Landes. Mit einer durchschnittlichen Niederschlagsmenge von 228 Millimetern verzeichnet der Iran nicht einmal ein Fünfzigstel der durchschnittlichen globalen Niederschlagsmenge von rund 1011 Millimetern.

Klimaveränderungen im gesamten Nahen und Mittleren Osten haben dieses Problem noch verschärft: In der ganzen Region sind über die vergangenen Jahre Temperaturanstiege zu verzeichnen – sie ist damit noch unwirtlicher geworden. Syrien hatte schon 2006 eine Dürre zu beklagen, die 1,5 Millionen Bauern zur Landflucht getrieben hat. Wie sein Nachbar Irak bezieht auch Syrien den Großteil seiner Reserven aus

Bild nur in Printausgabe verfügbar

dem Tigris-Euphrat-Wasserbecken. Auch der Irak hat mit einer Wasserkrise zu kämpfen.

Einer vor Kurzem erschienenen NASA-Studie zufolge ist die seit 14 Jahren in der Region anhaltende Dürre die schlimmste der vergangenen 900 Jahre. Danach waren die Jahre 1998 bis 2012 die trockensten der jüngsten Vergangenheit. Noch beunruhigender aber ist die Schlussfolgerung der NASA: Ein großer Teil des Wassermangels sei "menschlichem Einfluss geschuldet".

Dürre und Dämme

Dass ein Teil des Problems im Iran von Menschen verursacht wurde, ist mit bloßem Auge zu erkennen. Um den Landwirtschafts- und Energiesektor des Landes zu vergrößern, begann die Regierung in den neunziger Jahren mit dem Bau eines gigantischen Dammes. Eines der wichtigsten und größten Bauunternehmen bei diesem Projekt war Khatam Al Anbiya

(KAA), das zum Wirtschaftsimperium der iranischen Revolutionsgarden gehört. Tatsächlich konnte der Iran seine Fähigkeiten beim Dammbau so weit professionalisieren, dass das Land heute nach China und Japan weltweit die meisten Dämme errichtet – darunter in Ecuador und Nicaragua, in Aserbaidschan, Tadschikistan und Armenien.

In Machmud Achmadinedschad, einem Ingenieur mit einer Vorliebe für Großprojekte, fand die KAA nach dessen Wahl zum Staatspräsidenten 2005 einen begeisterten Verbündeten. 2012, ein Jahr vor dem Ende seiner zweiten Amtszeit, begann die KAA mit dem Bau des weltgrößten Damms in der iranischen Provinz Lorestan.

Heute gelten diese Dammbauprojekte allerdings als Hauptfaktor für die aktuelle Dürre. Einigen Flüssen und Seen wie dem Zayandeh Rud in Isfahan oder dem Urmia-See im Nordwesten des Landes entnahm man nach dem Bau der Dämme so viel Was-

ser, dass sie immer mehr austrockneten. In diesem Jahr hat das Energieministerium den Bau aller Dämme gestoppt, die erst zu einem Drittel fertiggestellt sind. Es gibt schlicht nicht mehr genug Wasser, das diese Dämme speichern könnten. So konnte einer der Dämme, der für ein Volumen von 140 Millionen Kubikmeter Wasser gebaut war, am Ende ganze 19 000 Kubikmeter speichern.

Neben Dammbauprojekten trugen auch veraltete Bewässerungsmethoden zur Trockenheit im Iran bei. Laut

Die Wasserreserven sind fast völlig erschöpft

Esmail Kahram, Berater einer iranischen Umweltschutzorganisation, werden 93 Prozent der Wasservorkommen des Iran für landwirtschaftliche

Zwecke, 3 bis 4 Prozent als Trinkwasser und 2 bis 3 Prozent für den industriellen Bedarf genutzt. Einer Schätzung zufolge verdampfen 70 Prozent des für landwirtschaftliche Zwecke verwendeten Wassers, bevor es die Pflanzen überhaupt erreicht.

Nicht mehr auffüllbar

Die iranische Regierung hat enorme Aufgaben zu bewältigen, wenn sie der aktuellen Dürre Herr werden will. Die Wasserreserven des Iran sind in einem beängstigenden Maße erschöpft. 97 Prozent des Oberflächenwassers sind bereits versiegt, sagt Isa Kalantari, der Landwirtschaftsminister im Kabinett von Präsident Rafsandschani war. Diese Wasserreserven wieder aufzufüllen, ist eine unmögliche Aufgabe. Laut Pervez Kardevani, der als "Vater der Wüstenstudien" des Landes gilt, sind die Wasserprobleme des Iran bereits irreversibel. "Wir sind wie jemand, der mehrere Millionen Schulden hat, aber nur eine Million verdient", so Kardevani. "Selbst wenn sich unser Lohn verdoppeln würde, könnten wir unsere Schulden nicht zurückzahlen."

Die einzigen verbleibenden Möglichkeiten sind also ein effizienteres Wassermanagement und Reformen, denn aufzugeben ist angesichts der durch die aktuelle Dürre noch verstärkten Probleme keine Option.

Zu den Empfehlungen der Experten gehören verbesserte Bewässerungstechniken in der Landwirtschaft, die der größte Wasserkonsument des Landes ist. Landwirte sollen in wöchentlichen Kursen über effizientere Wassernutzung und den Gebrauch besserer Düngemethoden unterrichtet werden. Nur klingt das einfacher als es ist: Etwa 80 Prozent der iranischen Bauern können nicht oder kaum lesen und schreiben.

Darüber hinaus wäre es wichtig, die zahlreichen iranischen Umweltexperten viel stärker zu Rate zu ziehen. Dass man sie bislang nicht ausreichend einbezogen hat, zeigen die Zahlen. Schätzungen zufolge sind nicht weniger als 120 000 von 150 000 Absolventen eines Landwirtschaftsstudiums arbeitslos. Zudem will man besonders bewässerungsintensive Anbaumethoden reduzieren.

Wichtig wäre auch eine verbesserte Koordinierung zwischen den verschiedenen Institutionen, die für die Wasserressourcen des Iran verantwortlich sind. Ganz offensichtlich gibt es keinen effizienten Informationsaustausch zwischen den entsprechenden Ministerien. So existierte dem Wasserexperten Mansur Ghotbi Sarayee zufolge kein integriertes Wassermanagementsystem für Flüsse, Seen oder Grundwasserleiter. Ghotbi Sarayee, der auf eine 30-jäh-

rige Erfahrungen zurückblickt – davon viele Jahre im Landwirtschaftsministerium –, glaubt, dass ein besser vernetztes Wassermanagement unbedingt notwendig ist und dass das Energieministerium bis dato auf diesem Gebiet versagt hat. Darüber hinaus dürfte eine stärkere Kooperation mit internationalen Organisationen unbedingt nötig sein, um die iranischen Wassermanagementsysteme nachhaltig zu verbessern.

Einigkeit innen, Hilfe von außen

Um das Dürreproblem zu bewältigen, bedarf es auch eines Konsenses innerhalb der iranischen Regierung. Es ist ermutigend, dass nicht nur Staatspräsident Hassan Rohani, sondern auch der Kommandeur der Revolutionsgarden Ali Jafaari mehrfach darauf hingewiesen hat, wie dringlich die Wasserkrise ist. Allerdings schlagen beide Seiten ganz konträre Lösungsmöglichkeiten vor. Präsident Rohani sieht in dem von den Revolutionsgarden vorangetriebenen Dammbau eine der wesentlichen Ursachen für das Problem. Das Bauunternehmen der Revolutionsgarden sieht, wenig überraschend Dämme, aber als Teil der Lösung und schlug deshalb vor Kurzem 17 neue Projekte vor.

Notwendig ist aber eine intensivere Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. 2013 unterschrieb die iranische Regierung ein Abkommen mit dem deutschen Konsortium "Inter 3", einer Arbeitsgemeinschaft von Wissenschaftlern und Unternehmen, das die Entwicklung eines anwendbaren Konzepts für ein integratives Wassermanagement für den Zayande Rud in Esfahan vorsieht. Dieser wichtige Fluss, der aufgrund der Dürre in den vergangenen fünf Jahren völlig ausge-

trocknet ist, versorgt die zweitgrößte Industrieregion des Landes und damit nicht weniger als 4,5 Millionen Menschen mit Wasser.

Tatsächlich sollte die ganze internationale Gemeinschaft dem Iran bei der Bewältigung seiner Wasserprobleme behilflich sein. Das schließt auch Israel mit ein. In den späten sechziger

Jahren hat Israel dem Iran schon einmal entsprechend geholfen. Wir sollten versuchen, diese Geschichte zu wiederholen – auch wenn es unwahr-

Auch die internationale Gemeinschaft ist jetzt gefordert

scheinlich ist, dass der Iran Unterstützung von Israel akzeptieren würde. Doch die Instabilität im ohnehin fragilen Nahen Osten würde durch Millionen iranischer "Dürremigranten" nur verschlimmert werden.

Auch die Europäische Union sollte beteiligt werden. Denn es wäre möglich, dass Iraner, die ihr Land aufgrund der Dürre verlassen müssen, keine andere Wahl hätten, als nach Europa zu fliehen. Im Nahen und Mittleren Osten gäbe es ja keinen Ort, wo sie hingehen könnten. So lange keine Lösung gefunden ist, könnte das eher früher als später geschehen. Einer Schätzung zufolge musste bereits die Hälfte der Landbevölkerung (etwa 12,5 Prozent der Gesamtbevölkerung) aufgrund von Wasserknappheit in die großen Städte ziehen.



Meir Javedanfar ist Dozent am Interdisciplinary Center (IDC) in Herzliya, Israel.

Entzauberung durch Fakten

Wer den IS bekämpfen will, muss dessen Propaganda aushebeln

Alexander Ritzmann | Bislang sind schon etwa 7000 Männer und Frauen aus Europa der Propaganda des Islamischen Staates gefolgt und in den Kampf gezogen. Wie aber können solche Rekrutierungsversuche erschwert werden? Dazu brauchen wir zielgerichtete Gegendarstellungen im Internet, auch von IS-Aussteigern, die die brutale Realität vor Ort beschreiben.

Seit etwa 30 Jahren wird aus soziologischer und psychologischer Perspektive erforscht, warum sich Menschen radikalisieren und zu politischen Extremisten oder Terroristen entwickeln. Denn um Radikalisierung vorzubeugen und Extremisten deradikalisieren zu können, sollte man zunächst die entsprechenden Ursachen und Motivationen verstanden haben.

Häufig spielt bei Radikalisierungsverläufen eine Mischung aus so genannten Push- und Pull-Faktoren eine Rolle. Die Push-Faktoren können zu einer generellen Empfänglichkeit für extremistisches Gedankengut führen. Hierzu zählen persönliche oder beobachtete Diskriminierungserfahrungen, (außen-)politische Ereignisse, sozioökonomische Marginalisierung, eine Opferhaltung oder auch Solidarität mit Opfern, ein Mangel an Bewältigungskompetenz sowie zu wenig Geborgenheit und Orientie-

rung durch das Elternhaus. Für manche spielt auch die Frage, was nach dem Tod passiert, also eine religiös motivierte Angst vor der Hölle, eine gewichtige Rolle.

Extremistische Organisationen versuchen, mit ihrer Ideologie und Propaganda hier anzudocken und möglichst attraktive Angebote zu machen, um Sympathisanten und Rekruten anzulocken. Zu diesen so genannten Pull-Faktoren zählen das Versprechen von sozialer Akzeptanz, klare Regeln und die Zugehörigkeit zu einer neuen Gruppe als Familienersatz. Hinzu kommen Sinngebungen, wie der Schutz und die Verteidigung einer Volks- oder Glaubensgemeinschaft, oder auch Abenteuer, Heldentum, Sex und ein versprochener Zugang zum Paradies.1

Neben den offensichtlichen Grenzen der Generalisierbarkeit von Radikalisierungsverläufen eines 16-jäh-

Ygl. Alex P. Schmid: Radicalisation, De-Radicalisation, Counter-Radicalisation: A Conceptual Discussion and Literature Review, ICCT Research Paper 2013.

rigen Jungen im syrischen Rakka oder eines 25-jährigen Architekturstudenten in Hamburg beantwortet die Forschung bis heute die Frage nach dem Warum nur bedingt. Denn während allein in Europa Hunderttausende und weltweit Millionen von Menschen täglich vielen Radikalisierungsfaktoren ausgesetzt sind, entwickelt sich doch nur eine sehr kleine Zahl von Menschen hin zum Extremisten oder gar zum Terroristen. In der Forschung spricht man deshalb von individuellen Radikalisierungsverläufen und arbeitet weiter an der Frage, warum sich zum Beispiel ein in sehr ähnlichen Lebensumständen befindlicher Daniel oder Achmed zu Extremisten entwickeln, während Michael oder Mustafa dies nicht tun.2

Warum ist der IS so erfolgreich?

Wie groß die Tragweite dieses Mangels an Erkenntnissen über Radikalisierungsursachen ist, wird anhand der Rekrutierungserfolge des so genannten Islamischen Staates deutlich: Während in den zehn Jahren des Afghanistan-Krieges von 1979 bis 1989 geschätzte 20 000 "foreign fighters" zu den Mudschahedin und Al-Kaida ins Kriegsgebiet zogen, sind es im vom IS gehaltenen Territorium nach drei Jahren bereits etwa 30 000. Zwischen 6000 und 7000 kommen aus Ländern der EU; erstmals folgen auch Frauen in signifikanter Zahl dem Ruf einer islamistischen Terrororganisation.

Warum also zieht der IS so viel mehr Anhänger an, als es Al-Kaida je getan hat? Wieso machen sich Tausende junger Muslime, die in Europa geboren wurden, auf den Weg in ein angebliches Kalifat und reales Kriegsgebiet? Und welche Rolle spielen die Narrative und Angebote des IS dabei?

Der IS investiert in professionelle Full-HD-Propagandavideos im 16:9 Kinoformat, die online zum Teil mil-

lionenfach angeklickt werden. Wie groß der direkte Einfluss dieser Videos auf die Zuschauer ist, kann nur vermutet werden. Dabei ist vor allem unklar, ob

Brutale Hinrichtungsvideos sind nur ein Teil der Propaganda

die Propaganda Pro-IS-Ansichten und -Verhaltensweisen initiiert oder diese nur verstärkt.

Nicht nur die technische Qualität der IS-Onlinepropaganda ist auf dem neuesten Stand, auch die Inhalte sind komplex und zielgerichtet. Während in den westlichen Medien hauptsächlich über die Gräueltaten der Terrororganisation berichtet wird, sendet der IS über die neuen Medien auch ganz andere Botschaften.³

Aber zunächst zur Brutalität: Bei den berüchtigten Hinrichtungsvideos gibt es immer einen Vorspann, der beispielsweise angebliche zivile Opfer eines gegnerischen Angriffs zeigt. Die oft professionell arrangierten Exekutionen von Geiseln und vermeintlichen Spionen sollen zwar Feinde terrorisieren, Stärke demonstrieren und für Medien zur Weiterverbreitung attraktiv sein. Es wird aber immer auch versucht, die Gewalt zu legitimieren und in den Kontext von Recht und Vergeltung zu stellen. Denn der IS behauptet, man verteidige den Islam und räche den Tod von Millionen sunnitischen Muslimen im Irak und in

² Vgl. John Horgan: The Psychology of Terrorism, New York 2014.

³ Vgl. Charlie Winter: Documenting the Virtual 'Caliphate', Quilliam Foundation 2015.

Syrien, die von einer Allianz aus so genannten Kreuzfahrern (westlichen Ländern), Zionisten (Israel und dessen Unterstützer) sowie Schiiten (der irakischen Regierung bzw. Armee, des Iran, der Hisbollah und des Assad-Regimes) ermordet würden.

Dieses angeblich gerechte und schariagetreue Racheargument zieht sich wie ein roter Faden durch die IS-Propaganda. Es geht zurück auf Abu Musab al-Zarkawi, der von 2003 bis zu seinem Tod 2006 die Al-Kaida-Gruppe im Irak anführte, aus der sich später der IS entwickelt hat. Zarkawi ist heute noch eine Leitfigur für den IS und hat dessen Ideologie maßgeblich geprägt. Zu Lebzeiten war er

Abenteuer, Sinngebung und Coolness werden versprochen auch als "Schlächter von Bagdad" bekannt – unter anderem, weil er so viele schiitische Muslime getötet hat, dass Osama Bin Laden ihn öffentlich zur

Mäßigung aufrief. Zarkawi hatte unter Dschihadisten jedoch noch einen anderen Namen, der aus dem Arabischen übersetzt bedeutet: "jener, der viel weint". On- und offline klagte er oft tränenreich über sunnitische Opfer, zeigte selektives Mitgefühl und rechtfertigte auch damit seine brutalen Angriffe auf schiitische Muslime.

Die brutalen Hinrichtungsvideos des IS sind jedoch zahlenmäßig der geringste Teil der Propaganda. Weitere Videos zeigen Überläufer zum IS, etwa vom Al-Kaida Ableger "Jabhat al-Nusra", von der "Freien Syrischen Armee" oder von Assads Truppen. Das Thema hier ist Gnade und Vergebung, denn diese ehemaligen Feinde werden angeblich mit offenen Armen aufgenommen.

Fast die Hälfte der offiziellen IS-Postings und Videos sind Berichte über angebliche militärische Erfolge. Darin wird oft versucht, die IS-Kämpfer als coole Krieger zu porträtieren, die in einem Computerspiel ähnlichen Szenario ("Counter Strike", "Call of Duty") für die gerechte Sache kämpfen und gerne für ihren Gott und das versprochene Paradies sterben. Diese Beschreibungen werden von Bloggern im IS-Umfeld zu einer Art "Dschihadi-cool" verdichtet, einer Jugend- und Popkultur, die Abenteuer, Sinngebung und Coolness verspricht.

Islamisches Utopia

Genau daran knüpft die andere Hälfte der IS-Propaganda an. Sie zeigt das angeblich sichere, gerechte und soziale Leben im "Islamischen Staat", dem islamischen Utopia. Der IS verspicht neben einem gottgefälligen Leben eine soziale Absicherung durch Arbeitsplätze, kostenlose Krankenversicherung, Schulbildung, Müllabfuhr, Feuerwehr sowie Witwen- und Waisenversorgung. Und auf Nutella zum Frühstück muss man im Gottesstaat angeblich auch nicht verzichten. "Sozialismus mit Biss" hat das eine IS-nahe Bloggerin kürzlich genannt.

Hinzu kommen Videos, die Dschihadisten bei der Freizeitgestaltung zeigen. Gemäß der IS-Darstellung findet ihr Leben in einer harmonischen Gemeinschaft statt, in der Geschichten erzählt oder zusammen Filme geschaut werden, in der man gemeinsam singt, Gedichte rezitiert, kocht oder schwimmen geht.

Theologisch gesehen spielt der Islam bei der Rekrutierung kaum eine Rolle. Zwar versucht der IS, eine direkte Linie vom Koran und den Handlungen des Propheten hin zu Abu Musab al-Zarkawi und dem IS-Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi zu ziehen. Die meis-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

ten IS-Anhänger sind jedoch religiöse Analphabeten und haben weder vertiefte Kenntnis über noch gesteigertes Interesse an der Komplexität und Vielfalt der Religion. Der Baghdadi-Islam wird als religiös-politische Ideologie genutzt und dient der Indoktrinierung sowie der Legitimation der eigenen Ziele und Handlungen. Die Tatsache, dass der IS - von Al-Kaida-Vordenkern über den saudischen Großmufti bis hin zu den religiösen Autoritäten der Al-Azhar-Universität in Ägypten – als nichtislamisch bezeichnet wird, ist für die IS-Anhänger deshalb nicht relevant.

Die Kern-Narrative und Pull-Faktoren des IS sind also:

 Der Islam werde angegriffen, sunnitische Muslime würden von Ungläubigen ermordet, es sei die Pflicht jedes Sunniten zu helfen und ins "Kalifat" auszuwandern.

- Das "Kalifat" sei die attraktive, menschliche und das Seelenheil versprechende Utopie und eine Alternative zur so unmenschlichen und materialistischen westlichen Gesellschaft.
- Ein neues Leben, eine neue Familie, der Kampf für eine gerechte Sache und ein direktes Ticket ins Paradies.
- Eine "Dschihadi-cool"-Jugendkultur, die insbesondere abenteuerlustige junge Männer anspricht.

Wonach genau suchen die Anhänger des IS? Basierend auf der Analyse von Aussagen und Online-Postings von 700 IS-Kämpfern lassen sich diese grob in drei Gruppen einteilen.⁴ Zunächst sind da die Suchenden, die eine Verbesserung ihres bisherigen Lebens möchten. Sie streben nach Aufmerksamkeit, Abenteuer und Heldentum und wollen ihre Sexualität mit mehre-

⁴ Mark Townsend: How a team of social media experts is able to keep track of the UK jihadis, The Guardian, 17.01.2015.

ren Ehefrauen und Sklavinnen ausleben. Die zweite Gruppe kann man als Beschützer bezeichnen, denen es darum geht, sunnitische Muslime, insbesondere Frauen und Kinder, zu verteidigen oder zu rächen. Die dritte Gruppe besteht aus den Mit- und Nachläufern, die ihren Freunden aus Gruppe eins oder zwei folgen.

Weibliche IS-Anhänger reizt die Utopie einer gerechten islamischen Gesellschaft und das Image des rechtschaffenen, gottesfürchtigen und

> "echten" Mannes, der im Gegensatz zu den materialistischen und oberflächlichen Muslimen im Westen stehen soll. Hinzu kommt, dass sich im IS-Land nicht

Eine inhaltliche Auseinandersetzung fehlt bis heute

nur Frauen, sondern eben auch Männer an die strengen Regeln halten müssen. Für einige Muslima, die zuhause von männlichen Familienmitgliedern unterdrückt werden, ist dies eine Art von Gerechtigkeit.

Fakten und Wahrheiten verbreiten

Um der IS-Propaganda wirksam begegnen zu können, sei es bei der Prävention oder der Deradikalisierung, reicht es nicht aus, den IS und seine Anhänger als barbarische Terroristen darzustellen. Gleiches gilt für Thesen, islamistische Extremisten seien psychisch labil oder krank, schwach, arm oder dumm. Für jeden Fall, auf den dies zuzutreffen scheint, gibt es Beispiele, die das Gegenteil nahelegen.

Eine pauschale Pathologisierung der IS-Unterstützer und IS-Ideologie kann deshalb zu einer gefährlichen Verkennung der Motivation der Anhänger sowie der Strategien und Ziele der Organisation führen. Denn die IS-Narrative haben bereits ein Eigenleben entwickelt. Man muss sie schon deshalb ernst nehmen, weil das die IS-Anhänger auch tun.

Was nun ist gegen diese IS-Propaganda zu tun? Positive Werbung für Demokratie, eine pluralistische Gesellschaft und den Rechtsstaat ist wichtig. Initiativen wie "Begriffswelten Islam" der Bundeszentrale für politische Bildung, in der deutsche "You-Tube Celebrities" versuchen, Themen rund um den Islam jugendgerecht zu diskutieren, sind hilfreich im Sinne einer breiteren Präventionsarbeit. Abdullah-X ("Mind of a Scholar, Heart of a Warrior"), ein Cartoon-Charakter in Form eines verunsicherten muslimischen britischen Jungen, ist ebenfalls ein interessantes Format. Auch die Graswurzelinitiative AverageMohamed.com aus den USA versucht, islamistische Propaganda zu kontern.

Die brutal-satirischen Anti-IS-Videos des amerikanischen Außenministeriums, zum Beispiel "Welcome to the Islamic State Land", wurden breit kritisiert. Das dort neu gegründete Center for Global Engagement will unabhängige NGOs und Initiativen fördern, statt selbst Gegenentwürfe zu kommunizieren. Das Hacker-Netzwerk "Anonymous" legt Webseiten von IS-Anhängern lahm, Twitter, Facebook und YouTube sperren mittlerweile in großen Umfang IS-nahe Accounts.

Das sind alles mehr oder minder wirksame Versuche, auf die Online-Offensive des IS zu reagieren. Eine fundierte, öffentliche und sowohl breit als auch auf Dauer angelegte Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Lockangeboten selbst fehlt jedoch bis heute. Gegen-Narrative sind dann erfolgreich, wenn sie auf Fakten und Wahrheiten basieren und der Überbringer der Nachricht

dem Adressaten ähnlich ist. In der Konsequenz heißt das: Gegen-Narrative sollten die IS-Propaganda künftig noch stärker direkt und faktenbasiert angreifen und konkret auf dort vorhandenen Widersprüchen und Lügen aufbauen. Als Überbringer dieser Nachrichten sollten in erster Linie vom IS direkt Betroffene – Opfer, ehemalige Anhänger oder deren Familienmitglieder – auftreten.

Bei Auswertungen der Aussagen von IS-Aussteigern⁵ wurden beispielsweise folgende Kritikpunkte genannt:

- Der IS behaupte, gegen Assad und für die Sunniten zu kämpfen; tatsächlich töte man aber Sunniten, seien es andere Rebellengruppen oder auch Zivilisten.
- Die Brutalität im Alltag gegenüber Geiseln, Dorfbewohnern und auch unter IS-Kämpfern wird als unverhältnismäßig und ungerecht empfunden.
- Viele IS-Anführer würden sich selbst und ihren Vertrauten Privilegien gewähren und gelten deshalb als korrupt.
- Das Leben im "Kalifat" sei sehr hart, die Versprechungen eines sorgenfreien Lebens mit Abenteuern und Heldentum seien falsch. Die Aufgaben als westliche IS-Kämpfer seien eintönig oder man werde als Kanonenfutter verheizt.

Die Schilderungen der Aussteiger sowie Berichte von Aktivisten vor Ort, beispielsweise vom Netzwerk "Raqqa is being slaughtered silently", stehen also im Gegensatz zur IS-Propaganda. Statt eines sagenhaften, "coo-

len" Lebens im islamischen Utopia verbringt man seine Zeit inmitten einer bigotten Bande von korrupten Brutalos und Mördern, die nicht für Sunniten, sondern sogar gegen diese kämpfen. Die britische Initiative OpenYourEyes.net stellt genau diese Brüche und Lügen heraus und zeigt kurze Videostatements von ehemaligen IS-Anhängern, Familienmitgliedern oder Opfern.

Forschungsinstitute, Thinktanks, NGOs und Regierungen sollten ge-

nau hier ansetzen und verstärkt die fakten- und augenzeugenbasierte Realität kommunizieren, bei der die Lügen und haltlosen Versprechungen des

IS-Aussteiger berichten von korrupten Brutalos und Mördern

IS herausgestellt werden. Videoclips, Tweets, Blogs und Datenbanken mit diesen Inhalten sollten für jeden verfügbar sein, der sich auf welchem Weg und in welchem Format auch immer gegen die IS-Propaganda wenden will.

Das alles ist natürlich kein Allheilmittel gegen den IS. Aber eine faktenbasierte "Entzauberung" der Lockangebote durch glaubwürdige Online-Gegen-Narrative könnte die Rekrutierungsversuche der Terroristen erheblich erschweren.



Alexander Ritzmann arbeitet beim Brandenburgischen Institut für Gesellschaft und Sicherheit und berät die European Foundation for Democracy in Brüssel.

Vgl. Peter R. Neumann: Victims, Perpetrators, Assets: The Narratives of Islamic State Defectors, ICSR, King's College London, 2015; Anne Speckhard und Ahmet S. Yayla: Eyewitness Accounts from Recent Defectors from Islamic State: Why They Joined, What They Saw, Why They Quit, Perspectives on Terrorism, 6/2015.

Die Hemmschwelle sinkt

Moderne Mini-Atombomben bedrohen die internationale Stabilität

Julia Berghofer | Von vielen Seiten wird derzeit eine Renaissance der nuklearen Abschreckung beschworen. Doch das Konzept ist nicht mehr dasselbe wie im Kalten Krieg: Statt auf vermeintlich stabilisierende Mechanismen zu setzen, fordern atomar bewaffnete Staaten durch ihre Modernisierungspläne eine Eskalationsspirale heraus.

Es sieht so aus, als sei mit dem Ukraine-Konflikt und den militärischen Machtdemonstrationen von NATO und Russland die klassische Abschreckungslogik wieder da. Politiker, Journalisten und Experten vertreten die Ansicht, dass "nuclear deterrence" als Strategie der gegenseitigen Einschüchterung dazu beigetragen habe, dass der Kalte Krieg nie ein echter Konflikt geworden ist. So auch Michael Rühle in der IP-Ausgabe Januar/Februar 2016, der angesichts der neu aufgeflammten Ost-West-Konfrontation nukleare Abschreckung für unvermeidlich hält.

Doch diese Aussage verlangt nach einer grundlegenden Überprüfung. Die Logik der nuklearen Abschreckung ist nämlich nicht zurück; sie ist auch nicht "leicht adaptiert" aufgrund aktueller Herausforderungen wie hybrider Kriegführung, der Gefahr durch terroristische Attacken oder dem Umgang mit gescheiterten Staaten. Denn die nuklearen Militärstrategien von heute haben nicht mehr das Ziel, Sta-

bilität aufzubauen. Mit den neuen technologischen Möglichkeiten bewirken sie genau das Gegenteil.

Das klassische Konzept der nuklearen Abschreckung, wie es insbesondere von den Begründern des amerikanischen Neorealismus vertreten wurde, sagte die Stabilisierung konfliktbelasteter Länderkonstellationen voraus, sobald Staaten im Besitz von Atomwaffen seien. So plädierte Kenneth Waltz noch 2012 für einen atomar bewaffneten Iran als Gegengewicht zum Kontrahenten Israel. Einige Jahre zuvor hatte sich John J. Mearsheimer, Vertreter eines "offensive neorealism", für den legitimen, also unter die Bedingungen des Atomwaffensperrvertrags fallenden Atomwaffenbesitz Indiens ausgesprochen.

Die Stabilität, die beide Autoren mit der Argumentation "more may be better" vor Augen hatten, beruhte auf glaubwürdiger gegenseitiger Abschreckung; zugleich jedoch auch auf der Annahme, dass sich zwei rationale Opponenten darüber im Klaren wären, dass Atomwaffen nur die allerletzte Handlungsoption seien. Ihr Einsatz werde nur dann ernsthaft erwogen, wenn alle anderen Strategien gescheitert sind oder im schlimmsten Fall ein Zweitschlag erforderlich wird.

Dieser neorealistische Grundgedanke basiert auf der Annahme, dass Kernwaffen letztendlich nicht eingesetzt werden und sie deshalb Frieden garantieren. Als Beispiel wird immer wieder das Ost-West-Patt im Kalten Krieg herangezogen. Doch wie sieht es heute aus? Werden wir mit einer Renaissance der nuklearen Abschreckung konfrontiert, die letztendlich darauf abzielt, dass die Gegner aus Furcht voreinander gelähmt sind?

Präziser und variabel

Die Antwort erhält man, wenn man sich die Modernisierungspläne der USA und ihrer NATO-Partner anschaut. Die amerikanische Regierung (zur Erinnerung: dieselbe Administration, die nach der berühmten Prager Rede Barack Obamas für das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen eintreten wollte) plant, vier veraltete Atomwaffentypen durch zielgesteuerte Raketen vom Typ B61-12 zu ersetzen. Sie wird dafür mindestens zehn Milliarden Dollar ausgeben.1 Auch Deutschland hat vor, die in Büchel stationierten rund 20 Atomwaffen in den kommenden Jahren gegen das neue Modell auszutauschen.2

Es wäre schon schlimm genug, wenn die B61-12-Bombe lediglich ein Modell mit einer höheren Sprengkraft wäre. Doch in den neuen Militärdoktrinen kommt es nicht mehr in erster Linie auf ein massives Zerstörungspotenzial an, mit dem man dem Gegner vor Augen führen möchte, dass man im Zweifelsfall mehr Städte ver-

nichten, mehr Menschen umbringen könnte als er. Heute geht es darum, die Präzision von Atomwaffen zu erhöhen und die Zerstörungskraft variabel

Ein Einsatz wird nicht nur möglich, sondern wahrscheinlicher

zu halten. So kann die B61-12 mit 50 Kilotonnen TNT-Äquivalent operieren oder eben nur mit 0,3. Das Maximum entspricht mehr als dem Dreifachen der Sprengkraft einer Hiroshima-Bombe, das Minimum beträgt lediglich 2 Prozent davon.

Die Miniaturisierung von Atomwaffen klingt zunächst wie ein gleichwohl zweifelhaftes Geschenk an den Gegner. Wenn die Bomben kleiner und ohne GPS-Signal auf 30 Meter sowie mit GPS auf fünf Meter präzise lenkbar sind, ist es möglich, beispielsweise gezielt Militärstützpunkte anzugreifen, statt auf einen Schlag ganze Landstriche zu vernichten. Das Ziel ist die Vermeidung von "Kollateralschäden", wie man tote Zivilisten im Militärsprech bezeichnet.

Dieses Argument führt die gesamte, mit Menschenleben spielende Abschreckungsdiskussion ad absurdum. Denn mit der Entwicklung von Mini-Atombomben geht eine Verschiebung der militärischen Prioritäten einher. Es gilt nicht mehr die Prämisse, dass Regime wie Nordkorea oder mächtige Gegner wie Russland ih-

Ygl. Nuclear weapons: Cruise control. Barack Obama's administration, which began with a vision to get rid of nuclear weapons, has a trillion-dollar plan to renew them, The Economist, 23.1.2016.

Otfried Nassauer und Gerhard Piper: Atomwaffen-Modernisierung in Europe, BITS Research Report 2012, http://www.bits.de/public/researchreport/rr12-1-1.htm.

rerseits von einem Angriff abgehalten werden sollen. Stattdessen senkt die Verkleinerung von Nuklearwaffen die Schwelle ihrer Anwendung – ihr Einsatz gerät in den Bereich des Möglichen, mehr noch des Wahrscheinlichen.

Vielleicht ist ein kurzer Rückblick auf eine der vielen hochprekären Situationen hilfreich, in denen der Kalte Krieg ganz leicht hätte eskalieren können: 1983, in der Hochphase der Ost-West-Konfrontation, meldete

Keine apokalyptische Vernichtung, "nur" akzeptabler Schaden das russische Frühwarnsystem den Start von fünf amerikanischen Raketen. In einer derart angespannten Phase, in der Moskau jeden Moment mit einem

Angriff von Seiten der USA rechnete, wäre es nur nachvollziehbar gewesen, wenn der damals wachhabende Oberst Stanislaw Petrow seinerseits den Befehl zum Abschuss russischer Raketen gegeben hätte. Petrow aber misstraute dem System und entschied sich gegen einen vermeintlichen Zweitschlag.³

Diese Geschichte aus dem Sammelsurium haarsträubender Anekdoten des Kalten Krieges offenbart nicht nur die Fehlbarkeit von Menschen erdachter Systeme, sondern vor allem, dass die innere Schwelle, tatsächlich den berühmten roten Knopf zu drücken, hoch war. Ein Gegenschlag hätte apokalyptische Ausmaße gehabt.

Diese Einsatzschwelle und damit die Verhinderung eines Atomkriegs könnten bei Miniatur-Atombomben auf gefährliche Weise erodieren. Ein Luftwaffenpilot, ein politischer Entscheidungsträger oder ein militäri-

scher Stratege hätten wahrscheinlich weniger Bedenken, eine Bombe einzusetzen, die der Zivilbevölkerung vermeintlich "akzeptablen" Schaden zufügt. Die Hemmschwelle könnte massiv sinken, ähnlich wie es auch Kritiker von Drohneneinsätzen vermuten. Nur in diesem Fall geschähe dies nicht aufgrund der physischen Distanz, sondern weil sich die Verantwortlichen hinter dem Argument verschanzen können, dass bei nuklearen Einsätzen nun zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten unterschieden werden könne. Damit würden sie die Zivilbevölkerung weniger belasten. Und vielleicht könnte sogar einfacher mit regional verstreuten Terroreinheiten umgegangen werden.

Atomwaffen werden attraktiver

Was folgt daraus? Der Einsatz von Atomwaffen wird mit deren Miniaturisierung auf eine neue, zweifelhafte Legitimationsgrundlage gestellt, die die Atomwaffenstaaten für sich nutzen können, um ihre Arsenale weiterhin vor den kritischen Augen einer Mehrheit der Nichtatomwaffenstaaten zu rechtfertigen. Nicht mehr die apokalyptische Vernichtung eines ganzen Staates wird angestrebt, sondern nur der punktuelle Einsatz, vergleichbar mit einem gut geplanten chirurgischen Eingriff.

Gleichzeitig ist denkbar, dass Staaten, die bisher keine Nuklearwaffen besessen oder deren Entwicklung aufgegeben haben, nicht länger hinnehmen wollen, dass sie aus dem modernisierten atomaren Klub ausgeschlossen sind. Warum sollte ein überschaubares Arsenal an Mini-Bomben allein

³ Vgl. Offizier Petrow im Gespräch: Der rote Knopf hat nie funktioniert, Faz.net, 18.2.2013.

für die derzeitigen Atomwaffenstaaten und die Partner in der nuklearen Teilhabe attraktiv sein?

Sollten die B61-12-Waffen tatsächlich zum Einsatz kommen, dann ist auch kaum zu erwarten, dass wir es mit einem singulären Ereignis zu tun haben. Ein nuklearer Angriff provoziert eine Antwort - umso mehr, wenn sich der Gegner damit entschuldigen kann, dass er nicht gleich den gesamten Erdball verwüstet. Wer garantiert uns, dass es in den nächsten Jahrzehnten nicht zu einer Art Abstumpfungsprozess kommt? Es ist doch denkbar, dass nukleare Kleinwaffen immer wieder eingesetzt werden, sobald politische Entscheidungsträger das Gefühl haben, einem abtrünnigen Staat "eins vor den Bug schießen" oder eine Terrorzelle ausschalten zu müssen?

Wenn es nur bei präzise kalkulierten und räumlich begrenzten Einsätzen bliebe, könnte es im Extremfall sogar noch erträglich scheinen. Aber wie kann ausgeschlossen werden, dass "der Gegner" die Anwendung einer solchen Atomwaffe nicht zum Anlass nimmt, seinerseits eine Bombe des alten Typs, also in einer einen Atomkrieg auslösenden Größenordnung einzusetzen – wenn auch nur aus dem einfachen Grund, dass er keine modernere Variante besitzt?

Eine neue, gefährliche Logik

Die herausgehobene Stellung von Atomwaffen in der militärischen Logik einiger weniger Staaten wurde bisher immer damit gerechtfertigt, dass ihr komplizierter Abschreckungsmechanismus es verhindere, sie komplett abzuschaffen. In Wirklichkeit haben sich diese Staaten selbst in eine Handlungsohnmacht manövriert, die sie nun willkürlich und mutwillig aufbrechen, indem sie eine neue nukleare Ordnung schaffen. Dabei bedenken sie nicht, dass es keineswegs um verhängnisvolle Macht- und Drohmanöver geht, sondern um den Schutz der Zivilbevölkerung.

Die Unmenschlichkeit von Massenvernichtungswaffen kann nicht an deren Größe gemessen werden.

Staaten wie Deutschland, die gerne auf ihre humanitär begründete Ablehnung von Chemie- und Biowaffen, von Streubomben und Antiperso-

Die Stabilität des internationalen Systems ist gefährdet

nen-Landminen verweisen, sollten sich gut überlegen, wie sie ihre Bevölkerung davon überzeugen, dass Atomwaffeneinsätze in Zukunft nicht nur denkbar, sondern auch akzeptabel sein könnten.

Prognosen, wie sich die Modernisierungspläne der USA und ihrer Verbündeten noch entwickeln werden, sind schwer. Tatsache ist aber, dass wir uns von jeglicher, auch nur vermeintlicher Stabilität weit weg bewegen. Die neue nukleare Logik gefährdet die Stabilität des internationalen Systems: Der Nichtverbreitungsvertrag wird überflüssig, Atomwaffen werden zum normalen Instrument moderner Kriegführung. Und die Eskalation eines solchen Krieges bleibt eine offene, die Menschheit bedrohende Frage.



Julia Berghofer hat Politik- und Kommunikationswissenschaften studiert und ist Mitglied der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN).

Kalter Frieden in der Taiwan-Straße

Der Machtwechsel in der "abtrünnigen Provinz" beunruhigt Chinas Machthaber

Martin Wagener | Die designierte Präsidentin Taiwans, Tsai Ing-wen, von der Demokratischen Fortschrittspartei hat sich im Gegensatz zu ihrem Vorgänger von der Kuomintang nicht vom Gedanken der Unabhängigkeit ihres Landes distanziert. Damit steht die Entspannungspolitik in der Taiwan-Straße auf dem Prüfstand. Eine Eskalation hätte auch Folgen für Europa.

Es ist derzeit erstaunlich ruhig in der Taiwan-Straße – fast zu ruhig. Denn die Wahlen vom 16. Januar 2016 haben die Grundlage für neue Spannungen in dem bis heute nicht gelösten Konflikt zwischen Peking und Taipeh gelegt. Seit 1949 harrt diese Auseinandersetzung einer Lösung. Damals hatte Chiang Kai-shek den Bürgerkrieg gegen die Kommunistische Partei Mao Zedongs verloren und war mit seinen verbliebenen Anhängern nach Taiwan geflüchtet. Die Staatsbezeichnung, die einmal für das komplette chinesische Festland galt, zog gewissermaßen nach Taiwan um, das in den folgenden Jahren zum Bollwerk der Kuomintang ausgebaut wurde. China wiederum hat nie die Staatlichkeit der Nachbarinsel anerkannt; es betrachtet sie schlicht als "abtrünnige Provinz".

Die jüngsten Präsidentschaftswahlen in Taiwan hat die Kandidatin der Demokratischen Fortschrittspartei (Democratic Progressive Party, DPP), Tsai Ing-wen, sehr deutlich gewonnen – und damit eine politische Kraft, die sich für die Unabhängigkeit Taiwans einsetzt. Mit 56,1 Prozent der Stimmen hat Tsai ihre Konkurrenten Eric Chu von der Kuomintang (31 Prozent) und James Soong von der People First Party (12,8 Prozent) geradezu deklassiert.

Auch in den parallel abgehaltenen Wahlen zum Parlament, dem Legislativ-Yuan, kam es zu einem politischen Erdrutsch. An die DPP fielen 68 von 113 Sitzen, die Kuomintang kam nur auf 35 Mandate. Das Votum für die DPP ist somit eindeutig. Mehr noch: Zum ersten Mal überhaupt befinden sich das Präsidentenamt und das Parlament zeitgleich in der Hand der DPP.

Kein Wunder, dass Chinas Führung um Staats- und Parteichef Xi Jinping das Wahlergebnis besorgniserregend findet. Am Rande der Sitzung des Nationalen Volkskongresses in Peking im März 2016 kommentierte er den Machtwechsel in Taiwan mit der deutlichen Warnung, sepa-

ratistische Aktivitäten entschlossen eindämmen zu wollen.

Die Besorgnis Chinas hat mehrere Gründe. Zu ihnen zählen die sehr schlechten Erfahrungen mit Chen Shui-bian, dem ersten DPP-Präsidenten Taiwans von 2000 bis 2008. In seiner Amtszeit erreichten die Beziehungen zwischen Peking und Taipeh einen Tiefpunkt, da er offensiv mit dem Gedanken der Unabhängigkeit spielte. Aktuell kommt die Lage in Hongkong hinzu. Im Herbst 2014 gab es Proteste demokratischer Aktivisten in der ehemaligen britischen Kronkolonie. Zum Ärger Pekings hatte sich der damalige Präsident Taiwans Ma Ying-jeou mit der Bewegung solidarisch erklärt. Nun dürfte die chinesische Regierung befürchten, dass sich eine erneute Diskussion der Unabhängigkeit des Inselstaats auf die Lage in Hongkong auswirken könnte. Peking wird es zudem irritiert haben, dass ausgerechnet die Regierung in Tokio der DPP-Kandidatin demonstrativ zum Wahlsieg gratuliert hat.

China liegt also einiges daran, dass Tsai Ing-wen nach ihrer Amtseinführung am 20. Mai 2016 als (erste weibliche) Präsidentin nicht an die Ära ihres Vorgängers Chen anknüpft, in dessen Amtszeit sie unter anderem Ministerin des Mainland Affairs Council war. Peking fordert eine Anerkennung des "Konsens von 1992". Demnach akzeptieren beide Seiten, dass es ein China gibt; es bleibt ihnen jedoch vorbehalten, dies eigenständig zu interpretieren. Unter Präsident Ma war der "Konsens von 1992" akzeptiert. Tsai hat ihn bislang abgelehnt und wird nun eine Formulierung finden müssen, die für China zumindest akzeptabel ist. Genau davon wird es

in den nächsten Monaten abhängen, ob die Lage in der Taiwan-Straße friedlich bleibt.

Souverän und unabhängig

Die chinesische Führung weiß gleichwohl, dass die Handlungsräume der neuen Führung in Taipeh in dieser Frage durch die Innenpolitik begrenzt werden. Tsai darf ihre Partei nicht verprellen. Die "Resolution zur Zukunft Taiwans", die von der DPP im Mai 1999 verabschiedet worden war, ist immer noch in Kraft. In ihr heißt es unzweideutig: "Taiwan ist ein souveränes und unabhängiges Land."

Die Wähler Tsais werden erwarten, dass sie den Kurs von Präsident Ma zumindest modifiziert. Ihm war eine zu große Nähe zum Festland vorgeworfen worden, vor allem durch

immer enger werdende Wirtschaftsbeziehungen. So gehen zum Beispiel fast 40 Prozent der taiwanischen Exporte an das Festland. Auch Mas Tref-

59 Prozent der Bürger betrachten sich als "Taiwaner"

fen mit Xi im November 2015 in Singapur – das erste dieser Art seit 1945 – wurde kritisiert. Zudem muss die neue Präsidentin den sich wandelnden Identitätsmustern der Wählerschaft Rechnung tragen. Umfragen der National Chengchi Universität ergaben für 2015, dass sich 59 Prozent der Bürger der Republik China als "Taiwaner" – und nicht als Chinesen – betrachten. Noch 1992 waren nur 17,6 Prozent der Befragten dieser Ansicht.

Eng sind gleichwohl auch die Handlungsräume Xi Jinpings. Da die Rückgewinnung Taiwans zu den "Kerninteressen" des Festlands zählt, sind Kompromisse in dieser Frage

unmöglich. Denkbar sind höchstens temporäre taktische Zugeständnisse, da China derzeit bereits genug Kritik in seiner Nachbarschaft erfährt und vermutlich nicht noch eine weitere diplomatische Flanke öffnen möchte. Die Inselaufschüttungen im Südchinesischen Meer seit Ende 2013 haben nicht nur Vietnam und die Philippinen erzürnt, sondern auch die USA. Im Ostchinesischen Meer haben sich

China bereitet sich auf eine militärische Eroberung vor die Spannungen mit Japan seit Herbst 2010 erheblich verschärft. Eine Eskalation der Taiwan-Frage würde dem in der Region ohnehin schon gehegten Ver-

dacht neue Nahrung geben, dass der Aufstieg Chinas nicht friedlich verlaufen werde. Das hätte für Peking ganz unerwünschte Folgen: Die Staaten Ostasiens würden noch intensiver die Nähe zu den USA suchen.

Gegen solche rationalen Abwägungen spricht die Tatsache, dass sich China weiterhin auf eine militärische Eroberung seiner "abtrünnigen Provinz" vorbereitet - was auch während der ruhigen Jahre in der Amtszeit von Präsident Ma von 2008 bis 2016 der Fall war. Der stabile Status quo in der Taiwan-Straße ging über einen kalten Frieden nie hinaus. Bis zu 1400 ballistische Kurzstreckenraketen sind gegenwärtig auf die Insel gerichtet. Sie würden im Falle eines Angriffs die Flugplätze und Luftabwehrsysteme Taiwans attackieren, um den Einsatz der chinesischen Luftstreitkräfte vorzubereiten. Im Nationalen Verteidigungsbericht des taiwanischen Verteidigungsministeriums vom Oktober 2015 wird die Lage nüchtern bewertet: "Die Volksbefreiungsarmee plant, vor 2020 ein beachtliches militärisches Arsenal aufzubauen, um militärische Operationen gegen Taiwan durchzuführen."

Folgen eines Krieges für Europa

Die meisten Regierungen Europas reagieren auf diese Entwicklung mit wohlwollendem Desinteresse. Doch der strategische Dornröschenschlaf des "alten Kontinents" ist gefährlich. Sollte es zu einem Krieg zwischen China und Taiwan kommen, würden an ihm mit großer Wahrscheinlichkeit auch die USA und deren wichtigster Bündnispartner in Ostasien, Japan, teilnehmen. Für Europa wäre dieses Szenario ein Desaster. Wird aus dem kalten Frieden ein heißer Krieg, käme es sofort zu einer Beeinträchtigung der globalen Produktionsnetzwerke sowie zu Erschütterungen an den internationalen Börsenplätzen. Auswirkungen auf die Wirtschaft Europas wären deutlich spürbar - 2015 wickelte die EU über 30 Prozent ihres gesamten Außenhandels mit Nordost-, Südost- und Australasien ab.

Die Europäer müssten zudem in diplomatischer Hinsicht eine schwere Wahl treffen: Positionieren sie sich auf Seiten Chinas oder der USA? Jede Parteinahme für Peking dürfte die transatlantischen Beziehungen auf das Äußerste belasten. Absehbar wäre auch, dass Washington sich in einem solchen Konflikt stärker auf den Fernen Osten konzentrieren würde. Die EU müsste dann mehr sicherheitspolitische Verantwortung an ihrer eigenen geopolitischen Peripherie übernehmen. Sie ist derzeit für keines dieser Szenarien gewappnet.

Vor allem für deutsche Beobachter sind solche Planspiele gewöhnungsbedürftig, weil sich das europäische vom ostasiatischen Sicherheitsver-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

ständnis grundlegend unterscheidet. Auf der einen Seite ist zwischenstaatliche Integration gelungen, auf der anderen ist sie meistens nicht einmal erwünscht. Auch gibt es im Kreise der EU-Staaten keine Großmachtkonflikte mehr, die in der eigenen Verteidigungsplanung Berücksichtigung finden müssten. Im Fernen Osten hat dagegen die umfassende Konferenzdiplomatie nichts am militärischen Wettbewerb zwischen China auf der einen sowie den USA, Japan und Taiwan auf der anderen Seite geändert.

Im Ergebnis ist der sicherheitspolitische Vorstellungshorizont der EU stark eingeengt. Empfehlungen zur Entschärfung des fernöstlichen Sicherheitsdilemmas haben daher nur wenig Bezug zur Realität. Dies zeigen Vorschläge Brüssels, die ASEAN zum Nukleus einer fernöstlichen Sicherheitsarchitektur zu machen. In der Praxis hatte die südostasiatische Staatenorganisation zwi-

schen 2008 und 2011 bereits größte Probleme, das kleine Grenzscharmützel zwischen Thailand und Kambodscha in den Griff zu bekommen. Dass die Sicherheit Ostasiens heute primär von den USA, ihren Bündnispartnern und der amerikanischen Truppenpräsenz vor Ort aufrechterhalten wird, ist Brüsseler Strategen nur eine Randnotiz wert.

Es wundert daher auch nicht, dass die Europäer einem einseitigen sicherheitspolitischen Fernost-Narrativ folgen. Dazu gehört, im Aufstieg Chinas fast nur Chancen zu sehen. Was ein in der Zukunft möglicherweise aggressives Reich der Mitte für Europa bedeuten würde, wird nicht reflektiert. Niemand scheint sich daran zu stören, dass der "alte Kontinent" seit Jahren in der Reichweite chinesischer Interkontinentalraketen mit nuklearen Sprengköpfen liegt. Und als russische und chinesische Seestreitkräfte im Mai 2015 ein Militärmanöver mit scharfer Munition im Mittelmeer

durchführten, gab es ebenfalls keinen Protest. Brüssel scheint in einer sicherheitspolitischen Fantasiewelt zu leben und dürfte auf einen militärischen Konflikt in Ostasien nicht einmal ansatzweise vorbereitet sein.

Ob sich die Lage in der Taiwan-Straße im Sommer 2016 verschärfen wird, hat vor allem Tsai Ing-wen in der Hand. Vermutlich wird sie in

Die einzige Option wäre ein asymmetrischer Krieg ihrer Rede zur Amtseinführung provokative Formulierungen vermeiden. Die von China gezogenen "roten Linien" sind ihr bekannt: Am wahr-

scheinlichsten wäre ein Angriff der Volksbefreiungsarmee, wenn Taiwan sich für unabhängig erklärt. So unklug wird Tsai jedoch nicht sein. Gemäß dem chinesischen Taiwan-Weißbuch vom Februar 2000 und dem Antisezessionsgesetz vom März 2005 droht aber noch von einer anderen Seite Gefahr. China hat erklärt, auch dann einen Angriff zu erwägen, sollte Taiwan Verhandlungen über eine politische Wiedervereinigung dauerhaft verweigern. Damit hat sich Peking einen Freibrief für eine Invasion ausgestellt.

Die Sicherheitsstrategie Taiwans

Die neue Präsidentin Tsai ist unter diesen Bedingungen gut beraten, die Sicherheitsstrategie ihres Vorgängers fortzusetzen und auszubauen. Das wichtigste Ziel entspricht dem, was auch schon in der Ära Ma galt: Zeitgewinn. Sollte sich China – wider Erwarten – eines Tages demokratisieren, könnte die militärische Drohung gegenüber Taiwan entfallen. In der Zwischenzeit besteht Hoffnung auf eine Fortsetzung der Entspannungspolitik, solange sich Taipeh an

den "Konsens von 1992" hält. Werden ökonomische Interdependenzen ausgebaut, gibt es weitere Anreize, am Weg des Friedens festzuhalten. Gleichzeitig muss Taiwan aber dafür sorgen, von China ernst genommen zu werden. Dies setzt voraus, dass der Inselstaat über eine schlagkräftige Verteidigungspolitik verfügt.

Dabei kann es für Taipeh nicht darum gehen, sich mit Peking militärisch auf Augenhöhe messen zu wollen. Diese Zeiten sind seit Langem vorbei. China hat ökonomisch schlicht bessere Ausgangsbedingungen als Taiwan, um seinen Verteidigungshaushalt massiv auszubauen. So steht auf der einen Seite ein Staat mit fast 1,4 Milliarden Bürgern, auf der anderen Seite sind es nur 23,4 Millionen. Das Bruttoinlandsprodukt des Festlands lag 2014 bei 10,4 Billionen Dollar, jenes des Inselstaats bei 530 Milliarden Dollar. Diese Größenunterschiede spiegeln sich im Verteidigungsetat wider. Während China 2015 insgesamt (offiziell) 146 Milliarden Dollar zur Verfügung hatte, musste Taiwan mit 10,3 Milliarden Dollar auskommen.

Der Inselstaat ist also gezwungen, in seiner Sicherheitsstrategie unorthodoxe Wege zu beschreiten, um wehrhaft zu bleiben. Da Taiwan auf symmetrischer Ebene mit China nicht mithalten kann, bleibt ihm gar nichts Anderes übrig, als sich auf einen asymmetrischen Krieg vorzubereiten. Seit 2009 taucht dieser Begriff verstärkt in den zentralen Verteidigungsschriften Taipehs auf. In Teilen ist die Verteidigungsstruktur bereits entsprechend ausgerichtet worden. Ziel des asymmetrischen Krieges ist es, den chinesischen Militärapparat an seinen Schwachstellen zu treffen. Vor allem aber sollen die politischen Kosten eines Krieges für China steigen. Wäre Taiwan nicht handstreichartig zu erobern, dann muss auch die Volksbefreiungsarmee mit Opfern rechnen. Diplomatische und ökonomische Kollateralschäden sind absehbar.

Eventuell steigt sogar der innenpolitische Druck, und der Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei Chinas würde infrage gestellt. Im Idealfall rückt die Führung um Xi Jinping daher bereits frühzeitig von Invasionsüberlegungen wieder ab, da sie einsieht, dass ein Krieg gegen die "abtrünnige Provinz" zu viele ungewollte Nebenwirkungen hätte. Um diesen Gedankenprozess in Gang zu setzen, muss Taiwan wehrhaft sein. Der asymmetrische Krieg sorgt dafür, dass es ein schwer verdauliches Invasionsopfer wird. Geht die Rechnung auf, dann rüstet der Inselstaat, um nicht kämpfen zu müssen.

Taiwan könnte dazu der "Strategie des Stachelschweins" (William S. Murray) folgen, sich also militärisch einigeln. Der Ansatz erinnert ein wenig an die Schlacht von Verdun 1916. Ziel wäre ein Abnutzungskrieg, in dem China keine Geländegewinne macht und am Ende die Nerven verliert. Die Verteidigung ließe sich - hier grob vereinfacht - über vier Ringe organisieren: In Ring 1 wird die Invasionsmacht mit Antischiffsflugkörpern vom Typ Hsiung Feng III auf Distanz gehalten. Wird diese Linie durchbrochen, kommen in Ring 2 Hellfire-Raketen mit acht Kilometern Reichweite zum Einsatz. Sie können flexibel über Angriffshubschrauber, Lastkraftwagen oder Bodentruppen verschossen werden. Vorsorglich werden in Ring 3 "intelligente" Minen gelegt, die zu aktivieren sind, sobald ein Landemanöver absehbar ist. In Ring 4 bereiten sich unter anderem Kampfpanzer und Artillerieeinheiten darauf vor, einen im Entstehen begriffenen Brückenkopf niederzukämpfen.

Dies wird von den Streitkräften Taiwans regelmäßig trainiert. Das übergeordnete Ziel der "Stachelschwein-Strategie" ist, hinreichend

Zeit für einen US-Entsatz zu gewinnen. Die meisten Beobachter gehen davon aus, dass Taiwan einen chinesischen Angriff nur wenige Wochen überleben

Es müsste Zeit für einen US-Entsatz gewonnen werden

wird. Zur Vorbereitung einer amerikanischen Intervention käme es also auf jeden Tag an.

Um den Preis einer Invasion für China weiter in die Höhe zu treiben, könnte Taiwan androhen, Ziele auf dem Festland anzugreifen. Dazu verfügt es über den Marschflugkörper Hsiung Feng IIE mit einer Reichweite von 600 Kilometern, Sollten Berichte zutreffen, dass der Inselstaat im Besitz der Boden-Boden-Rakete Yun Feng ist, wäre der asymmetrische Krieg noch effektiver zu führen. Diese Rakete soll eine Reichweite von 1200 Kilometern haben, womit sie gegen den Drei-Schluchten-Staudamm in der Provinz Hubei eingesetzt werden könnte. Über eine solche Einsatzoption hatte das Pentagon bereits 2004 spekuliert.

Jenseits solcher Invasionsszenarien und Abwehrmöglichkeiten könnte China aber auch an einer ganz anderen Stelle ansetzen, um auf Taiwan Druck auszuüben. Eine gut organisierte Seeblockade dürfte die Insel schnell an die Grenzen ihrer Überlebensfähigkeit bringen.

Statistiken weisen aus, dass Taiwan 98 Prozent seines Energiebedarfs importieren muss. Auch im Bereich der Nahrungsmittel ist das Land nicht autark; viele Produkte müssen eingeführt werden.

Taiwan würde so an seinem empfindlichsten Punkt getroffen. Es käme für die Volksbefreiungsarmee vermutlich, wie der chinesische Militärphilosoph Sun Tzu es empfiehlt, zum Sieg ohne Kampf. Denn die taiwanischen Streitkräfte verfügen kaum über Mittel, um eine Blockade zu durchbrechen. Die U-Boot-Waffe besteht aus nur vier Einheiten, von denen zwei Museumsreife haben. Washington hatte Taipeh 2001 die Lieferung von acht Diesel-U-Booten zugesagt, zu

Die Fortdauer des Status quo muss im Interesse aller liegen der es aus verschiedenen Gründen nicht gekommen ist. Deshalb hat sich das Land noch in der Amtszeit von Präsident Ma entschlossen, selbst U-Boote

zu bauen. Der Zulauf wird gleichwohl noch Jahre dauern, da es nicht nur an Geld, sondern auch an notwendigem Know-how mangelt. Wie wertvoll die U-Boot-Waffe wäre, zeigte sich 1982 während des Falkland-Krieges. Damals war es einem einzigen argentinischen U-Boot gelungen, die Aufmerksamkeit der britischen Expeditionsmacht erheblich zu binden.

Das Ergebnis eines militärischen Schlagabtauschs zwischen China und Taiwan ist nicht absehbar. Offene Fragen und Unwägbarkeiten können in keinem noch so gut durchdachten Planspiel abschließend geklärt werden. Dies gilt insbesondere für die Bewertung der Fähigkeit zur Kriegführung. Beide Seiten haben in den vergangenen Jahrzehnten keine Kriegserfahrungen sammeln können. Wie

sollen Offiziere unter diesen Bedingungen lernen, ein Gefecht zu führen? Diese und andere Fragen zeigen, dass die Entscheidung zum Krieg für Peking und Taipeh unabsehbare Folgen haben wird. Daraus kann eigentlich nur der Schluss gezogen werden, dass die Fortdauer des Status quo im Interesse aller Parteien liegen muss.

Fällt Taiwan an China?

Die Zukunft Taiwans ist mit zahlreichen Fragezeichen verbunden. Tsai dürfte es schwerfallen, den Verteidigungsetat substanziell anzuheben, um die Fähigkeit zur asymmetrischen Kriegführung auszubauen. Noch stehen die USA fest an der Seite Taiwans. Doch amerikanische Wissenschaftler diskutieren bereits seit einigen Jahren, ob es nicht klüger wäre, das Land aufzugeben. Alles werde, so John J. Mearsheimer, auf die von Peking präferierte "Hongkong-Lösung" hinauslaufen – also "Ein Land, zwei Systeme". Taiwan und die USA würden dem erstarkenden Reich der Mitte langfristig nichts entgegenzusetzen haben.

Vor allem die Europäer machen sich nicht klar, was eine friedliche oder gewaltsame Vereinigung der Insel mit dem Festland bedeuten würde. China könnte dann an der Ostküste Taiwans Stützpunkte für seine Seestreitkräfte errichten. Diese würden den lang ersehnten direkten Zugang zum Pazifischen Ozean erhalten. Dadurch könnten sie nicht nur die Seewege Japans direkt bedrohen. Es wäre auch absehbar, dass sich die maritime Konkurrenz zu den USA verschärft. Washington würde zudem einen wichtigen nachrichtendienstlichen Aufklärungsposten verlieren. hätte es zum Beispiel keinen Zugang mehr zur vermutlich größten Radaranlage Ostasiens auf Leshan Mountain. Den taiwanischen Nachrichtendienst, mit dem die USA sehr eng zusammenarbeiten dürften, würde es nicht mehr geben. Dadurch würde der Westen insgesamt weniger über China wissen.

Wollen die Europäer diese Situation beeinflussen, dann müssten sie sicherheitspolitisch neu denken. Dies gilt insbesondere auch für Deutschland. Die Aufrüstung von Staaten wird gerade von linksliberalen Beobachtern per se als Gefahr für den Frieden betrachtet. Dies kann zutreffen, muss aber nicht. Aus Sicht der politikwissenschaftlichen Offense-Defense-Theorie sind auch andere Interpretationen möglich. Demnach werden Angriffe wahrscheinlicher, wenn sie einfach sind. Für die Taiwan-Straße bedeutet dies, dass selektive und gezielte Exporte europäischer Rüstungstechnologie eher ein Beitrag zur Stabilisierung denn zur Destabilisierung der Lage wären. Einzelne Mitglieder der EU könnten Taiwan zum Beispiel beim U-Boot-Bau helfen. Dies würde eine mögliche chinesische Invasion komplizieren und dadurch unwahrscheinlicher machen.

Die Ausfuhr von defensiv ausgerichteter Rüstungstechnologie wäre kein Verstoß gegen die Grundsätze der "Ein-China-Politik", da sich die Europäer auf einen wichtigen Präzedenzfall berufen könnten. Präsident Barack Obama hat allein in seiner Amtszeit Rüstungsexporte an Taiwan im Wert von über 14 Milliarden Dollar zugesagt. Die USA se-

hen dies durch ihre Auslegung der "Ein-China-Politik" gedeckt.

Kann Taipeh mit einer solchen Politik Brüssels rechnen? Eher nicht. Die EU ist derzeit zu sehr mit sich selbst beschäftigt: Griechenland und

die Euro-Krise, Russland und die Ukraine, der "Islamische Staat" und die Anschläge von Paris sowie Brüssel, die Bürgerkriege in Syrien und im

Im Falle eines Krieges darf Taipeh nichts von der EU erwarten

Irak sowie der Zustrom von Flüchtlingen und Migranten absorbieren jegliche Aufmerksamkeit. Sollte es daher in Ostasien zu einem Krieg kommen, werden die Europäer auch hier den Ereignissen nur überrascht hinterherlaufen können. Dann wird sich rächen, dass der derzeitige strategische Blick der EU östlich von Afghanistan endet.

Das Fazit ist deshalb ernüchternd: Sollte es in der Taiwan-Straße zu einer militärischen Auseinandersetzung kommen, darf Taipeh nichts von Europa erwarten. Nur die USA dienen als Rettungsanker. Die Europäer werden sich betroffen zeigen, die Konfliktparteien zur Mäßigung mahnen und den Krieg verurteilen. Kaufen kann sich Taiwan dafür nichts.



Prof. Dr. Martin
Wagener lehrt Politikwissenschaft mit dem
Schwerpunk Internationale Politik an der
Hochschule des Bundes für öffentliche
Verwaltung in Brühl
und Haar.

Potentat oder Produkt

Wie mächtig ist Chinas Partei- und Staatschef Xi Jinping?

Jessica Batke | Westliche Beobachter porträtieren Chinas Partei- und Staatschef Xi Jinping häufig als den nächsten Mao Zedong, der die Macht an sich gerissen habe. Dabei ist Xi eher eine Schöpfung der Kommunistischen Partei, eine starke Führungsfigur, die installiert wurde, um schwierige Reformen umzusetzen und damit das Überleben des Regimes zu sichern.

Die Kommunistische Partei Chinas (KPC) hat schon vor vielen Jahren erkannt, dass sie drastische Änderungen vornehmen muss, um dem Schicksal ihrer Schwesterpartei in der früheren Sowjetunion zu entgehen. Es sind im Wesentlichen drei Punkte, die Chinas Parteiführung identifizierte, um kohärente leninistische Organisationstrukturen und den Machterhalt zu sichern:

- Die KPC sollte in ihren eigenen Reihen aufräumen, um das öffentliche Vertrauen in ihre Führung und Regierungsfähigkeit zu stärken.
- Sie musste sich mehr um die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger kümmern – angefangen von persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten über wirtschaftliches Wachstum bis hin zum Umweltschutz und Fragen der Sicherheit von Lebensmitteln, Konsumgütern und Verkehrsmitteln.
- Die KPC wollte die Kontrolle über die öffentliche Debatte zurückgewinnen durch eine Reaktivierung und Ausweitung des Propagandasystems sowie durch eine Eindämmung von Meinungen, die nicht mit der Parteilinie einhergingen.

Xi Jinping wurde von der Parteiführung ausgewählt, um die Reformen in Partei und Regierung zu dirigieren. Auch wenn er zum sichtbaren Symbol dieses Prozesses wurde, ist er nicht dessen alleiniger Autor oder Katalysator. Die Prioritäten der Partei wurden bereits von früheren Regierungen festgelegt; nun aber wurde die Person Xi Jinping zum Gesicht der beschlossenen Reformen. Da wir nur begrenzte Einsicht in die inneren Abläufe der KPC haben, wissen wir nicht, wo die Grenze zwischen den Zielen der Partei und Xis persönlichen Ambitionen verläuft. Diese Unklarheit wird oft unterschlagen, wenn Xi in westlichen Analysen als singulärer Akteur beschrieben wird, der unabhängig vom Parteisystem Entscheidungen trifft. Diese Sichtweise hat eine Reihe von Mythen über Xis Führung befördert, die bei näherem Hinsehen jedoch verblassen.

Mythos 1: Persönliche Ziele werden zur politischen Agenda

Xis Regierungshandeln seit seinem Amtsantritt ist keine plötzliche Abkehr von Zielen der KPC, sondern steht im Einklang mit der langfristigen Agenda der Partei. Zahlreiche Partei- und Regierungsdokumente aus der Zeit der beiden Vorgängerregierungen belegen, dass Xis politische Entscheidungen früher festgelegte Prioritäten der KPC umsetzen. Das gilt vor allem für Ziele, die unter Hu Jintao festgelegt wurden.

Selbstverständlich spielte Xi, der bereits von 2007 bis 2012 Mitglied des engsten Führungszirkels war, bei der Formulierung der Parteiagenda eine Rolle. Er war jedoch nur ein Beteiligter an einem größer angelegten Entscheidungsprozess. Auch wenn wir davon ausgehen müssen, dass Xi mit der Agenda, wie sie im Abschlussbericht des Parteikongresses von 2012 festgelegt wurde, im Grundsatz einverstanden ist, heißt dies nicht, dass die dort niedergelegten politischen Ziele und Präferenzen allein die seinigen sind.

Ebenfalls steht außer Frage, dass es manchmal auch Meinungsverschiedenheiten und persönliche Konflikte in der obersten Führungsriege gibt – es sind ja schließlich auch nur Menschen. Aber diese möglichen persönlichen Konflikte haben sich nicht in den politischen Zielen niedergeschlagen. Denn die Grundlinien der Partei sind über Jahre hinweg weitgehend konstant geblieben.

Eine Priorität der KPC ist die Wiederherstellung der öffentlichen Legitimität der Partei. Die Partei- und Staatsführung unter Xi ist dieses Ziel mit ihrer Antikorruptionskampagne auf sehr sichtbare Art und Weise angegangen. Die Kampagne ist langfristiger und breiter angelegt als es die Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung früherer Regierungen waren. Viele Beobachter haben dies

als einen Versuch Xi Jinpings interpretiert, seine Macht zu konsolidieren und seine persönlichen oder politischen Feinde zu beseitigen. Antikorruptionskampagnen eignen sich in der Tat gut für solche Zwecke – und es ist schwer vorstellbar, dass unter Xi nicht auch persönliche Rechnungen beglichen wurden.

Dennoch lassen die Härte und der Umfang der aktuellen Kampagne darauf schließen, dass es hier um weit mehr als nur persönliche oder politische Rachefeldzüge geht. Auch wenn wir nicht wirklich Einsicht in den Prozess haben, mit dem einzelne Ziele ausgewählt werden, deutet alles auf

einen umfassenden Plan hin, der über parteiinterne Richtungskämpfe hinausgeht. Die Kampagne hat zehntausende Beamte auf unteren Regierungs-

Die Bekämpfung der Korruption ist ein umfassendes Projekt

ebenen betroffen, die keine Verbindung zu Xi hatten. Die Institutionen, die durchleuchtet werden sollten, wurden gründlich und systematisch ausgewählt, und es gab klare Ankündigungen, welche Behörde als nächste auf den Prüfstand sollte.

Es ging also nicht nur darum, Amtsmissbrauch zu beseitigen, sondern diesem durch strukturelle Reformen vorzubeugen. So veröffentlichte der Staatsrat eine Liste der Zuständigkeiten, um die Befugnisse bestimmter Regierungsbehörden einzugrenzen und die Erhebung willkürlicher Gebühren sowie die Annahme von Bestechungsgeldern zu verhindern. Alle diese Schritte deuten auf einen Prozess hin, der die institutionelle Stärkung der Partei zum Ziel hat - und nicht auf einen Versuch von Xi Jinping, sich seiner politischen Rivalen zu entledigen.

Mythos 2: Xi konzentriert die Macht auf seine Person

Die Partei- und Staatsführung unter Xi Jinping hat eine Zentralisierung der Macht eingeleitet. Allerdings hatte eine strukturelle Rezentralisierung bereits vor zehn Jahren unter seinem Vorgänger Hu Jintao eingesetzt, um die Regierungsfähigkeit und damit das Fortbestehen der KPC zu sichern. Dies war auch eine Reaktion auf die Herausforderungen, vor denen die Partei stand. Entschiedenes Handeln auf höchster Ebene war dort notwendig, wo lokale Aktivitäten nicht mehr ausreichten.

Viele der strukturellen Änderungen, die als persönliche Machtkonsolidierung Xis interpretiert werden, können genauso gut als Umsetzung

Die Rezentralisierung der Macht begann vor einem Jahrzehnt

langfristig definierter Prioritäten der Partei gesehen werden. So wurde mehr als zehn Jahre über die Schaffung des Nationalen Sicherheitsrats dis-

kutiert, um die schwierige Entscheidungsfindung in Sicherheitsfragen effizienter zu gestalten. Xi mag 2013 dabei geholfen haben, diese Idee umzusetzen. Aber der Nationale Sicherheitsrat wurde aufgrund eines klaren Mandats geschaffen und nicht als Vehikel für Xis persönliche Ambitionen.

Auch die Bildung neuer Führungsgruppen wird oft als Versuch Xis gewertet, seine Machtbasis zu erweitern. Diese Gruppen sind wichtige Beratungsgremien, denen Mitglieder aus Partei und Regierung angehören. Nach einer verbreiteten Annahme soll Xi seine Macht erweitert haben, indem er die Leitung der neu geschaffenen Gruppen zusätzlich zur Leitung jener Gremien übernahm, die

sein Vorgänger Hu Jintao kontrolliert hatte. Es ist aber nicht sicher, ob diese Annahme stimmt. Laut Angaben einer unter Kontrolle des Propagandaministeriums stehenden Zeitung leitet Xi nur vier Gruppen – genauso wie vormals Hu. Dies würde bedeuten, dass andere Mitglieder des Politbüros oder des Ständigen Ausschusses die Leitung von Gremien übernommen haben, die früher dem Generalsekretär unterstanden.

Selbst wenn Xi sechs bis sieben Gruppen leiten sollte, wären diese nur ein Teil der mehr als 20 öffentlich bekannten. Jedem dieser Gremien gehören auch andere Mitglieder des Politbüros an. Angesichts Xis übriger Verpflichtungen als Staatschef einer Nation mit 1,4 Milliarden Menschen scheint es naheliegend, dass ein Großteil der täglichen Arbeit in den Gruppen von anderen Mitgliedern und ihren bürokratischen Apparaten erledigt wird. Xis Teilnahme an diesen Gruppen erhöht deren Prestige, aber nicht notwendigerweise seine Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Mythos 3: Xi hat das Reformtempo bestimmt

Ebenso wie die Reformagenda nicht allein von Xi Jinping bestimmt wurde, gilt dies auch für den Zeitplan der Reformen. Xi mag geholfen haben, Reformen zu beschleunigen oder zu vertiefen, aber die Dringlichkeit dieser Reformen wurde weitgehend von Ereignissen außerhalb der Kontrolle seiner Administration diktiert. Als die Mitglieder der derzeitigen Führungsgeneration 2012 ihre Vorgänger ablösten, hatten etliche Entwicklungen einen kritischen Punkt erreicht oder steuerten darauf zu. Xi und die engste Führungsriege sahen sich ge-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

zwungen, geplante Reformen rasch und entschlossen umzusetzen, um Bedrohungen für die Legitimität der KP-Herrschaft abzuwenden.

So hatte die globale Finanzkrise 2008 Peking zu konjunkturstützenden Maßnahmen veranlasst. Diese Ausgabenprogramme verschärften bestehende Probleme im bisherigen Wirtschaftsmodell, das einseitig auf Industrieproduktion und große Investitionsprojekte ausgerichtet war. Der Führung war schon länger klar, dass Effizienzsteigerungen sowie eine Stärkung des Dienstleistungssektors und des Konsums nötig seien, um diese Schieflage zu beheben. Die Finanzkrise beschleunigte diese Umstellung.

Zudem war es nicht länger möglich, die negativen Auswirkungen des chinesischen Wachstumsmodells und die daraus entstehende Unzufriedenheit der Bevölkerung zu ignorieren. So führte die extreme Luftverschmutzung in den Städten zu öffentlicher Unzufriedenheit in der sonst

eher unpolitischen städtischen Mittelschicht. Angesichts der Ausbreitung sozialer Medien und deren Rolle im Arabischen Frühling beschloss die KPC, diese Technologien ebenso unter ihre Kontrolle zu bringen wie die Bürger, die sie nutzen könnten, um sich zu organisieren.

Und schließlich war der KPC klar, dass Zerfallserscheinungen im Innern der Partei zum Sturz des ganzen Systems führen könnten, wenn diese nicht entschieden bekämpft würden. Die systemische Korruption untergrub nicht nur die Legitimität lokaler Führungspersonen, sondern der Mangel an Disziplin und Zusammenhalt in der Partei verminderte auch die Fähigkeit der KPC, die auf der Zentralebene beschlossenen Vorhaben landesweit umzusetzen.

Bei der politischen Umsetzung profitierte Xi von strukturellen Änderungen, die von der Vorgängerregierung eingeleitet oder gebilligt worden waren. So steht Xi einem ver-

kleinerten Politbüro vor, das wahrscheinlich auf schnellere und gezieltere Entscheidungen ausgerichtet ist. Und nachdem Hu Jintao von allen Führungspositionen zurückgetreten war, hatte Xi mehr politischen Freiraum, um die Umsetzung der schwierigen Reformpläne zu leiten.

Xi übernahm außerdem einen größeren und professionelleren Mitarbeiterstab des Zentralkomittees. Bereits

Die Propaganda wird ans Internetzeitalter angepasst

unter Hu Jintao hatte dieser Stab eine wichtigere Rolle bei der Politikformulierung sowie eine stärkere direkte Verantwortung gegenüber dem Generalse-

kretär erhalten. Es mag deshalb stimmen, dass Xi einen größeren Entscheidungsspielraum hat als seine Vorgänger. Doch das scheint nicht das Ergebnis eines persönlichen Erlasses zu sein, sondern dem kollektiven Willen der Parteiführung zu entsprechen.

Mythos 4: Xi baut einen Personenkult auf

Eine der auffälligsten Entwicklungen seit Xis Amtsantritt ist die Form der offiziellen Medienberichterstattung über seine Person. Im Vergleich zu Hu Jintao wird Xi dabei als die forschere und charismatischere Persönlichkeit porträtiert.

Medienberichte über Führungspersonen sind in China sorgfältig orchestriert. Deshalb werten Beobachter diese personalisierte Darstellung Xis als Beleg dafür, dass er einen Personenkult aufbauen wolle. Doch bereits in der Vorgängerregierung war die Einsicht gewachsen, dass die Partei sich anders präsentieren und mit der Öffentlichkeit umgehen müsse. Aus diesem Grund sollte die Berichterstattung über Xi Jinping im Kontext

eines professionellen und ausgeklügelten Systems für die Präsentation von Führungspersönlichkeiten betrachtet werden. Xis persönliche Präferenzen spielen dabei sicherlich eine Rolle, aber die KPC unterstützt diese Form der Berichterstattung vor allem aus strategischen Gründen.

In erster Linie geht es Peking darum, ein ideologisches Vakuum zu füllen. Nach Jahrzehnten der Aushöhlung der traditionellen Kultur und des Maoismus sucht die KPC nach einem positiven Verständnis von China. Die Formulierung von Begriffen wie "Chinas Traum", "sozialistische Kernwerte" und "gemeinsame Werte" als Alternative zu "westlichen Werten" entspringt diesem Bedürfnis. Die Fokussierung der Medien auf die oberste Führungsperson unterstützt diese Bemühungen, weil sie der Öffentlichkeit damit eine starke, vertrauenswürdige und zugängliche Identifikationsfigur präsentieren können.

Die Berichterstattung über Xi spiegelt auch die Bemühungen der Kommunistischen Partei wider, effektivere Kanäle für den Austausch mit der Öffentlichkeit zu schaffen, um die Weltsicht der KPC zu verbreiten. Schon die Hu-Regierung hatte damit begonnen, indem sie einen moderneren Stil für offizielle Verlautbarungen festlegte, um den früher üblichen gestelzten Stil offizieller Reden und Dokumente zu ersetzen.

Die Partei arbeitet überdies daran, ihre Propaganda ans Internetzeitalter anzupassen. Mit Zeichentrickfilmen und Liedern über die chinesische Führung und ihre Politik versucht die KPC, ein jüngeres Publikum zu erreichen, das sich nicht unbedingt für traditionelle Medien interessiert. Wie bei anderen Elementen der Reformagenda war auch die Modernisierung der Propagandaund Medienaktivitäten schon vor Xis Amtsantritt als Generalsekretär als Ziel definiert worden. Vor diesem Hintergrund wirkt die Hochglanzbehandlung von Xi Jinping mehr wie der Versuch eines leninistischen Propagandasystems, sich ins moderne Medienzeitalter zu retten, als wie der Versuch einer Einzelperson, einen Personenkult aufzubauen.

Denn die gegenwärtige Struktur der Berichterstattung unterscheidet sich kaum von derjenigen der beiden Vorgängerregierungen. Nimmt man die Zahl der Erwähnungen auf Titelseiten des Parteiorgans People's Daily, bekommt Xi mehr Medienaufmerksamkeit als seine Vorgänger. Aber wenn es um die Zahl der Fotos von Handschlägen mit Staats- und Regierungschefs auf internationalen Treffen geht, lässt sich kein Unterschied feststellen.

Sicherlich bietet Xi Jinping dem Propagandaapparat der KPC mehr Material als sein "hölzerner" oder "wächserner" Vorgänger Hu Jintao. Zu dessen Amtszeit galt Ministerpräsident Wen Jiabao, auch als "Opa Wen" bekannt, als das Gesicht der Partei. Xis Ehefrau Peng Liyuan, eine ehemalige Sängerin, die unabhängig von ihrem Mann berühmt geworden war, bietet eine weitere Chance für die Partei, Xis Führung attraktiv darzustellen: Mit "Mama Peng" wird das Image von "Onkel Xi" ergänzt.

Auch wenn Xis Persönlichkeit diese neuen Propagandaformate ermöglicht, sind sie noch keine Indizien für einen von ihm vorangetriebenen Personenkult. Es kann zwar

nicht ausgeschlossen werden, dass Xi persönliche Bewunderung sucht. Nur darf dabei nicht vergessen werden, dass die Propagandamechanismen der

Mama Peng und Onkel Xi verbessern das Image der Partei

Partei auf andere Faktoren reagieren als auf Xis relative Machtposition innerhalb der Führungsriege.

Ein Geschöpf des Systems

Die politische Agenda unter Xi Jinping sollte nicht als Bruch mit früheren Zielen der Kommunistischen Partei interpretiert werden. Im Gegenteil: Xi wurde wahrscheinlich gerade deshalb ausgewählt, weil man ihm zutraute, die kollektiv formulierten Ziele zu erreichen. Was wir als externe Beobachter sehen können, weist darauf hin, dass Xi ein von der Partei gebilligtes Reformmandat umsetzt.

Dabei besteht immer die Möglichkeit, dass Xi die Grenzen seines Mandats überschreitet oder dass er dies bereits getan und damit andere in der Partei vor den Kopf gestoßen hat. Deshalb ist noch nicht klar, ob sich Xi Jinping die Unterstützung des Systems, das ihn geschaffen hat, auch auf Dauer sichern kann.



Jessica Batke ist Visiting Fellow am MERICS und arbeitet im Außenministerium der USA. Der Beitrag spiegelt ihre persönliche Meinung und nicht unbedingt die Position

der US-Regierung.

Zwischen Markt und Kontrolle

Das langsamere Wachstum verlangt echte Reformen von Chinas Machthabern

Patrick Hess | Trotz aller Herausforderungen und Risiken, von denen das Schuldenproblem wohl das gravierendste ist, steht die chinesische Wirtschaft nicht vor dem Zusammenbruch. Die Kommunistische Partei kontrolliert nämlich weite Teile des Bankenwesens und kann in Krisenzeiten regulierend eingreifen. Das ist aber Fluch und Segen zugleich.

Die Europäische Union hat mit mehreren Krisen gleichzeitig zu kämpfen und in den USA macht vielleicht ein protektionistischer Präsidentschaftskandidat das Rennen. In China jedoch scheinen die Dinge ihren gewohnten Gang zu gehen. Am 5. März bestätigte Ministerpräsident Li Keqiang bei der Tagung des Nationalen Volkskongresses, dass für den Fünfjahreszeitraum von 2016 bis 2020 eine durchschnittliche Wachstumsrate von über 6,5 Prozent angestrebt werde.¹

Alles bestens also? Auf den ersten Blick scheint es so, denn die Zahl an sich ist keine Überraschung. Schon im November hatte Staats- und Parteichef Xi Jinping zum Wachstumsziel des 13. Fünfjahresplans bemerkt, dass 6,5 Prozent das Minimum seien, um die geplante Verdopplung des Bruttoinlandsprodukts und des Pro-Kopf-Einkommens 2010 bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Aber wenn man genau hinschaut, laufen die Dinge nicht so wie immer. Eine Wachstumsrate von 6,5 Prozent ist die niedrigste seit 25 Jahren. Ministerpräsident Li erklärte dem Nationalen Volkskongress, dass China mit mehr und größeren Problemen und Herausforderungen bei seiner diesjährigen Entwicklung konfrontiert werde. Man müsse sich daher gut vorbereiten, um diese "schwierige Schlacht" zu schlagen.

Kann man angesichts der sich verdüsternden Aussichten der chinesischen Wirtschaft glauben, dass China diese wird gewinnen können? Um diese Frage beantworten zu können, muss man sich die derzeitigen finanziellen und realwirtschaftlichen Herausforderungen der Volksrepublik genauer ansehen. Es gibt Faktoren, die dafür beziehungenweise welche, die dagegen sprechen, dass die Pekinger Führungsriege es trotz des bei in- und ausländischen Beobachtern verbreite-

¹ China Focus: China sets five-year average annual growth above 6.5 pct, Xinhua, 5.3.2016.

ten Pessimismus schaffen wird, diese Probleme in den Griff zu bekommen.

Finanzielle Risiken

Gegenwärtig sieht sich China mit drei großen finanziellen Risiken konfrontiert, die alle auf das riesige Konjunkturprogramm von 2008/09 zurückgeführt werden können: 1. die private und öffentliche Verschuldung in Form von Firmenschulden und vor allem des großen Schuldenbergs der Lokalregierungen, 2. die Aktivitäten von Schattenbanken, sowie 3. das Platzen von Vermögensblasen, wie im Fall des jüngsten Börsencrashs und der noch nicht geplatzten Immobilienblase.

Alle diese Risiken sind eng miteinander verknüpft und involvieren auch Geschäftsbanken. Das bedeutet in der Konsequenz, dass eine Ansteckung des formellen Bankensektors als viertes Risiko hinzugefügt werden müsste. Schon jetzt besteht ein großer Teil der Firmenschulden aus Bankdarlehen staatlicher Unternehmen; und deren bekanntermaßen geringe Ertragskraft erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass diese Darlehen in Verzug geraten. Es überrascht daher nicht, dass notleidende Kredite (Non-Performing Loans, NPL) bei Geschäftsbanken weiterhin steigen; die Zahl neuer NPL, also deren Rückzahlung ungewiss ist, hat sich 2015 mehr als verdoppelt.² Während die gesamten NPL laut der Bankenaufsicht CBRC bei ca. 2 Prozent des BIP liegen, gehen inoffizielle Schätzungen vom Vierfachen aus.

Mit Blick auf die private und öffentliche Verschuldung geben sowohl die Höhe als auch das Tempo der Verschuldung Anlass zu Besorgnis. Bereits Mitte 2015 schrieb Chen Zhiwu, ein Finanzwissenschaftler der Universität Yale, in seinem Artikel für Foreign Affairs von einer der weltweit höchsten Verschuldungen einer führenden Volkswirtschaft. Er zitierte einen McKinsey-Bericht, nach dem Chinas Gesamtschulden – der priva-

ten Haushalte, Unternehmen sowie auf Zentralund Lokalregierungsebene – von 158 Prozent des BIP 2007 auf 282 Prozent 2014 angestiegen sind:

Höhe und Tempo der Verschuldung sind besorgniserregend

"Wenn China das Schuldenproblem nicht in den Griff bekommt, wird der vor ihm liegende Weg noch sehr viel steiniger werden als nach der Finanzkrise 2008 und könnte sogar zu einem längeren und schmerzhaften Absturz kommen."

Auch die Zahlen der chinesischen Zentralbank (People's Bank of China, PBoC) sind alarmierend. Auf Grundlage der monatlich veröffentlichten Daten über die gesamtgesellschaftliche Finanzierung (Total Social Financing, TSF), welche die Finanzierung durch Banken, Nichtbanken und Kapitalmärkte mit einschließt, hat die kumulierte Finanzierung im Februar 2016 einen Höchststand von 214 Prozent des BIP erreicht.

Ein anderer Grund zur Sorge ist das rapide Anwachsen der Tätigkeiten von Schattenbanken, die sich seit 2008 vervierfacht haben und im Februar 2016 laut TSF-Daten bei 40 Prozent des BIP standen. Im Jahr 2013 schätzte JPMorgans China-Experte Zhu Haibin das gesamte

² Chinese banks' new bad loans more than doubled in 2015: sources, Reuters, 12.1.2016.

³ Chen Zhiwu: China's Dangerous Debt: Why the Economy Could Be Headed for Trouble, Foreign Affairs, Mai/Juni 2015.

Ausmaß des Schattenbankensektors sogar auf 36 Billionen Yuan (5,9 Billionen Dollar) beziehungsweise 69 Prozent des BIP.⁴

Schattenbanken verwenden die Finanzmittel, die sie durch besser als Spareinlagen rentierende Vermögensverwaltungsprodukte einnehmen, zur Bereitstellung von Darlehen an Lokalregierungen und Projektentwick-

Staatsunternehmen brauchen viel Kapital für wenig Rendite

ler. Damit tragen sie zur Vergrößerung der chinesischen Immobilienblase bei. Während die Behörden teilweise recht erfolgreich dabei waren, die Im-

mobilienspekulation zu zügeln und die Abhängigkeit des Wachstums von der Entwicklung im Immobiliensektor zu reduzieren, besteht weiterhin eine erhebliche Immobilienblase. Sie hat ein Überangebot in Form von Geisterstädten produziert⁵ und läuft jederzeit Gefahr, unkontrolliert zu platzen.

Industrielle Überkapazitäten

Da der Immobiliensektor eine so wichtige Rolle für die Realwirtschaft spielt, hätte eine abrupte Korrektur der Immobilienblase erhebliche Auswirkungen auf das Wachstum und würde deshalb ein "Herauswachsen" aus den Schulden noch schwieriger machen. Laut einer Schätzung des Internationalen Währungsfonds würde ein Rückgang des Wachstums von Immobilieninvestitionen von 10 Prozent das BIP-Wachstum um 1 Prozent innerhalb des ersten Jahres verrin-

gern. Dies hätte auch negative Auswirkungen auf Chinas Haupthandelspartner, die das globale Wachstum um ca. 0,5 Prozent schrumpfen lassen würden.⁶

Zu den weiteren realwirtschaftlichen Herausforderungen gehören fehlende Fortschritte bei der Reform von Staatsunternehmen (State-Owned Enterprises, SOE) sowie die Überkapazität in traditionellen Industrien, zum Beispiel der Bauund vor allem der Rohstoffindustrie, in der oft kapitalintensiv und sehr umweltschädigend gearbeitet wird. Dass die jüngsten SOE-Reformen nur kosmetisch waren und an den wirklichen Problemen vorbeigingen, so der Wirtschaftsexperte Arthur Kroeber, wiegt besonders schwer. Denn die Staatsunternehmen verschlechtern "die wirtschaftliche Effizienz wesentlich, da sie doppelt so viel Kapital wie nichtstaatliche Firmen aufwenden, aber nur halb so viele Rendite erzielen".7

Obwohl das Zentralkomitee der KPCh und der Staatsrat im September 2015 ein Rahmendokument zu SOE-Reformen veröffentlicht haben, bleibt unklar, wie die vorgeschlagene Restrukturierung die Rentabilität von Staatsunternehmen steigern kann. Dabei hat die chinesische Führungsriege schon länger erkannt, wie wichtig es ist, die Überproduktion zu drosseln. "Man kann es gar nicht dringlich genug einschätzen, das Problem der Überkapazität jetzt

⁴ Zitiert in: Dexter Roberts: China's Shadow Banking Sector Tops \$5.8 Trillion, Report Says, Bloomberg, 8.5.2013.

⁵ Chinadialogue: New 'ghost cities' typify out-of-control planning, 15.10.2015.

⁶ Ashvin Ahuja und Alla Myrvoda: The Spillover Effects of a Downturn in China's Real Estate Investment, IMF Working Paper Nr. 12/266, 5.11.2012.

Arthur Kroeber: The Never-Ending Slowdown, China Economic Quartely, Gavekal Dragonomics, November 2015.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

anzugehen", sagte bereits im Juli 2014 Li Xinchuang.⁸ Er ist Vorsitzender des "China Metallurgical Industry Planning and Research Institute", eines staatlichen Thinktanks, der seinerzeit die Regierung in Bezug auf Maßnahmen zur Verkleinerung der Stahlindustrie beraten hat. Dabei ist Stahl nur einer von vielen Industrien mit folgenschwerer Überkapazität; und ein Merkmal dieser Industrien ist, dass sie besonders viele hoch verschuldete Staatsunternehmen aufweisen.⁹

Die Strukturreformen auf der Angebotsseite, die sich seit Kurzem großer Beliebtheit in China erfreuen, können als Versuch angesehen werden, der industriellen Überkapazität Herr zu werden. Ob sie greifen und dazu beitragen werden, Staatsunter-

nehmen produktiver und profitabler zu machen, und ob die Tage gigantischer Konjunkturprogramme vorbei sind, muss sich noch zeigen. Wenn sich das Wachstum verlangsamt, neigen Politiker oft dazu (wie in China nach der globalen Finanzkrise und zuvor in Japan und Korea), Investitionen in die Höhe zu treiben, um einen zu starken Rückgang des Wachstums zu verhindern. Diese Politik geht aber normalerweise mit einem beachtlichen und gefährlichen Schuldenproblem einher.

Eine andere Versuchung für die Entscheidungsträger der KP besteht darin, das Wachstum durch eine Abwertung der Währung anzukurbeln. Durch die angeheizte Nachfrage nach chinesischen Gütern und Dienstleistungen steigen einerseits die Exporte,

⁸ Wei Lingling und Bob Davies: In China, Beijing Fights Losing Battle to Rein In Factory Production, Wall Street Journal, 16.7.2014.

⁹ Zhang Wenlang, Han Gaofeng, Brian Ng und Steven Chan: Corporate Leverage in China: Why Has It Increased Fast in Recent Years and Where do the Risks Lie?, HKIMR Working Paper Nr. 10/2015, April 2015.

andererseits verteuern sich auch die Importe, steigt die Rückzahlungsbelastung von Verbindlichkeiten in Dollar und erhöht sich das Risiko von Kapitalabflüssen. Selbst wenn die chinesische Führung aus diesen Gründen keine Abwertung zur Steigerung der Exporte beabsichtigt, reicht schon die bloße Erwartung eines Wertverlusts des Renminbi (RMB), um eine Kapitalflucht auszulösen.

Seit August 2015 sind die Abwertungserwartungen in die Höhe geschossen und haben dazu geführt, dass der größte Teil der Kapitalabflüsse in der Tat aus privaten Haushalten

Fiskal- und Finanzreformen gehen in die richtige Richtung stammt. Deshalb wird es in der Zukunft darauf ankommen, die Erwartungen der privaten Haushalte zur RMB-Entwicklung zu verankern, um die

Kapitalabflüsse zu stabilisieren. Und dafür muss man die wirtschaftlichen Schwachstellen wie die Überkapazitäten und die Verschuldung effektiv beheben und die Wachstumsprognosen verbessern.

Lichtblicke und Restzweifel

Chinas Führungsriege unter Xi Jinping ist sich der finanziellen und wirtschaftlichen Risiken bewusst – wie die Reform des Fiskal- und Steuersystems sowie andere Maßnahmen zeigen – und scheint entschlossen, diesen entgegenzusteuern. So genehmigte im Juni 2014 Xis "Zentrale Führungsgruppe zur umfassenden Vertiefung der Reformen" ein weitreichendes fiskalisches Reformprogramm, und im August 2014 wurde

ein lange erwartetes Haushaltsgesetz verabschiedet, das am 1. Januar 2015 in Kraft trat. Letzeres erlaubt es Lokalregierungen zum ersten Mal, Anleihen zu begeben, um ihre Investitionen zu finanzieren, und stellt ihre Haushalte unter strengere Kontrolle.

Die Ausweitung des Programms zur Schuldenumwandlung der Lokalregierungen im dritten Quartal 2015 auf 3,2 Billionen Yuan (503 Milliarden Dollar) ist auch ein ermutigendes Zeichen, selbst wenn dies nur 13 Prozent der gesamten Kommunalverschuldung ausmacht, die Ende 2014 einschließlich der Eventualverbindlichkeiten bei insgesamt 24 Billionen Yuan lag.

Ähnlich vielversprechend sind zwei weitere Maßnahmen: Am 1. Mai 2015 wurde ein Einlagensicherungssystem eingeführt, welches das Moral-Hazard-Problem reduziert, indem es die implizite Staatsgarantie für Chinas Staatsbanken abschafft und es kleineren Banken erleichtert, im Wettbewerb um Einlagen zu bestehen.¹⁰ Außerdem gab die chinesische Zentralbank am 23. Oktober 2015 die Zinssätze vollständig frei, indem sie die noch bestehende Obergrenze für Einlagenzinsen aufhob.11 Dies ist ein willkommener Schritt, da diese Zinsobergrenze Investoren zu besser rentierenden, aber auch risikoreicheren Produkten aus dem Schattenbankensektor trieb. Die vollständige Zinsliberalisierung ermöglicht es hingegen, dass die Zinssätze die Risiken in vollem Umfang reflektieren und der Zustrom von Geldern in das Schattenbankenwesen reduziert wird.

¹⁰ China to implement bank deposit insurance in May, Xinhua 31.3.2015.

 $^{^{11}}$ Sara Hsu: China Removes Deposit Interest Rate Ceiling – the central bank announces milestone in financial reform, The Diplomat, 29.10.2015.

Diese Fiskal- und Finanzreformen gehen in die richtige Richtung und sind, zusammen mit dem soliden Leistungsbilanzüberschuss, welcher sich 2015 laut dem staatlichen Devisenamt SAFE auf 3 Prozent des BIP belief, die Lichtblicke in dem ansonsten eher düsteren Wirtschaftsgeschehen. Trotzdem bleiben Zweifel und die große Frage, ob das umfangreiche Reformpaket, das im November 2013 vom Dritten Plenum entschieden wurde und seitdem von Xis "Reformführungsgruppe" überwacht wird, allen Besitzständen zum Trotz umsetzbar sein wird. Außerdem ist ungewiss, ob das Reformprogramm durchhaltbar sein wird, denn Chinas Führungselite steht unter steigendem Druck, Wachstum vorzuweisen; es braucht dieses dringend, um ihre Legitimität aufrechtzuerhalten und soziale Unruhen zu vermeiden. Wenngleich die Reformen langfristig zum Erhalt des Wachstums beitragen, kosten sie kurzfristig Wachstum und könnten deshalb jederzeit wieder beendet werden.

Des Weiteren haben die Eingriffe in das Börsengeschehen Mitte 2015 und im Januar 2016 die Glaubwürdigkeit der chinesischen Entscheidungsträger und das Vertrauen in ihre Reformentschlossenheit stark beschädigt, und damit auch den Reformprozess als Ganzes beeinträchtigt. Das staatliche Eingreifen hat vor allem enorme Rückschläge für die Entwicklung der Kapitalmärkte und die Anwerbung ausländischer Investoren mit sich gebracht.

Im Juli 2015 hatte die Zentralbank einigen ausländischen Investoren besseren Zugang zum Interbankenanleihemarkt gewährt; aber als Ergebnis der falschen Handhabung des Börsencrashs durch die Regierung und der Fehlkommunikation durch die Zentralbank im Hinblick auf die technische Reform des Wechselkurssystems – was als gezielte Abwertung interpretiert wurde –, hat sich die Stimmung auf den globalen Finanzmärkten gegen China gerichtet.

Um das Vertrauen internationaler Anleger zurückzugewinnen, wird es darauf ankommen, die Kommunikation zu verbessern und die finanziellen Risiken zu verringern, zum Beispiel durch eine Rekapitalisierung der Staatsbanken und die Zulassung von mehr Privatbanken, um auch den heute unterversorgten Privatunternehmen Zugang zu Kapital zu verschaffen.

Die Rolle der Partei

Die Kommunistische Partei hat einen enormen Einfluss auf das sich zu weiten Teilen im Staatsbesitz befindende Bankensystem. Dieser Einfluss ist Fluch und Segen zugleich. Als Segen

ermöglicht er es der Partei, trotz mancher Liberalisierungsschritte weiterhin die Kontrolle über Zinssätze, Wechselkurs, sowie Zu- und Abflüsse von Ka-

Der Einfluss der KP ist Fluch und Segen zugleich

pital zu behalten und sogar darüber, in welcher Höhe Kredite von den Banken an welche Sektoren ausgereicht werden.

Diese Kontrolle erweist sich in Krisenzeiten als nützlich für die KPCh – aber auch dann, wenn die Zentralbank gegen Deflationstendenzen kämpfen muss oder wenn die Geldpolitik die Untergrenze von Null (zero lower bound) erreicht, wie es derzeit in Europa der Fall ist. Wenn beispielsweise niedrigere Zinssätze nicht mehr die Kreditvergabe steigern

und das Wachstum anregen können, oder weitere Zinssenkungen nicht mehr möglich sind, kann das so genannte "Darlehensvergabefenster" (window guidance) der staatlichen Geschäftsbanken durch die Zentralbank dabei helfen, die erwünschten Ergebnisse zu erzielen.

Auf der anderen Seite birgt die Dominanz der Partei über das Bankensystem das Risiko, dass der Einfluss vor allem dafür genutzt wird, den In-

Innovationen spielen in der Übergangszeit eine wichtige Rolle teressen der Staatsunternehmen und -banken in die Hände zu spielen. Die Selbstregulierung des Systems macht es sehr schwierig oder sogar unmöglich,

diese starke Voreingenommenheit zu überwinden und dem Finanzsystem zu mehr marktwirtschaftlicher Ausrichtung zu verhelfen, die eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Reformen wäre.

Der Zwiespalt zwischen der Einführung von Marktmechanismen und dem Bewahren der Kontrolle wird wohl am deutlichsten, wenn man sich die vor Kurzem erfolgte Einmischung in das Börsengeschehen anschaut: Sie hat alles nur noch verschlimmert und das Vertrauen ausländischer Investoren in den chinesischen Kapitalmarkt für Jahre unterminiert.

Die Probleme meistern

Trotz aller Herausforderungen und Risiken, von denen das Schuldenproblem wahrscheinlich das gravierendste ist, steht die chinesische Wirtschaft nicht vor dem Zusammenbruch. Wirtschaftsabschwünge sind immer schwierig zu handhaben, und der enorme Einfluss der politischen Elite auf das System – nicht nur auf das Bankensystem – spricht dafür, dass China mit den Herausforderungen fertig werden und die bereits erwähnte "schwierige Schlacht" tatsächlich gewinnen kann.

Aber der Widerspruch zwischen mehr Markt und starker Kontrolle, gepaart mit der Angst lokaler Entscheidungsträger, ihren Kopf im Rahmen der hier nicht behandelten Antikorruptionskampagne zu riskieren, erhöht das Risiko, dass die Reformen stecken bleiben und die Wirtschaft stagniert. China, das ein "Einseitigkeitsproblem durch Staatseigentum" hat, sollte privates Kapital eine größere Rolle in seinem Finanz- und Wirtschaftssystem spielen lassen und sich ein Beispiel an seinen privaten Unternehmern wie den "zwei Ma" nehmen: Jack Ma, dem Gründer von Alibaba, und Pony Ma, dem Tencent-Gründer. Beide haben bewiesen, wie Innovationen, die ein Leitmotiv des 13. Fünfjahresplans wie auch Chinas G-20-Präsidentschaft sind, zu einer Quelle des Wachstums in einer schwierigen wirtschaftlichen Übergangszeit werden können.



Patrick Hess ist ein Finanzmarktund China-Experte mit 20-jähriger Erfahrung sowohl im öffentlichen Sektor als auch in der Privatwirtschaft.

Rüstungswettlauf in der Arktis

Welche Gefahren bestehen für Sicherheit und Stabilität im Hohen Norden?

Helga Haftendorn | Auch wenn derzeit nicht mit einem militärischen Zusammenstoß zu rechnen ist, bergen der Rüstungswettlauf in der Arktis und die Ansprüche der Anrainerstaaten Russland und Kanada Konfliktpotenzial. Angesichts der Folgen des Klimawandels, der alle arktischen Staaten trifft, überwiegt jedoch der Zwang zu Kooperation.

Seit der Verkündung der neuen Arktis-Strategie für Russland durch Präsident Wladimir Putin im Februar 20131 ist in der Arktis ein beunruhigender Rüstungswettlauf zu beobachten. Die russischen Streitkräfte sind dabei, alte Sowjetstützpunkte an der sibirischen Küste und auf den vorgelagerten Halbinseln und Inseln wieder in Betrieb zu nehmen. In den eisfreien Monaten transportieren Marine und Luftwaffe große Mengen an militärischem Material in die Nordgebiete, um aufgelassene Flugfelder, verlassene Barackensiedlungen und mit Schrott gefüllte Häfen wieder funktionsfähig zu machen. Außerdem werden moderne Überwachungs- und Kommunikationszentren errichtet.

Die "Nachrüstung" der westlichen Arktis-Staaten wirkt dagegen sehr bescheiden. Norwegen, ein Nachbar Russlands, beschränkt sich auf einen organischen Aufwuchs seines in den nördlichen Provinzen stationierten militärischen Potenzials, hat jedoch seine Übungstätigkeit – vor allem mit den NATO-Partnern – verstärkt. Seit der Ukraine-Krise wurden aber gemeinsame Übungen mit russischen Streitkräften ausgesetzt.

Da die kanadische Regierung den Schwerpunkt auf die Gewährleistung ihrer Souveränität und Sicherheit legt, hat sie vor allem ihre aus indigenem Personal bestehende Rangertruppe verstärkt und lässt sie vermehrt zusammen mit den kanadischen Streitkräften üben, um ihre Einsatzfähigkeit zu erhöhen. In den USA wächst der Druck, insbesondere seitens der aus Alaska stammenden Senatoren, zusätzlich zu dem mittleren, meist als Forschungsschiff genutzten Eisbrecher "Healey" neue für den Einsatz in der Behring- und der Beaufortsee geeignete schwere

Siehe dazu http://www.star.nesdis.noaa.gov/star/documents/meetings/Ice2013/dayOne/So-kolov_Russian.pdf.

Eisbrecher zu beschaffen bzw. die eingemotteten Schiffe der Küstenwache "Polar Star" und "Polar Sea" wieder flott zu machen.

Viele Beobachter sehen in den Konflikten in der Ukraine und in Syrien neue Beweise für eine gestiegene Aggressivität der russischen Politik. Könnte die Arktis zu einem "Nebenschauplatz" globaler Krisen werden? Oder könnte es zu einem Kampf um Rohstoffe kommen?

Im Hohen Norden ist die Gefahr eines militärischen Konflikts aber nicht gestiegen. Der größte Teil der für Russland interessanten Lagerstätten von Rohstoffen befinden sich auf seinem Territorium, auf dem Kontinentalschelf oder in der Ex-

Kanada und Russland werden die Probleme nicht militärisch lösen klusiven Wirtschaftszone Russlands. Auch die arktischen Seegrenzen sind nicht strittig. Die Meinungsverschiedenheiten über den Status der Ter-

ritorialgewässer um die norwegische Spitzbergen-Inselgruppe dürfte Russland ebenfalls kaum gewaltsam zu regeln versuchen. Bei einer Machtprobe mit der norwegischen Küstenwache in einem Fischereistreit hat Moskau vor einigen Jahren sehr schnell eingelenkt.

Angesichts der engen politischen und militärischen Verbundenheit zwischen den USA und Kanada ist eine militärische Lösung auch beim Streit zwischen den beiden nordamerikanischen Staaten über den Verlauf der Seegrenze in der Beaufort-See schwer vorstellbar. Zu Spannungen zwischen den USA und Kanada kommt es aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen zum völkerrechtlichen Status der Nordwest-Passage (NWP), die durch den arktischen

Archipel Kanadas führt. Ottawa betrachtet diesen als nationalen Seeweg; es beansprucht die Hoheit über diesen und macht die Durchfahrt von einer vorherigen Genehmigung abhängig. Die USA und die meisten anderen Staaten gehen dagegen davon aus, dass es sich um einen internationalen Wasserweg gemäß UN-Seerechtsübereinkommen (SRÜ) von 1982 handelt. Inzwischen haben sich die USA und Kanada auf die gesichtswahrende Formel eines "agree to disagree" geeinigt, d.h. sie erkennen an, dass sie in dieser Frage unterschiedlicher Auffassung sind.

Gravierender sind die Ansprüche Moskaus auf den der sibirischen Küste vorgelagerten Lomonossow-Meeresrücken, an dessen Nordwestabhang der Nordpol liegt. Hier ist russisches Prestigedenken involviert und damit ein Kompromiss schwierig. Auch sind Russlands Ansprüche größtenteils durch eine Klausel im UN-Seerechtsübereinkommen gedeckt, wonach Küstenstaaten unter bestimmten Voraussetzungen Ansprüche auf Schelfgebiete erheben können, die Verlängerungen ihres Festlandsockels darstellen.

Ein konfliktfreier Raum

Die Arktis ist derzeit jedoch ein weitgehend konfliktfreier Raum. Weder der Streit zwischen den USA und Kanada in der Beaufortsee noch die Kabbelei Ottawas mit Dänemark/Grönland über die nationale Zugehörigkeit der Hans-Insel in der Nares-Straße dürften zwischen den beiden miteinander verbündeten Ländern gewaltsam geregelt werden. Es wurde bereits erläutert, warum weder Kanada noch Russland versuchen dürften, ihre Meinungsverschieden-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

heiten militärisch zu lösen. Insgesamt bedeutet dies, dass es in der Arktis zwar Spannungsherde gibt, die betreffenden Länder jedoch einer friedlichen Regelung den Vorzug vor einer gewaltsamen Austragung geben.

Zu den kooperativen Beziehungen zwischen den Arktis-Anrainern haben zwei Entwicklungen beigetragen. Zum einen betreffen der Klimawandel und die damit einhergehende Erwärmung und deren Folgen alle arktischen Staaten in einer Weise, die nur gemeinsame Lösungen erlaubt. Zum anderen können sie sich eines in den neunziger Jahren zu diesem Zweck geschaffenen regionalen institutionellen Instrumentariums bedienen.

Dem Erhalt des menschlichen Lebensraums und der Biosphäre diente die Verabschiedung einer arktischen Umweltstrategie (AEPS), aus der sich 1996 als Koordinierungsgruppe der Arktische Rat (AR) entwickelt hat. Gegründet zur Umsetzung der AEPS, wurde er zu einem wichtigen Abstimmungsforum unter den acht Arktis-Staaten: Dänemark mit Grönland, Finnland, Kanada, Norwegen, Russland, Schweden und die USA. Obwohl als zwischenstaatliches Konsultationsforum und nicht als supranationale Organisation errichtet, ist die Zusammenarbeit eng. In seinem Rahmen wurden von den arktischen Staaten mehrere Verträge vereinbart, die dann in nationaler Verantwortung abgeschlossen wurden. Dazu gehören der Vertrag über Seenotrettung, das Übereinkommen zur Verhütung von Meeresverschmutzung durch Schiffsöl und ein verpflichtender "Polar Code" mit Vorschriften für die Schifffahrt in arktischen Gewässern.

Mit der Institution der Senior Arctic Officials als ständiges Beamtengremium zur Vorbereitung der zweijährlichen Ministertreffen und zur Implementierung seiner Beschlüsse, der Etablierung eines Sekretariats in Tromsø und der Ernennung eines

Isländers zum Generalsekretär erhielt der Rat stärkere institutionelle Strukturen. Die von den nordischen Staaten, insbesondere von Schweden, gewünschte weitere Institutionalisierung ist bisher jedoch am Widerstand der nordamerikanischen Partner sowie Russlands gescheitert. Diese wollen keine Einschränkungen ihrer Souveränität im Hinblick auf ihre arktischen Gebiete akzeptieren.

Die Ukraine-Krise hat bisher wenig Einfluss auf die friedliche Situation in der arktischen Region gehabt.

Die Region hat vielversprechende Ölund Gaslagerstätten Interessanterweise waren es die USA, die, als sie im Mai 2015 den Vorsitz im Arktischen Rat übernahmen, darauf drängten, dass die Spannungen

mit Russland nicht ausufern sollten. Washington wirkte dahingehend auf die kanadische Regierung ein, sodass sich diese auf symbolische Gesten beschränkte. So entsendet Ottawa nur noch hochrangige Beamte anstatt des Außenministers zu den Sitzungen des AR und seiner Gremien, wenn an diesen auch russische Vertreter teilnehmen.

Die norwegische Regierung sagte gemeinsame Manöver mit russischen Streitkräften ab. Moskau nahm seinerseits seine Patrouillenflüge über dem Atlantik wieder auf und verstärkte im Innern den politischen Druck auf internationale und vom Ausland finanzierte Institutionen, die es zur Registrierung als "foreign agent" aufforderte und deren Tätigkeit es beschränkte. Dieses Gesetz brachte RAIPON, die russische Organisation der indigenen Völker des Nordens, in Schwierigkeiten. Da sie von der Russischen Föderation finanziell kaum unterstützt wird, kann sie ihre internationale Arbeit nur mit Unterstützung ihrer Partnerorganisationen im Ausland durchführen. Die arktische Region selbst ist aber von Konflikten in anderen Regionen weitgehend abgeschirmt geblieben.

Gründe für kooperatives Verhalten

Ein besonderer Erfolg war 2010 der Vertrag über die Beendigung des Konflikts zwischen Norwegen und Russland betreffend den Verlauf der gemeinsamen Grenze in der Barentssee. Nach über 40 Jahre währenden Verhandlungen konnte er 2010 mit dem norwegisch-russischen Barents-Abkommen einvernehmlich geregelt werden. Die Motive für den Abschluss des Barentssee-Vertrags und die Bereitschaft Russlands zu einem Kompromiss lassen sich leicht erklären. In der 2008 veröffentlichten Studie des Geografischen Dienstes der USA war darauf hingewiesen worden, dass die Region des Nordatlantiks und die Barentssee zu den weltweit vielversprechendsten Öl- und Gaslagerstätten zählen. Vor der norwegischen Küste und in der Finnmark stießen die Geologen auf äußerst ergiebige Gasfelder. Besonders bekannt ist "Snøhvit" (Schneewittchen), an das weitere Lagerstätten grenzen. In zum Teil unter dem Meeresspiegel errichteten Anlagen wird das Gas verflüssigt und auf spezielle Flüssiggas-Tanker geladen und verschifft.

Auch in der östlichen Barentssee vor der Halbinsel Nowaja Semlja wurden mehrere große Gasfelder prospektiert. Für die Erschließung beispielsweise des Shtokman-Feldes benötigt Russland aber westliche Technologien und Kredite. Investitionen ausländischer Unternehmen sind jedoch nur dann möglich, wenn zuvor die Be-

sitzverhältnisse geklärt worden sind. Dies war das wichtigste Motiv für das Einlenken Moskaus im Grenzstreit. Wirtschaftliche Interessen sprachen für einen Kompromiss in der Grenzfrage und erleichterten die Vereinbarung mit Oslo.

Möglichkeiten der Zusammenarbeit

Ein Meilenstein der Zusammenarbeit war die 2015 für die Schifffahrt getroffene Vereinbarung im Rahmen der Internationalen Meeresorganisation eines verpflichtenden maritimen "Polar Code", der Richtlinien zur Konstruktion, Ausrüstung und Bemannung von Schiffen auf Fahrt in den Polarregionen festlegte. Vertragspartner sind aber nicht nur die arktischen Staaten, sondern der Kodex steht allen seefahrenden Nationen zum Beitritt offen. Allerdings haben die arktischen Staaten die Verhandlungen entscheidend vorangetrieben und geprägt.

Ein eher symbolischer Erfolg war die Verabschiedung einer Erklärung, in der sich die fünf Anrainerstaaten verpflichteten, so lange auf kommerziellen Fischfang im zentralen Bereich des Arktischen Ozeans zu verzichten, bis ein regionales Fischereiabkommen abgeschlossen worden ist. Sie konnten dies auch leicht tun, da es in diesem Gebiet bisher kaum Fischfang gibt. Ein weiterer gemeinsamer Schritt war die Etablierung eines Coast-Guard-Forums zur Koordinierung der Arbeit der nationalen Küstenwachen, das erstmals im Oktober 2015 in der amerikanischen Coast-Guard-Akademie in Connecticut tagte. Aufgaben der Küstenwache sind es, Verletzungen des nationalen Hoheitsgebiets zu verhindern, ein unerlaubtes Eindringen von Terroristen und Migranten in diese zu unterbinden und in Seenotfällen rasche Hilfe zu leisten.

Große praktische Bedeutung für die Schifffahrt im Hohen Norden hat das von den AR-Mitgliedern über Jahre hinweg verhandelte Seenotrettungs-Abkommen (SAR), in dem sich die arktischen Staaten verpflichten, in Seenot geratenen Schiffen oder verunglückten Flugzeugen

sowie ihren Besatzungen und Passagieren zu Hilfe zu kommen. Bei der Ausarbeitung wachten die AR-Staaten darüber, dass dieses Abkommen nur von

Atomschrott kann nur mit internationaler Hilfe beseitigt werden

ihnen selbst ausgearbeitet wurde. Angebote an Rat und Unterstützung von der britischen und deutschen Regierung, die beide über große Erfahrungen auf dem Gebiet der SAR verfügen, wurden zurückgewiesen.

Angesichts der langen und nur spärlich bewohnten arktischen Küsten Russlands und Kanadas ist die Implementierung des Abkommens jedoch mit Schwierigkeiten verbunden. Während es Kanada und den USA an hochseetauglichen Eisbrechern für den Rettungseinsatz mangelt, fehlt es Russland vor allem an einer geeigneten Logistik an den sibirischen Küsten entlang des Nördlichen Seewegs. Auch die Beseitigung der großen Mengen an russischem Atomschrott - ausgemusterte und in der Behringsee versenkte oder in den Häfen vor sich hin rottende Atomunterseeboote, zum Teil mit noch funktionsfähigen Reaktoren an Bord, sowie radioaktive Seezeichen - ist in einem überschaubaren Zeitraum nur mit internationaler Hilfe, beispielsweise mit norwegischer und deutscher Unterstützung möglich. Allerdings ist die Regierung in Moskau bemüht, dies nicht an die

große Glocke zu hängen. Ein Eingeständnis des eigenen Unvermögens widerstrebt der Führung eines Landes, das stets bemüht ist, seine Überlegenheit herauszustellen, da es sich in der Rolle eines von Feinden umzingelten Opfers sieht.

Russland rüstet auf

Mit Besorgnis verfolgen viele Beobachter den Aufwuchs der russischen Rüstung in der Arktis, die sowohl an den Küsten der Barentssee als auch entlang des Nördlichen Seewegs und der Sibirien vorgelagerten Inseln und

Moskaus Territorialansprüche bergen Konfliktpotenzial

Halbinseln bis hin nach Tschukotka und der Bering-Straße vorangetrieben wird. Nach dem Ende der Sowjetunion wurden die Stützpunkte aufgelöst,

die Soldaten abgezogen und Berge an Schrott, verrosteten Schiffen und leeren Ölfässern hinterlassen. Die Bunker, in denen einst Atomraketen lagerten, wurden zu touristischen Sehenswürdigkeiten.

Im Sommer 2014 begann jedoch ein reger Schiffsverkehr zum Transport von militärischen Ausrüstungen zwischen den wenigen Häfen an der Küste und den vorgelagerten Inseln. Während der eisfreien Monate des darauffolgenden Jahres arbeiteten die russischen Streitkräfte intensiv an der Wiederherstellung der alten Flugplätze, Beobachtungsstationen und Unterkünfte.

Wenn man versucht, die Gefahren der russischen Aufrüstung einzuschätzen, ist es wichtig, zwischen Fähigkeiten, Möglichkeiten und Absichten zu unterscheiden. Ein genauer Blick auf die militärischen Maßnahmen bestätigt zunächst die russische Versicherung, es handele sich

um strikt defensive Maßnahmen. Die russischen Stützpunkte an den Küsten Sibiriens, am Weißen Meer und auf der Kola-Halbinsel sowie auf den vorgelagerten Inseln, die in der Tat substanziell sind, seien zur Sicherung der Passage ebenso erforderlich wie zur Umsetzung des im Arktischen Rat vereinbarten Seenotrettungs-Abkommens. Natürlich verfolgt Russland mit seiner Rüstung in der Arktis aber auch das Ziel der Machtprojektion und der Absicht, den Westen von einer Einmischung abzuhalten.

Besorgnis könnten jedoch die weitreichenden Ansprüche Russlands auf Teile des arktischen Küstenschelfs auslösen. Viele Beobachter fürchten, Moskau könnte sich im Fall eines aus russischer Sicht negativen Bescheids der UN-Festlandsockel-Grenzkommission über die Zugehörigkeit des Lomonossow-Rückens diesem Rechtsspruch widersetzen und damit einen Konflikt auslösen. Da die UN-Kommission jedoch von Anträgen gemäß UN-Seerecht überhäuft ist, dürften bis zu einer Entscheidung noch ca. fünf Jahre vergehen.

Wie würde dieser aussehen? Es ist vorstellbar, dass dann ein Trupp russischer Fallschirmjäger in dem umstrittenen Gebiet landet und die russische Flagge auf dem Eis hisst. Da eine derartige Aktion jedoch keine Rechtswirkung hätte - ebenso wenig wie die Platzierung einer Plakette mit den russischen Nationalfarben im Mai 2007 unter dem Nordpol würden die anderen Staaten mit Ansprüchen auf dieses Gebiet (Kanada und Dänemark für Grönland) kaum zu militärischen Gegenmaßnahmen greifen. Sie würden vielmehr geharnischte Protestnoten an Moskau senden - die ebenfalls ohne Wirkung blieben. Erschwert würden nur die lukrativen touristischen Fahrten russischer Atomeisbrecher mit vorwiegend gut zahlenden europäischen Gästen zum Nordpol.

Nationale Interessen gehen vor

Die Bereitschaft zur Kooperation zwischen den arktischen Staaten endet jedoch stets dort, wo entweder andere Kerninteressen ins Spiel kommen oder die nationale Souveränität über ihre arktischen Gebiete tangiert wird. Besonders Kanada, Russland und die USA sind stets darauf bedacht, keine Hoheitsverletzungen in ihren großen, nur dünn besiedelten und wenig erschlossenen arktischen Territorien zuzulassen. Besonders Kanada nutzt seine meist aus einheimischen Inuit rekrutierte Rangertruppe primär zur Souveränitätsbehauptung nach dem Motto seines ehemaligen Präsidenten Stephen Harper: "Use it or loose it."

Kanada ist auch derjenige arktische Staat, der die Durchfahrt durch seine Passagen am stärksten reglementiert hat. Auf seine Initiative hin wurde dem UN-Seerechtsübereinkommen der Paragraph 234 eingefügt, nach dem arktische Staaten besondere Regeln für die Durchfahrt durch eisbedeckte Meeresflächen und Passagen erlassen können.

Auch Russland hat spezifische Vorschriften für Einfahrt in und Transit durch den Nördlichen Seeweg erlassen. Die bis vor einigen Jahren geltende Vorschrift, dass jedes einzelne Schiff eines Konvois von einem Eisbrecher begleitet werden müsste, diente vor allem dem Ziel, höhere Gebühren zu erhalten. Auch weiterhin werden Gebühren erhoben, die jedoch etwas sachgerechter erscheinen. Die Ausstellung von Visen und Genehmi-

gungen für die Anlandung von Expeditions- und Kreuzfahrtschiffen lässt sich Russland ebenfalls teuer bezahlen – und behält sich gleichzeitig vor, bereits genehmigte Routen und Anlandungen kurzfristig zu ändern.

Das raue arktische Klima, die mehrere Monate währende Dunkelheit und die tosenden Stürme tragen weiter dazu bei, Schifffahrt und menschliche Aktivitäten in der Polarregi-

on zu beschränken. Das allmähliche Abtauen der Gletscher und des Meereseises wirkt sich nicht nur dahingehend aus, dass der Lebensraum von Eisbä-

Fahrten in arktischen Gewässern werden streng reglementiert

ren und anderen Meeres- und Landbewohnern beschränkt wird, sondern trägt auch zur Destabilisierung und zum Rückzug der Küstenlinien bei. An Land führt das Abschmelzen des Permafrosts zum Freiwerden von großen Mengen an Kohlendioxid; es untergräbt die Stabilität von Verkehrswegen, Öl- und Gasleitungen und menschlichen Behausungen.

Da die Herausforderungen durch die Folgen des Klimawandels alle Arktis-Anrainer betreffen, können sie diese auch nur gemeinsam bewältigen. Dies zwingt die Staaten – zumindest in der Nordregion – zum Verzicht auf militärische Drohungen. Sie haben einen größeren Nutzen von gegenseitiger Abstimmung und Kooperation.



Prof. Dr. Helga Haftendorn lehrte bis Ende 2000 Internationale Beziehungen an der FU Berlin.

Toronto, die Bunte

Kanadas Finanz- und Wirtschaftszentrum zieht die ganze Welt an

Gerd Braune | Qualifizierte Arbeitskräfte aus aller Welt, dynamische Startups, Bankenmetropole mit pulsierendem Kulturleben – diese Eigenschaften machen Toronto zu einem attraktiven Standort für ausländische Unternehmen. Aber es gibt auch Probleme: Bezahlbarer Wohnraum ist knapp, und der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut werden.

In einem bescheidenen Labor in der College Street in Toronto machen sich Frederick Banting und Charles Best am 17. Mai 1921 an die Arbeit. Sie sind fasziniert von dem Gedanken, ein Mittel gegen Diabetes zu finden, eine Krankheit, die in jener Zeit einem Todesurteil gleichkam. Banting hatte in Toronto Medizin studiert und in John Macleod, Professor für Physiologie an der University of Toronto und einer der führenden Wissenschaftler Kanadas in der Diabetesforschung, einen engagierten Förderer gefunden.

Macleod stellt Banting den jungen Medizinstudenten Charles Best zur Seite; beiden gelingt es, ein Extrakt der Bauchspeicheldrüse zu gewinnen, das sie "Isletin" nennen. Unterstützt vom Biochemiker John Collip von der University of Alberta arbeiten Banting und Best an der Verfeinerung des Extrakts. Im Januar 1923 wird das purifizierte Extrakt, nun Insulin genannt, dem 14-jährigen Leonard Thompson injiziert, der in ei-

nem diabetischen Koma ins Toronto General Hospital eingeliefert worden war. Das Ergebnis ist überwältigend: Erstmals zeigt sich die antidiabetische Wirkung von Insulin an einem Patienten. Der Siegeszug von Insulin beginnt. Banting und Macleod werden bereits im Oktober 1923 mit dem Nobelpreis für Medizin ausgezeichnet, den sie mit Best und Collip teilen.

Insulin: ein Geschenk an die Welt

Das alte Gebäude des Toronto General Hospital, wo die ersten klinischen Versuche mit Insulin stattfanden, ist heute in "MaRS" integriert. Wer das MaRS-Gebäude, das 2005 eröffnete Zentrum für Forschung und Innovation, betritt, wird auf die Entdeckung aufmerksam gemacht, die auch heute noch das Leben vieler Millionen Menschen rettet: "Insulin: Torontos Geschenk an die Welt". In den Gängen des lichtdurchfluteten Gebäudekomplexes stehen Pflanzkübel mit Bäumen, junge Forscher kommen in Sitzecken zusammen und besprechen

ihre Arbeit, im "Food Court" mit vielen Schnellrestaurants herrscht reger Betrieb.

MaRS (das für "Medical and Related Sciences" steht) ist Teil von Torontos "Discovery District", eines nur wenige Straßenblocks großen Bezirks im Zentrum, der für seine Dichte an Krankenhäusern, Forschungsinstituten und Start-up-Unternehmen bekannt ist. Aber nicht nur er prägt Toronto, die folgenden sechs Distrikte gehören genauso dazu: der "Entertainment District" mit Konzerthallen, Theatern, Kinos und Sportstätten; der "Financial District", das Finanzzentrum Kanadas mit dem Hauptsitz der fünf größten Banken Kanadas, der Toronto Stock Exchange, Versicherungen und anderen Finanzdienstleistern; darüber hinaus "Chinatown" und Kensington Market; "Old Town" mit der St. Lawrence-Markthalle; die "Waterfront" mit ihren Apartment-Hochhäusern, Restaurants, Parks und Promenaden sowie "Bloor-Yorkville" mit seinen Geschäften und Boutiquen.

Hohe Lebensqualität

Toronto ist die Hauptstadt der Zentralprovinz Ontario, die zwischen 35 und 40 Prozent des kanadischen Bruttoinlandsprodukts erzeugt und der Wirtschaftsmotor des Landes ist. Die Stadt selbst zählt etwa 2,8 Millionen Einwohner; in der "Metropolitan Area" beziehungsweise der "Greater Toronto Area (GTA) mit 24 Gemeinden, darunter Mississauga mit mehr als 700 000 Einwohnern, leben mehr als sechs Millionen Menschen. Nach Mexiko-Stadt, New York und Los Angeles ist Toronto die viertgrößte Stadt Nordamerikas, in manchen Statistiken wird die kanadische Metropole allerdings noch knapp von Chicago übertroffen. Jährlich ziehen mehr als 100 000 Menschen aus aller Welt hierher. "Erstmals seit vielen Jahren übersteigt das Wachstum in Toronto das der Vorstädte", berichtet Jennifer Keesmaat, die leitende Städteplanerin.

Bei internationalen Rankings von Städten mit hoher Lebensqualität schneidet Toronto regelmäßig sehr gut ab, und die Stadt ist stolz auf ihren Lifestyle und das, was sie Bewohnern und Gästen zu bieten hat. Als "Toronto the Good" sieht man sich, als eine Stadt, die eine im Vergleich zu US-amerikanischen Städten niedrige Kriminalitätsrate hat.

Der internationale Lester B. Pearson-Flughafen am Rande der Stadt, der kleinere "Billy Bishop Toronto City"-Airport auf Toronto Island im Ontariosee und der Hauptbahn-

hof Union Station sind die Eingangstore der Metropole. Wer auf Billy Bishop landet oder startet, kann einen Blick auf die beeindruckende Skyline Toron-

Bei internationalen Rankings schneidet die Stadt sehr gut ab

tos werfen, aus der der 553 Meter hohe CN-Tower herausragt. Von Union Station sind es nur ein paar Hundert Meter zum Finanzdistrikt, und wenn am späten Nachmittag die Büros der Banken schließen, strömen Tausende Menschen zur Union Station, um mit dem "Go Train" oder der U-Bahn den Heimweg anzutreten. Oder sie steigen in die rote Straßenbahn, die sich – entgegen ihres Namens "The Rocket" – langsam durch die Stadt schlängelt.

Das 1965 eröffnete Rathaus von Toronto, entworfen von dem finnischen Architekten Viljo Revell, ist ein Wahrzeichen der Stadt. Im heißen Toronto-Sommer zieht die Was-

serfläche rund um den Springbrunnen die Menschen an, die sich auf der Brunnenumrandung niederlassen. Im Winter wird daraus eine Schlittschuhbahn, auf der viele "Torontonians" ihre Kreise ziehen. Die beiden gebogenen 20 und 27 Stockwerke hohen Rathaustürme mit den Büros der Stadtverwaltung umfassen den futuristisch, ein wenig an ein UFO erinnernden Plenarsaal mit den direkt angrenzenden Büros der Stadtratsmitglieder.

Auf die Kombination kommt es an

Hier hat auch Michael Thompson sein Büro. Er vertritt den Wahlkreis Scarborough West im Stadtrat. Seit nunmehr sechs Jahren ist der heute

"Kunst, Kultur und Wirtschaft bilden eine Einheit" 55-jährige Kommunalpolitiker, der in Montego Bay in Jamaika geboren wurde und als Elfjähriger mit seinen Eltern nach Kanada kam, Vorsitzender des für die Zukunft Torontos

so wichtigen Ausschusses für "Wirtschaftliche Entwicklung und Kultur".

Eine interessante Kombination – Wirtschaft und Kultur. Vor Thompson liegt auf dem Schreibtisch der Entwurf der "Music Strategy" vom Februar 2016. "Für eine Stadt wie Toronto sind nicht nur die konventionelle Industrieansiedlung und die Bereitstellung von Gewerbeflächen wichtig. Natürlich sind das bedeutende Faktoren. Aber auch das Umfeld muss stimmen. Was macht es interessant, in Toronto zu leben? Wie können wir Menschen anziehen?", erläutert Thompson.

Bei Besuchen im Ausland fragen ihn Investoren, die ein Engagement in Toronto erwägen: "Was bietet die Stadt am Feierabend und am Wochenende?" Grünflächen und Erholungsräume, aber auch Kulturangebote wie Theater, Musik und Kinos rücken dann in den Blickpunkt. "Kunst, Kultur und Wirtschaft bilden eine Einheit", sagt Thompson. Und aus diesem Grund haben sich Kulturschaffende, Unternehmen der Kulturbranche und die Verantwortlichen von Veranstaltungsorten zusammengesetzt und eine Strategie ausgearbeitet, wie Investitionen in der Musikbranche gefördert werden können, damit diese weiter wächst. "Wir sind eine Musikstadt", betont der Politiker.

Toronto ist aber vor allem Kanadas Wirtschafts- und Finanzzentrum. Es rühmt sich, nach New York das zweitgrößte Finanzzentrum Nordamerikas zu sein. Am markantesten ist dies an der Ecke von Bav Street und King Street: An den vier Ecken der Kreuzung stehen die Türme der Toronto Dominion (TD), der Bank of Montreal (BMO), der Canadian Imperial Bank of Commerce (CIBC) und der Bank of Nova Scotia, und nur ein paar hundert Meter weiter die Zentrale der größten Bank Kanadas, der Royal Bank of Canada (RBC). Allein der Finanzsektor, zu dem neben den fünf Großbanken Pensionsfonds, Versicherungen und natürlich die Toronto Stock Exchange (TSX) gehören, beschäftigt mehr als 250 000 Menschen. Die TSX ist weltweit die größte Börse für den Bergbau sowie die Öl- und Gasindustrie. Die Hightech- und Biotechindustrie und die Unternehmen aus dem Sektor der erneuerbaren Energien zählen annähernd 300 000 Arbeitsplätze in mehr als 15 000 großen und kleinen Unternehmen, darunter zahllose Start-ups, die in dem Netzwerk von Inkubatoren entstanden sind.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Das Hauptaugenmerk richtet Thompson auf die beiden großen Herausforderungen, denen sich Toronto gegenübersieht: "Wir müssen den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und wir müssen Wohnraum zur Verfügung stellen, den sich die Mittelklasse und Menschen mit niedrigerem Einkommen leisten können." Für den Ausbau des Verkehrssystems sind nach Schätzungen in den kommenden zehn bis 15 Jahren Investitionen von 50 Milliarden Dollar nötig, vor allem für den Ausbau des U-Bahn-Systems.

Im vergangenen Jahr ist eine neue U-Bahnlinie, die Verbindung von Union Station zum Pearson-Airport – ein Flughafen, durch den 2014 rund 39 Millionen Passagiere gingen – fertiggestellt worden. Dies war ein wichtiger Schritt, um den öffentlichen Nahverkehr zu stärken, die Verkehrsprobleme Torontos in den Griff zu bekommen und die oft verstopften Hauptverkehrsadern der Stadt zu entlasten. Der Union-Pear-

son-Express, der von "Metrolinx", einem von der Provinz Ontario geschaffenen Verkehrsverbund betrieben wird, verbindet die Flughafenregion mit ihren 300 000 Arbeitsplätzen und das Stadtzentrum mit 420 000 Arbeitsplätzen. Nachdem sich sehr bald herausgestellt hatte, dass die Preise für die 25-minütige Fahrt viel zu hoch angesetzt worden waren - bis zu 27,50 Dollar musste man für eine Fahrt zahlen - und die Benutzerzahl dadurch weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben war, entschloss sich "Metrolinx" im März 2016 zu einer drastischen Preissenkung.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

In keiner anderen Stadt Kanadas werden so viele Hochhäuser gebaut wie in Toronto, nirgends ragen so viele Baukräne in den Himmel. Die Stadt Toronto ist der größte staatliche Vermieter in Kanada mit 2200 Gebäuden und 60 000 Wohneinheiten unter Verwaltung. Dennoch haben 90 000

Einzelpersonen oder Familien einen Antrag auf eine erschwingliche Wohnung gestellt.

Dabei ist der Bauboom ungebrochen, was nicht nur auf das billige Geld zurückzuführen ist, denn die Zinsen und damit die Finanzierung von Immobilien sind günstig. Investo-

Ausländische Investoren, vor allem aus Asien, kaufen sich ein ren aus dem Ausland, vor allem aus Asien, kaufen sich ein. Baugenehmigungen für Apartmenthäuser werden erst erteilt, wenn der Großteil der Wohnun-

gen verkauft ist, denn Bauruinen sollen nicht entstehen. Aber das bedeutet nicht, dass am Ende auch alle "Condos" bewohnt sind.

Die Stadtverwaltung bemüht sich, die Bildung von Ghettos zu vermeiden – die Apartments der Wohlhabenden entlang des Ontario-Sees, in anderen Bezirken die der weniger Betuchten. So wird überlegt, in Baugenehmigungen künftig Regelungen aufzunehmen, dass ein bestimmter Prozentsatz der Wohnungen, vielleicht 20 Prozent, für "affordable housing" zur Verfügung stehen, also erschwinglicher Wohnraum sind.

Anders sein ist hier normal

2015 war Toronto Gastgeber der Panamerikanischen Spiele, die jeweils im Jahr vor den Olympischen Sommerspielen ausgetragen werden. Viele hatten darin einen Probelauf für die Bewerbung um die Austragung der Spiele von 2024 gesehen, aber dann gab Bürgermeister John Tory den Verzicht auf eine Bewerbung bekannt.

Toronto war 1996 Atlanta und 2008 Peking unterlegen. Nun war weder vonseiten des Stadtrats noch der Bevölkerung eine eindeutige Stimmung zugunsten der Spiele auszumachen; die Provinzregierung von Ontario war nicht bereit, sich an den Kosten für die Bewerbung und dann für die Austragung der Spiele zu beteiligen, und der damalige Premierminister Stephen Harper hatte andere Sorgen: Er stand inmitten eines – wie sich am Ende herausstellte erfolglosen – Wahlkampfs für das Bundesparlament.

Bürgermeister Tory ist zwar überzeugt, dass Toronto eine Olympia-Stadt sein kann, aber der Zeitpunkt passte ihm nicht. "Ich sage nicht 'nein', ich sage 'nicht jetzt"", erklärte er. Dabei hätte die Stadt gerade in einer Zeit, in der in vielen Ländern Ressentiments gegen Einwanderer und Flüchtlinge wachsen und Multikulturalismus argwöhnisch betrachtet wird, ein wichtiges Signal geben können: Toronto ist eine durch und durch multikulturelle Stadt, vielleicht die multikulturellste Stadt der Welt.

In den fünfziger Jahren war Toronto "weiß" und fast ausschließlich anglophon. Heute sind hier 160 Kulturen vertreten, mehr als 100 Sprachen werden gesprochen. Die Hälfte der "Torontonians" wurde nicht in Kanada geboren; nur knapp über 50 Prozent der Bewohner gaben bei der Volkszählung 2011 Englisch als Muttersprache an. Anders sein ist hier normal. "Diese Stadt ermöglicht es Menschen aus der ganzen Welt, sich hier niederzulassen, sich zu entfalten und Respekt für ihre Sitten und Gebräuche zu erfahren", sagt der gebürtige Jamaikaner Michael Thompson aus eigener Erfahrung. Die ethnischen Gemeinden Torontos feiern enthusiastisch ihre Feste und Feiertage: "Caribana", das karibische Festival, gilt als eines der größten Straßenfeste Nordamerikas, das jährlich weit

mehr als eine Million Besucher anlockt; und bei internationalen Sportveranstaltungen können die Gästeteams darauf setzen, Heimspiele zu haben, weil sie die Fans in den ethnischen Gemeinden mobilisieren.

Qualifizierte Arbeitskräfte

Multikulturalismus und ethnische Vielfalt sind mehr als Folklore. Sie sind ein Pfund, mit dem Toronto wuchern kann. Ausländischen Unternehmen fällt es dadurch nicht nur leichter, hier Fuß zu fassen; die Vielfalt spiegelt sich auch im Arbeitsmarkt wider. Kanada rühmt sich, aufgrund seines Schul- und Ausbildungssystems mit weiterführenden Bildungseinrichtungen wie Colleges und Universitäten eine sehr gut ausgebildete Arbeitnehmerschaft zu haben, aus der Unternehmen schöpfen können.

"Unternehmen kommen zu uns wegen der gut ausgebildeten Arbeitskräfte, aber auch, weil der Arbeitsmarkt ethnisch so diversifiziert ist", sagt George Hanus, bisher Präsident der Greater Toronto Marketing Alliance, die Anfang April in der neuen Agentur "Toronto Global" zur Investitionsförderung in der Region aufging. Denn es ist für Unternehmen aus dem Ausland ein Vorteil, wenn sie Fachkräfte finden, die die Sprache der Länder sprechen, aus denen die Unternehmen kommen. "Damit wird es einfacher, mit den Zentralen der Unternehmen in den Herkunftsländern oder mit Kunden aus diesen Ländern zu kommunizieren", meint Hanus; eine Einschätzung, die auch Unternehmensvertreter immer wieder geben.

Mit Bürgermeister John Tory, der seit Ende 2014 amtiert, sind Ruhe, Stabilität und Vorhersehbarkeit in die Kommunalpolitik zurückgekehrt. Denn die vier Jahre zuvor waren turbulent: Sein Vorgänger Rob

Ford machte international vor allem mit seinem Alkohol- und Drogenkonsum Schlagzeilen. Doch diese Zeiten sind vorbei. Obwohl die Mehrheit der

Multikulturalismus und Vielfalt werden zum Standortvorteil

Torontonians von Ford genug hatte, galt dem umstrittenen Kommunalpolitiker das Mitgefühl auch seiner Gegner, als er wenige Monate vor der Bürgermeisterwahl seine erneute Kandidatur aus gesundheitlichen Gründen zurückzog. Am 22. März 2016 erlag er einem Krebsleiden.

Wenn nach dem langen Winter der Frühling und dann der Sommer Einzug halten, zieht die ganze Stadt wieder in Scharen mit Kinderwägen und Picknickkörben auf die Toronto Island im Ontario-See. Sie ist ein Freizeitparadies für die Großstadtmenschen. Auf der einen Seite erstreckt sich der Ontario-See, dessen Ufer auf der amerikanischen Seite man nicht sehen kann und der deshalb eher wie ein Meer denn ein See wirkt. Und auf der anderen Seite erhebt sich die Skyline von Toronto mit dem CN-Tower und den Hochhäusern, die den anhaltenden Boom der Millionenstadt "Toronto the Good" symbolisieren.



Gerd Braune berichtet seit 1997 als freier Korrespondent für Tageszeitungen aus Kanada. Soeben erschien sein Buch "Die Arktis. Porträt einer Weltregion".

Kalter Krieg, mon amour

Warum zelebrieren Film und Fernsehen die Sehnsucht nach der Zeit vor 1989?

Constanze Stelzenmüller | Saurer Regen, Atomtod, Raketen, Stellvertreter-kriege, Mauer, WGs, Thatcher, Strauß, Aids, Karottenhosen, Duran Duran, Nena und "No Future" – wer den Kalten Krieg ohne Koks miterlebt hat, weiß: Richtig Spaß gemacht hat das nicht. Woher also die gegenwärtige Nostalgiewelle von "Bridge of Spies" bis "Deutschland 83"?

"Herrgott, wie ich den Kalten Krieg vermisse": dieser Stoßseufzer von "M", Chefin der britischen Auslandsspionage MI6 im Bond-Film "Casino Royale" von 2006, scheint sich wie ein popkultureller Virus in die Hirne der Drehbuchschreiber zwischen Los Angeles und Berlin geschraubt und dort nachhaltige Bewusstseinserschütterungen ausgelöst zu haben. Vielleicht auch deshalb, weil, "M" in der Verkörperung durch Judi Dench selbst in Kostüm und Perlenkette mit einem einzigen entnervten Schnauben erheblich mehr erotische Energie freisetzte als der 007-Neuling Daniel Craig, der – in einem bemühten Zitat der ikonischen Strandszene mit Ursula Andress im Ur-Bond-Streifen "Dr. No" – nur mit einer knappen Badehose bekleidet den Wellen entsteigen musste, während die untergehende Sonne seine Ohren in flammendem Rot erstrahlen ließ.

Jedenfalls haben wir es neuerdings mit einer auffälligen Häufung von Filmen und Fernsehserien über die Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Fall der Berliner Mauer zu tun: Zu "Tinker, Tailor, Soldier, Spy" (2011), "The Americans" (1. Staffel 2013, die vierte Staffel läuft in den USA gerade) kamen allein im vergangenen Jahr "Bridge of Spies" und "The Man From U.N.C.L.E." sowie die in Deutschland und auf deutsch spielende US-Fernsehserie "Deutschland 83". Die grandiose deutsche Serie "Weissensee" (drei Staffeln zwischen 2010 und 2015) hält dabei mühelos mit. Zufall? Auf diese Frage gibt es bekanntlich nur eine einzige korrekte Antwort: Wohl kaum!

Aber selbst wenn es sich hier tatsächlich um eine Verschwörung oder auch nur eine Zusammenrottung der Ereignisse handeln sollte, stellt sich immer noch die Frage: Warum bloß? Saurer Regen, Atomtod, Raketen, Stellvertreterkriege, Todesstreifen, WGs, Margaret Thatcher, Franz-Josef Strauß, Aids, Karottenhosen, Duran Duran, Nena und "No Future": Wer den Kalten Krieg ohne Koks oder Hasch (also einigermaßen bei Bewusstsein) miterlebt hat, weiß

– so richtig Spaß gemacht hat das nicht. Woher also ausgerechnet jetzt diese plötzliche Nostalgiewelle?

Immerhin ist sie von keinem geringeren als John Mearsheimer vorhergesagt worden, dem Politikwissenschaftler an der Universität von Chicago und Gottvater der so genannten "realistischen" Schule, derzufolge das nationale Interesse der einzig wahre Leitstern aller Außenpolitik ist. Schon 1990 schrieb er in der Einleitung zu einem berühmt gewordenen Essay: "Frieden: wunderbare Sache. Er gefällt mir genauso wie dem Mann nebenan. Ich will auch nicht stur Trübsal blasen in einer Zeit, in der mit so viel Optimismus auf die Zukunft der Weltordnung geschaut wird. Und dennoch stelle ich hier die These auf, dass wir das Ende des Kalten Krieges wahrscheinlich bald bedauern werden."

Die Zunft der Professoren ist in textexegetischen Fragen notorisch leicht erregbar, deshalb soll sogleich klargestellt werden: Mearsheimer ging es natürlich nicht um so ephemere Oberflächenabsonderungen der Kultur wie Film und Fernsehen. Seine Sorge galt der erhabensten Form menschlichen Strebens: den internationalen Beziehungen, deren Priesterschaft sich zumindest damals noch aus dem elitärsten Männerorden von allen rekrutierten, den Nukleartheologen.

Immerhin: Die Kriege in Korea und Vietnam, die kubanische Raketenkrise, den Bau der Berliner Mauer oder die Sputnik-und-Spionage-Paranoia der McCarthy-Ära werde auch er nicht vermissen, räumte Mearsheimer ein. Doch dem europäischen Kontinent drohe nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nun

ein Wiedererstarken von Nationalismus, Misstrauen, Gewalt und Anarchie. Verhindert worden sei alles dies bis zum Ende des Kalten Krieges durch die bipolare Ordnung der Welt, das militärische Kräftegleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion sowie die Tatsache, dass beide Seiten über ein gewaltiges Arsenal an Atomwaffen verfügten: In dieser Trias sah der Wissenschaftler den

Unordnung überall, da wird der Blick zurück verständlich

Anker des "langen Friedens" (einen Begriff des Historikers John Lewis Gaddis zitierend) von 1945 bis 1989, und damit aller Stabilität auf Erden. Kurz: Die Männer waren an der Macht, die Interkontinentalraketen in ihren Stellungen, die Völker hinter Mauern und die Frauen in der Küche.

Heute dagegen herrscht allenthalben Unordnung. Die Feinde unserer offenen Gesellschaften leben mitten unter uns, in Amerika will eine Frau Präsidentin werden, und Deutschland wird schon seit über einem Jahrzehnt von einer Ostdeutschen regiert. Die Lage wird nicht klarer dadurch, dass gleichzeitig in Moskau mit Wladimir Putin ein Mann an der Macht ist, der nichts dabei findet, im rostigen Werkzeugkasten des Kalten Krieges herumzukramen und ostentativ damit zu spielen, als sei das alles wieder aktuell und zum Benutzen gedacht: von Propaganda, Subversion und grünen Männlein bis hin zum lauten Nachdenken über die Reichweite russischer Atomwaffen. Verwirrend und beängstigend, das alles. Da wird der Blick zurück in Sehnsucht schnell verständlich.

John Mearsheimer: Why we Will Soon Miss the Cold War, The Atlantic, August 1990, S. 35–50.

Apropos Sehnsucht. Rein praktisch hing die Sache mit dem Gleichgewicht der Weltmächte vom Imstandesein jeder Seite ab, in Erfahrung zu bringen, was für "Fähigkeiten" (Truppen, Panzer, Sprengköpfe, Raketen) die andere auf die Waagschale bringen konnte, um sie dann entsprechend zu kontern oder noch besser zu übertreffen (ein Sachverhalt, den die Nuklearexperten mit dem unvergleichlich präzisen Begriff des "overkill" belegten). Zum Zweck der Informationsgewinnung aber gab und gibt es zwei Arten von Mitteln, technische und menschliche. Oder anders gesagt: Satelliten und Spionage.

Erstere eignen sich, als still und auf fixen Umlaufbahnen zwischen den Sternen schwebende Sensoren, für die popkulturelle Verarbeitung epochaler Ängste nur begrenzt. Die Spionage dagegen, das Ausforschen von Menschen

Spionage wurde die zentrale Metapher des Kalten Krieges durch Menschen, ist zum schlechthin fruchtbarsten Motiv, ja der zentralen Metapher des Kalten Krieges geworden, weil sie das Ringen der Supermächte für jeden greifbar auf die zwischenmenschliche Ebene herunterdekliniert. Reizvoll an der Spionage als narrativem Vehikel ist auch ihre fundamentale Doppelbödigkeit: Aus Wissen erwächst Nähe und Vertrauen, aber auch die Angst vor

dem Nichtwissen (der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld führte hier einst die feine Unterscheidung zwischen Known Unknowns und Unknown Unknowns ein) – und die Fähigkeit zur gegenseitigen Zerstörung.

Begehren, Verrat, Tod: die ganze Palette internationaler Beziehungen

Es geht also um Anziehung und Abstoßung, Begehren und Verdacht, Verführung und Verrat, Liebe und Hass, um Sex und Tod; um internationale Beziehungen eben. Da die Handelnden dieser Welt vor 1989 sämtlich Männer waren (Golda Meir, Indira Gandhi und ganz besonders Margaret Thatcher eingeschlossen) kam noch das subversive Element der unterdrückten, da verbotenen Anziehung dazu, was wiederum die Auswahl der verfügbaren Druckmittel um den Tatbestand der Erpressung erweitert.

Und was ist eine Liebesbeziehung bitteschön anderes als eine erweiterte bipolare Ordnung? Beruht ein stabiles Verhältnis nicht auf einem Gleichgewicht der Kräfte – mit der Konsequenz der "mutually assured destruction" (MAD, oder garantierte gegenseitige Zerstörung), wenn's schief geht? Vergebung, Professor Mearsheimer, aber starke Paradigmen haben es nun mal an sich, dass sie ein Eigenleben entwickeln und andere kulturelle Reviere wie Film und Fernsehen infizieren.

Kommen wir also zu den neuen Filmen. Sie sind, um es gleich zu sagen, trotz eines gewaltigen Aufgebots an Meisterregisseuren, Starschauspielern, dramatischen Drehorten und kinetischen Ereignissen (das ist Raketenzählersprech für wenn es Bumm macht), deutlich weniger interessant als die Serien.

"Bridge of Spies", gedreht unter der Regie von Steven Spielberg, erzählt eine sensationelle historische Begebenheit: die Geschichte vom Austausch des in den USA verhafteten russischen Spions Rudolf Abel gegen den amerikanischen Piloten Francis Gary Powers, dessen Aufklärungsflugzeug vom Typ U-2 im Jahr 1960 über der Sowjetunion abgeschossen worden ist. Beide haben in ihren Köpfen hochsensible Geheiminformationen abgespeichert, deren Ab-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

schöpfung durch den ideologischen Gegner katastrophal wäre. So verkörpern sie perfekt das Gleichgewicht des Schreckens.

Doch die USA und die UdSSR sind in Feindschaft erstarrt wie zwei Stiere auf dem Eis. Keine Seite kann sich bewegen, weil sonst alles krachend zusammenbrechen könnte. Auftritt James Donovan (Tom Hanks), Pflichtverteidiger des Spions, der hartnäckig auf der Einhaltung der westlichen Werte pocht und ein rechtsstaatliches Verfahren für den Spion einfordert. Damit gewinnt er den Respekt der US-Behörden sowie das Vertrauen des Spions und der Sowjets – und findet sich so alsbald in der Rolle des Unterhändlers der Supermächte wieder. Donovan fliegt nach Ost-Berlin, wo es scheußlich kalt ist (Wettermetapher!) und er sich einen schweren Schnupfen holt, weil ihm ein paar depravierte DDR-Jugendliche auf der Suche nach Stoff (für das Opium des Ostpunk ist es noch 20 Jahre zu früh) den Wintermantel abnehmen. Hanks lässt sich nicht beirren und verhandelt mit dem KGB und der Stasi den Gefangenentausch, der schließlich 1962 in klirrendem Frost (!) auf der Glienicker Brücke stattfindet.

"Bridge" bekam sechs Oscar-Nominierungen und einen Oscar für die Schauspielleistung von Mark Rylance (der Brite ist in seiner Heimat als Shakespeare-Interpret und Direktor des Globe Theatre bekannt) als Spion Abel. Hanks verkörpert wie immer den Inbegriff des edlen Amerikaners, und deutsche Wertarbeit liefern Burghart Klaußner als Harald Ott, Generalstaatsanwalt der DDR, und Sebastian Koch als Anwalt Wolfgang Vogel.

Möglicherweise ist es Spielberg gelungen, den einzigen Spionagefilm der Neuzeit zu drehen, in dem die Protagonisten im Grunde ihres Wesens anständige Leute sind, die bloß ihre Arbeit machen, und in dem eine Männerfreundschaft wirklich nur eine Männerfreundschaft ist. Allerdings ist so viel ironiefreie Redlichkeit auf allen Seiten leider tödlich für die Erzählung. Zumal wenn

sie libidinös so gründlich desinfiziert ist, dass ein sekundenlanger sehnsüchtiger Seitenblick der Kamera auf Donovans schmollende Teenager-Tochter (Eve Hewson)² schon wie ein Blitzschlag wirkt.

Auch in Guy Ritchies "The Man from U.N.C.L.E." (deutsch: Codename Uncle) tun sich die verfeindeten Supermächte widerwillig zusammen, um eine Gefahrenquelle zu neutralisieren, die in skrupellosen Händen das Gleichgewicht des Schreckens aus dem Lot bringen könnte: und zwar "Hitlers Lieblings-

Wo Spielberg dicke Eiche schnitzt, bietet Ritchie nur Furnier Raketenwissenschaftler", entführt von einem größenwahnsinnigen Paar, das mit seiner Hilfe die Weltherrschaft an sich reißen will. Der Leser ahnt: Wo Spielberg und Hanks durchweg schwere Eiche schnitzen, ist bei Ritchie zwar auch alles hölzern, aber in hochglanzlackiertem Furnier. Das fängt schon mit den Handelnden an: Beide Seiten mobilisieren ihre schönsten Spione – den Ami Napo-

leon Solo (gespielt von dem Briten Henry Cavill) und den Russen Ilya Kuryakin (der Amerikaner Armie Hammer) – und stellen sie der keineswegs unansehnlichen Ost-Berliner Automechanikerin Gabi (die Schwedin Alicia Vikander) zur Seite, der Tochter des Raketenbauers.

Auch in diesem Streifen sind Deutsche bei Hilfsarbeiteraufgaben zu besichtigen: Sylvester Groth, wie meistens für drei chargierend als Gabis Onkel, ein Nazi-Doktor; und Christian Berkel, der seit "Der Untergang" auf das Fach des eigentlich-anständigen-Nazis abonniert zu sein scheint, ergeben leidend als der Raketenfachmann.

Älteren wird der sperrige Titel der Serie irgendwie bekannt vorkommen: Richtig, hier wird (wie bereits mit "Mission Impossible") wieder einmal der Versuch unternommen, eine Straßenfeger-Fernsehserie aus den sechziger Jahren wiederzubeleben, um im Epochenringen der Studiotitanen endlich den Siegeszug der "X-Men" und sonstiger Marvel-Comics-Verfilmungen einzudämmen, oder zumindest eine ähnlich lukrative Franchise abzuschleppen. Doch unter der Regie des bereits einschlägig auffällig gewordenen Guy Ritchie³ gerät das Ganze zu einer manisch-hippen Ausstattungsschlacht, die – wie der Filmkritiker des New Yorker treffend bemerkte – nur ein einziges Mal die Möglichkeit eines annähernd authentischen Gefühls aufflackern lässt: als die beiden Agenten in einer römischen Boutique verbissen miteinander streiten, ob die den Konsumterror ablehnende Gabi zum Kleid von Patou einen Gürtel von Paco Rabanne tragen darf. Hier wäre wohl (falls es eine Fortsetzung gibt) mehr als Freundschaft drin, allerdings voraussichtlich mit einem gegen Null tendierenden Erkenntnisgewinn.

"Tinker, Tailor, Soldier, Spy" vollbringt die bemerkenswerte Leistung, den gleichnamigen Roman von John le Carré in einen zweistündigen Film zu destillieren, der gegen die mythische Statur genießende BBC-Fernsehserie von 1979 besteht. Das ist der lakonischen Regie des Schweden Tomas Alfredson zu verdanken, aber auch einer eindrucksvollen Riege von Schauspielern, die sich

² Was Hewson leisten kann, wenn sie entsichert ist, ist in der fabelhaften Fernsehserie "The Knick" von Steven Soderbergh zu besichtigen (zwei Staffeln erschienen 2014 und 2015).

³ Siehe, statt vieler, seine zwei Sherlock-Holmes-Filme im Steampunk-Stil (2009 und 2011).

sämtlich einem atmosphärisch dichten Ensemblespiel unterwerfen: Gary Oldman als der Antiheld George Smiley von der britischen Spionageabwehr, Colin Firth als sein schillernder Widersacher Bill Haydon; des weiteren Mark Strong, Benedict Cumberbatch, Tom Hardy, Ciarán Hinds, John Hurt, um nur die bekanntesten zu nennen. Was anderswo die Deutschen sind, sind hier die Frauen: Für sie sind die Nebenrollen reserviert. Bei Le Carré geschieht alles Wichtige unter Männern. Vor allem alles, was mit nationaler Sicherheit oder Gefühlen zu tun hat.

Der Regisseur erlaubt sich dabei in einer ansonsten höchst respektvollen Bearbeitung der Vorlage eine entscheidende Modernisierung, die einen Le Carrés Werk durchziehenden Subtext ans Licht hebt: aus Smileys Gehilfen Peter Guillam, einem routinierten Casanova, wird (gespielt von Cumberbatch) ein Mann, der kühl eine Beziehung zu einem anderen Mann beendet, um nicht erpressbar zu sein; endlich allein, bricht er schluchzend zusammen. Hier ist, anders als bei Spielberg oder Ritchie, echtes Gefühl im Spiel, und wie alle echte Liebe ist sie tragisch.

Le Carré hält sich vordergründig an die erzählerische Konvention des Ost-West-Konflikts. Smileys Gegenspieler im Great Game des Kalten Krieges ist Karla, so der Deckname des sagenumwobenen Chefs der russischen Spionageabwehr, der es fertigbringt, einen Maulwurf auf der obersten Ebe-

ne von MI6 unterzubringen und den britischen Dienst damit fast in die Knie zu zwingen. Aber in seinem gesamten Werk ist der eigentliche Feind ein anderer. Es sind nicht die Nazis; auch die Nachkriegs-Deutschen interessieren allenfalls im Vorbeigehen. Nein, Le Carrés tiefinnigste Hassliebe gilt – ebenso wie die seiner großen Ver-

Bei John le Carré geschieht alles Wichtige unter Männern

räterfigur Bill Haydon – dem übermächtigen Verbündeten, der dem stolzen früheren Empire seine Männlichkeit geraubt hat. Nicht umsonst heißt das Bündnis mit den "cousins", wie die US-Dienste in Großbritannien genannt werden, "the special relationship". Russland ist der äußere Widersacher, aber der wahre Feind ist der beste Freund.

Am Ende führt allerdings kein Weg an der Einsicht vorbei, dass keiner der drei Filme es auch nur annähernd aufnehmen kann mit den besten Streifen, die der Kalte Krieg selbst hervorgebracht hat. Und schon gar nicht mit Meisterwerken wie "Dr. Strangelove: Or How I Learned to Stop Worrying and Love the Bomb" (Stanley Kubrick, 1964, mit Peter Sellers) oder "The Spy Who Came in From the Cold" (Martin Ritt, 1965, mit Richard Burton, Claire Bloom und Oskar Werner).

Der Feind am heimischen Couchtisch

Womöglich sind Serien tatsächlich das geeignetere Vehikel, um den Nachgeborenen die Ära des Kalten Krieges nahe zu bringen – aus dem einfachen Grund, weil sie sich mehr Zeit nehmen können, Charaktere, Handlungen, Lebenswelten und Stimmungen zu entwickeln. Im viel gelobten "Deutschland 83" wird der 24-jährige NVA-Grenzsoldat Martin Rauch (Jonas Nay) im Jahr 1983 von der Stasi – genauer gesagt, von seiner Tante Lenora bei der HVA – auf einen neuen Arbeitsplatz als Adjutant eines NATO-Generals in einer Kaserne in den

Tiefen der Eifel eingeschleust. Seine Mission: feststellen, ob die Pershing-II-Raketen, die vom amerikanischen Verbündeten gerade in Deutschland stationiert werden, wirklich nur der Abschreckung dienen (wie vom Klassenfeind behauptet), oder (wie die Stasi argwöhnt) dem dritten Weltkrieg den Weg bereiten sollen.

"Deutschland 83", eine auf deutsch gefilmte und englisch untertitelte Produktion der US-Firma Sundance TV, und geschrieben von dem deutsch-amerikanischen Autorenpaar Anna und Jörg Winger, ist von grantigen Kritikern vorgeworfen worden, es habe eine allzu konstruierte Handlung. In der Tat ist Martins verzweifelter Versuch, seine DDR-Oberen von einer Überreaktion abzuhalten, mit einer erfolgreichen Mauerflucht *in umgekehrter Richtung* verbunden; und auch sonst gibt es manche absurden Ungereimtheiten.

Aber die Serie ist hervorragend besetzt, mit einem jungen Hauptdarsteller, dessen Gesicht in Bruchteilen einer Sekunde von Verletzlichkeit zu Hass und zurück changieren kann, und überzeugend inszeniert. Wer das Bonn der achtziger Jahre mit Schützenpanzern, NATO-Stacheldraht und Hofgartendemos erlebt hat, dem wird manches verblüffend bekannt vorkommen. Nicht zuletzt das Gefühl, dass die Erwachsenen emotionale Schlafwandler sind, die mit Gerätschaften hantieren, die jederzeit die Welt in die Luft jagen könnten. Der Feind lauert hier nicht nur auf der anderen Seite der Mauer – er sitzt auch am heimischen Couchtisch.⁴

Wo "Deutschland 83" zwischen Westen und Osten hin- und herspringt, verlegt "Weissensee" den Ort des Konflikts konsequent in die Hauptstadt der DDR, ins Ende der achtziger Jahre und in den Schoß der Familie. Nicht irgendeiner

"The Americans" gehört zum Besten an US-Serien Familie: Die Kupfers sind dekorierte Stützen des Sozialismus. Vater Kupfer (Uwe Kockisch) ist ein hochrangiger Beamter des MfS, wo auch sein Ältester Falk (Jörg Hartmann) dient; Martin, der Jüngste (Florian Lukas), hat es dagegen wegen mangelnder Linientreue nur zur NVA geschafft. Vater Kupfer ist ein loyaler Staatsdiener, der dennoch klarsichtig das Scheitern des Systems diagnostiziert.

Sein erster Sohn dagegen ist ein liebender Familienvater, aber vor allem ein eiskalter Überzeugungstäter. Jede Kritik ist ihm Verrat, jeder Verräter ist zu vernichten – und wenn es der eigene Bruder ist.

"Weissensee" ist bis in die kleinsten Rollen und Details hinein stimmig erzählt, inszeniert und besetzt. Großartig sind besonders Hartmann, Kockisch und Katrin Sass als dessen alte Liebe, eine oppositionelle Liedermacherin: Wie im Brennglas wird hier der selbst verschuldete Niedergang der DDR in der unglücklichen Geschichte der Familie Kupfer gespiegelt. Doch der Mauerfall bringt kein Happy End: "1989", schrieb die *ZEIT* zum Ende der dritten Staffel, "schwebt das ehemals so verkapselte Misstrauen wie Blütenstaub übers Land." Freiheit, aber ohne Erlösung.

"The Americans" – die seit 2014 inzwischen in der vierten Staffel angelangt ist – gehört schlicht mit zum Besten, was ein an guten Serien nicht gerade armes amerikanisches Fernsehen derzeit zu bieten hat. Intelligent, subtil und be-

⁴ In Form von Sylvester Groth, der zur Abwechslung einen MfS-Funktionär spielen darf.

wegend erzählt sie die Geschichte zweier russischer Spione im Washington der achtziger Jahre. Philip (Matthew Rhys) und Elizabeth Jennings (Keri Russell) wurden als jugendliche Schläfer vom KGB in die USA eingeschleust, mit dem Auftrag, zu heiraten sowie eine Familie und ein Reisebüro zu gründen – und auf die Aktivierung als Agenten zu warten. Dieser Augenblick im Jahr 1981 ist der Auftakt der ersten Staffel.

Seitdem scheuen die beiden keine Mittel, um ihre Aufträge (die nicht einmal der KGB-Residentur vor Ort bekannt sind) auszuführen: Erpressung, Sexualdelikte, eiskalte Morde und eine erschütternde Bandbreite von üblen Achtziger-Jahre-Perücken. Mit dem Beginn der vierten Staffel sind an Komplikationen dazu gekommen: eine Scheinehe (Philip); ein FBI-Agent als Nachbar, der eine Sekretärin in der Residentur liebt, die aber auch von einem anderen russischen Agenten geliebt wird; und die Tochter von Elizabeth und Philip, die die Wahrheit über sie entdeckt, aber von der eigenen Mutter als Nachwuchsagentin rekrutiert werden soll.

Auch diese Serie bemüht sich hingebungsvoll darum, die Schauplätze und Atmosphäre der achtziger Jahre wieder auferstehen zu lassen. Ihre eigentliche

Leistung aber besteht darin, dem Täterpaar und ihrem zunehmend komplizierten Beziehungsgeflecht nicht nur Plausibilität und Tiefenschärfe als komplexe Charaktere zu verleihen, sondern sie eine zarte und reife Liebesgeschichte leben zu lassen. Wie das von einer Folge zur nächsten immer wieder gelingt und wie es dem Zuschauer wider Willen Empathie und Zuneigung abringt, ist atemberau-

Wo es Geheimnisse gibt, muss es auch Wahrheiten geben

bend. Die Ehe der beiden Spione gewinnt ihre Kraft daraus, dass sie sich einander ausliefern. Dem Zuschauer schwant allerdings, dass diese bipolare Ordnung auf eine Katastrophe zusteuert.

Was also reizt uns – die wir erkennbar in einer Übergangszeit leben, mit immer ungewisserem Ziel – so sehr am Topos des Kalten Krieges? Was erkennen wir darin, das wir im eigenen Leben vermissen?

Zum einen zieht uns sicherlich die Tatsache an, dass das Andere, der Feind, ein Gesicht und eine regierungsamtliche Adresse hatte; und dass sein Verhalten sich an Maßstäben orientierte, die für den Westen nicht nur erkennbar, sondern kalkulierbar schienen. Vielleicht ist es auch die Vorstellung, dass es da, wo es Geheimnisse gibt, auch Wahrheiten geben muss. Nicht zuletzt hängen wir auch deshalb der Epoche vor 1989 nach, weil sie ein klares, lineares Narrativ der Konfrontation zwischen Gut und Böse anbot. Der Kalte Krieg folgte auf das Grauen des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust; ihm folgte ein

Happy End: das Ende der Geschichte, der unipolare Moment, die Ausschüttung der Friedensdividende. Dachten wir jedenfalls.

Heute dagegen müssen wir uns fragen: War die Zeit zwischen 1990 und heute nicht vielleicht doch ein zweiter Langer Frieden? Und ist alles, was ab jetzt kommt, schlimmer?



Dr. Constanze Stelzenmüller ist Robert Bosch Senior Fellow an der Brookings Institution, Washington, DC.





Brief aus ... Beirut

Manche nennen es Nächstenliebe

Trotz Schubladendenken kommen die Libanesen ganz gut miteinander klar

Theresa Breuer | Vor Gott sind alle Menschen gleich, heißt es in der Bibel. Auf Erden aber sind manche gleicher als andere, entgegnet die Menschheit und kontert die göttliche Maxime seit jeher mit Gewalt, Mord und Totschlag.

Um aus dieser scheinbar endlosen Schleife auszubrechen, hat der Libanon ein ganz eigenes Mittel für Gleichheit gefunden: die Schönheitschirurgie.

Nur so kann ich es mir erklären, dass meine Bekannte Vanessa und ihre Freundin Abeer einander noch nicht an die Gurgel gegangen sind. Denn außer ihrem Schönheitschirurgen, der ihre Brüste vergrößert und Nasen verkleinert hat, teilen die beiden Frauen nicht viel. Vanessa ist gläubige Christin. Wie die meisten modernen Anhänger ihres Glaubens geht sie regelmäßig an Weihnachten in die Kirche und identifiziert sich mehr mit den Phöniziern als den Arabern. Abeer ist Schiitin. Sie ist stolz auf ihr arabisches Erbe und steht felsenfest hinter der schiitischen Organisation Hisbollah, deren größtes außenpolitisches Anliegen es ist, den israelischen Staat auszulöschen.

Neulich spielte sich folgende Szene auf einer Dinnerparty in Beirut ab: "Ich weiß ja nicht, was ihr da immer für ein Problem habt", sagte Vanessa und leerte in einem Zug das vierte Glas Wein, "natürlich steht den Juden das Land Palästina zu, so steht es schließlich in der Bibel." Abeers Augen weiteten sich, die rot lackierten Fingernägel krallten sich ins Tischtuch. "Wie kannst du es wagen, unseren Jahrzehnte währenden Kampf ins Lächerliche zu ziehen", schrie sie, "und überhaupt, hast du kein Mitleid mit den Palästinensern?"

Am Ende des Abends verabschiedeten sich die beiden Freundinnen, wie das im Libanon so üblich ist, mit drei Küsschen auf die aufgespritzten Wangen.

Es sind Begegnungen wie diese, deretwegen ich mich in den Libanon verliebt habe. Ich kenne kein Land, in dem die Menschen derart diskriminierend denken und gleichzeitig derart gut miteinander klarkommen - abgesehen vom Bürgerkrieg 1975 bis 1990. Wenn man Vanessa fragt, was sie von Muslimen hält, sagt sie: "Die lieben den Tod und heiraten ihre Cousinen." Fragt man Abeer, wie sie über Christen denkt, sagt sie: "Die fühlen sich als was Besseres und biedern sich den Europäern an." Fragt man jedoch die beiden, was sie voneinander halten, zögern sie nicht: "Tolle Frau! Intelligent, humorvoll, eine sehr gute Freundin!"

Echte Toleranz? Fehlanzeige

Mit diesem Phänomen wurde ich bereits kurz nach meiner Ankunft im Land vertraut gemacht: "Das Tolle am Libanon ist", sagte meine Studienbekanntschaft beim Kaffee, "dass hier 18 Religionsgemeinschaften friedlich zusammenleben." Es folgte eine Rede über Toleranz, Akzeptanz und Lehren, die ein Volk aus dem Bürgerkrieg gezogen habe. Dann wechselte sie das Thema: "Übrigens, kommst du nächstes Wochenende in unser Landhaus? Ich kann dir einen guten Fahrer besorgen. Er ist Christ, wie du und ich, du kannst ihm also trauen."

Ich behaupte nicht, die Libanesen zu verstehen. Aber sie faszinieren und amüsieren mich. Denn obwohl sie oft in Schubladen denken, lassen sie sich ungern in solche stecken. Meine Freunde Jad und Roaa zum Beispiel. Das muslimische Künstlerpaar betont stets, wie wichtig es sei, innerhalb der eigenen Religionsgemeinschaft zu heiraten - und trinkt zum Mittagessen am liebsten Whiskey. Als ich sie fragte, ob es nicht heuchlerisch sei, konfessionelle Mischehen zu missbilligen, aber die eigenen religiösen Regeln zu missachten, sagte Jad: "Ach, nimm doch nicht alles immer so ernst." Dann schenkte er nach.

Das Misstrauen zwischen den Gruppen nimmt teilweise groteske Züge an. In meiner Nachbarschaft leben drei obdachlose Männer. Der Erste hält Touristen eine leere Pillenpackung vor die Nase und erzählt eine Mär von Medikamenten, die er dringend benötige; in Wirklichkeit kauft er sich von dem erbettelten Geld Lotteriescheine. Der Zweite füttert tagein, tagaus streunende Katzen, bis

diese fett und unbeweglich werden. Und der Dritte? Er sitzt einfach nur am Straßenrand und verkauft Kaugummis. Neben ihm liegt ein Koran. "Halt dich

Immerhin legen sich alle an denselben Strand

von ihm fern", warnte mich meine Nachbarin Maria beim Einzug, "das ist ein muslimischer Spion."

Zugegeben, es gibt Momente, da wünsche ich mir echte Offenheit und echte Toleranz zwischen den Libanesen. Manche würden sagen: Nächstenliebe. Weil ich sie in Worten jedoch selten finde, konzentriere ich mich inzwischen auf das, was ich sehe.

Im Sommer fuhr ich mit einigen Freunden an den Strand. Neben uns kicherte eine Gruppe libanesischer Transvestiten über muslimische Mädchen in Ganzkörperbadeanzügen, die wiederum abschätzige Blicke auf westliche Ausländerinnen in knappen Bikinis warfen, die ihrerseits die Avancen dickbäuchiger, Wasserpfeife rauchender Macho-Libanesen abwehrten, die gleichzeitig Witze über die Transvestiten rissen.

Immerhin, dachte ich, während ich an meinem Cocktail schlürfte, immerhin legen sie sich alle an denselben Strand.



Theresa Breuer lebt seit einem Jahr als freie Journalistin in Beirut. Nach Stationen in Israel und Kairo wollte sie zurück in das Land, in das sie 2009 als Austauschstudentin gekommen war.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Internationale Presse

Unschlagbar in Selbstzerfleischung

Vor der Brexit-Abstimmung nimmt sich die britische Politik selbst auseinander

Henning Hoff | Wenn sich Großbritanniens Boulevard- und seriöseren Zeitungen in ihren empörten Brachial-Schlagzeilen einig sind, heißt das für den Gegenstand der Berichterstattung meist nichts Gutes: so auch am 8. April, als die ganze Fleet Street Premierminister David Cameron ins Visier nahm. "Die geheimen 30 000 Pfund des Premiers, versteckt in der Steueroase", kreischte der linke Daily Mirror; "Premier: Ja, ich HABE von Steueroase profitiert", druckte die rechte Daily Mail in größten Lettern. "Cameron gibt endlich zu: Ja, ich habe aus Offshore-Fonds meinen Nutzen gezogen", hieß es beim linksliberalen Guardian, "Ich HATTE Offshore-Geld", beim konservativen Daily Telegraph. Nur das auflagenstärkste Blatt, die Sun aus dem Hause Rupert Murdoch, fand eine angeblich Prominente involvierende Sexgeschichte, über die nicht berichtet werden darf, noch bedeutender. Aber auch sie brachte auf Seite eins noch die Zeile "Cams 31 000-Steueroase" unter.

Das Schlagzeilen-Fegefeuer war Höhepunkt der Cameron'schen Verwicklung in die "Panama Papers", was der Premierminister mit ein wenig Understatement später als "keine gute Woche" bezeichnete. Diese "Enthüllung" nimmt sich, bei Lichte betrachtet, allerdings eher banal aus und kann nur diejenigen überrascht haben, die in den zehn Jahren, in denen Cameron an der Spitze der Konservativen Partei steht, noch nicht mitbekommen haben, dass der britische Premier aus einer einigermaßen wohlhabenden Familie stammt.

Camerons 2010 verstorbener Vater Ian, ein Börsenmakler, war seit den achtziger Jahren einer von fünf Direktoren des in Panama gegründeten und auf den Bahamas registrierten Investmentfonds Blairmore Holdings. An diesem Fonds hielten auch Cameron und seine Frau Samatha Anteile, die sie allerdings für etwas mehr als 30 000 Pfund verkauften, bevor Cameron in Nummer 10 Downing Street einzog. Gewinne versteuerten sie, wie auch der Rest der Familie Cameron, stets korrekt.

Die eigentliche "Verfehlung" des Premierministers, seiner Pressesprecher und Spindoktoren war, fünf Tage lang darauf beharrt zu haben, dies sei eine Privatangelegenheit. (Am Ende veröffentlichte Cameron

sogar seine Steuererklärungen der vergangenen sechs Jahre, Finanzminister George Osborne und Oppositionsführer Jeremy Corbyn von der Labour Party folgten auf dem Fuße.) So erst konnte der Medientsunami, der eher ein Sturm in der sprichwörtlichen Teetasse war, überhaupt entstehen – und auch deshalb, weil sich in der britischen Politik derzeit alles um die für den 23. Juni anberaumte Brexit-Volksabstimmung dreht.

Die Schlagzeilen dürften der Kampagne für den Verbleib ("Remain") in der EU, die Cameron anführt, zumindest nicht geholfen haben - und sei es nur insofern, als sie Proeuropäer abhalten, zur Wahl zu gehen. "Animositäten gegenüber dem Establishment, zumindest unter den politisch Aktiven (zugegebenermaßen eine große Einschränkung), sind weit verbreitet", schrieb der "Bagehot"-Kolumnist des Economist auf seinem Blog (10. April) und wies darauf hin, dass sich nicht nur die Labour-Opposition hämisch gefreut hatte, sondern besonders Camerons EU-feindliche Gegenspieler in den eigenen Reihen, die die "Leave"-Kampagne unterstützen. Am Ende sprangen Cameron mit Bildungsminister Michael Gove und mit Boris Johnson, dem für sein komödiantisches Talent beliebten Bürgermeister Londons, zwei prominente "Brexiteers" bei.

Die Brexit-Frage spaltet das Land wie keine andere, besonders aber die Tories. "Die Europa-Frage ist anders", schrieb der Präsident des Umfrageinstituts YouGov, Peter Kellner, im Magazin *Prospect* (April-Ausgabe), "hier bestehen ungewöhnlich tiefe Gräben in der öffentlichen Meinung." Schaue man zum Beispiel auf die Bestandteile des gar nicht so Vereinigten Kö-

nigreichs, votierten Schottland, Wales und Nordirland mit 60:40-Mehrheiten für einen Verbleib, in England dagegen eine 53:47-Mehrheit für den Austritt – ausgenommen das kosmopolitische London, wo die Proeuropäer ebenfalls deutlich in der Überzahl seien.

Die fast ausschließlich englische Tory-Fraktion spaltet sich in der Mitte: 150 der 330 Abgeordneten haben

bereits erklärt, für den Brexit zu stimmen; es brodelt unter den Konservativen. Mit Arbeits- und Sozialminister Iain Duncan Smith trat im März ein

Nicht nur das Königreich, auch die Tories sind gespalten

Pro-Brexit-Kabinettsmitglied zurück – angeblich über (zuvor mitgetragene) Einschnitte bei Sozialleistungen für Behinderte.

Innerparteilicher Bürgerkrieg

"Die Tories führen Bürgerkrieg", konstatierte das linke Wochenmagazin New Statesman (8.-14. April) und schilderte, "wie Cameron die Kontrolle über seine Partei verlor". "Der Kampf dürfte noch unangenehmer, schmutziger und mörderischer werden", schrieb der Autor der Titelgeschichte, Simon Heffer, und zitierte ein proeuropäisches Kabinettsmitglied, das anonym bleiben wollte: "Wenn wir für den Austritt votieren, treten wir aus. Das war's dann, auch für Cameron. Aber das wahre Albtraumszenario ist eine knappe Mehrheit für den Verbleib. Dann wird es wirklich hässlich."

Die Europa-Debatte rufe bei den Tories nicht nur deshalb so große Leidenschaft hervor, weil grundlegende nationale Fragen berührt seien, schrieb Andrew Gimson, Biograf Boris Johnsons und konservati-

ver Kommentator, in den Op-Ed-Spalten der *Financial Times* (25. März), "für viele Teilnehmer ist es auch ein Kampf gegen die persönliche Unbedeutsamkeit".

Mit William Hague, Iain Duncan Smith und Michael Howard hätten sich die Tories nach dem Machtver-

Die bemitleidenswerte Opposition ist keine Alternative

lust 1997 drei euroskeptische – und zugleich schwache – Parteiführer geleistet, bis sie mit Cameron den Weg zurück in die Regierung gefunden hätten.

Das Referendum – "ein seltsamer Weg übrigens, die Souveränität des Parlaments zu verteidigen" – und das Werben für den Brexit sei für viele der Nie-zum-Zuge-Gekommenen die letzte Chance auf die Karrierewende, und sei es nur, um nach einem knappen Sieg der "Remain"-Kampagne zur Beruhigung der innerparteilichen Lage mit einem guten Posten belohnt zu werden.

Fleischfressender Virus

"Frische Sporen des alten fleischfressenden Virus haben sich tief in politische Körper der Tories eingenistet", urteilte FT-Politikkommentator Janan Ganesh (21. März). "Der nächste Parteiführer oder die nächste Parteiführerin muss über Managementqualitäten verfügen, die über die eines Major oder Cameron hinausragen. Und die Briten müssen hoffen, dass die Nation trotz ihrer Politik prosperieren kann."

"Niemand beherrscht politische Selbstzerfleischung so gut wie die Tories", pflichtete auch der Politikchef der konservativen Zeitschrift *The Spectator*, James Forsyth, bei (26. März). Cameron und Osborne, die vor dem Beginn ihrer politischen

Karrieren in der Parteizentrale der Konservativen Partei am Smith Square arbeiteten, kümmerten sich nicht allzu sehr um die Sorgen der Abgeordneten. Beide litten "unter der deformierenden Selbstsicherheit des politischen Beraters, ungeduldig gegenüber Widerspruch"; seit dem Wahlsieg von 2015 sei die Regierung "noch zentralistischer" geworden, das "Duopol aus Nummer 10 und Nummer 11 Downing Street" (dem Amtssitz des Finanzministers) regiere das Land, nicht das Kabinett.

Dass sich die Konservativen wie schon Anfang der neunziger Jahre zu Zeiten Premierministers John Major die Köpfe gegenseitig einschlügen, liege aber auch an dem bemitleidenswerten Zustand der Labour-Opposition und ihrem schwachen altlinken Parteiführer Corbyn, so Forsyth ein Punkt, in dem sich praktisch alle politischen Beobachter einig sind. "Die Grabenkämpfe der neunziger Jahre wurden von der Einsicht befeuert, dass die nächste Wahlniederlage unausweichlich war. Gegen Tony Blair konnte man nicht gewinnen, da konnte man genauso gut sich gegenseitig schlagen", schrieb Forsyth. "Dieses Mal geschieht es aus dem Gefühl heraus, dass man die nächste Wahl gar nicht verlieren kann, egal was passiert. Die Tories schauen auf Corbyn und ziehen den Schluss, dass sie einander gefahrlos zu Klump hauen können."

Es sind nur eine Handvoll Labour-Abgeordneter – darunter ausgerechnet die aus Bayern stammende Gisela Stuart –, die offen für den Brexit eintreten. Doch auch von Parteiführer Corbyn weiß man, dass er kein Freund der EU ist (aber der IRA, der Hamas und Wladimir Putins Russland), auch wenn er am 14. April über seinen Schatten sprang und seinen Parteianhängern empfahl, die EU "mit all ihren Fehlern" ("warts and all") zu unterstützen.

Corbyns "Fähigkeit", selbst von Steilvorlagen der Regierung verlässlich nicht profitieren zu können, hat legendäre Züge angenommen. "Der Labour-Chef hat den Ball nicht, wie manche meinen, über die Latte gesetzt", urteilte der politische Kommentator der Sonntagszeitung The Observer, Andrew Rawnsley, nach dem geräuschvollen Rücktritt Duncan Smiths, aus dem Corbyn kein Kapital schlagen konnte (27. März). "Er ist noch nicht mal mit dem Fuß an den Ball gekommen. War er zu sehr damit beschäftigt, Listen von Verrätern in den eigenen Reihen aufzustellen? War er im Schrebergarten zu sehr mit seinen Kürbissen beschäftigt, um die Nachrichten zu verfolgen?"

"Wir haben es mit einer Feedback-Schleife zu tun, bei der die Zerwürfnisse innerhalb der Labour-Partei die bei den Konservativen vertiefen und umgekehrt", so Rawnsleys Fazit. "Es ist möglich, dass wir vor Jahresende Versuche innerhalb der beiden großen Parteien erleben, den Anführer zu stürzen." Großbritanniens politische "terra" werde immer mehr "incognita".

"Nightmare on Downing Street"

Die unterhaltsamste – und zugleich gruseligste – Zukunftsvision ("Nightmare on Downing Street"), im Stile des Schriftstellers P.G. Wodehouse, entwarf der außenpolitische Kommentator Gideon Rachman in der Financial Times (12. April): "Der Morgen des 24. Juni. Die Briten haben sich knapp dafür entschieden, die

EU zu verlassen. Boris Johnson gewinnt in zweiter Runde gegen George Osborne die Führerschaft der Konservativen und wird Premierminister." Im Cabinet Room bringt Sir

Jeremy Heywood, Britanniens oberster Staatsdiener, Johnson schonend bei, dass die beiden großen Versprechen der "Leave"-Kampagne – Rückge-

Sollte es zum Brexit kommen, sieht die Zukunft gruselig aus

winnung der Kontrolle über die eigenen Grenzen, weil man die EU-Freizügigkeit von Personen nicht länger mittrage, und weiterhin freien Zugang zum EU-Binnenmarkt – einander ausschließen.

"Boris" fliegt nach Berlin, um "die wahre Anführerin Europas" für sich zu gewinnen. Angela Merkel empfängt ihn herzlich und verspricht, bei einem fairen Deal für Großbritannien zu helfen; danach hört der neue Premierminister lange nichts. Dann ein Anruf von "Aunt Angela": Deutschland würde Großbritannien ja gern verbesserten Zugang zum Binnenmarkt gewähren, aber die EU-Kommission sage, das sei illegal, das EU-Parlament wolle davon nichts hören, und die Franzosen erst ... Und als Johnson den Hörer sinken lässt und sich ein großes Glas Whiskey einschenken will, sagt Merkel, es gebe da schon eine Sache. Und nach einer langen Pause: "Würden Sie 200 000 syrische Flüchtlinge aufnehmen?"



Dr. Henning Hoff ist Redakteur von *Internationale Politik* und *Berlin Policy Journal*.

Reise ins Ungewisse

Der Buchmarkt entdeckt die Flüchtlingsdebatte

Thomas Speckmann | Noch vor nicht allzu langer Zeit waren Flucht und Migration eher Themen für Spezialisten. Als europäische Herausforderung wird die Flüchtlingsbewegung erst wahrgenommen, seit sie nicht nur Griechenland und Italien, sondern auch ihre nördlichen Partner in Europa erfasst hat. Fünf Neuerscheinungen zeigen die Dimensionen auf.

Wer einen kompakten Überblick über Ursachen, Konflikte und Folgen der Flüchtlingskrise sucht, der greife zu Stefan Luft. Der an der Universität Bremen lehrende Politikwissenschaftler war Sachverständiger verschiedener Enquetekommissionen der Bundesländer zu Migrations- und Integrationsfragen und von 1995 bis 1999 Sprecher des Bremer Innensenators. Damit vereint er Expertise aus Praxis und Theorie – was seinem Buch sehr zugute kommt.

Klar und präzise beschreibt Luft, wie es zur heutigen Situation gekommen ist: Neben den humanitären Katastrophen in den Herkunftsregionen der Flüchtlinge wie Syrien, Afghanistan, Somalia und Eritrea war es die Anziehungskraft von Hauptzielländern wie Deutschland, die den Wunsch haben reifen lassen, nach Europa zu migrieren. Zugleich betont Luft zu Recht, dass zum Wanderungswillen stets auch "Realisierungsmöglichkeiten" gehören: der Zerfall von bisherigen Pufferstaa-

ten in Afrika, der Zusammenbruch des Dublin-Systems in Europa, die Öffnung Deutschlands im September 2015 für einen zunächst unkontrollierten Zuzug, die politischen Ankündigungen, das zu akzeptieren. All das habe zu den intensiven Wanderungsbewegungen der vergangenen Monate beigetragen.

Rückkehr, Integration, Umsiedlung

Was ist jetzt zu tun? Luft dekliniert die wichtigsten Schritte durch: Zuallererst gelte es, den Schutz der Flüchtlinge sicherzustellen. Dafür seien die internationalen Organisationen, allen voran der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, und die Erstaufnahmeländer zu unterstützen. Luft zitiert den UNHCR, der drei Handlungsoptionen für Flüchtlinge vorsieht: die Rückkehr und damit Reintegration in das Herkunftsland, die Integration in die Erstaufnahmeländer oder die Umsiedlung in Länder, in denen die Flüchtlinge dauerhaft eine neue Heimat finden.

Eine Unterstützung durch wirtchaftlich starke Staaten hält Luft in jedem Fall für unumgänglich: Die Infrastruktur der Herkunftsländer sei vielfach im Zuge gewalttätiger Konflikte zerstört, so dass der Wiederaufbau finanziert, aber auch der Schutz der Rückkehrer in womöglich noch instabile Verhältnisse abgesichert werden müsse.

Integration in die Aufnahmeländer wiederum bedeute in vielen Fällen den Ausbau von Flüchtlingslagern zu urbanen Zentren, die Zugang zu Bildung und Arbeit ermöglichten. Die dauerhafte Umsiedlung in meist entfernte Aufnahmestaaten ist dagegen nach Lufts Analyse die Option, die quantitativ am geringsten ins Gewicht fällt. Das sei der Grund dafür, warum die Betroffenen selbst die Initiative ergriffen und sich einzeln oder in kleinen Gruppen auf den Weg machten.

Die große Ratlosigkeit

Was das im Einzelfall bedeutet, wollte Navid Kermani wissen. Der Kölner Schriftsteller ist zusammen mit dem Magnum-Photografen Moises Saman im Auftrag des Spiegels von Budapest nach Izmir gereist - entlang einer der großen Flüchtlingsrouten. Im Hamburger Nachrichtenmagazin erschien ihre Reportage im vergangenen Oktober. Nun liegt eine deutlich erweiterte Fassung vor. Auch sie behandelt sehr eindringlich die Lage an der türkischen Westküste, wo Tausende Flüchtlinge in erbärmlichen Verhältnissen auf eine unsichere Überfahrt warten. Weiter geht es nach Lesbos, wo Kermani die Ankunft derer beobachtet hat, die zunächst glauben, es geschafft zu haben, um dann festzustellen, dass sie sich geirrt haben, und einen Kulturschock erleben.

Kermani hat nicht nur mit Helfern und Politikern gesprochen, sondern auch und vor allem mit den Flüchtlingen selbst. Was treibt sie an? Warum wollen so viele von ihnen nach Deutschland? Die Antworten: Arbeit, Schule, Sicherheit. In ihrer Heimat sehen sie keine Zukunft für sich. Doch welche erwartet sie in Deutschland? Und was ist von ihnen zu erwarten? Kermani lässt seinen Gedanken zu dem, was er auf seiner Reise erlebt, freien Lauf: Fast alle Afghanen, die ihm entgegenkamen, als er über den Balkan nach Lesbos reiste, stammten aus ländlichen Gebieten und sprachen keine andere Sprache als Dari. Sie seien erkennbar nicht die Facharbeiter und Ingenieure, auf die Deutschlands Wirtschaft hoffe.

Man merkt Kermani die Ratlosigkeit an, die sich auch bei ihm einstellt, wenn er mit Flüchtlingen spricht. Ihr Zielland Deutschland scheint er nicht für das am besten geeignete zu halten. An einer Stelle platzt es aus ihm heraus: "O Scheiße, dachte ich, so war das mit der Willkommenskultur nicht gemeint." An anderer Stelle bekennt er, seinen Gesprächspartnern geraten zu haben: "Sagt euren Verwandten bloß nicht, dass sie sich ebenfalls auf den Weg machen sollen." Und er habe sich bei Syrern erkundigt, ob es denn kein arabisches Land gebe, in das sie könnten. Die Antwort: Sie kämen aus Jordanien. Dort erhielten Flüchtlinge keine Arbeitsgenehmigung. Es seien einfach zu viele geworden. Sollten sie als Bettler leben? Sollten ihre Kinder in einem Zelt aufwachsen?

Stadt der Verlorenen

Wie ein solches Leben aussieht, zeigt Ben Rawlence. Der britische Autor der BBC, des *Guardian* und der *Lon-*



Stefan Luft: Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen. München: C.H. Beck Verlag 2016, 128 Seiten, 8,95 €



Navid Kermani: Einbruch der Wirklichkeit. Auf dem Flüchtlingstreck durch Europa. Mit dem Magnum-Photographen Moises Saman. München: C. H. Beck Verlag 2016, 96 Seiten, 10.00 €



Ben Rawlence: Stadt der Verlorenen. Leben im größten Flüchtlingslager der Welt. München: Nagel & Kimche Verlag 2016, 412 Seiten, 24,90 €

Patrick Kingsley

DIE NEUE

ODYSSEE

Eine Geschichte der
europäischen Flüchtlingskrise



Patrick Kingsley:
Die neue Odyssee. Eine
Geschichte der
europäischen
Flüchtlingskrise.
München: C. H.
Beck Verlag 2016,
230 Seiten, 14,95 €

don Review of Books, der auch schon als Menschenrechtsbeobachter arbeitete, hat sich in das derzeit größte Flüchtlingslager der Welt begeben: Dadaab, zwischen Kenia und Somalia, mitten in der afrikanischen Wüste gelegen, Hunderte Kilometer von der nächsten Siedlung entfernt.

Wie so viele Lager entstand auch Dadaab als Provisorium und wuchs über die Jahre zu einem großen Komplex, einer Art Stadt, bestehend aus Tausenden von Hütten aus Dornenbüschen und Zelten des UN-Flüchtlingshilfswerks. In ihnen leben inzwischen rund eine halbe Million Menschen – viele seit Jahrzehnten, viele wurden dort geboren. Ihre Familien oder sie selbst sind geflohen vor den grausamen Schabab-Milizen, vor Hunger und Bürgerkrieg, ob aus dem Tschad, dem Sudan oder Somalia.

Die kenianische Regierung würde das Lager gerne auflösen. Aber auch sie weiß nicht, wohin mit deren Bewohnern, die dort feststecken und sich inzwischen ein eigenes Leben aufgebaut haben, mit eigenen Regeln, Geschäften, Schmuggelrouten und Transportwegen. Denn sie dürfen weder arbeiten noch das Lager verlassen. Obwohl Besucher aus der westlichen Welt immer wieder entführt werden, was wie in vielen anderen Regionen entstaatlichter Gewalt zu einem einträglichen Geschäft geworden ist, hat Rawlence die Menschen dieser "Stadt der Verlorenen" in ihrem Alltag begleitet und erzählt von ihrer Herkunft, ihren Träumen, ihren Überlebensstrategien.

Nicht ganz so neue Odyssee

Den einzelnen Menschen rückt auch Patrick Kingsley in den Vordergrund. Der Reporter des *Guardian* hat im vergangenen Jahr 17 Länder auf drei Kontinenten bereist, um sich ein Bild von der größten Migrationsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg zu machen. Hunderte von Migranten hat Kingsley auf ihren Fluchtrouten durch Wüsten, über Berge und Meere getroffen. Allein 2014 und 2015 haben mehr als eine Million Menschen das Mittelmeer in kleinen Booten überquert.

Und wer glaubt, das sei bereits der Höhepunkt der Flüchtlingskrise gewesen, den erinnert Kingsley daran, dass nach EU-Schätzungen zwischen 2016 und 2018 mehr als drei Millionen Menschen folgen könnten. Die Bürgerkriege in Syrien, im Irak und in Afghanistan dürften eine bislang ungekannte Zahl in Richtung Europa treiben.

Vergessen wird allzu oft auch, was Kingsley auf der Basis von UN-Angaben in Erinnerung ruft: Die Last der globalen Flüchtlingskrise wurde jahrelang vor allem von den Entwicklungsländern getragen, wo bislang 86 Prozent aller Flüchtlinge Unterschlupf gefunden haben. Diesen Vergessenen ist sich Europa nun erst bewusst geworden, da sich ein größerer Teil als zuvor auf den Weg gemacht hat.

Denn – auch daran erinnert Kingsley zu Recht: Migration nach Europa ist keinesfalls ein neues Phänomen. Seit vielen Jahren versuchen Afrikaner, über Marokko nach Spanien oder vom Senegal aus auf die Kanarischen Inseln zu gelangen. Und ebenfalls seit Jahren bilden Libyen, die Türkei und Ägypten Sprungbretter nach Italien, Griechenland oder Bulgarien.

Kingsley sieht seine Erzählung der "neuen Odyssee", wie er seine Geschichte der europäischen Flüchtlingskrise etwas konstruiert nennt, auch als eine Kritik am Umgang Europas mit der Migrationskrise und als Plädoyer verstehen, wie man aus Fehlern lernen und es besser machen könnte. Dabei nennt er Maßnahmen, die sicherlich sinnvoll gewesen wären und es auch immer noch sind – etwa die Einrichtung eines Systems zur organisierten Massenumsiedlung, das vielen Migranten Anreize bietet, kurzfristig im Nahen Osten zu bleiben und ihre Hoffnungen auf einen formellen Umsiedlungsprozess zu setzen.

Doch wenn Kingsley kritisiert, dass ein solches System nicht direkt mit Beginn der europäischen Flüchtlingskrise im Spätsommer 2015 geschaffen wurde, verkennt er die Mechanismen von Politik innerhalb der EU: Europa hat sich noch nie nach einem Masterplan am Reißbrett weiterentwickelt, sondern stets als Antwort auf eine Krise, die zunächst einmal auch eine gewisse Zeit andauern musste, bis der mediale wie politische Druck derart stark war, dass Europa sich einen Schritt weiter auf seinem Weg der Kooperation und Integration bewegte.

Einwanderungsland Deutschland

Wie lang sich derlei Prozesse hinziehen können und wie lang es dauern kann, bis sie überhaupt wahrgenommen werden, zeigt auch so manche nationale Geschichte des Umgangs mit Flüchtlingen. Die deutsche beleuchtet Christian Jakob. Der taz-Redakteur, seit 1999 in flüchtlingspolitischen Initiativen aktiv und vor fünf Jahren Mitautor des Bandes "Europa macht dicht. Wer zahlt den Preis für unseren Wohlstand?", verdeutlicht, wie tiefgreifend sich Zivilgesellschaft und Institutionen in Deutschland seit dem so genannten Asylkompromiss von 1993 verändert haben.

Das ist in Jakobs Augen auch das Werk der Flüchtlinge selbst: Über Jahre hinweg hätten sie mit konsequenten Protesten ihre Isolation in den Asylbewerberheimen durchbrochen und die notwendige Modernisierung Deutschlands zum Einwanderungsland vorangetrieben.

Vor allem in den Jahren 2012 bis 2015 macht der Autor eine bis dahin nicht dagewesene Dynamik aus: Jahrelange Asylverfahren, Arbeits- und Studierverbot, hohes Abschieberisiko, Isolation und Unterdrückung sozialer Beziehungen benennt Jakob als Faktoren, die zu immer mehr Protest geführt hätten – ob in Form von Demonstrationen, Hungerstreiks, Selbstverletzungen oder grenzüberschreitenden Märschen.

Ganz gleich wie groß der Anteil welcher Gruppe in Gesellschaft und Politik auch immer an diesem Wandel gewesen sein mag: Jakob ist zuzustimmen, wenn er feststellt, dass die Ankunft von mehr als einer Million Flüchtlingen in Deutschland erhebliche Spannungen und Polarisierung erzeugt habe. Dennoch fänden die neuen Flüchtlinge eine andere Gesellschaft vor als die Einwanderer der ersten oder zweiten Generation. Vielleicht ist auch dies ein Grund dafür, warum sich für die heutigen Flüchtlinge noch vor einem Jahr kaum jemand in Deutschland interessiert hat.



Dr. Thomas Speckmann ist Leiter des Referats Reden und Texte, Stab Strategie und Kommunikation, Bundesministerium der Finanzen. Der Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder.



Christian Jakob: Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern. Berlin: Ch. Links Verlag 2016, 255 Seiten, 18,00 €

Reich der Mitte sucht Platz in der Welt

Über Chancen und Risiken der chinesischen Außen- und Innenpolitik

Nadine Godehardt | Pekings politisches Auftreten hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Während man außenwirtschaftlich mit Projekten wie der Seidenstraßen-Initiative auf Kooperation setzt, bleibt man in Konflikten wie den Territorialstreitigkeiten im Süd- wie Ostchinesischen Meer stur. Doch nicht alle teilen Präsident Xis Traum einer Großmacht China.

Wie groß ist die Gefahr, die China für seine Nachbarschaft und die Welt bedeutet? Jonathan Holslag hat dazu eine eindeutige Meinung. Chinas strategische Ziele seien, so der Politikwissenschaftler, "nicht mit denen seiner Nachbarn und jenes anderen Riesen im pazifischen Raum, der Vereinigten Staaten, zu vereinbaren". China wolle Großmacht werden und müsse dafür die Struktur des internationalen Systems zu seinen Gunsten ändern.

Holslag folgt mit dieser Ansicht den offensiven Realisten, die in Anlehnung an die Arbeiten von John Mearsheimer davon ausgehen, dass Staaten ihre Macht maximieren müssen, um ihre Interessen erfolgreich gegenüber anderen Staaten durchzusetzen. Denn nur so können sie letztlich auch das internationale System dominieren. Mit diesem Bekenntnis zum offensiven Realismus und Revisionismus ist die Kernaussage des Buches zusammengefasst.

Das ist gleich in mehrfacher Hinsicht problematisch. Erstens ist Hols-

lags Überblick über die existierenden Theoriedebatten zur Rolle Chinas in den internationalen Beziehungen – freundlich ausgedrückt – stark verkürzt. Nun ist dies kein Theoriebuch. Doch die fehlende Reflexion etwa über nichtwestliche Ansätze zum Thema Internationale Beziehungen verweist auf ein weiteres Problem. Holslag schreibt aus einer dezidiert eurozentristischen Perspektive. Das ist nicht verwerflich, aber es wird an keiner Stelle im Buch reflektiert.

So entgeht Holslag, dass Mearsheimers Blick auf Chinas Aufstieg zwar einigermaßen unvoreingenommen sein mag – sein Blick auf die Welt (und die ihr zugrundeliegende Ordnung) ist es nicht. Drittens erliegt Holslag dem Trugschluss, dass Macht und Einfluss identisch seien. Dabei wäre es auf der Basis seiner ausführlichen empirischen Analyse spannend gewesen zu erfahren, wie Peking seiner Meinung nach sein Streben nach Macht in Einfluss übersetzt hat – oder noch übersetzen wird.



Jonathan Holslag: Frieden auf Chinesisch. Warum in Asien Krieg droht. Hamburg: edition Körber Stiftung 2015, 289 Seiten, 17,00 €

Trotz der ausgesprochen informativen Behandlung der Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen Meer oder der Handelsbeziehungen mit Chinas ost- und südostasiatischen Nachbarn wird Holslag letztlich dem eigenen Anspruch nicht gerecht. Für einen Autor, der "jedem Staatsmann, der als echter Friedenstifter in die Geschichtsbücher eingehen will, empfiehlt, sich seine Studie zu Herzen zu nehmen", bietet sein Buch erstaunlich wenig Lösungsvorschläge. Es geht zu keinem Zeitpunkt über die in den USA verbreitete Perspektive eines offensiven Realisten hinaus.

Den vielfältigen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Ambitionen, die in China existieren, widmet sich der amerikanische Journalist Evan Osnos. Ohne die großen politischen Entwicklungen aus dem Blick zu verlieren, beschreibt er die "Männer und Frauen im Zentrum von Chinas Werden". Wie es im Untertitel der englischen Ausgabe, "Chasing Fortune, Truth, and Faith in the New China", treffender heißt, geht es dabei vor allem um die Suche der chinesischen Bevölkerung nach Wohlstand, Wahrheit und Glauben. Die Darstellung der Gespräche und Ereignisse, die Osnos während seiner Zeit in China (2005-2013) erlebt hat, unterstreicht, dass es (noch) keine eindeutige Antwort auf die Frage gibt, wer den "Kampf um die Macht, zu definieren, was China ist" gewonnen hat.

Osnos nimmt uns mit auf eine Reise, auf der er so unterschiedliche Persönlichkeiten wie den späteren Chefökonom der Weltbank Justin Lin, den Englischfanatiker Michael, die heutige Caixin-Chefin Hu Shuli oder die Jugendikone Han Han vorstellt. Die Porträts zeichnen ganz unterschied-

liche Lebenswege nach. Dabei wird immer wieder deutlich, wie stark die jeweils individuelle Zukunft mit der sozioökonomischen Entwicklung des Landes verknüpft ist. Oftmals ist Osnos selbst Teil seiner Geschichten als Gesprächspartner oder Beobachter, und eine Stärke des Buches liegt darin, dass er diese Perspektive konsequent beibehält.

Anhand der einzelnen Geschichten reflektiert der Autor immer auch offizielle Politiken und gesellschaftliche Normen kritisch; die endgültige Bewertung überlässt er jedoch dem Leser. Und es geht ihm nicht nur um die Einschränkungen, die seine Protagonisten in einem autoritären Regime erfahren, sondern auch um die im System vorhandenen Nischen und damit die Möglichkeiten für den Einzelnen. Das zeigt sich besonders in der Diskussion über die Rolle des Internet als Plattform der gesellschaftlichen und politischen Artikulation einerseits und neuartiges Kontrollorgan der Partei andrerseits, etwa mithilfe der so genannten "50-Cent Blogger", die Debatten in sozialen Netzwerken und Medien "positiv" beeinflussen sollen.

Osnos hat ein äußerst lesenswertes und unterhaltsames Buch über das gegenwärtige China geschrieben, das den Leser mitten hineinzieht in die Irrungen und Wirrungen, mit denen sich Teile der chinesischen Bevölkerung tagtäglich auseinandersetzen müssen.



Dr. Nadine Godehardt ist stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe Asien bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).



Evan Osnos: Große Ambitionen. Chinas Grenzenloser Traum. Berlin: Suhrkamp 2015, 535 Seiten, 24,95 €



INTERNATIONALE POLITIK ist die Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Die DGAP versteht sich als nationales Netzwerk für deutsche Außenpolitik an den Schnittstellen zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Medien. Sie begleitet als unabhängiger, überparteilicher, gemeinnütziger und privater Verein mit mehr als 2600 Mitgliedern aktiv die politische Meinungsbildung zu allen relevanten außenpolitischen Themen. Ihre international besetzten Vortragsveranstaltungen, Konferenzen und Studiengruppen sind ein wichtiges Berliner Debattenforum. Im Forschungsinstitut der DGAP arbeitet ein Team von Wissenschaftlern an praxisbezogenen Analysen; mit ihrer außenpolitischen Spezialbibliothek, ihren Internetseiten www.dgap.org, www.internationalepolitik.de und www.berlinpolicyjournal. com bietet die DGAP umfassende und aktuelle Informationen zu allen Fragen der Außenpolitik.

Die Zeitschrift INTERNATIONALE POLITIK, 1945 von Wilhelm Cornides unter dem Namen "Europa-Archiv" gegründet, erscheint alle zwei Monate. Die IP verfolgt das Ziel, außenpolitische Debatten auf hohem internationalen Niveau zu führen, aktuelle Entwicklungen durch sorgfältige Analysen einzuordnen und so zur Kursbestimmung der deutschen Außenpolitik beizutragen. Die in der Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Vorstand der DGAP

Dr. Arend Oetker, *Präsident*; Dr. Harald Kindermann, *Generalsekretär*; Dr. Tessen von Heydebreck, *Schatzmeister*; Jutta Freifrau von Falkenhausen, *Syndika*; Dr. Michael J. Inacker, Hagen Graf Lambsdorff, Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, *Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts*; Dr. Sylke Tempel, *Chefredakteurin* INTERNATIONALE POLITIK; Dr. Elke Dittrich, *Leiterin der Bibliothek und Dokumentationsstelle und Verwaltung*

Präsidium

Niels Annen, Dr. Stefanie Babst, Prof. Dr. Roland Berger, Elmar Brok, Sevim Dagdelen, Dr. Thomas Enders, Prof. Dr. Lars P. Feld, Dr. Stephan Goetz, Prof. Dr. Armin Grunwald, Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Ischinger, Dr. Christian Jacobs, Bertram Kawlath, Eckart von Klaeden, Prof. Dr. Joachim Krause, Prof. Dr. Charles A. Kupchan, Prof. Dr. Klaus Mangold, Hildegard Müller, Prof. Dr. Günther Nonnenmacher, Christopher Freiherr von Oppenheim, Dr. Bernhard Reutersberg, Prof. Dr. Thomas Risse, Herbert J. Scheidt, Dr. Frithjof Schmidt, Stephan Steinlein, Karsten D. Voigt, Dr. Ludolf G. von Wartenberg, Dr. Heinrich Weiss, Prof. Dr. Michael Zürn

Impressum

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik: Dr. h.c. Hans-Dietrich Genscher † Prof. Dr. Joachim Krause Dr. Harald Kindermann Dr. Arend Oetker Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Chefredakteurin

Dr. Sylke Tempel (V.i.S.d.P.)

Redaktion

Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann-Awad, Dr. Joachim Staron Redaktionelle Mitarbeit: Marlene Becker, Christoph Dierking, Denise Evers, Hannah Schragmann, Charlotte von Mangoldt Projektmanagerin: Charlotte Merkl

Beirat

Prof. Timothy Garton Ash, Oxford University Dr. Guido Goldman, Harvard University Dr. Richard Herzinger, Welt-Gruppe Dr. Michael J. Inacker, WMP-EuroCom AG Dr. Josef Joffe, DIE ZEIT, Stanford University Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Kaiser, Harvard University Stefan Kornelius, Süddeutsche Zeitung Prof. Dr. Paul Nolte, Freie Universität Berlin Prof. Dr. Günther Nonnenmacher, Frankfurter Allgemeine Zeitung Prof. Dr. Volker Perthes, Stiftung Wissenschaft und Politik Prof. Dr. Helmut Reisen, Berlin Dr. Gary Smith, American Academy Markus Spillmann, Neue Zürcher Zeitung Prof. Angela Stent, Georgetown University Daniel Vernet, Le Monde Dr. Bernhard von Mutius, Potsdam

www.internationalepolitik.de

ISSN 1430-175X

Redaktionsanschrift

Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin Tel.: +49 (0)30 25 42 31-46 Fax: +49 (0)30 25 42 31-67 ip@dgap.org

Marketing und Anzeigen

DGAP Consulting GmbH Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin Stefan Dauwe dauwe@dgap-consulting.com Tel.: +49 (0)30 2630 2065

Layout

Thorsten Kirchhoff

Verlag/Abonnenten-Service

BVA Bielefelder Verlag / Standort Köln Friesenplatz 16 | 50672 Köln Tel.: +49 (0)221 2587 248 Fax: +49 (0)221 2587 249 ip@internationalepolitik.de

Druckerei

Media-Print Group GmbH Eggertstraße 30 | 33100 Paderborn

Pressevertrieb

DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

Erscheinungsweise

zweimonatlich

Bezugspreise

Einzelpreis IP	14,90€
Jahresabonnement Inland	118,00€
Jahresabonnement Ausland	128,00€
Luftpost	155,00€
Studentenabonnement	73,00€
Studentenabonnement Ausland	83,00€
(Nachweis erforderlich)	
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50€

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

IP im Internet

Weitere aktuelle Beiträge und Hintergrundanalysen finden Sie unter www.internationalepolitik.de Beachten Sie auch unser englisches Journal www.berlinpolicyjournal.com

Witz und Würde

Ein Fernsehsender veröffentlicht ein mäßig komisches Spottgedicht auf einen orientalischen Pascha, der ist beleidigt und lässt den deutschen Botschafter zur Schimpfe einbestellen; als wäre das nicht lächerlich genug, setzt ein sonst wirklich komischer Komiker einen drauf, verliest ein gar nicht komisches, sondern gemeines Schmähgedicht in die Kamera und erklärt dann spitzfindig, dass man sowas aber nicht sagen darf; wie zu erwarten, regt sich der Pascha noch mehr auf, klagt (unter anderem) wegen Majestätsbeleidigung nach § 103, man entdeckt (mal wieder), dass dieses unselige Überbleibsel wilheminischer Ehrpusseligkeit noch existiert, das Kabinett muss sich drei Tage mit der Angelegenheit beschäftigen, die Medien wollen ganz doll die Pressefreiheit verteidigen, ganz so, als ob man den Komiker davor bewahren müsste, den Rest seines Lebens in einem türkischen Kerker verschmachten zu müssen; die Kanzlerin erklärt, dass sie, weil das der § 103 vorsieht, nach § 104 eine Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilt, noch größere Aufregung, landauf, landab, im In- wie im Ausland heißt es "Kuschen vor Despoten", weil man diesen speziellen ja für den Türkei-Deal zur Eindämmung der Flüchtlingswelle brauche (die man zuvor dringend eingedämmt sehen wollte). Staatsaffäre.

Geht's noch? Oder anders, worum geht's eigentlich?

Auch um das Verhältnis des Despoten zum Humor. Das ist einfach beantwortet. Er kann per definitionem keinen haben. Humor – und nicht Schenkelklopfwitz – entsteht aus der nachsichtig-ironischen Betrachtung der Unzulänglichkeiten des menschlichen Daseins, passt also nicht in die Job Description des Diktators. Da dieser mit dem Verletzen der Würde Anderer kein Problem hat, aber die eigene Ehre meist hoch achtet, wird er sich durch Ironie immer beleidigt fühlen. Richtig ist also die Entscheidung: Hinweg mit dem § 103. (An dieser Stelle aber eine fiese Frage an die so heftig die Meinungsfreiheit verteidigenden Genossen: Hätte man auch so reagiert, wäre Wladimir Putin geschmäht worden?)

Kern der Angelegenheit ist aber die in Demokratien übliche Gewaltenteilung. Zur Erinnerung: Nicht die Politik, also die Exekutive, spricht Recht. (Anders als neuerdings in der Türkei.) Die Legislative als Repräsentant des Souveräns und nicht "die Öffentlichkeit" schafft es (oder schafft es ab. Auch den § 103 muss der Bundestag, nicht die Regierung kippen). Und die Judikative spricht Recht. Auch in der Causa Komiker. Sich daran zu halten, ist kein Ausverkauf von Werten, es ist die Wahrung der Fundamente der Demokratie.

Und was wäre das ideale Ergebnis? Dass die Staatsanwaltschaft gar kein Verfahren eröffnet. Dass es, wenn schon eröffnet, mit Freispruch oder geringer Geldstrafe endet. Take that, Despot.

Dr. Sylke Tempel ist Chefredakteurin von Internationale Politik und Berlin Policy Journal.